

Beteiligungsbericht 2010 des Kreises Düren

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Organe des Unternehmens

Besetzung der Organe

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Verbindungen zum Kreishaushalt

Auszug aus dem Lagebericht 2010



Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)

Technologiezentrum Am Europaplatz
52068 Aachen
Telefon: 0241/963-1001
Telefax: 963-1005
E-Mail: info@agit.de
Homepage: www.agit.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Einrichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalens, des Bundes und der EU.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so sind je zwei von ihnen zur Vertretung der Gesellschaft gemeinsam berechtigt. Durch Beschluss des Aufsichtsrates kann einem oder mehreren Geschäftsführern die Befugnis zur Alleinvertretung gewährt werden. Die Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer erfolgt durch den Aufsichtsrat.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus 16 Mitgliedern. Er kann beschließen, dass an seinen Sitzungen weitere Personen beratend teilnehmen. Die Tätigkeit im Aufsichtsrat ist ehrenamtlich. Dem Aufsichtsrat obliegen die ihm durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag übertragenden Aufgaben, insbesondere

1. Festlegung der Grundsätze der Aktivitäten der Gesellschaft,
2. Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer,
3. Überwachung der Geschäftsführung,
4. Zustimmung zu den in § 7 des Gesellschaftsvertrages genannten zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäften der Geschäftsführung,

5. Beratung über die Wirtschafts- und Stellenpläne und Empfehlungen an die Gebietskörperschaften,
6. Bestellung des Außenprüfers,
7. Beratung der Jahresabschlüsse und Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung,
8. Vorbereitung aller der Gesellschafterversammlung durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag vorbehaltenden Angelegenheiten.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung beschließt über die ihr durch Gesellschaftsvertrag und Gesetz vorbehaltenen Angelegenheiten, insbesondere über:

1. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Stellenplans,
2. die Feststellung der Jahresabschlüsse, die Gewinnverwendung gem. § 29 des GmbH-Gesetzes und die Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates,
3. Änderungen des Gesellschaftsvertrages,
4. Auflösung, Verschmelzung oder Umwandlung der Gesellschaft,
5. Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer,
6. Bestellung und Abberufung von Liquidatoren,
7. Abschluss und Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291, 292 Absatz 1 AktG,
8. Erwerb und Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Dr. Greif, Helmut
Schirowski, Ulrich ab 17.06.2009

Aufsichtsrat:	Stadt Aachen	5 Sitze	31,25 % 29,41 %
	StädteRegion Aachen	2 Sitze	12,50 % 11,76 %
	Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Aachen mbH	1 Sitz	6,25 % 5,88 %
	Kreis Düren	1 Sitz	6,25 % 5,88 %
	IHK zu Aachen	2 Sitz	12,50 % 11,76 %
	Handwerkskammer Aachen	1 Sitz	6,25 % 5,88 %
	Kreis Heinsberg	1 Sitz	6,25 % 5,88 %
	Kreis Euskirchen	1 Sitz	6,25 % 5,88 %
	Sparkassen der Region Aachen	2 Sitze	12,50 % 11,76 %
	Aachen-Münchener-Versicherung-AG	1 Sitz	6,25 % 5,88 %

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafter sind in der Gesellschafterversammlung durch einen von ihnen schriftlich benannten Vertreter vertreten. 1 Stimme je 1.000,00 € Stammkapital

Siehe hierzu die Hinweise unter "Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse".

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat: Beyß, Georg Kreis Düren Kreisdirektor

**Gesellschafter-
versammlung:** Beyß, Georg Kreis Düren Kreisdirektor

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)		
Sitz:	55068 Aachen		
gezeichnetes Kapital:	3.253.000 €		

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in % bis 21.12.2011	Anteil in % ab 21.12.2011
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	384.000,00 €	11,80%	13,04%
Übernahme AM-Anteile	4.441,00 €		
Übernahme AM-Anteile	32.801,00 €		
Übernahme AM-Anteile	3.075,00 €		
Handwerkskammer Aachen	128.000,00 €	3,93%	4,27%
Übernahme AM-Anteile	10.934,00 €		
Stadt Aachen	895.000,00 €	27,51%	29,86%
Übernahme AM-Anteile	76.450,00 €		
StädteRegion Aachen	461.000,00 €	14,17%	15,38%
Übernahme AM-Anteile	39.378,00 €		
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Aachen mbH	52.000,00 €	1,60%	1,60%
Kreis Düren	256.000,00 €	7,87%	8,54%
	21.867,00 €		
Kreis Heinsberg	128.000,00 €	3,93%	4,27%
Übernahme AM-Anteile	10.934,00 €		
Kreis Euskirchen	128.000,00 €	3,93%	4,27%
Übernahme AM-Anteile	10.934,00 €		
Sparkasse Aachen	62.000,00 €	13,25%	14,38%
	62.000,00 €		
	307.000,00 €		
Übernahme AM-Anteile	36.815,00 €		
Sparkasse Düren	62.000,00 €	1,91%	2,07%
Übernahme AM-Anteile	5.296,00 €		
Kreissparkasse Euskirchen	36.000,00 €	1,11%	1,11%
Kreissparkasse Heinsberg	36.000,00 €	1,11%	1,20%
Übernahme AM-Anteile	3.075,00 €		
Aachen Münchener Versicherung AG	256.000,00 €	7,87%	0,00%

Die Aachen Münchener Versicherung AG (AM-Versicherung) hat mit Schreiben vom 03.06.2008 ihren Gesellschaftsanteil in Höhe von 256.000,00 € zum 31.12.2008 gekündigt, hatte aber die Bereitschaft erklärt, der AGIT die Auszahlung ihres Geschäftsanteils für ein Jahr zu stunden und den Einziehungsbeschluss ihres Geschäftsanteils um ein Jahr zu verschieben, damit die AGIT einen neuen, geeigneten Gesellschafter finden könnte. Ein neuer Gesellschafter sollte diese Anteile der AM-Versicherung übernehmen.

In der Gesellschafterversammlung der AGIT vom 10.06.2011 wurde die Empfehlung des Aufsichtsrates einstimmig beschlossen, den Geschäftsanteil der AM-Versicherung durch die übrigen Gesellschafter (jedoch mit Ausnahme der Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH und der Kreissparkasse Euskirchen) im Verhältnis ihrer bisherigen Geschäftsanteile zu übernehmen, wobei die an sich auf die Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH und die Kreissparkasse Euskirchen entfallenen Anteile durch die IHK Aachen übernommen werden sollen.

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	464,54 €	4.356,54 €	5.035,54 €	679,00 €	15,59%
II. Sachanlagen	11.209.143,85 €	10.377.354,83 €	9.619.161,83 €	-758.193,00 €	-7,31%
III. Finanzanlagen	50.531,26 €	50.530,26 €	50.530,26 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	408.193,43 €	382.914,97 €	821.747,86 €	438.832,89 €	114,60%
II. Kassenbestand	337.329,93 €	84.113,38 €	58.668,30 €	-25.445,08 €	-30,25%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7.141,82 €	7.380,52 €	7.252,33 €	-128,19 €	-1,74%
Summe Aktiva	12.012.804,83 €	10.906.650,50 €	10.562.396,12 €	-344.254,38 €	-3,16%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	3.253.000,00 €	3.253.000,00 €	3.253.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Verlustvortrag	-1.502.658,60 €	-1.498.491,59 €	-1.665.175,78 €	-166.684,19 €	11,12%
III. Jahresfehlbetrag	4.167,01 €	-166.684,19 €	-186.467,72 €	-19.783,53 €	11,87%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	6.108.475,45 €	5.468.481,60 €	4.831.993,75 €	-636.487,85 €	-11,64%
C. Rückstellungen	119.100,00 €	106.600,00 €	109.300,00 €	2.700,00 €	2,53%
D. Verbindlichkeiten	4.030.720,97 €	3.743.744,68 €	4.219.745,87 €	476.001,19 €	12,71%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Summe Passiva	12.012.804,83 €	10.906.650,50 €	10.562.396,12 €	-344.254,38 €	-3,16%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	2.647.142,66 €	2.988.789,35 €	2.758.515,30 €	-230.274,05 €	-7,70%
2. sonstige betriebliche Erträge	2.439.216,81 €	2.189.928,68 €	2.683.731,89 €	493.803,21 €	22,55%
3. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	1.315.285,23 €	1.409.772,22 €	1.659.718,03 €	249.945,81 €	17,73%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	326.563,68 €	370.396,41 €	455.477,54 €	85.081,13 €	22,97%
4. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	891.001,15 €	890.393,66 €	898.933,97 €	8.540,31 €	0,96%

5. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.300.381,99 €	2.436.860,45 €	2.378.328,04 €	-58.532,41 €	-2,40%
Betriebsergebnis	253.127,42 €	71.295,29 €	49.789,61 €	-21.505,68 €	-30,16%
6. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	12.651,11 €	2.580,17 €	498,80 €	-2.081,37 €	-80,67%
7. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	1,00 €	0,00 €	-1,00 €	-100,00%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	172.767,80 €	151.787,16 €	147.522,71 €	-4.264,45 €	-2,81%
Finanzergebnis	-160.116,69 €	-149.207,99 €	-147.023,91 €	2.184,08 €	-1,46%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	93.010,73 €	-77.912,70 €	-97.234,30 €	-19.321,60 €	24,80%
9. sonstige Steuern	88.843,72 €	88.771,49 €	89.233,42 €	461,93 €	0,52%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	4.167,01 €	-166.684,19 €	-186.467,72 €	-19.783,53 €	11,87%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	30	31	37

Verbindungen zum Kreishaushalt

Den Zuschuss zur Verlustabdeckung teilen sich die Gesellschafter Stadt Aachen, Kreis Aachen, Kreis Düren, Kreis Euskirchen, Kreis Heinsberg im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile zueinander. Damit betrug der Zuschuss des Kreises Düren für das Jahr 2010 116.260,94 €.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die sechs Geschäftsfelder der AGIT werden in ihrem Geschäftsverlauf beschrieben. Die Projekte und Aufträge werden nur summarisch dargestellt. Sie sind inhaltlich im Jahresbericht aufgeführt.

Beratung technologieorientierter Unternehmen (Geschäftsfeld I)

Gründungs- und Wachstumsberatung

Die AGIT bietet betriebswirtschaftliche Unterstützung für technologieorientierte Gründer und Unternehmen von der Ideenphase bis hin zur Etablierung am Markt an. 225 Personen und Unternehmen erhielten eine Beratung, davon 69 zu Fragen der Existenzgründung und 36 im Rahmen der Wachstumsphase ihres Unternehmens sowie 120 Interessenten zu ihrer Innovation. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Beratungen, vor allem im Bereich Innovation gestiegen. Insgesamt gründeten in 2010 40 technologieorientierte Unternehmen, die an einer Gründungsberatung der AGIT teilgenommen hatten. Die gegründeten Unternehmen werden laut Businessplan im ersten Jahr nach der Gründung 230 Arbeitsplätze schaffen mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 11,4 Mio. Euro.

Innovationsberatung: SIGNO – Schutz von Ideen für die gewerbliche Nutzung

Die AGIT ist Mitgründer des SIGNO-Netzwerkes (ehemals: INSTI). Sie vertritt die Region Aachen als Innovationspartner im bundesweiten SIGNO-Netzwerk des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. 2010 erhielten 120 Personen/regionale Unternehmen eine Bera-

tung zu den Themen Erfindungen, Verwertung, Schutzrechte und Patente. 17 Anträge zur finanziellen Unterstützung der Patentanmeldung aus den Vorjahren wurden abgerechnet. Die innovierenden Unternehmen erhielten dadurch eine Förderung in Höhe von über 86 T€. 48 Firmen stellten einen Antrag auf Förderung einer Patentanmeldung. Weiter wurden 47 qualifizierte Erfinderfachauskünfte durchgeführt. Zudem veranstaltete die AGIT 5 Patentsprechtage als individuelle Beratungstage für Einzelgespräche mit den Innovatoren, davon 2 in Aachen und zusätzlich in den Kreisen Euskirchen (1) und Düren (1) sowie Heinsberg (1). Es wurden 74 Beratungen durchgeführt. Bei den Patentsprechtagen waren neben der AGIT das Patentinformationszentrum der RWTH (PIZ) sowie ein Patentanwalt als involvierte Partner mit eingebunden.

Finanzierungsvermittlung

Neben der Vermittlung von Gründern und Wachstumsunternehmen an Finanzierungspartner wurden die Unternehmen bei entsprechenden Verhandlungen zu Förderungen, Bankkrediten, Beteiligungskapital von VC-Gesellschaften oder Business Angels begleitend unterstützt.

Bei den AGIT-Finanzierungssprechtagen wurden Business Angels aus dem euBAn-Netzwerk sowie die ZENIT GmbH im Themenfeld der europäischen Förderprogramme eingebunden. 2010 wurden zwei Venture-Capital-Beratungstage veranstaltet, an denen 8 Personen/Teams die Möglichkeit zu einem Beratungsgespräch mit Beratern der regionalen und überregionalen VC-Gesellschaften, u. a. die NRW-BANK nutzten. Außerhalb der Finanzierungssprechtage konnte die AGIT aus ihrem Business Angels Netzwerk bei 2 Gründungs- und/oder Innovationsvorhaben eine umfassende Frühphasenfinanzierung vermitteln und zum anderen eine „zweite Runde“- Finanzierung.

Veranstaltungen und Aktivitäten

2010 wurden drei SIGNO-Veranstaltungen organisiert, darunter der „7. Aachener Innovations-tag“ im Dezember 2010 zum Thema „Erfolgreiche Verwertung von Innovationen“. Rund 70 Innovatoren nahmen teil. Abgerundet wurde die Veranstaltung durch eine Ausstellung der durch die KMU Patentaktion geförderten Unternehmen mit ihren Innovationen. Im vergangenen Jahr hielt die AGIT Fachvorträge zum Thema Patentwesen bei Partnerinstitutionen, wie dem Patentinformationszentrum Aachen (PIZ), der Handwerkskammer, der IHK Aachen sowie dem Technologie- Transfer- Ring des Handwerks. Das Projekt *euBAn - Euregionales Business Angels-Netzwerk* - wird auch nach Ende der Förderphase mittels Matching-Fora weitergeführt. Auch das Business Angels Netzwerk wird beibehalten und gepflegt.

Gründungs- und Wachstumsinitiative AC²

Die AGIT wirkt seit Jahren intensiv bei der Gründungs- und Wachstumsinitiative AC² im Rahmen der GründerRegion Aachen mit. Als Mitglied des Coaching-Netzwerkes beriet sie die Teilnehmer der Initiative. Die AGIT war maßgeblich an der Betreuung des Projektes im Rahmen der Arbeitsgruppe und des Gründungswettbewerbs, z. B. mit Fachvorträgen an Coaching- und Wachstumsabenden oder als Gutachter zur Bewertung von Businessplänen, beteiligt. Bei den regelmäßigen Gründerfoyer-Veranstaltungen und den Redaktionssitzungen der Gründerzeitung wirkte die AGIT ebenfalls aktiv mit.

Technologiezentrummanagement (Geschäftsfeld II)

Die große Nachfrage von jungen Unternehmen nach Flächen setzte sich erfreulicherweise auch in 2010 in den beiden von der AGIT betriebenen und betreuten Technologiezentren TZA und MTZ fort. Neue wie auch bereits ansässige Unternehmen benötigten Flächen. So war das TZA im Dezember 2010 Standort von 98 Mieterfirmen (Vorjahr 93). Und auch das MTZ war trotz der sukzessiven Räumung des I. Bauabschnitts zwecks Übergabe an den neuen Eigentümer UKA im Dezember 2010 noch Standort von 22 Unternehmen. In beiden Häusern sanken die sehr guten Vorjahreswerte bei der durchschnittlichen Gesamtauslastung aus unterschiedlichen Gründen leicht. So fiel die durchschnittliche Gesamtauslastung im TZA in 2010 um zwei Prozentpunkte auf 96 %, da der Flächenbedarf neuer Unternehmen stark gesunken ist. Im MTZ

sank die durchschnittliche Auslastung um einen Prozentpunkt auf 98 %, was auf die Umstrukturierungsmaßnahmen im MTZ zurückzuführen ist. Trotz der leicht gesunkenen Werte bei den Auslastungsquoten konnte man auch in 2010 in beiden Häusern erneut von einer Vollausslastung sprechen.

Regionalmarketing und Ansiedlung (Geschäftsfeld III)

Ansiedlungsberatung

Im Jahr 2010 bestanden Kontakte zu 46 standortsuchenden Unternehmen, woraus sich 19 konkrete Leads mit Standortbesichtigungen ergaben. Während 19 Projekte noch offen sind, sind bereits 11 Entscheidungen für Standorte in der Region gefallen. Alle realisierten Investitionsvorhaben wurden von Firmen getätigt, die bisher noch keinen Standort in der Region hatten. 40 % der Anfragen wurden über eigene Akquisitionstätigkeiten generiert, 60 % entstanden durch intensive Netzwerkarbeit der AGIT mit NRW.INVEST, IHK Aachen, RWTH Aachen und den Kommunen der Region. Etwa Dreiviertel der Anfragen kamen aus den Branchen Maschinenbau, Handel und Dienstleistung, Life Science/Medizintechnik und Logistik. Hierin spiegelt sich das Technologie-/Wissenschaftsangebot der Region wider. Die Ansiedlungsinteressenten stammen zu circa 40 % aus europäischen Staaten, Schwerpunkte sind hier die Niederlande, gefolgt von Belgien. Bemerkenswert ist bei der Betrachtung der außereuropäischen Anfragen die starke Konzentration auf China und die USA mit sieben resp. neun Anfragen. Die Neuansiedlungserfolge liegen über dem Vorjahresniveau. Seit 2001 war die Zahl der Neuansiedlungen und die damit verbundene Zahl geschaffener Arbeitsplätze (540) nicht mehr so hoch wie in 2010.

Öffentlichkeitsarbeit

Standortmagazin aHEAD

Die Erstausgabe des Standortmagazins der Region Aachen „aHEAD“ wurde im Laufe des Jahres 2010 vielfältig eingesetzt, so z. B. regional im Rahmen des IKV-Kolloquiums, des International Laser Technology Congress AKL und der Biomedica, während des CHIO Aachen und der Karlspreisverleihung. Als Imagewerbung wurde das Magazin auf den Gästezimmern im Pullman Aachen Quellenhof ausgelegt. National wurde aHEAD beispielsweise auf der ITB in Berlin und der Medica in Düsseldorf vertrieben, international bei einer Delegationsreise in China und auf einer Technologiemesse in Istanbul.

Im Oktober 2010 erschien die zweite Ausgabe des Magazins mit dem Schwerpunktthema Energie. Neben dem Versand an rund 700 nationale und internationale Kunden, wurde das Magazin u. a. auf der Immobilienmesse Expo Real in München eingesetzt und den Tagungsmappen des internationalen Aachener Kongresses Fahrzeug- und Motorentechnik beigelegt. Des Weiteren wurde es im Herbst in den First Class Lounges der Deutschen Bahn am Kölner Hauptbahnhof und am Frankfurt Flughafen prominent platziert.

Internetauftritt

Im Jahr 2010 lag die durchschnittliche monatliche Besucherzahl der Internetpräsenz bei über 3.500 Besuchern. Die Ansichtszeit pro Besucher lag bei über drei Minuten. Für 2011 ist ein Relaunch der Internetseite mit der Freischaltung im Frühjahr geplant.

Veranstaltungen

Die AGIT organisierte 2010 zum fünften Mal im Auftrag des Innovationspreis-Kuratoriums, dem u. a. die Landräte der Kreise Aachen, Düren, Euskirchen und Heinsberg und der Oberbürgermeister der Stadt Aachen angehören, den Aufruf und die Preisverleihung des „Innovationspreis Region Aachen“. Pro Kategorie Gründung, Wachstum und Handwerk wurden drei Unternehmen nominiert, und im November jeweils eines ausgezeichnet. Die Nominierten und Preisträger nutzten diese Auszeichnung für ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit, um somit vom positiven Imagefaktor zu profitieren.

AGITaktuell

Der Newsletter „AGITaktuell“ wurde 2010 im März und im Juli herausgegeben.

Pressearbeit

Um den Standort Region Aachen sowie die Dienstleistungen der AGIT in den Medien bekannter zu machen, wurden im Jahr 2010 insgesamt 37 Pressemitteilungen, redaktionelle Artikel und Fernseh- und Radioberichte verbreitet. Hieraus entstanden 135 direkte und 38 indirekte Veröffentlichungen.

Werbung

Standortwerbekampagne „Wussten Sie schon, dass...?“

An der Werbekampagne „Wussten Sie schon, dass...“ haben sich auch 2010 wieder zahlreiche regionale Unternehmen beteiligt. Deren Motive sind monatlich auf den Titelseiten bestimmter ICE-Reisepläne, auf großflächigen Plakaten am Aachener Hauptbahnhof und als Anzeigen in Publikationen, wie u.a. „Merian Aachen“ und im Hotelumschlag des Stadtmagazins Bad Aachen, zu sehen. Aus den Motiven wurde ein Kalender 2011 gestaltet, den die AGIT und die teilnehmenden Firmen als Weihnachtsgruß an ihre Kunden versandt haben. Einige Unternehmen nutzten zudem ihr Motiv für eigene Werbezwecke im Internet oder in Zeitschriften.

Anzeigen

Es wurden Anzeigen geschaltet u. a. zur Bewerbung des Gewerbeflächen- Informationssystems gisTRA, zur Bekanntmachung der AGIT-Dienstleistung im Bereich der Beratung und zur Vermarktung der 13 regionalen Technologie- und Gründerzentren.

Regional- und Clusterentwicklung (RuC) (Geschäftsfeld IV)

Die Region Aachen ist auf einem erfolgreichen Kurs für eine nachhaltige regionale Wirtschafts- und Strukturentwicklung. Ein wesentliches Instrument bildet weiterhin die nordrhein-westfälisch-europäische Strukturfondsförderung und hierbei vor allem das NRW-EU Ziel 2 Programm 2007-2013 (EFRE). Das regionale Programm- und Projektmanagement wurde 2007 der AGIT seitens der Gesellschafter übertragen. Deshalb sind im vergangenen Jahr von RuC gemeinsam mit den regionalen Partnern und potenziellen Antragstellern zahlreiche mögliche Projektansätze entwickelt worden. Letztlich sind die meisten der in den Ziel-2-Förderwettbewerben beim Land NRW eingereichten Projekte aus der Region Aachen in enger Abstimmung - zum Teil auch in inhaltlicher Kooperation - mit der AGIT erstellt worden.

Die Förderung ist ein wichtiger Schwerpunkt dieses Geschäftsfeldes. Darüber hinaus stand aber vor allem die strategische Regionalentwicklung im Fokus der Tätigkeit. Einen zentralen Stellenwert hatte dabei insbesondere die Entwicklung der technologie- und innovationsorientierten Netzwerk- und Clusterstrukturen sowie besonderer struktur- und regionalwirtschaftlich relevanter Themen.

Weiterhin unterstützt die RuC die Clusterentwicklung in wichtigen regionalen Branchen und Querschnittstechnologien. Die Aktivitäten konzentrieren sich insbesondere auf die Branchen Life Sciences und Gesundheitswirtschaft, Automobil- und Schienentechnik und Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK). Darüber hinaus wurde auch an neuen Technologiefeldern, die für die Region an Bedeutung gewinnen, gearbeitet, hierzu zählen insbesondere Erneuerbare Energien/Nachwachsende Rohstoffe, Logistik und Holzwirtschaft. Außerdem wurde die Gesundheitsregion Aachen in Zusammenarbeit mit der Regionalagentur Aachen und der Regio Aachen e.V. weiter ausgebaut. Ein wesentliches Element der Unterstützung der regionalen Clusterentwicklungen bildete 2010 die Begleitung der Cluster selbst bzw. ihrer Mitgliedsunternehmen und Institutionen bei der Entwicklung und Implementierung von technologie- und innovationsorientierten Förderprojekten im Rahmen des Ziel-2-Programms und des INTER-REG-Programms.

Projekte/Aufträge

Die AGIT war im Geschäftsfeld IV im Jahr 2010 an folgenden regionalen, euregionalen und europäischen Projekten federführend oder als Partner beteiligt. Sofern im Berichtsjahr beendet, wurden diese Projekte buchhalterisch und verwendungsseitig abgeschlossen:

- ACC-EC (*Aachener Competence Center – Electronic Commerce.*)
 - Skills³
- SIS (*Sustainable Industrial Sites*)
- *Gesundheitsregion Aachen*
- *Nacht der Unternehmen (NdU)*
- *InnoMeT.NRW*
- *Regionales Entwicklungskonzept*
- *Regionalbudgets Region Aachen.visàvis*
- *Ethnische Ökonomie*
 - *Medicon Valley Projekt*
- *Logistik-Initiative A4*
- *SWOT Analyse Logistikregion Aachen*
- *Logistik-Cluster NRW*
 - *aic (Automotive Cluster EMR 2012, GALILEO above)*
- *Holzstrom*
- *PaperNet (Antragsphase)*
- *TeTRRA*

Euregionale Entwicklung - Neuer Bereichsname: Strategische Fragen der Wirtschaftsförderung - (Geschäftsfeld V)

Ziel dieses Arbeitsbereiches der AGIT ist es, der regionalen Wirtschaftsförderung in Zukunft eine stärker internationale und strategische Dimension zu verleihen. Zwei Hauptaufgaben stehen im Vordergrund: Zum einen soll durch über die Region hinausweisende euregionale / internationale Initiativen bzw. Projekte die wirtschaftlich-technologische Zusammenarbeit in der EMR und darüber hinaus gefördert werden. Zum anderen sollen die wirtschaftlich-planerische Entwicklung sowie das Management von Gewerbeflächen vorangetrieben werden. Dabei geht es unter anderem darum, potenzielle Investoren mit aktuellen Gewerbeflächen/-immobilien und Strukturdaten zu versorgen und regionale Entscheidungsträger frühzeitig auf strukturbedeutsame Entwicklungen und Trends aufmerksam zu machen.

Projekte/Aufträge

Die AGIT war im Geschäftsfeld V im Jahr 2010 an folgenden regionalen, euregionalen und europäischen Projekten bzw. Aufträgen federführend oder als Partner beteiligt. Sofern im Berichtsjahr beendet, wurden diese Projekte buchhalterisch und verwendungsseitig abgeschlossen:

- TTR ELAt – Towards a European Technological Top Region Eindhoven-Leuven-Aachen triangle (Koordination der NRW-Aktivitäten im Auftrag des MWEBWV NRW)
- „towards Top-Technology-Cluster (TTC)“ (Vorbereitung des neuen INTERREG IVA-Projektes; im Dezember 2010 genehmigt)
- Regionales Gewerbeflächen-Monitoring – gisTRA (im Auftrag der Region Aachen)
- „Gewerbeflächenportal EMR“ (Start des neuen INTERREG IVA-Projektes, genehmigt im September 2010)
- Sustainable Industrial Sites (SIS) – Nachhaltige Gewerbegebiete in der EMR (INTERREG IVA-Projekt)
- Gemeinschaftsstand PROVADA, Amsterdam (NL)
- Fortschreibung des Regionalen Gewerbeflächenkonzeptes (im Februar 2010 vom Lenkungsausschuss der Region Aachen beschlossen)
- Modellvorhaben (MORO) „Grenzüberschreitende Verflechtungsräume“
- Fortführung des E.I.S. (Euregionaler Informations-Service)

Regionalagentur Aachen (Geschäftsfeld VI)

Die Tätigkeit der Regionalagentur, die im Auftrag des Landes NRW und der Region Aachen für die regionale Arbeitspolitik zuständig ist, konzentriert sich auf folgende fünf Handlungsfelder:

Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten

Im Jahr 2010 haben 109 Unternehmen aus dem Mittelstand in der Region eine Erstberatung im Bereich „Personal- und Organisationsentwicklung“ und eine Potenzialberatung beantragt und durchgeführt. 2010 wurden in der Region Aachen 1.762 Beratungen zum Bildungsscheck NRW durchgeführt, davon 1009 (57,3 Prozent) Beratungen mit Personalverantwortlichen aus Unternehmen und 753 Beratungen (42,7 Prozent) mit Beschäftigten. Mit rund einem Drittel haben die sozialen und pflegerischen Berufe auch 2010 einen hohen Anteil und unterstreichen die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft.

Die Region hat 2010 einen hohen Anstieg an Beratungen zur Bildungsprämie des Bundes verzeichnet: Die Beratungszahlen wurden von 255 auf 1.561 erhöht. Insgesamt wurden 2010 20 Prozent mehr Beratungsschecks an Weiterbildungsinteressierte ausgegeben. Der Runde Tisch „Einsatz für Arbeit“ wurde fortgeführt.

Arbeit und Bildung in der Gesundheitsregion Aachen

Der Ideenzirkel „Zukunft der Pflegeberufe“ hat das Positionspapier „Modellregion Pflege: Gegen den Trend“ entwickelt und im Sommer 2010 vorgelegt. Die Regionalagentur hat gemeinsam mit Kooperationspartnern Veranstaltungen zum Aktionsplan Altenpflege durchgeführt. Das Thema Betriebliches Gesundheitsmanagement stellte 2010 auch im Rahmen der Woche der Gesundheitswirtschaft einen weiteren Schwerpunkt dar. Das Modellprojekt PIA - Pflegeinnovationen in der Gesundheitsregion Aachen zeigt sehr gute Ergebnisse.

Fachkräfteentwicklung im Demografischen Wandel

Im Regionalen Entwicklungskonzept ist ein Konzept zur Fachkräfteentwicklung „Talentmanagement in Zukunftsbranchen“ hinterlegt, das seit Oktober 2010 gemeinsam mit den Clustern der Region umgesetzt wird. Der Fachausschuss Arbeit hat sich der Aufgabe gestellt, einen Aktionsplan Fachkräfteentwicklung für die Region vorzulegen. 2010 wurden mehrere Veranstaltungen mit Partnern aus den regionalen Wirtschaftsförderungen durchgeführt. Die AGIT hat gemeinsam mit den Integrationsbeauftragten, den Wirtschaftsförderungen und den Kammern Strategien zur Nutzung der ökonomischen Potenziale von Menschen Zuwanderungsgeschichte für Existenzgründung, Unternehmensentwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen entwickelt.

Da die Nutzung des Potenzials eigener un- und angelernter Mitarbeiter als Lösung des Fachkräftemangels nur selten in Betracht gezogen wird, setzt das Projekt „SAG&ANI!“ genau an dieser Stelle an. Durch den Aufbau einer Serviceagentur werden Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu dem Thema modulare Nachqualifizierung informiert und beraten. Die Unternehmen aus den Branchen Logistik, Metall und der Ernährungsindustrie sollen durch passgenaue modulare Nachqualifizierungen ihre un- und angelernten Mitarbeiter zu Fachkräften ausbilden lassen. In dem Projekt des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung arbeitet die AGIT mit dem Sozialwerk Aachener Christen e.V., dem VabW e.V. und der IHK Aachen zusammen.

Jugend und Beruf

Das Programm (TEP) unterstützt sowohl junge Mütter und Väter als auch Betriebe bei der Teilzeitberufsausbildung. Anlässlich der Tagung „Potenziale erkennen – Chancen nutzen“ haben 150 Teilnehmer Lösungsansätze für die Entwicklung regionaler Strategien in der Bildungsregion Aachen erarbeitet. Im Sonderprogramm Ausbildung haben 2010 insgesamt 81 Jugendliche ihren Berufsabschluss realisiert. Von landesweit 457 Jugendlichen, die bis Winter 2009/2010 an Abschlussprüfungen im Dritten Weg teilgenommen haben, waren 410 erfolgreich.

Neue Wege in Arbeit

Aktuell wird das Projekt „Aristoteles“ zur Integration von Bedarfsgemeinschaften durchgeführt. Die SGB-II-Träger in der Region kommen regelmäßig zusammen, um sich in Bezug auf die Umsetzung von Jobperspektive und Bürgerarbeit abzustimmen sowie weitere Schwerpunkte, wie z. B. die Integration Alleinerziehender gemeinsam zu behandeln. Das Landesprogramm „Integration unternehmen“ unterstützt die Gründung von Integrationsunternehmen. 2010 sind vier Integrationsprojekte entstanden, die mit investiven Landesmitteln gefördert wurden und unter Wettbewerbsbedingungen handeln und Gewinne erwirtschaften.

Darstellung der Lage

Das Geschäftsjahr 2010 brachte eine deutliche Steigerung der Gesamtleistung um 263 T€ (5,1 %) auf 5.442 T€ (5.179 T€ in 2009). Während die Umsatzerlöse um 231 T€ zurückgingen, erhöhten sich die sonstigen betrieblichen Erlöse um 494 T€ auf 2.684 T€. Zurückzuführen sind die sonstigen Erträge auf deutlich erhöhte Projekteinnahmen. Insgesamt schloss das Geschäftsjahr jedoch mit einem negativen Ergebnis von rund -186 T€ ab (Vorjahr -167 T€).

Gegenüber dem Jahr 2009 ist diese Verschlechterung primär auf einer Erhöhung der Personalkosten um ca. 335 T€ auf 2.115 T€ (Vorjahr 1.780 T€) und der damit verbundenen Steigerung der Gesamtkosten zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich in 2010 gegenüber 2009 sogar um 59 T€ verringert, was insbesondere aus reduzierten Instandhaltungsaufwendungen resultiert.

Unter dem Aspekt, dass die Einnahmen aus Projekten (die von der Region Aachen an die AGIT herangetragen wurden) in der Regel mit einem Eigenanteil zwischen 20 % und 30 % finanziell hinterlegt werden müssen, war dieses Ergebnis vorhersehbar und kann durchaus als zufriedenstellend bezeichnet werden. Relativierend muss jedoch im Vergleich zu 2009 erwähnt werden, dass die Problematik der höheren Leasingrate für den BA II des TZA, die in den letzten Jahren das Ergebnis der AGIT negativ geprägt hat, sich in 2010 nicht mehr im Ergebnis negativ niederschlägt, denn die beiden Gesellschafter Stadt Aachen und StädteRegion Aachen haben in einem Gesellschafterbeschluss den Ausgleich dafür übernommen (76 T€ für 2010). Gegenüber dem Vorjahr 2009 ist der Jahresfehlbetrag in 2010 somit um etwa diesen Betrag verbessert dargestellt. Damit wurde die im letzten Bericht festgestellte notwendige neue Finanzierungslösung durch die Gesellschafter Stadt Aachen und StädteRegion Aachen vollständig eingelöst.

Das Ergebnis laut Gewinn- und Verlustrechnung entwickelt sich auf rund -186 T€ (Vorjahr -167 T€). Das Plan-Ergebnis für 2010 von ca. -150 T€ konnte nicht erreicht werden (-36 T€) und das Gesamtergebnis liegt um 19 T€ unter dem Wert von 2009.

Im Bereich des Technologiezentrumsmanagements (TZM) hat die AGIT im Geschäftsjahr 2009 gegenüber dem Vorjahr im TZA eine etwas verschlechterte Auslastung im Jahresmittel und damit verminderte Einnahmen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise zeigte sich auch in verminderten Einnahmen im Bereich Konferenzraumvermietung (ca. -30 T€).

Die Gesellschaft hat unter Berücksichtigung der Personalkosten aber vor Umlage der Zentralen Dienste für den ersten Bauabschnitt des TZA einen Überschuss in Höhe von 410 T€ (im Vorjahr 459 T€) erzielt. Im BA II wurde ein Verlust von rund -113 T€ nach Abzug des Zuschusses in Höhe von 76 T€ durch die Stadt Aachen und die StädteRegion Aachen (im Vorjahr -146 T€) erreicht. Im MTZ lag das Ergebnis bei -28 T€ (im Vorjahr 1 T€). Dieser Verlust (28 T€) wurde von der Stadt Aachen ausgeglichen. Die deutliche Verschlechterung des MTZ-Ergebnisses resultiert aus den erhöhten Aufwendungen im Rahmen der Mieterbetreuung und durch Beratungskosten, die durch den Verkauf des MTZ-BA I an das UKA entstanden sind. Hierbei handelt es sich um einen aller Voraussicht nach zusätzlichen Aufwand in 2010 der mit Kosten verbunden war, der aber in den folgenden Jahren nicht mehr auftreten wird. Das Technologiezentrumsmanagement erzielte somit insgesamt einen Überschuss von 298 T€ (Vorjahr 314 T€).

Der geringere Verlust im BA II gegenüber 2009 resultiert aus der Übernahme der Kostendifferenz „Einnahmen vs. Leasingrate“ in Höhe von 76 T€. Die Gesellschafter Stadt Aachen und StädteRegion Aachen haben sich in einem Beschluss zur Übernahme dieser Kosten verpflichtet. Der noch verbleibende Fehlbetrag von 113 T€ kann ebenfalls laut Gesellschafterbeschluss durch ein Darlehen zur Verbesserung der Liquiditätssituation der AGIT ausgeglichen werden. Die in den Beschlüssen zur Absicherung der Situation im BA II gemachten Annahmen über die Kostendifferenz „Einnahmen vs. Leasingrate“ sowie Höhe der Darlehensaufnahme wurden genau bestätigt.

Bei Umlage der Aufwendungen für die Zentralen Dienste von insgesamt 709 T€ nach Mitarbeiterköpfen auf die jeweiligen Bereiche verbleibt für das Technologiezentrumsmanagement für 2010 ein GuV-Ergebnis von rund 273 T€ (Vorjahr 327 T€).

In den anderen Geschäftsbereichen Beratung technologieorientierter Unternehmen, Regionalentwicklung und Entwicklung Technologiefelder, Regionalmarketing und Ansiedlung, Standortbeobachtung und -entwicklung und Regionalagentur (RA) konnte auch unter Berücksichtigung der budgetierten Zuschüsse kein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden. Auf alle vier Bereiche entfällt nach Umlage der Zentralen Dienste ein Gesamtverlust in Höhe von ca. -347 T€ (Vorjahr -349 T€).

Auf Grund deutlich erhöhter Außenstände, insbesondere im Bereich der Projektförderung, hat sich trotz eines systematischen Forderungs- und Kostenmanagements in 2010 eine deutlich verschlechterte Liquiditätssituation für die AGIT ergeben, die zu einer vollen Inanspruchnahme des Kontokorrentkredites von 510 T€ führte. Die daraus resultierende Zinsbelastung lag mit 5 T€ über dem Wert des Vorjahres (ca. 3 T€ in 2009).

Nach Berücksichtigung der laufenden Zuschüsse der Gesellschafter für wirtschaftsfördernde Maßnahmen verbleibt damit für die Gesellschaft ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -186 T€ (Vorjahr -167 T€).

Die Vermögenslage des Unternehmens ist wie in Vorjahren durch eine hohe Anlagenintensität (92%) wegen des in früheren Jahren errichteten TZA gekennzeichnet. Insgesamt entwickelt sich das Vermögen korrespondierend zur AfA des Gebäudes rückläufig. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen konnten zurückgeführt werden. Die unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen sonstigen Forderungen aus Projektförderungen erhöhten sich aufgrund wachsender Außenstände bei den zugesagten Fördermitteln. Dies führte zu einer Minderung des Bestandes an liquiden Mitteln.

Das negative Ergebnis hat zur Konsequenz, dass auf der Passivseite das gezeichnete Kapital von 3.253 T€ zu über 50% aufgebraucht ist und ggf. weiter aufgebraucht werden wird.

Positiv muss hervorgehoben werden, dass die Problematik des TZA BA II in 2010 einer Lösung zugeführt werden konnte. Durch die Übernahme der Kostendifferenz „Einnahmen vs. Leasingrate“ ab 2010 bis Mitte 2019 (Auslauf des Leasingvertrages) durch die Gesellschafter Stadt Aachen und StädteRegion Aachen hat sich die finanzielle Situation im BA II deutlich verbessert. Mit dieser Kostenübernahme haben sich die Gesellschafter zudem verpflichtet, den BA II ab Mitte 2019 von der Perigäum GVG Verm. KG zu übernehmen. Der dann noch verbleibende Fehlbetrag von ca. 110 T€ pro Jahr kann ebenfalls laut Gesellschafterbeschluss durch ein Darlehen zur Verbesserung der Liquiditätssituation der AGIT ausgeglichen werden. Damit findet die langjährige Debatte über den TZA BA II ein positives Ende.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres wie folgt eingetreten.

Die hohe Anzahl der Projekte hat zu einer deutlichen Verschlechterung der Liquidität der AGIT geführt. Insbesondere hat die nachträgliche, oft verzögerte Auszahlung von Projektmitteln von über einem halben Jahr eine Vorfinanzierung der Projekte zur Folge. Gleichzeitig hat der nicht genehmigte NRW-Haushalt zu einem Auszahlungstop bei den Projektgeldern geführt. In einem Umlaufbeschluss wurde deshalb zur Liquiditätssicherstellung der AGIT der Kontokorrentkredit von 510 T€ auf 850 T€ erhöht.

Der einstimmige Beschluss der Gesellschafterversammlung zur Übernahme der Anteile des ausgeschiedenen Gesellschafters Aachen-Münchener Versicherung stand unter dem Vorbehalt der Gremienzustimmung einzelner Gesellschafter. Da bei zwei Gesellschaftern dieser Gremienvorbehalt zur Nichtannahme des Beschlusses geführt hat, muss nun ein neuer Beschluss in den AGIT-Gremien herbeigeführt werden.

Sachstand AGIT-Beteiligungen

Gegenüber 2009 ergaben sich zum Dezember 2010 keine Veränderungen bei den Beteiligungen. Die AGIT ist weiterhin bei 10 Beteiligungen zur anteiligen Verlustabdeckung verpflichtet ist.

Die TAE GmbH hat das Geschäftsjahr 2010 mit einem negativen Jahresergebnis abgeschlossen. In der TAE-Gesellschafterversammlung wurde ein Beschluss zur Verlustabdeckung herbeigeführt. Dies bedeutet für die AGIT, dass die Gesellschaft für dieses Jahr einen Zuschuss von rd. 4 T€ leisten muss.

Risikobericht

In 2010 wurde ein Projektvolumen von ca. 1.069 T€ (Vorjahr 924 T€) bearbeitet und damit das Niveau von 2009 deutlich überschritten. Die früheren Befürchtungen, das Projektvolumen könnte erheblich einbrechen, haben sich damit nicht bestätigt. Hieraus ergaben sich aber negativen Folgen für das Ergebnis der AGIT, da der Eigenanteil an den Projekten (der in der Regel zwischen 20 % und 30 % liegt) sich unmittelbar negativ im Ergebnis auswirkt. Hinzu kam die Tatsache, dass Raumkosten und Overheadkosten im Rahmen der Projekte nicht mehr finanziert werden. Risiken aus Arbeitsverträgen ergaben sich nicht, da Projekt-Arbeitsverträge befristet sind und eine kontinuierliche Anpassung des Personalbestands an den Umfang der Projektarbeiten damit ermöglicht wird. In 2011 ist wieder mit einem Anstieg des Projektvolumens zu rechnen, der jedoch zu einer Verschlechterung des Ergebnisses führen wird.

Die Integration der Regionalagentur (RA) in die AGIT ist in 2007 erfolgt, wurde in 2008 vollständig vollzogen und wie in 2009 auch in 2010 erfolgreich fortgeführt. Die Regionalagentur ist durch öffentliche Förderung und durch Gesellschafterzuschüsse zu 100 % finanziert, so dass sich hieraus keine Risiken ergeben.

Für die seit 2003 weiterhin ständig auftretenden Betriebsverluste für den 2. Bauabschnitt TZA II wurde - wie oben beschrieben - einer Lösung erarbeitet. Die seit 2008 laufenden Verhandlungen konnten in 2010 entscheidend vorangetrieben und Anfang 2011 in einem Gesellschafterbeschluss zum Abschluss gebracht werden. Risiken ergeben sich unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr.

Die vorgesehenen Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich der Dachflächensanierung wurden in einen Stufenplan überführt und in 2010 ausgeschrieben. Mit den ersten dringenden Arbeiten wird Anfang 2011 begonnen.

Aufgrund der oben beschriebenen Aktivitäten hat sich Liquiditätssituation der Gesellschaft spürbar verschlechtert. In Verbindung mit den wieder gestiegenen Zinssätzen im Bereich des Kontokorrentkredites ist die aktuelle Zinsbelastung nicht mehr zu vernachlässigen. Durch den in 2010 und insbesondere in 2011 gestiegenen Projektanteil, der eine Erhöhung des Anteils von Fördermitteln mit einem erheblichen Eigenanteil zur Folge hat, sowie des NRW-Haushaltstops

ist die Liquiditätssituation der AGIT trotz Erhöhung der Kontokorrentkredites sehr angespannt. Die Forderungen aus 2010 und 5/2011 belaufen sich zurzeit auf über 1.000 T€.

Sonstige Angaben und Prognosen zur voraussichtlichen Entwicklung

Nach jetziger Erkenntnislage kann gegenüber dem Plan Budget 2011, das ein erwartetes Ergebnis von -159 T€ ausweist, folgende Einschätzung erfolgen:

Nach der Prüfung der Spartengewinnermittlung 2010 durch die Wirtschaftsprüfer für das TZA I / II und das MTZ zeigt sich, dass bei gleich bleibender Auslastung nur unwesentliche Veränderungen in den Einnahmen zu erwarten sind. Lediglich die Ausgaben im TZA II werden durch die weiterhin steigende Leasingrate zusätzlich belastet. Jedoch sind diese Erhöhungen im Planbudget berücksichtigt. Durch die Beschlüsse zum TZA BA II und die dort getroffene Zuschussregelung ergibt sich hieraus eine Verbesserung des Ergebnisses um ca. 85 T€. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich bisher in einer verringerten Einnahmesituation im Bereich der Konferenzraumvermietung niedergeschlagen. In 2011 dürfte die Werte von 2010 erreicht oder sogar übertroffen werden. Der Eigentümer des MTZ hat das Gebäude an das UKA (Universitätsklinikum Aachen) verkauft. Der Mietvertrag der GEGRA mit der AGIT wurde für den zweiten Bauabschnitt des MTZ bis Ende 2014 verlängert und für den ersten Bauabschnitt wurde mit dem UKA ein Servicevertrag bis Ende April 2011 abgeschlossen. Dieser Servicevertrag wurde ebenfalls bis Ende 2014 verlängert. Die Einnahme- und Kostensituation für die AGIT bleibt damit weitgehend unverändert. Das Ergebnis für das MTZ wird sich jedoch verbessern, da in 2010 durch den Verkauf ein erheblicher Mehraufwand entstanden ist, der in 2011 nach heutigem Stand nicht mehr zutrifft. Für 2011 ist geplant, dass die AGIT das neue Zentrum für Bio-Medizinische Technik (ZBMT) als Generalmieter anmietet und betreibt und damit seine Aufgabe als Technologietransferagentur weiter ausbaut. Die Verträge hierzu sind abgeschlossen und die aktuelle Vermietungssituation im ZBMT liegt zur Zeit bei ca. 90 %.

Im Bereich Personal- und Sachkosten werden sich nur Veränderungen auf Grund der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst ergeben. Im Planbudget sind Erhöhungen berücksichtigt, die den aktuellen Verhandlungsergebnissen entsprechen. Aufgrund des Baualters des TZA und der geplanten Maßnahmen werden die Instandhaltungsaufwendungen voraussichtlich weiterhin hoch sein.

Sehr erfreulich ist weiterhin (Frühjahr 2011) die Auslastung in den beiden Technologiezentren. Sowohl im TZA als auch im MTZ kann von einer knapp 100%igen Auslastung ausgegangen werden. Im Konferenzbereich setzt sich die spürbare Zurückhaltung in 2010 in veränderter Form weiter fort, denn die Anfragen sind gegenüber 2010 deutlich gestiegen, jedoch häufen sich Absagen wg. Teilnehmermangel.

Die bisherigen Bemühungen der Gesellschaft, durch geförderte Projekte Mehreinnahmen zu erzielen, waren in 2010 erfolgreich und die aktuelle Situation zeigt wiederum eine deutliche Steigerung gegenüber 2010. Die aktuelle Prognose des Projektvolumens für 2011 liegt bei 2.734 T€ gegenüber dem Planwert von 1.855 T€. Durch die geforderten Eigenanteile und die nicht mehr übernommenen Raumkosten und Gemeinkostenanteile ergibt sich eine negative Ergebnisbelastung aus den Projekten von 100 T€ und mehr. Die deutliche Ergebnisentlastung durch die oben angeführte Lösung der TZA BAI-Problemik wird dadurch mehr als vollständig kompensiert. Das Ergebnis in 2011 wird sich damit eher verschlechtern als verbessern. Um weitere finanzielle Risiken zu vermeiden, werden auf Seiten der AGIT alle Arbeitsverträge der Projektmitarbeiter den Projektlaufzeiten angepasst. Sehr erfreulich entwickelten sich in 2010 und auch in 2011 im Rahmen der NRW-Wettbewerbsverfahren die Projektzusagen für die gesamte Region Aachen. Der neue Bereich Regionalentwicklung erfüllt hier voll die in ihn gestellten Erwartungen.

Die Regionalagentur (RA), die 2007 in die AGIT integriert wurde, wird durch Zuschusserhöhung der kommunalen Gesellschafter getragen. Die Ausgliederung des AIC in eine neue Gesellschaft (aric), die für 2009 geplant war, musste aufgrund verzögerter Projektzuwendungen und der Klärung wichtiger Detailfragen auf 2010 verschoben werden. Auch hier konnte bisher keine endgültige Lösung gefunden werden. In 2010 wurde ein Businessplan erarbeitet, der von einem Wirtschaftsprüfer überprüft und als sehr gut bezeichnet wurde. Alternativlösungen werden zur Zeit ebenfalls geprüft. Eine Entscheidung soll Mitte 2011 getroffen werden.

Mit der Förderung von Gründungen, Wachstum und Ansiedlung in der Region Aachen und der Aufgabe der Strukturentwicklung steht die Gesellschaft auch weiterhin vor interessanten und anspruchsvollen Aufgaben. Die Bewältigung dieser Aufgaben sind durch die Lösung der TZA BA II-Problematik in 2010 deutlich erleichtert worden. Die intensiven Bemühungen um ausreichende Fördermittel sowie eine bestmögliche Refinanzierung der vermieteten Immobilien hat erstmalig in 2008 zu einem positiven Ergebnis geführt, das in 2009 und 2010 jedoch nicht gehalten werden konnte. Hierfür war in 2009 zu einem großen Teil die ungelöste TZA BA II-Problematik verantwortlich und in 2010 der hohe Projektanteil an der Finanzierungsstruktur der AGIT mit den erheblichen Eigenanteilen. Für 2011 kann aus heutiger Sicht deshalb gesagt werden, dass die Gesellschaft das Plan-Ergebnis wohl nicht erreichen wird, auch wenn sich die TZA BA II-Lösung sehr positiv auf das Ergebnis auswirkt. Dazu hat sich das Projektvolumen zu stark erhöht.

Beteiligungen des Unternehmens

1. CMC Carolus-Magnus-Centrum für Umwelttechnologie GmbH, Übach-Palenberg
2. DLZ Zentrum für industrieorientierte Dienstleistung Stolberg GmbH, Stolberg
3. EBC Eurode Business Center GmbH & Co KG, Herzogenrath
4. ESC Euro-Service-Center Geilenkirchen GmbH, Geilenkirchen
5. HIMO Handwerker-Innovationszentrum Monschau Betreibergesellschaft mbH, Monschau
6. MPZ Mess- und Prüfzentrum Fahrzeugtechnik Alsdorf GmbH, Alsdorf
7. TAE GmbH - Technik-Agentur Euskirchen, Euskirchen
8. TPH Technologie-Park Herzogenrath GmbH, Herzogenrath
9. TZJ Technologiezentrum Jülich GmbH, Jülich

Eine weitere Darstellung dieser Beteiligungen entfällt, da die Beteiligung an der AGIT selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.

Beteiligungsgesellschaft



mbH

Beteiligungsgesellschaft

Kreis Düren mbH

Kölner Landstr. 271

52351 Düren

Telefon: 02421/3901 21

Telefax: 02421/3901 88

E-Mail:

d.huertgen@btg-kreis-dueren.de

g.emunds@btg-kreis-dueren.de

b.boehnke@btg-kreis-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung der Beteiligungen des Kreises Düren, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge, des öffentlichen Nahverkehrs und der allgemeinen Ergänzungs- und Ausgleichsfunktion des Kreises.

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2009 wurde die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (ALT) auf die Dürener Kreisbahn GmbH (ALT) verschmolzen (Im Vorfeld dieses Verschmelzungsprozesses wurde die DKB Vermögensverwaltung GmbH auf die Dürener Kreisbahn GmbH sowie die BTG Vermögensverwaltung GmbH auf die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH zum 01.01.2009).

Die Dürener Kreisbahn GmbH (ALT) fungiert seit diesem Zeitpunkt als Holdinggesellschaft und firmiert seit dem 13.08.2009 unter „Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (NEU)“.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Zum Geschäftsführer ist der jeweilige Kämmerer des Kreises Düren oder der sonst für das Finanzwesen zuständige Bedienstete berufen. Dieser ist einzeln zur Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft befugt, auch wenn zukünftig weitere Geschäftsführer bestellt werden sollten. Die Gesellschafterversammlung kann jederzeit den Kämmerer als Geschäftsführer abberufen.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht neben dem Landrat des Kreises Düren aus sämtlichen ordentlichen Mitgliedern des Kreisausschusses des Kreises Düren. Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind jeweils für die Amtszeit des Kreistages mit der Maßgabe berufen, dass die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder jeweils drei Monate nach dem erstmaligen Zusammentritt des neu gewählten Kreistages endet.

Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Beratung und Überwachung der Geschäftsführung,
2. Beratung des vom Geschäftsführer jährlich im voraus aufzustel-

- lenden Wirtschaftsplanes,
3. Prüfung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes,
 4. Übernahme neuer Aufgaben,
 5. den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
 6. die Aufnahme und Gewährung von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften und Garantien, das Ausstellen von Wechseln, der Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten oder die Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o.g. gleichkommen und in jedem Einzelfall eine Wertgrenze von 25.000,00 € überschreiten,
 7. Schenkung und Verzicht auf Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
 8. Rechtsgeschäfte gem. § 7 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages,
 9. Vorbereitung der Gesellschafterversammlung,
 10. Einstellung und Entlassung von hauptamtlichen Personal der Gesellschaft.

Die in § 52 GmbH Gesetz aufgeführten Vorschriften des Aktiengesetzes finden auf den Aufsichtsrat keine Anwendung.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Der Kreis Düren als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung aufgrund Beschluss des Kreistages durch den Landrat vertreten. Dieser hat das Stimmrecht gemäß den Weisungen des Kreistages und seiner Ausschüsse auszuüben (§ 113 Abs. 1 GO/§ 53 Abs. 1 KrO).

Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen außer den sonst im Gesetz genannten Fällen:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung der Ergebnisse und die Abdeckung der Verluste,
2. die Erteilung oder der Entzug von Prokuren oder Handlungsvollmachten,
3. die Wahl des Abschlussprüfers,
4. die Entlassung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates,
5. Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschl. Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
6. die Erteilung der Zustimmung nach § 5 betreffend die Übertragung oder Verpfändung von Geschäftsanteilen oder von Teilen von Geschäftsanteilen sowie jede andere Belastung eines Geschäftsanteils,
7. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Unternehmen, Wertpapieren und Beteiligungen,
8. die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer,
9. die Festlegung der Aufwandsentschädigung für die Aufsichtsratsmitglieder,
10. der Abschluss von Beherrschungsverträgen nach dem Aktiengesetz,
11. die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren,
12. die Auflösung der Gesellschaft

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Hürtgen, Dirk Emunds, Guido Böhnke, Bernd	Kreis Düren	Kreiskämmerer
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	17 Sitze	100 %
Gesellschafter- versammlung:	Der Kreis Düren als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung aufgrund Beschluss des Kreistages durch den Landrat des Kreises Düren vertreten.	1 Stimme	100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang Vorsitzender	Kreis Düren	Landrat
	Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Frischmuth, Rudi	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Braumüller, Heinz-Peter	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Conzen, Helga	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Dohmen, Hans-Wilhelm	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Hellwig, Eva	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Natus-Can, Astrid	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Dr. Nolten, Ralf	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Rolfink, Katharina	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Hans-Peter Schmitz	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Koschorrek, Elisabeth	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Pöhler, Raoul stv Vorsitzender	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Schmitz, Josef Johann	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Zentis, Gudrun	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Schaaf, Heinz	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Veithen, Valentin	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Gesellschafter- versammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	2.100.000,00 DM	
gezeichnetes Kapital:	1.075.000,00 €	Euro-Umstellung + Erhöhung um 1.287,05 € zum 18.12.2008

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	1.075.000,00 €	100%

Auf Grund der Ausgliederung des Verkehrsbereiches in Verbindung mit der Eingehung eines Ergebnisabführungsvertrages und der Verschmelzung der Dürener Kreisbahn GmbH (ALT) und der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (ALT) im Jahre 2009 ist ein Vergleich mit Vorjahreswerten vor 2009 in der Gesellschaft selber nicht gegeben. Aus diesem Grunde werden die Werte lediglich mit denen des Geschäftsjahres 2009 verglichen und im Übrigen auf die ausführliche Darstellung im Lagebericht 2010 verwiesen.

Bilanz	2009	2010
Aktiva		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.871,08 €	2.611,75 €
II. Sachanlagen	38.844.286,46 €	37.840.102,13 €
III. Finanzanlagen	138.791.785,81 €	60.081.806,56 €
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	300.119,04 €	5.542.403,49 €
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	5.189.428,79 €	6.869.103,48 €
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	322.196,57 €	327.085,56 €
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €
Summe Aktiva	183.453.687,75 €	114.663.112,79 €
Passiva		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	1.075.000,00 €	1.075.000,00 €
II. Kapitalrücklage	23.996.155,81 €	23.996.155,81 €
III. Gewinnrücklagen	4.933.966,66 €	4.933.966,66 €
IV. Gewinnvortrag	32.895.977,30 €	33.209.323,35 €
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	313.346,05 €	- 13.406.809,96 €
B. Sonderposten		
I. Sonderposten mit Rücklageanteil	1.846.341,26 €	1.088.248,89 €
II. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen zum Anlagevermögen	28.499.101,82 €	27.405.192,78 €
C. Rückstellungen	1.817.885,00 €	4.083.056,00 €
D. Verbindlichkeiten	87.199.953,60 €	32.279.729,44 €
E. Rechnungsabgrenzungsposten	875.960,25 €	2.249,82 €
Summe Passiva	183.453.687,75 €	114.663.112,79 €

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010
1. Umsatzerlöse	363.861,13 €	441.064,55 €
2. sonstige betriebliche Erträge	7.933.067,95 €	9.760.911,78 €
3. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	2.220.015,19 €	2.436.326,14 €
4. Materialaufwand	125.101,05 €	84.776,78 €
5. Personalaufwand		
a) Löhne u. Gehälter	5.654.534,39 €	5.682.834,91 €
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.668.104,13 €	1.713.930,91 €
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	3.461.022,38 €	3.357.507,79 €
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.337.948,76 €	1.707.847,50 €
8. Erträge aus Beteiligungen	234.145,39 €	388.694,37 €
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	7.650.770,00 €	6.427.244,06 €
10. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	1.024.676,52 €	926.903,56 €
11. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	2.422.916,10 €	2.417.114,28 €
12. Aufwendungen aus Verlustübernahme	4.461.629,96 €	4.022.184,93 €
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	295.279,41 €	1.394.947,36 €
14. Außerordentliche Erträge	0,00 €	12.707,68 €
15. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	14.814.383,65 €
Außerordentliches Ergebnis	0,00 €	-14.801.675,97 €
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.466,22 €	0,00 €
17. sonstige Steuern	66.427,14 €	81,35 €
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag I	222.386,05 €	-13.406.809,96 €

18. Öffentliche Ausgleichszahlungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Personenverkehr und auf verbundspezifische Kosten	90.960,00 €	0,00 €
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag II	313.346,05 €	-13.406.809,96 €

	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	161	151

Verbindungen zum Kreishaushalt

Zahlungen an die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wurden in 2010 nicht getätigt. Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH erstattete in 2010 einen Betrag i.H.v. insgesamt 25.060,27 € für entstandene Verwaltungs- und Personalkosten an den Kreis Düren. Der Kreis Düren hat für die Gewährung von Ausfallbürgschaften zugunsten der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH insgesamt 25.089,35 € als Bürgschaftsprovision für das Kalenderjahr 2010 erhalten.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde mit Verschmelzungsvertrag Nr. 2117/2008 vor dem Notar Dr. Monath durch die Verschmelzung der vorherigen Gesellschaften „Dürener Kreisbahn GmbH“ und „Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH“ gebildet. Beide Gesellschaften waren zu 100 % im Besitz des Kreises Düren. Die Dürener Kreisbahn GmbH fungierte bei diesem Prozess als gesamtwirtschaftlicher Überlegender als aufnehmender Rechtsträger. Sodann wurde die Dürener Kreisbahn GmbH umfirmiert in „Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH“. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte nach Vorliegen der entsprechenden Jahresabschlüsse der verschmolzenen Gesellschaften für das Kalenderjahr 2008 zum 13.08.2009. Gleichwohl agiert die Gesellschaft wirtschaftlich bereits seit dem 01.01.2009 als Einheit.

Die Gesellschaft verfügt über Geschäftsanteile an weiteren Unternehmen.

Bis zum 31.12.2008 hat die aufnehmende Gesellschaft Dürener Kreisbahn GmbH als satzungsgemäße Hauptaufgabe Personenverkehrsleistungen im Kreis Düren erbracht. Dieser Hauptgeschäftszweig wurde zum 01.01.2009 auf die im Jahre 2008 gegründete Tochtergesellschaft DKB Verkehr. GmbH, nunmehr firmierend unter Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) übertragen. Die historisch gewachsenen Strukturen – insbesondere im Bereich der Aufbauorganisation und der Stellenzuordnungen – aus dieser Aufgabenerfüllung finden sich weiterhin auch bei der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH. Insbesondere ist das gesamte Personal – auch das für die Verkehrsleistungserbringung vorgesehene – beim aufnehmenden Rechtsträger verblieben und wird von diesem im Rahmen einer genehmigten Arbeitnehmerüberlassung an die Verkehrsgesellschaft verliehen. Weiterhin ist sämtliches Anlagevermögen bei der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH verblieben und wird im Rahmen von Miet- und Pachtverträgen der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) zu deren Aufgabenerfüllung entgeltlich überlassen.

Noch in 2009 wirkte die in den Vereinigten Staaten 2008 ausgelöste Finanzkrise und wirtschaftliche Rezession. Es kann davon ausgegangen werden, dass die gegensteuernden Maßnahmen

erfolgreich waren, denn entgegen den Prognosen konnte ein positiv hohes Wirtschaftswachstum erreicht werden. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt entspannte sich, die Arbeitslosenzahlen sind zurückgegangen.

Zum Beginn des Monats März 2011 überraschte und erschreckte die Naturkatastrophe in Japan und die daraus folgenden Auswirkungen auf die Kernenergie die gesamte Welt. Die Bürgerkriegsunruhen in Libyen und im nahen Orient verschärfen sich erheblich. In wie weit hieraus Folgen für die deutsche Wirtschaft und insbesondere auf Energie- bzw. Treibstoffkosten mittelfristig folgen, kann zum Zeitpunkt der Berichtsaufstellung noch nicht abgesehen werden. Der erhebliche Kursverfall der Aktien der deutschen Energieversorger trifft die Gesellschaft mit wesentlichen Auswirkungen. So war zum Bilanzstichtag eine Neubewertung des Aktienportfolios notwendig. Im Rahmen der Abwertung generierte die Gesellschaft hierdurch einen Buchverlust in Höhe von rd. 12,5 Mio. €.

Abzuwarten bleibt, inwieweit die Haushaltskrise von EU-Staaten und den USA sowie das grundsätzliche Umdenken in der bundesweiten Energiepolitik und hierauf beruhende nicht geplante Ausgaben die Bundesregierung zu Sparbeschlüssen zwingen wird. Eine Dämpfung der wirtschaftlichen Erholung kann durchaus erwartet werden. Es ist anzunehmen, dass Einsparungen in der Förderung von Infrastruktur und ÖPNV über die Wirkungen in den Tochtergesellschaften auch die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH betreffen werden. Die Situation der kommunalen Unternehmen bleibt angespannt. Es dominiert bei den Unternehmen ein Kostendämpfungszwang auf Grund der schlechten Haushaltslagen der Kommunen/Eigentümer. Diesem unterliegt auch die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH, insbesondere über die mit Ergebnisabführungsvertrag eingebundenen produktiven Tochterunternehmen.

Die in den Vorjahren eingeleiteten Maßnahmen werden kontinuierlich fortgesetzt. Durch den Verschmelzungs- und Ausgliederungsprozess mussten jedoch neu definierte Handlungsabläufe aufgenommen werden und sich einspielen. Verbesserungen des Leistungsangebotes sind nur dort möglich, wo sie kostendeckend erfolgen können. Ergebnisabführungsverträge bestehen derzeit mit den 100 %igen Tochtergesellschaften Freizeitbad Kreuzau GmbH und Dürener Kreisbahn GmbH (DKB).

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2010 ist differenziert zu bewerten. Die Kontinuität im Bereich der Anlagenbewirtschaftung kann als zufriedenstellend bewertet werden. Die Verbesserungen im Bereich der Ergebnisse aus Beteiligungen wirken sich günstig für das Unternehmen aus und tragen zu einem zufriedenstellendem operativen Ergebnis bei. Der Kursverfall der Wertpapiere dominiert das Ergebnis 2010 und führt dazu, dass das Gesamtergebnis der Gesellschaft nicht zufriedenstellend ist.

Der überwiegende Anteil der Beschäftigten wird noch nach den historischen Lohn- und Gehaltstarifen BAT bzw. BMT-G bezahlt. Die Gesellschaft hat im Einvernehmen mit dem Betriebsrat eine betriebsindividuelle Entwicklung verhandelt, die es den Beschäftigten erlaubt, an Stelle einer Entgelterhöhung alternativ die persönlichen Urlaubsansprüche zu erhöhen.

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH bildet in Anerkennung der unternehmerischen wie gesellschaftlichen Verpflichtung junge Menschen – weit über den eigenen notwendigen Rahmen – in den ihr möglichen Berufsbildern aus. Im Jahre 2010 befanden sich neun Auszubildende in einem Ausbildungsverhältnis.

Die Gesellschaft hat selber aus eigener Betriebstätigkeit im Bereich der Anlagenwirtschaft nur einen sehr geringen Kundenstamm. Eine sich aus dieser Betriebstätigkeit heraus ergebene ökologische Einflussnahme auf die Umwelt findet nahezu nicht statt. Hierzu wird auf die im Kreis Düren produktiven Tochtergesellschaften verwiesen. Diesen wird gleichfalls das Feld der aktiven Öffentlichkeitsarbeit zur Verbesserung des Unternehmensimages überlassen.

Ertragslage

Die Gesellschaft erbringt Leistungen im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen für ihre Tochterunternehmen, überwiegend für die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB). Die Beträge sind als Umsatzerlöse ausgewiesen und betragen 441 T€ (Vj. 364 T€).

Weitere Erträge generiert die Gesellschaft aus dem Besitz und der Verwaltung ihrer Beteiligungen (insbesondere RWE Aktien) sowie der Bewirtschaftung ihrer Liegenschaften. Weiterhin erzielt sie Erträge aus der Arbeitnehmerüberlassung von Personal an ihre Tochtergesellschaften Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) und Rurtalbahn GmbH. Diese Erträge finden sich im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge.

Die sonstigen betrieblichen Erträge der Gesellschaft (insg. 9.761 T€; Vorjahr 7.933 T€) setzen sich neben anderen überwiegend aus folgenden Positionen zusammen:

- Fahrzeugvermietung an die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) (557 T€; Vorjahr 619 T€). Die Weiterbelastung basiert auf bei der Gesellschaft angefallenen Abschreibungskosten. Der Rückgang resultiert aus dem Verfahren, dass neue Fahrzeuge direkt von der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) beschafft werden.
- Mieterträge aus der Vermietung der Eisenbahnstrecken (804 T€; Vorjahr 722 T€). Die Mehrung resultiert aus der Refinanzierung der getätigten Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur durch die Gesellschaft.
- Erträge aus der Vermietung und Verpachtung von Liegenschaften (761 T€ / Vj. 716 T€).
- Erträge aus der 6b-Rücklage für Grundstücksverkäufe (758 T€ / Vj. 0€).
- Erträge aus der Zuschreibung Darlehen (928 T€ / Vj. 0€);
- Personalentleihungen DKB Fahrdienste (3.490 T€ / Vj. 3.450 T€).
- Personalentleihung RTB (1.927 T€ / Vj. 1.968 T€).

Die Gesellschaft erzielt Erträge aus der zeitanteiligen Auflösung von Zuschüssen zu Infrastrukturmaßnahmen (2.436 T€ / Vj. 2.220 T€).

Der Materialaufwand (85 T€ / Vj. 65 T€) setzt sich zusammen aus den Kosten für den Materialeinsatz für Ersatzteile, den Verbrauch von Signalanlagen sowie aus bezogenen Fremdleistungen z.B. Nachtdienste, Sicherheitsfachkraft.

Die Personalkosten stellen für die Gesellschaft im Bereich der Aufwendungen den wesentlichsten Kostenblock dar. Sie betragen inkl. der Aufwendungen für verliehenes Personal im Bereich der Löhne und Gehälter 5.683 T€ (Vj 5.655 T€) und im Bereich der Sozialabgaben 1.714 T€ (Vj. 1.668 T€).

Die Abschreibungen auf Anlagen betragen 3.358 T€ (Vj. 3.461 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (insg. 1.708 T€ / Vj. 1.338 T€) setzen sich zusammen aus:

- überwiegend weiterbelastbarem Grundstücksaufwand,
- aus nichtaktivierten Instandhaltungsmaßnahmen,
- Mieten,
- Versicherungen,
- Porto,
- Telefon-, Büro- und sonstigen Verwaltungskosten,
- Wertberichtigung einer Forderung aus Grundstücksverkauf,
- Anwalts-, (Steuer)Berater- und Prüfungskosten,
- Seminar- und Schulungskosten

Die Erträge aus Beteiligungen an verbundenen Unternehmen betragen 389 T€ (Vj. 234 T€).

Beim Finanzergebnis dominiert die Dividende aus RWE-Aktien. Diese betrug in 2010 für das RWE-Geschäftsjahr 2009 3,50 € je Aktie (Vj. 4,50 € je Aktie). Den Zinserträgen in Höhe von 927 T€ stehen Zinsaufwendungen in Höhe von 2.417 T€ gegenüber. Den größten Posten bilden dabei die jeweils etwas über 2 Mio. € liegenden Zinsaufwendungen und -erträge aus einem RWE-Aktien-Optionsgeschäft mit der WestLB, welches zum 16.12.2010 beendet wurde.

In die Beteiligungsgesellschaft sind die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) und das Freizeitbad Kreuzau GmbH mit Ergebnisabführungsverträgen eingebunden. Die Aufwendungen aus diesen Ergebnisabführungsverträgen betragen 4.022 T€ (Vj. 4.462 T€).

Das Gesamtergebnis wurde wesentlich durch die in 2010 verbuchten außerordentlichen Aufwendungen belastet. Auf Grund des Kursverfalles der RWE-Aktie musste zum Bilanzstichtag eine Neubewertung (Abwertung) vorgenommen werden. Der Aufwand hieraus beläuft sich auf rd. 12,5 Mio. €. Durch die auf Dauer angelegte Personalgestellung der BTG zur Tochtergesellschaft Dürener Kreisbahn hin, war die Gesellschaft veranlasst, eine Drohverlustrückstellung in Höhe von 2,3 Mio. € zu bilden. Diese Rückstellung wird in den Folgejahren ergebnisverbessernd aufgelöst und führt zu einer gleichbleibenden Entlastung in diesem Geschäftsbereich.

Das erzielte positive Jahresergebnis i. H. v. 1,4 Mio. € wird durch den einmaligen Effekt des außerordentlichen Aufwandes i. H. v. 14,8 Mio. € ins Minus gekehrt, sodass sich für das Berichtsjahr 2010 saldiert ein Jahresfehlbetrag von 13,4 Mio. € ergibt.

Finanzlage

Die Liquiditätsslage der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH ist angespannt. Hauptgrund hierfür ist, dass die Gesellschaft in Folge der Ergebnisabführungsverträge die eingebundenen Tochtergesellschaften auch unterjährig mit Liquidität versorgt. So erhält die Freizeitbad Kreuzau GmbH regelmäßig Abschläge auf die Verlustabdeckung. Auf Grund der gewachsenen Struktur ist die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) zur Einbringung erzielter und zur Abdeckung benötigter Liquidität über ein Verrechnungskonto bei der Muttergesellschaft und so in die dortige Liquiditätsversorgung einbezogen. Auf Grund des durch den Kreistag des Kreises Düren beschlossenen und durch die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) umgesetzten Nahverkehrsplanes des Kreises Düren sowie des sichernden Leistungspaketes im Bereich Daseinsvorsorge, schließt die laufende Geschäftstätigkeit im ÖPNV defizitär.

Zur Sicherung der Liquidität wurde die Geschäftsführung durch Aufsichtsratsbeschluss ermächtigt, einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 3 Mio. € Euro zu vereinbaren. Dieser musste in 2010 teilweise in Anspruch genommen werden. Vorübergehend lag die Spitze der Inanspruchnahme im März/April bei 3,0 Mio. €. Mittelfristig kann die Liquidität durch noch ausstehende Restzahlungen für GVFG-geförderte Investitionsmaßnahmen und Grundstücksverkäufe verbessert werden. Die Dividendenerträge lassen bei Eintreffen der von den Analysten prognostizierten Werte einen rückläufigen Liquiditätszufluss erwarten.

Zum 31.12.2010 betragen die liquiden Mittel im Kassenbestand und aus Guthaben bei Kreditinstituten 327 T€ (Vorjahr 322 T€).

Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Bilanzsumme wesentlich, nämlich um über 37 % (68,8 Mio. €) gesunken. Ausschlaggebend hierfür ist die zum 16.12.2010 durchgeführte Abwicklung des RWE-Aktien-Optionsgeschäftes. Hierbei wurde das Darlehen bei der WestLB unter Verwendung von Guthaben bei der WestLB und einem Sparkassenbrief getilgt. Finanzanlagen in Höhe von 62,3 Mio. € gingen hierdurch ab. Des Weiteren war die Gesellschaft durch den Verfall des RWE-Aktienkurses gezwungen, eine Wertberichtigung vorzunehmen, da der Kurswert der Aktie zum Bilanzstichtag mit 50,01 € wesentlich unter dem Buchwert der Aktie gelegen hat. Insgesamt verringerten sich die Finanzanlagen somit um ca. 74,7 Mio. €.

Eine Erhöhung des Vermögens zeigt sich im Umlaufvermögen auf Grund geleisteter Anzahlungen auf neue – an die RTB zu vermietende – SPNV-Fahrzeuge.

Die Gesellschaft verzeichnet einen wesentlichen Zuwachs bei den sonstigen Vermögensgegenständen aus Körperschaftssteuerrückforderungen.

Das Eigenkapital (inkl. der Kapital- und Gewinnrücklagen sowie dem Bilanzgewinn) sinkt, insbesondere auf Grund der Aktienabwertung, um ca. 13,4 Mio. € (./. 21 %). Es beträgt nunmehr 49,8 Mio. €.

Der Sonderposten über erhaltene Zuschüsse wird in Bezug auf die zweckgebundene Verwendung der geförderten Investitionsgegenstände aufgelöst. Er beträgt 27,4 Mio. € (Vj. 28,5 Mio. €). Die Rückstellungen erhöhen sich in Folge einer in Zusammenhang mit der Dauerverleihung von Personal an Tochtergesellschaften gebildeten Drohverlustrückstellung (2,3 Mio. €) auf 4,1 Mio. € (Vj. 1,8 Mio. €).

Insbesondere auf Grund der mit der Darlehenstilgung verbundenen Bilanzverkürzung stieg die Eigenkapitalquote trotz des enormen außerordentlichen Verlustes auf 55 % (Vj. 42 %) [unter Ansatz des hälftigen Sonderpostens].

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sinken wesentlich auf Grund der o.g. Schuld-scheintilgung.

Aufgrund der anlagenintensiven Vermögensstruktur ist das Vermögen mit ca. 33 % in Sach- und mit ca. 56 % in Finanzanlagen gebunden.

Kritisch betrachtet werden muss die Liquiditätslage des Unternehmens, welche aber mittelfristig durch verbürgte Kreditinanspruchnahme gesichert ist. Wir verweisen hierzu auf die Ausführungen zur Finanzlage.

Nachtragsbericht

Anfang 2011 wurden für die umstrukturierte Vermögensverwaltungsgesellschaft Kreis Düren mbH im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages die kaufmännischen Arbeiten von der Gesellschaft übernommen. Seitens der Aufsichtsgremien wurde beschlossen, sich an der Gründung zweier Gesellschaften im Bereich der Regenerativen Energien zu beteiligen, an der GREEN GmbH, Stolberg mit 3 % und an der RURENERGIE GmbH, Düren mit 50,1 % der Geschäftsanteile.

Im Rahmen des Finanzcontrollings wird ein weiterer Rückgang der RWE-Aktienkurse beobachtet. Dieser ist mutmaßlich u.a. auf die Ereignisse in Folge der Naturkatastrophe in Japan und den Forderungen nach dem Atomausstieg zurück zu führen.

Risikobericht

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH erzielt eine hohe Refinanzierung ihrer Personalkosten durch Verleihung des Personals an ihre Tochtergesellschaft Dürener Kreisbahn GmbH (DKB). Aus diesem Grunde wird aus dem Risikoberichtsteil der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) zitiert, da ein Wegfall der Möglichkeit der Personalverleihung wesentlich auf die Ertragslage der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wirken würde:

„Die kommunale Verkehrsbranche befindet sich in der Umstrukturierungsphase, die durch das EuGH-Urteil (Altmark Trans) bundesweit ausgelöst wurde. Mit der Verabschiedung der EU-Verordnung 1370, welche in 2009 in Kraft getreten ist, wurde diese bundesweit bei den Verkehrsunternehmen – insbesondere im Straßenpersonenverkehr - ausgelöst. Da die notwendige Novellierung des PBefG noch nicht erfolgt ist, konnte sich die Verkehrsbranche bundesweit mehrheitlich nicht zu einer bestimmten Vorgehensweise entschließen. Im AVV haben die kommunalen Verkehrsunternehmen mit der Verbundgeschäftsstelle vorab feststellen lassen, dass alle drei Unternehmen das Kriterium 4 des EuGH-Urteils (die Kostensätze des untersuchten Unternehmens dürfen die Kostensätze eines mit gleichen Kapazitäten ausgestatteten, durchschnittlich gut geführten Unternehmens nicht übersteigen) erfüllen. Die von der AVV Verbundgeschäftsstelle in Auftrag gegebene rechtliche Bewertung der Betrauung veranlasste dazu, die Verbundvertragswerke für die zukünftig angestrebte Handlungsweise anzupassen. Im AVV erfolgte eine europarechtskonforme Betrauung an die kommunalen Verkehrsunternehmen. Am 31.10.2007 erfolgte der entsprechende Beschluss in der Zweckverbandsversammlung des AVV am 27.11.2007 der des Kreistages Düren. Die Betrauung wurde zum 01.01.2009 auf die Düre-

ner Kreisbahn GmbH (DKB) übergeleitet. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass im Bereich der europäischen Rechtsprechung in Bezug auf Beihilfen und Vergaberecht eine starke Dynamik herrscht. Insbesondere da die PBefG Novelle noch nicht vorliegt, bleibt eine Festigung der Gesetzesänderungen durch richterliche Bestätigung abzuwarten. Diese ist jedoch mittelfristig nicht zu erwarten.

In 2006 wurde durch die Gesellschaft ein ehemaliges Bahnbetriebsgrundstück in Jülich-Nord als Neubauland verkauft. Der Kaufvertrag wurde geschlossen unter dem Vorbehalt der Rechtswirksamkeit eines zugrunde liegenden Bebauungsplanes und einer bestimmten Bebaubarkeit. Infolge eines zwischenzeitlich von der Stadt Jülich verlorenen Prozesses vor dem Verwaltungsgericht wurde der Bebauungsplan aufgehoben. Neben formellen Belangen wirken insbesondere Schutzbedürfnisse aus dem Schallschutzbereich verändernd auf einen neu aufzustellenden Bebauungsplan. Der wirtschaftliche Erfolg aus der Bebauung des Grundstückes entspricht nicht mehr den damaligen Voraussetzungen im Kaufvertrag, so dass ein Rücktritt oder eine Kaufpreisminderung zu erwarten ist. Die ausgewiesene Forderung gegen den Käufer wurde im Jahresabschluss abgewertet.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft stellt insofern ein Risiko dar, als dass sie durchgehend angespannt ist und Maßnahmen im Bereich der überbrückenden Kreditbeschaffung und der Anlagenbewirtschaftung (wie dem Verkauf von nicht betriebsnotwendigen Grundstücken) erfordert. Die Vermögenslage der Gesellschaft erlaubt es ihr jedoch, über einen angemessenen Kreditrahmen zu verfügen. Die RWE-Aktien stellen weiterhin in den Finanzanlagen einen der wesentlichsten Vermögensbestandteile. Ein dauerhafter Kursverfall der RWE-Aktien verbunden mit einer Minderung der Dividendenausschüttung stellt für die Gesellschaft einen wesentlichen Risikofaktor für die Vermögens- und Ertragslage, für die Liquidität und die Kreditwürdigkeit dar. Insofern trifft die Gesellschaft das allgemeine Kursrisiko des Aktienmarktes ganz wesentlich.

Neben den Beteiligungserträgen aus der Ergebnisausschüttung ist die Rurtalbahn GmbH (frühere Abteilung Schiene) als Mieter der Eisenbahnstrecken, Werkstatt- und Verwaltungsgebäude einer der umsatzstärksten Kunden der Gesellschaft. Ein Wegfall der Geschäftsbeziehungen mit der Rurtalbahn GmbH würde zumindest mittelfristig die Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen.

Prognosebericht

Für die Gesellschaft zeigt sich eine Stabilisierung der Ertragssituation in den Beteiligungs- und Miet-/Pachterträgen. Die Vermögenslage und Eigenkapitalquote steht in direktem Zusammenhang mit der hohen Anlageintensität des Vermögens. Insgesamt kann sie nicht unwesentlich durch die Kursentwicklung des RWE-Aktienpaketes beeinflusst werden. Weiterhin besteht eine Abhängigkeit vom Zinssatz für langfristig angelegtes Kapitalvermögen. Die Liquiditätslage bleibt angespannt, ist jedoch durch entsprechende Kreditbürgschaften des Gesellschafters gesichert. Für das Kalenderjahr 2011 erwartet die Gesellschaft ein Jahresergebnis von 188 T€.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren GmbH ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- | | | | |
|----|---|-------------|------------|
| 1) | ACI – Automotive Center for Industry - GmbH | siehe Seite | 257 |
| 2) | Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH (DGA) | siehe Seite | 267 |
| 3) | Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) | siehe Seite | 277 |

4)	Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen mbH (beka)	siehe Seite	287
5)	Freizeitbad Kreuzau GmbH	siehe Seite	295
6)	Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS)	siehe Seite	305
7)	Rurtalbahn GmbH	siehe Seite	319
8)	Rurtalbus GmbH	siehe Seite	329
9)	Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH	siehe Seite	339
10)	Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH	siehe Seite	351

**Dürener Deponiegesellschaft
mbH****Dürener Deponiegesellschaft
mbH (DDG)**

Pfarrer Pleus Str. 46
 52393 Hürtgenwald
 Telefon: 02429/9494-0
 Telefax: 02429/9494-25
 E-Mail: info@ddg-mbh.de
 Homepage: www.ddg-mbh.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung von Aufgaben der Abfallentsorgung, die der Kreis Düren auf die Gesellschaft übertragen hat oder übertragen wird oder die mit Zustimmung des Kreises Düren von dritten Auftraggebern auf die Gesellschaft übertragen werden.

Der eingeschränkte Betrieb der Deponie seit dem 01.01.2005 führt zu einem Wegfall der wesentlichen Aufgaben der DDG. Zudem hat der Kreis Düren wesentliche Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft ab dem 01.01.2005 auf den Zweckverband Entsorgungsregion (ZEW) West übertragen. Die Gesellschaft hat seit dem 01.01.2005 ihre Schwerpunkte auf die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Horm verlagert.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer berufen, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten, soweit nicht durch Beschluss der Gesellschafterversammlung Geschäftsführern die Berechtigung zur Alleinvertretung eingeräumt wird.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Mitgliedern. Der Aufsichtsrat berät und überwacht die Geschäftsführung und entscheidet insbesondere über

1. die Zustimmung zu den in § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages bestimmten Geschäfte,
2. die Genehmigung des von der Geschäftsführung aufgestellten Unternehmensplans,
3. Erlass und Änderung der Geschäftsordnung mit Geschäftsverteilung für die Geschäftsführung.

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafterversammlung beschließt über folgende Angelegenheiten:

1. Zustimmung zu den in § 5 Abs. 2 letzter Satz des Gesellschaftsvertrages bestimmten Geschäfte, ferner die Erteilung von Weisungen an die Geschäftsführung;

2. Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern,
3. Wahl des Abschlussprüfers;
4. Feststellung des Jahresabschlusses und Gewinnverwendung;
5. Kapitalerhöhung;
6. Auflösung oder Teilauflösung von Rücklagen;
7. Übertragung und sonstige Verfügung über einen Geschäftsanteil;
8. Änderung der Rechtsform des Unternehmens,
9. Veräußerung des Unternehmens im Ganzen;
10. Verschmelzung des Unternehmens mit einem anderen Unternehmen;
11. Auflösung der Gesellschaft;
12. Änderung und Ergänzung der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages.

Gesellschafterrat: Neben der Gesellschafterversammlung besteht ein Gesellschafterrat, dessen Mitglieder von den Gesellschaften entsandt werden. Seitens des Kreises Düren wurden die Mitglieder des Kreisausschusses und der Landrat benannt.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Diederichs, Frank Jamrozy, Dieter Steins, Hans Martin	Erkelenz Jüchen Kreis Düren	bis 30.04.2011 ab 01.05.2011 Dezernent
Aufsichtsrat:	Kreis Düren EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	3 Sitze 4 Sitze	33,33 % 57,57 %
Gesellschafter- versammlung:	Die Gesellschafter sind in der Gesellschafter- versammlung durch einen von ihnen schrift- lich benannten Vertreter vertreten.	1 Stimme	je 1.000,00 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	von Laufenberg, Reiner Metz, Gudula Spelthahn, Wolfgang Beyß, Georg beratendes Mitglied Hürtgen, Dirk beratendes Mitglied Kurth, Rolf koopiertes Mitglied Clemens, Gerhard koopiertes Mitglied	Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Landrat Kreisdirektor Kreiskämmerer Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter
Gesellschafter- versammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
Gesellschafterrat:	Schavier, Karl Frischmuth, Rudi Braumüller, Heinz-Peter Conzen, Helga Dohmen, Hans Wilhelm Hellwig, Eva Natus-Can, Astrid	Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordnete

Dr. Nolten, Ralf	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Rolfink, Katharina	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Schmitz, Hans-Peter	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Koschorreck, Elisabeth	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Pöhler, Raoul	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Schmitz, Josef Johann	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Zentis, Gudrun	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Schaaf, Heinz	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Veithen, Valentin	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	2.045.168 €	
Herabsetzung gezeichnetes Kapital	1.000.000 €	zum 02.03.2008

Gesellschafter:	direkter Anteil ab 02.03.2009	Anteil in % ab 02.03.2009
Kreis Düren (durch Sacheinlage)	251.000,00 €	25,1%
EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	749.000,00 €	74,9%

Die Sacheinlage wurde durch die Abtretung von Ansprüchen aus der Überlassung von unbeweglichen Deponievermögen erbracht.

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	710.858,77 €	698.782,77 €	2.245.607,89 €	1.546.825,12 €	221,36%
II. Finanzanlagen	12.700.000,00 €	28.500.000,00 €	26.400.000,00 €	-2.100.000,00 €	-7,37%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	2.500,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €	0,00 €	0,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	2.344.224,55 €	2.408.157,02 €	921.932,98 €	-1.486.224,04 €	-61,72%
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	17.125.123,33 €	1.732.768,92 €	3.084.621,74 €	1.351.852,82 €	78,02%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	696,38 €	705,88 €	756,30 €	50,42 €	7,14%
Summe Aktiva	32.883.403,03 €	33.342.914,59 €	32.655.418,91 €	-687.495,68 €	-2,06%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnrücklage	0,00 €	0,00 €	2.313,00 €	2.313,00 €	-!
III. Gewinnvortrag	207.621,57 €	371.906,90 €	582.363,96 €	210.457,06 €	56,59%
IV. Jahresüberschuss	985.285,33 €	942.962,45 €	652.771,83 €	-290.190,62 €	-30,77%

B. Rückstellungen	26.656.096,42 €	25.008.118,11 €	23.261.718,00 €	-1.746.400,11 €	-6,98%
C. Verbindlichkeiten	4.034.399,71 €	6.019.927,13 €	7.156.252,12 €	1.136.324,99 €	18,88%
Summe Passiva	32.883.403,03 €	33.342.914,59 €	32.655.418,91 €	-687.495,68 €	-2,06%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	974.854,70 €	286.491,95 €	251.183,83 €	-35.308,12 €	-12,32%
2. sonstige betriebliche Erträge	2.131.689,90 €	2.475.451,68 €	2.718.472,70 €	243.021,02 €	9,82%
3. Materialaufwand	560.441,90 €	597.205,72 €	552.541,12 €	-44.664,60 €	-7,48%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	282.128,04 €	281.833,94 €	299.016,48 €	17.182,54 €	6,10%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	60.030,38 €	49.722,19 €	63.959,74 €	14.237,55 €	28,63%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	13.731,00 €	12.076,00 €	462.494,29 €	450.418,29 €	3729,86%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.118.805,30 €	1.428.797,45 €	1.417.608,35 €	-11.189,10 €	-0,78%
Betriebsergebnis	71.407,98 €	392.308,33 €	174.036,55 €	-218.271,78 €	-55,64%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	1.354.562,09 €	977.600,99 €	911.291,38 €	-66.309,61 €	-6,78%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	22.437,90 €	25.093,82 €	63.683,80 €	38.589,98 €	153,78%
Finanzergebnis	1.332.124,19 €	952.507,17 €	847.607,58 €	-104.899,59 €	-11,01%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	1.403.532,17 €	1.344.815,50 €	1.021.644,13 €	-323.171,37 €	-24,03%
9. außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	45.000,00 €	45.000,00 €	-!
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	408.898,03 €	394.089,95 €	315.335,51 €	-78.754,44 €	-19,98%
10. Sonstige Steuern	9.348,81 €	7.763,10 €	8.536,79 €	773,69 €	9,97%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	985.285,33 €	942.962,45 €	652.771,83 €	-290.190,62 €	-30,77%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	8	6	6,5

Verbindungen zum Kreishaushalt

Nach Beschluss der Gesellschafter vom 31.03.2011 hat der Kreis Düren für das Geschäftsjahr 2010 eine Bruttodividende in Höhe von 3.097,06 € erhalten.

Diese Dividenden stehen dem Kreis Düren nicht uneingeschränkt zur Verfügung, sondern werden gebührenrechtlich der Abfallentsorgung zur Verfügung gestellt.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Lage der Gesellschaft

Das abgelaufene Geschäftsjahr beinhaltet den Zeitraum vom 1.1.2010 bis zum 31.12.2010. Im Auftrag des Kreises führt die DDG mbH die Restverfüllung, Nachsorge und Rekultivierung der Deponie durch.

Die folgende Tabelle stellt die Mengen und Umsätze für 2009 und 2010 dar:

	2010		2009	
	Menge t	Umsatz T€	Menge t	Umsatz T€
Kommunalabfall	0	0	0	0
Nachkalkulation		-993		-1.826
Gewerbeabfall	233.505	1.244	227.845	2.113
Gesamt operatives Geschäft	233.505	251	227.845	287

Mit Vorlage des Zulassungsbescheides vom 15.01.2010 zum vorzeitigen Beginn von Baumaßnahmen zur beantragten Stilllegung konnte eine weitgehend übergangslose Annahme von Abfällen zur Verwertung gewährleistet werden. Im Zuge der Baumaßnahmen wurde durch die Erweiterung des Abdichtungssystems die Grundlage zur Herstellung eines Grundwassersicherungsbauwerkes geschaffen. Mit anschließendem Abschluss eines Kontingentvertrages konnte der weitere Mengenbedarf zur Belieferung mit Deponieersatzbaustoffen gesichert werden.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die erforderlichen Maßnahmen zur Stilllegung sowie die notwendigen Vorkehrungen zum Schutz des Wohles der Allgemeinheit sind von der Bezirksregierung Köln zunächst in Form der Zustimmung zum vorzeitigen Beginn vorläufig genehmigt worden. Am 23.12.2010 wurde mit Vorlage des Genehmigungsbescheides die Stilllegung der Deponie Horm im weitesten Sinne antragsgemäß genehmigt. Somit kann der Deponiekörper so gesichert werden, dass kurzfristig eine Reduzierung der Sumpfungsmaßnahmen ermöglicht wird und in Verbindung mit begleitenden grundwassersichernden Maßnahmen langfristig eine selbsttragende Deponienachsorge erreicht werden kann. Die Maßnahmen beinhalten im südwestlichen Randbereich ein Angleichen der Topographie an das anstehende Gelände, um durch dieses Grundwassersicherungsbauwerk ein Heraushalten von Hangwasser aus der Deponie gewährleisten zu können.

Durch die Vereinbarung zwischen den Gesellschaftern und der DDG mbH ist mit Datum 17.05.2010 die Abrechnung von Verwaltungskosten für die Jahre 1994 bis 2011 geregelt. Für die Jahre 1994 bis 2008 erfolgten zum 01.07.2010 Rückzahlungen in Höhe von 1.444.257,87 € an die DDG mbH, die zum Zweck der Nachsorge und Rekultivierung in der Gesellschaft zu thesaurieren waren.

Das Vermögen der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 688 T€ verringert. Die Anlagendeckung beträgt 7,81 % (Vorjahr: 7,93 %). Die Eigenkapitalquote beträgt 6,85 % (Vorjahr: 6,94 %).

Die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel zeigt folgende Übersicht:

Liquide Mittel am Jahresanfang	T€	1.733
Mittelzufluss/-abfluss aus		
Geschäftstätigkeit	T€	1.991
Investitionstätigkeit	T€	91
Finanzierungstätigkeit	T€	-733
Liquide Mittel am Jahresende	T€	3.085

Das Betriebsergebnis beträgt 165 T€ (Vorjahr: 384 T€). Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses in Höhe von 848 T€ (Vorjahr: 953 T€), dem Steueraufwand in Höhe von 315 T€ (Vorjahr: 394 T€) und dem außerordentlichen Aufwand 45 T€ (Vorjahr: 0 T€) erzielt die Gesellschaft in 2010 einen Jahresüberschuss in Höhe von 653 T€ (Vorjahr: 943 T€).

Finanzen

Die DDG ist der Verpflichtung nachgekommen, während der Verfüllungszeit der Deponie Horm, Mittel für die Rekultivierung und Nachsorge anzusammeln. Anlagen freier liquider Mittel waren im Berichtsjahr nicht erforderlich.

Investitionen

Im Betrachtungszeitraum erfolgte durch die Erweiterung des Abdichtungssystems in Form einer Böschungsabdichtung eine Investition in Höhe von 1.885 T€.

Risikomanagement

Das am 1. Mai 1998 in Kraft getretene Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) verpflichtet insbesondere börsennotierte Aktiengesellschaften zur Errichtung eines Risikomanagement-Systems. Dieser Forderung kommt die Stadtwerke Krefeld AG durch ein bestehendes Risikomanagement-System nach. Die Dokumentation und Berichterstattung basiert auf einer jährlichen Risikoerhebung und wird unterjährig aktualisiert.

Die Effizienz und Sicherheit des Systems wird regelmäßig durch die Interne Revision der Stadtwerke Krefeld AG sowie durch externe Audits und innerhalb der Jahresabschlussprüfung überwacht.

Wesentliche Ereignisse nach Schluss des Geschäftsjahres

Keine nennenswerten Vorkommnisse.

Künftige Entwicklung

Die durch die Stilllegungsgenehmigung bedingten Anpassungen der Nachsorgemaßnahmen werden sobald als möglich umgesetzt.

Das Risiko, dass die in der Vergangenheit gebildeten Rückstellungen für die veranschlagten Zeiträume und Bauleistungen nicht auskömmlich wären, ist durch das Ergebnis der Fortschreibung des Rekultivierungs- und Nachsorgegutachtens ausgeräumt. Darüber hinaus wurde die DDG mbH vom Kreis Düren beauftragt, die Kosten der Aufwendungen für einen 30-jährigen Nachsorgezeitraum zu ermitteln.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2011

Die Aktivitäten konzentrieren sich auf die betrieblichen Maßnahmen zur Stilllegung der Deponie, die Herstellung des Grundwassersicherungsbauwerkes unter Verwendung von Deponieersatzbaustoffen sowie dem parallelen Fortführen von Nachsorgeverpflichtungen und Rekultivierungsaufgaben. Das Aufbringen von weiteren Teilen der Zwischenabdeckung ist erst nach teilweiser Fertigstellung des Grundwassersicherungsbauwerkes möglich. Sollte sich über die, durch Kontingentverträge abgesicherte, Mengenbelieferung ein zusätzlicher Bedarf an Mengen zur Erreichung der endgültigen Deponiehöhe ergeben, so werden wieder einzelvertragliche Sondervereinbarungen angestrebt.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Dürener Deponiegesellschaft mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.


**Entwicklungsgesellschaft
indeland GmbH**

Bismarckstr. 16
52351 Düren
Telefon: 02421/22-2752
Telefax: 02421/22-2017
E-Mail: h.m.steins@kreis-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

- 1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- 2) Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, Umwelt- und Landschaftsschutz sowie der Jugendhilfe und des Sports im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden.
- 3) Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Beschaffung von Mitteln für andere gemeinnützige Körperschaften, die die Förderung der in vorstehenden Abs. 2 genannten steuerbegünstigten Zwecke verfolgen, und für die Verwirklichung steuerbegünstigten Zwecke durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts (§ 58 Nr. 1 AO) im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden verwirklicht.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft auch eigene Projekte, die unmittelbar und ausschließlich den in Abs. 2 genannten steuerbegünstigten Zwecken dienen, durchführen, damit der Bereich und das Umfeld des Tagebaus Inden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Dies soll insbesondere durch Veranstaltungen, Ausstellungen oder Publikationen geschehen.

- 4) Um sicher zu stellen, dass die vorstehend beschriebenen steuerbegünstigten Zwecke auch im weiteren Planungsverlauf Berücksichtigung finden, soll die Gesellschaft auch
 - die konzeptionellen Arbeiten i.S. des erstellten Masterplans fortsetzen und weiterentwickeln;
 - die Gesellschafter in dem beantragten Braunkohlenplanänderungsverfahren unterstützen;
 - an Maßnahmen zur Standortmarketing und zur Akquisition von Investoren sowie zur Beratung und Unterstützung bei der Ansiedlung von Unternehmen und Einrichtungen mitwirken.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft durch zwei von ihnen gemeinschaftlich oder durch einen von ihnen in Ge-

meinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführung gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Jeder Gesellschafter entsendet drei Mitglieder in den Aufsichtsrat. Die Gesellschafterversammlung kann die Aufnahme weiterer Mitglieder, als beratende Mitglieder, beschließen und diese benennen. Der Aufsichtsrat berät die Vorlagen für die Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung und gibt Beschlussempfehlungen ab.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafter nehmen ihre Rechte durch Beschlüsse in der Gesellschafterversammlung oder im Wege der schriftlichen Abstimmung wahr, soweit im Gesellschaftsvertrag oder durch zwingende gesetzliche Vorschriften nicht anders bestimmt ist.

Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über

1. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
2. den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses,
3. die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung,
4. die Wahl des Abschlussprüfers,
5. die Pflicht zur Abtretung, zur Belastung und zur Teilung von Geschäftsanteilen,
6. die Geltendmachung von Ersatzansprüchen, welche der Gesellschaft aus der Gründung und/oder der Geschäftsführung gegen Geschäftsführer oder Gesellschafter zustehen sowie die Vertretung der Gesellschaft in Prozessen, die sie gegen einen Geschäftsführer zu führen hat,
7. die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführung und die Festsetzung ihrer Anstellungsbedingungen; das Gleiche gilt auch für Prokuristen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Steins, Hans Martin Bröker, Jens	Kreis Düren	Dezernent ab 01.05.2012
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	3 Sitze	
	Stadt Eschweiler	3 Sitze	12,5 %
	Stadt Jülich	3 Sitze	12,5 %
	Gemeinde Aldenhoven	3 Sitze	12,5 %
	Gemeinde Merzenich	3 Sitze	12,5 %
	Stadt Linnich	3 Sitze	12,5 %
	Gemeinde Langerwehe	3 Sitze	12,5 %
	Gemeinde Niederzier	3 Sitze	12,5 %
Gesellschafterversammlung:	Je 50 € Stammkapital haben die Gesellschafter einer Stimme. Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Jeder Gesellschafter entsendet einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung.	1 Stimme	je 50 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang	Vorsitzender	Kreis Düren	Landrat
	Schavier, Karl		Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Schmitz, Josef Johann		Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Gesellschafter- versammlung:	Spelthahn, Wolfgang		Kreis Düren	Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Düren	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %	
Kreis Düren	9.250,00 €	37,0 %	
Stadt Eschweiler	2.250,00 €	9 %	
Stadt Jülich	2.250,00 €	9 %	
Gemeinde Aldenhoven	2.250,00 €	9 %	
Gemeinde Inden	2.250,00 €	9 %	
Stadt Linnich	2.250,00 €	9 %	
Gemeinde Langerwehe	2.250,00 €	9 %	
Gemeinde Niederzier	2.250,00 €	9 %	
Stadt Linnich	assoziierte Gesellschafterkommune	ab 17.12.2008	bis 31.12.2010
Gemeinde Langerwehe	assoziierte Gesellschafterkommune	ab 17.12.2008	bis 31.12.2010
Gemeinde Niederzier	assoziierte Gesellschafterkommune	ab 17.12.2008	bis 31.12.2010
Gemeinde Merzenich	assoziierte Gesellschafterkommune	ab 23.06.2010	Ende: Mit Wirkung vom 01.07.2011

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	10.135,00 €	6.341,00 €	16.335,00 €	9.994,00 €	157,61%
II. Sachanlagen	36.442,00 €	26.097,50 €	19.365,00 €	-6.732,50 €	-25,80%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	1.872.857,17 €	3.932.690,60 €	2.843.499,86 €	-1.089.190,74 €	-27,70%
II. Kassenbestand	1.487.203,93 €	6.745,98 €	299,82 €	-6.446,16 €	-95,56%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	8.486,03 €	1.394,94 €	1.394,94 €	0,00 €	0,00%
Summe Aktiva	3.415.124,13 €	3.973.270,02 €	2.880.894,62 €	-1.092.375,40 €	-27,49%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnvortrag	14.210,64 €	14.210,64 €	14.210,64 €	0,00 €	0,00%
III. Jahresüberschuss	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-

B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	17.743,00 €	26.503,40 €	28.802,20 €	2.298,80 €	8,67%
C. Rückstellungen	82.079,92 €	24.142,30 €	39.579,70 €	15.437,40 €	63,94%
D. Verbindlichkeiten	3.276.090,57 €	3.883.413,68 €	1.808.302,08 €	-2.075.111,60 €	-53,44%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	965.000,00 €	965.000,00 €	-
Summe Passiva	3.415.124,13 €	3.973.270,02 €	2.880.894,62 €	-1.092.375,40 €	-27,49%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. sonstige betriebliche Erträge	1.644.612,68 €	1.691.336,43 €	1.793.480,01 €	102.143,58 €	6,04%
2. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	4.896,00 €	6.528,00 €	8.160,00 €	1.632,00 €	25,00%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	720,00 €	1.217,28 €	1.702,40 €	485,12 €	39,85%
3. Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	18.071,01 €	19.634,50 €	11.052,48 €	-8.582,02 €	-43,71%
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.586.746,24 €	1.745.701,57 €	1.865.559,17 €	119.857,60 €	6,87%
Betriebsergebnis	34.179,43 €	-81.744,92 €	-92.994,04 €	-11.249,12 €	13,76%
5. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	42.717,81 €	192.847,21 €	188.053,77 €	-4.793,44 €	-2,49%
6. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	76.897,86 €	111.102,29 €	95.059,73 €	-16.042,56 €	-14,44%
Finanzergebnis	-34.180,05 €	81.744,92 €	92.994,04 €	11.249,12 €	13,76%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-0,62 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-218,18%
9. Steuern vom Einkommen u. Ertrag	-0,62 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-!
10. sonstige Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-218,18%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	1	1	1,5

Verbindungen zum Kreishaushalt

In 2010 wurde durch den Kreis Düren ein Gesellschafterbeitrag i.H.v. 26.031,00 € (Mitfinanzierung laufender Geschäftskosten) und i.H.v. 14.875,00 € (Mitfinanzierung projektbezogene Maß-

nahmen) geleistet. Die Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH erstattete in 2010 einen Betrag i.H.v. insgesamt 18.985,63 € für entstandene Sach- und Personalkosten an den Kreis Düren.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Geschäftsergebnisses

Angaben zum Unternehmen

Firma, Rechtsform, Handelsregister

Die Firma der Gesellschaft lautet „Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH“. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung und im Handelsregister beim Amtsgericht Düren unter der Nummer HRB 5025 eingetragen.

Gesellschaftssitz

Der Sitz der Gesellschaft ist in 52351 Düren, Bismarckstraße 16.

Gegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, Umwelt- und Landschaftsschutz sowie der Jugendhilfe und des Sports im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Beschaffung von Mitteln für andere gemeinnützige Körperschaften, die die Förderung der vorgenannten steuerbegünstigten Zwecke verfolgen, und für die Verwirklichung steuerbegünstigter Zwecke durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts (§ 58 Nr. 1 AO) im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden verwirklicht.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft auch eigene Projekte, die unmittelbar und ausschließlich den in § 2 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages genannten steuerbegünstigten Zwecke dienen, durchführen, damit der Bereich und das Umfeld des Tagebaus Inden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Dies soll insbesondere durch Veranstaltungen, Ausstellungen oder Publikationen geschehen.

Um sicher zu stellen, dass die vorstehend beschriebenen steuerbegünstigten Zwecke auch im weiteren Planungsverlauf Berücksichtigung finden, soll die Gesellschaft auch

- konzeptionelle Arbeiten i.S. des erstellten Masterplanes fortsetzen und weiterentwickeln;
- die Gesellschafter in dem beantragten Braunkohlenplanänderungsverfahren unterstützen;
- an Maßnahmen zum Standortmarketing und zur Akquisition von Investoren sowie zur Beratung und Unterstützung bei der Ansiedlung von Unternehmen und Einrichtungen mitwirken.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Organe

Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag vom 14.08.2006 (URNr. 0280 für 2006 des Notars Dr. Hagen Monath in Düren) wurde zuletzt geändert am 23.06.2010 (URNr. 1308 für 2010/M des Notars Dr. Hagen Monath in Düren).

Tätigkeitsschwerpunkte

Schwerpunktmäßig ist die Gesellschaft mit der Umsetzung und Fortentwicklung des Masterplans für das „indeland“ befasst.

Ihre Aufgaben liegen in den Bereichen des Projektmanagements und der Projektkommunikation sowie in der Förderung einzelner Projekte des „indelandes“.

In diesem Zusammenhang ist es auch Aufgabe der Gesellschaft, öffentliche Fördermittel für die Projekte des „indelandes“ an die einzelnen Projektträger weiterzuleiten.

Projektträger und wesentliche Projekte des „indelandes“ sind:

Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH:	Projektmanagement Projektkommunikation Energiewelt indeland Weiterentwicklung und Herausgabe der Freizeitkarte Entwicklung Internetplattform
Gemeinde Inden	Erschließung und Inwertsetzung Goltsteinkuppe
Stadt Eschweiler	Ankerpunkt Blaustein-See mit Seezentrum und Seebühne
Gemeinde Aldenhoven	Römerpark GrünZUG

Darstellung der Lage

Vermögens- und Finanzlage

Die Herkunft der Mittel der Gesellschaft zum 31.12.2010 stellt sich wie folgt dar:

Eigenkapital	39 T€
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	29 T€
Rückstellungen	40 T€
- davon mittel- und langfristig	5 T€
Verbindlichkeiten	1.808 T€
- davon langfristig	1.345 T€
- davon gegenüber Gesellschaftern	69 T€

Die Mittel der Gesellschaft wurden zum Bilanzstichtag wie folgt verwendet:

Investitionen in Anlagevermögen 2010	15 T€
- davon immaterielle Vermögensgegenstände	13 T€
- davon Sachanlagen	2 T€
Anlagevermögen	35 T€
Sonstige Vermögensgegenstände	2.838 T€
- davon mittel- und langfristig	0 T€
Sichtguthaben bei Kreditinstituten	0 T€

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Förderung der Projekte des „indelandes“ erfolgt hauptsächlich über Mittel der RWE Power AG und über Fördergelder des Landes NRW mit folgenden wesentlichen Zuwendungsbescheiden:

<u>Bescheid</u>	<u>Fördersumme</u>
05/98/05 vom 30.12.2005	620 T€
05/53/06 vom 08.12.2006	794 T€
05/66/07 vom 30.10.2007	1.224 T€
05/39/08 vom 29.10.2008	1.948 T€
05/53/09 vom 04.09.2009	1.146 T€
05/26/10 vom 30.09.2010	835 T€

Die Zuwendungen sind auf die Jahre 2007 bis 2013 verteilt.

Ertragslage

Das Jahresergebnis 2010 der Gesellschaft ist ausgeglichen. Es beinhaltet folgende wesentlichen Erträge:

Fördergelder des Landes NRW	403 T€
Mittel der RWE AG	1.015 T€
Sparkasse Düren	60 T€
Eigenanteile Gesellschafter	275 T€

Den Erträgen stehen folgende Projekt-Aufwendungen gegenüber:

Für Projekte der Gesellschafter:

Projekte Gemeinde Aldenhoven	45 T€
Projekte Gemeinde Inden	1.206 T€
Projekte Stadt Eschweiler	16 T€

Für Projekte der Gesellschaft:

Allgemeine Kommunikation	100 T€
Lokale Kommunikation	90 T€
Grundlagenstudien	39 T€
Energiewelt indeland	30 T€
Triathlon	36 T€
Fest und Kultur am Indemann	29 T€
Rechts- und Beratungskosten	29 T€
Abschluss- und Prüfungskosten	21 T€

Voraussichtliche Entwicklung

Die EuRegionale-Projekte des „indelandes“ wurden bis Ende 2010 umgesetzt. Der 2. Bauabschnitt des Projektes Ankerpunkt Blaustein-See steht kurz vor der Fertigstellung. Die Projekte Inwertsetzung der Goltsteinkuppe und Energiewelt indeland befinden sich in der Planungsphase.

Da die Mittel zur Finanzierung der Projekte der Gesellschaft aber überwiegend erst nach diesem Zeitpunkt zufließen, sind insoweit einerseits eine Vorfinanzierung gegenüber den Projektträgern und andererseits eine Refinanzierung der Gesellschaft durch Bankdarlehen erforderlich.

Im Rahmen eines im Jahr 2008 geschlossenen Universalkreditvertrages mit der Sparkasse Düren in Höhe von 8,2 Mio. € sind bisher zwei Festkredite in Höhe von 1,0 Mio. € und 0,66 Mio. € und ein Darlehen in Höhe von 1,7 Mio. € in Anspruch genommen worden. Die Kredite sind durch Ausfallbürgschaften der Gesellschafter abgesichert.

Aufgrund der mit den Gesellschaftern getroffenen Vereinbarungen geht die Gesellschaft auch in den Folgejahren von einem ausgeglichenen Ergebnis aus.

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Chancen liegen in der Akquirierung weiterer Mittel insbesondere Fördermittel des Landes NRW zur Umsetzung der Projekte des „indelandes“ und einer damit verbundenen Stärkung der Finanzlage der Gesellschaft.

Sollten die Fördermittel des Landes NRW nicht wie beschieden verwendet werden, besteht das Risiko einer möglichen Rückzahlungsverpflichtung der erhaltenen Zuwendungen. In diesem Fall hat aber die Gesellschaft das Recht, die weitergeleiteten Mittel von den einzelnen Projektträgern zurückzufordern. Diesbezügliche Prüfungen durch Prüfeinrichtungen des Landes sind bereits angelaufen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

keine

Beteiligungen des Unternehmens

Die Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



EuRegionale 2008 Agentur GmbH i.L.

Technologiezentrum
 Am Europaplatz
 55068 Aachen
 Telefon: 0241/963-1160
 Telefax: 0241/963-1169
 E-Mail: info@euregionale2008.de
 Homepage: www.euregionale2008.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation der EuRegionalen 2008 im gesamten Bewerbungsraum zur EuRegionalen 2008. Alle im Rahmen dieser grenzüberschreitenden REGIONALE zu initiiierenden Projekte, Ereignisse und Initiativen haben grenzüberschreitenden Charakter mit überregionaler Bedeutung und dienen der Schaffung eines gemeinsamen, trinationalen Lebensraumes, der Vorbildcharakter für andere Grenzregionen in Europa besitzt. Aufgaben der Gesellschaft sind namentlich:

- Mobilisierung von bürgerschaftlichem, unternehmerischem und öffentlichem Engagement für die EuRegionale 2008 sowie Akquirierung von Mitteln aus diesen Bereichen;
- Auswahl und Aufnahmen von Projekten, Ereignissen und Initiativen in die EuRegionale 2008;
- Marketing und projektübergreifende Kommunikation zu EuRegionale 2008;
- Qualifizierung von und Qualitätsmanagement für Vorhaben im Sinne der Anliegen und Qualitätsmaßstäbe der EuRegionale 2008;
- Projektentwicklung im Bereich von Vorhaben mit herausragender strategischer Bedeutung für die EuRegionale 2008 innerhalb eines festzulegenden Budgetrahmens;
- Beratung bei Projektentwicklung und Projektmanagement in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Projektträgern;
- Übernahme der Projektsteuerung für Vorhaben im Bedarfsfall.

Die Gesellschaft wurde mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 03.12.2009 zum 31.12.2009 aufgelöst. Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation. Als Liquidator wurde die StädteRegion Aachen, Aachen, bestimmt und Herr Markus Terodde zum Liquidator bestellt. Die Eintragung im Handelsregister folgte am 06.07.2010.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat bis zu zwei Geschäftsführer/innen. Ist nur ein/e Geschäftsführer/in bestellt, so vertritt diese/r die Gesellschaft allein. Bei Bestellung nur eines Prokuristen/einer Prokuristin vertritt diese/r die Gesellschaft bei Abwesenheit des Geschäftsführers/der Geschäftsführerin allein, bei Bestellung mehrere Prokuristen/innen vertreten diese bei Abwesenheit des Geschäftsführers/der Geschäftsführerin die Gesellschaft gemeinschaftlich.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Jeder Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch ein ständiges Mitglied, die Stadt Aachen und der Kreis Aachen je durch zwei ständige Mitglieder vertreten. Je 50 € des Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die Stimmen eines Gesellschafters können nur einheitlich abgegeben werden, ansonsten sind Sie ungültig. Der Vorsitz der Gesellschafterversammlung wird von der Stadt Aachen oder Kreis Aachen wahrgenommen; er wechselt im jährlichen Turnus. Die Reihenfolge wird durch das Los bestimmt. Die Gesellschafterversammlung nimmt ihre gesetzlichen Aufgaben wahr, dazu zählen insbesondere:

1. die Änderung der Rechtsform, des Gesellschaftsvertrages sowie die Umwandlung und Auflösung der Gesellschaft,
2. die Entscheidung über die Aufnahme von Projekten, Ereignisse und Initiativen in der EuRegionale 2008,
3. die Festlegung und Änderung von Richtlinien für die allgemeine Geschäftspolitik,
4. die Bestellung, Abberufung und Entlastung der Geschäftsführung sowie die Beschlussfassung über deren Geschäftsordnung,
5. der Abschluss, die Änderung und Auflösung von Anstellungsverträgen mit dem/den Geschäftsführer/n sowie die Bestellung und Abberufung von Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten,
6. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Bestellung eines Abschlussprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses und die Genehmigung des von der Geschäftsführung vorzulegenden jährlichen Finanzplans sowie die jeweilige Fortschreibung der von der Geschäftsführung aufzustellenden fünfjährigen Wirtschafts- und Finanzplanung,
7. der Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes sowie der Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
8. sämtliche Maßnahmen, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft hinausgehen.

Beirat:

Die Gesellschaft hat einen Beirat, der aus zwei Mitgliedern besteht. Die Zahl der Beiratsmitglieder kann durch Gesellschaftsbeschluss erhöht werden. Dem Beirat gehören an:

1. ein Mitglied, das von der AGIT mbH vorgeschlagen wird, und
2. ein Mitglied, das von der Sparkasse Aachen vorgeschlagen wird.

Der Beirat berät die Gesellschafterversammlung in allen wesentlichen, das Unternehmen betreffenden Fragen, insbesondere zur Aufnahme von Projekten, Ereignissen und Initiativen in die EuRegionale 2008.

Besetzung der Organe

Allgemein

Liquidator

Terodde, Markus

Aachen

Gesellschafter- versammlung:

Jeder Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch ein ständiges Mitglied, die Stadt Aachen und der Kreis Aachen je durch zwei ständige Mitglieder vertreten.

1 Stimme

je 50,00 € Stammkapital

Beirat:

Dem Beirat gehören an: 1. ein Mitglied, das von der AGIT mbH vorgeschlagen wird und 2. ein Mitglied, dass von der Sparkasse Aachen vorgeschlagen wird.

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafter- versammlung:

Spelthahn, Wolfgang

Kreis Düren Landrat

Beirat:

keine Vertreter vom Kreis Düren, s.o.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52068 Aachen	
gezeichnetes Kapital:	25.600 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Stadt Aachen	6.400,00 €	25,00%
StädteRegion Aachen	6.400,00 €	25,00%
Regio Parkstad Limburg	1.600,00 €	6,25%
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	1.600,00 €	6,25%
Kreis Düren	1.600,00 €	6,25%
Kreis Euskirchen	1.600,00 €	6,25%
Kreis Heinsberg	1.600,00 €	6,25%
IHK Aachen	800,00 €	3,13%
Handwerkskammer Aachen	800,00 €	3,13%
ZAR e.V.	1.600,00 €	6,25%
Gewest Maastricht en Mergelland	1.600,00 €	6,25%

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.723,00 €	1.936,00 €	0,00 €	-1.936,00 €	-100,00%
II. Sachanlagen					
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.641,00 €	5.145,00 €	3.811,00 €	-1.334,00 €	-25,93%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte					
1. in Arbeit befindliche Aufträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-!
2. geleistete Anzahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-!
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	107.277,42 €	3.008,20 €	214,20 €	-2.794,00 €	-92,88%
2. Sonstige Vermögensgegenstände	258.138,14 €	999,17 €	7.502,41 €	6.503,24 €	650,86%
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	187.265,91 €	165.821,80 €	1.919,41 €	-163.902,39 €	-98,84%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	4.838,08 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Summe Aktiva	576.883,55 €	176.910,17 €	13.447,02 €	-163.463,15 €	-92,40%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.600,00 €	25.600,00 €	25.600,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	1.176.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
III. Bilanzverlust	-1.159.421,02 €	-12.711,78 €	-21.109,54 €	-8.397,76 €	66,06%
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	1.629,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
C. Rückstellungen					!
1. sonstige Rückstellungen	101.500,00 €	3.830,00 €	3.930,00 €	100,00 €	2,61%
D. Verbindlichkeiten				0,00 €	-
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	491,23 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
2. Verbindlichkeiten aus Liefer- ungen und Leistungen	111.076,05 €	6.566,22 €	5.026,56 €	-1.539,66 €	-23,45%
3. sonstige Verbindlichkeiten	120.008,29 €	153.625,73 €	0,00 €	-153.625,73 €	-100,00%
E. Rechnungs- abgrenzungsposten	200.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-!

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	105.859,40 €	10.000,00 €	0,00 €	-10.000,00 €	-100,00%
3. sonstige betriebliche Erträge	1.270.490,25 €	906.780,80 €	12.123,66 €	-894.657,14 €	-98,66%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	336.940,50 €	167.532,06 €	0,00 €	-167.532,06 €	-100,00%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	68.006,89 €	36.414,15 €	0,00 €	-36.414,15 €	-100,00%
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	9.869,99 €	7.928,66 €	3.270,00 €	-4.658,66 €	-58,76%
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.321.964,12 €	585.285,70 €	10.918,66 €	-574.367,04 €	-98,13%
Betriebsergebnis	-360.431,85 €	119.620,23 €	-2.065,00 €	-121.685,23 €	-101,73%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	2.060,74 €	363,97 €	13,53 €	-350,44 €	-96,28%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	1.196,31 €	12.901,30 €	6.999,25 €	-5.902,05 €	-45,75%
Finanzergebnis	864,43 €	-12.537,33 €	-6.985,72 €	5.551,61 €	-44,28%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-359.567,42 €	107.082,90 €	-9.050,72 €	-116.133,62 €	-108,45%
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	652,21 €	0,00 €	-652,97 €	-652,97 €	-
11. sonstige Steuern	303,00 €	136.373,66 €	0,00 €	-136.373,66 €	-100,00%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-360.522,63 €	-29.290,76 €	-8.397,75 €	20.893,01 €	-71,33%

Mit Datum vom 13.06.2012 hat die Bezirksregierung Köln einen Antrag des Liquidators der EuRegionale 2008 Agentur GmbH i.L. auf Ausnahmegenehmigung gem. § 108 Abs. 1 Nr. 8 GO NRW stattgegeben. Danach ist die Gesellschaft für die Jahre 2010 und 2011 von der Pflichtprüfung durch einen Wirtschaftsprüfer befreit. Dem Vorschlag der Gesellschaft, die Prüfung des Jahresabschlusses durch die örtliche Rechnungsprüfung der StädteRegion Aachen durchführen zu lassen, wurde entsprochen.

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	8	kA	kA

Verbindungen zum Kreishaushalt

In 2010 hat der Kreis Düren keinen Gesellschafterbeitrag geleistet. Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Die EuRegionale 2008 Agentur GmbH wurde zum 31.12.2009, aufgrund Erfüllung ihrer Aufgabe, aufgelöst. Der Beschluss wurde in der Gesellschafterversammlung der EuRegionale 2008 Agentur am 03.12.2009 gefasst. In gleicher Sitzung wurde die StädteRegion Aachen als Liquidator der Gesellschaft benannt.

Im Rahmen der Abwicklung wurden unter anderem folgende Tätigkeiten durchgeführt:

- Erstellung des abschließenden Verwendungsnachweises der EuRegionale 2008 und Führung von Abstimmungsgesprächen mit der Bezirksregierung Köln
- Beendigung der laufenden Geschäfte (Begleichung offener Rechnungen etc.)
- Veröffentlichung des Gläubigeraufrufs zur Liquidation im Bundesanzeiger und Eintragung der Liquidation im Handelsregister
- Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2009 und Einholung der Beschlüsse der Gesellschafter per Umlaufbeschluss
- Abwicklung der Umsatzsteuernachzahlung (Umlaufbeschluss an die Gesellschafter etc.)
- Bereitstellung von Unterlagen und Führung von Abstimmungsgesprächen mit dem Finanzamt im Rahmen der Lohnsteuerprüfung

Aufgrund der Umsatzsteuernachzahlung an das Finanzamt Aachen in Höhe von rund 163.000 € im Geschäftsjahr 2010 wurde per Umlaufbeschluss von den Gesellschaftern das Einverständnis eingeholt, dass die Stammkapitalanteile zur Deckung des Defizits eingesetzt werden können.

Im Laufe des Geschäftsjahres 2011 haben sich noch weitere Geschäftsfälle ergeben, die eine Zahlungspflicht mit sich bringen. Im Rahmen einer Lohnsteuerprüfung müssen rund 2.500 € an das Finanzamt Aachen erstattet werden, und die Bezirksregierung Köln hat eine Zinsforderung aufgrund nicht fristgemäß verausgabter Fördermittel in Höhe von etwa 10.000 € angekündigt. Aufgrund der aktuellen Lage wurden die Gesellschafter informiert, dass voraussichtlich eine Nachschusspflicht in Höhe von etwa 40.000 € entsteht, die gemäß Gesellschafteranteile mit Abschluss aller Arbeiten bei den Gesellschaftern eingefordert wird. Um die Liquidität zu wahren, ist die StädteRegion Aachen mit insgesamt 40.000 € in Vorleistung getreten.

Nach Beschlussfassung des Jahresabschlusses 2010 durch die Gesellschafter wird der letzte Jahresabschluss zum 31.12.2011 erstellt. Nach dessen Beschlussfassung werden die abschließenden Arbeiten (Anforderung der Gesellschafteranteile, Löschung im Handelsregister etc.) vorgenommen. Nach Beendigung der Liquidation werden die erforderlichen Unterlagen gemäß Aufbewahrungsfristen von der StädteRegion Aachen verwahrt.

Beteiligungen des Unternehmens

Die EuRegionale 2008 Agentur GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



EWV Energie- und
Wasser-Versorgung GmbH

EWV Energie und Wasserversorgung GmbH

Willy-Brandt-Platz 2
52222 Stolberg
Telefon: 02402/101-0
Telefax: 02402/101-1015
E-Mail: info@ewv.de
Homepage: www.ewv.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Energieversorgung und Wasserversorgung in der Städtereion Aachen und benachbarter Gebieten, die Einrichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art sowie die Betriebsführung von Wassergewinnungs- und -Versorgungsunternehmen, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen und die Beteiligungen an anderen Unternehmen dieser Art sowie die unmittelbare und mittelbare, rechtliche und tatsächliche Beteiligung an und Innehabung von allen damit im Zusammenhang stehenden Anlagen, Einrichtungen und dazugehöriger Infrastruktur, insbesondere Versorgungsnetzen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die notariell beurkundete Gesellschafterversammlung hat am 10.02.2010 den Gesellschaftsvertrag der EWV vollständig neu gefasst. Hierdurch wurde der Gründung der StädteRegion Aachen Rechnung getragen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder zwei Geschäftsführer. Sind zwei Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Einzelprokura wird nicht erteilt.

Die Gesellschafterversammlung beschließt eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführer, in der insbesondere die Berichtspflichten der Geschäftsführer geregelt werden.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus 21 Mitgliedern. 14 Mitglieder des Aufsichtsrates werden von den Gesellschaftern bestellt. Die Energieversorgungs- und Versorgungsgesellschaft des Kreises Aachen (ab 10.02.2010 StädteRegion Aachen) entsenden den Landrat des Kreises Aachen (ab 10.02.2010 Städteregionsrat der StädteRegion Aachen) oder einen von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten des Krei-

ses Aachen (ab 10.02.2010 StädteRegion Aachen) und ein weiteres Mitglied, welches Mitarbeiter der Kreisverwaltung (ab 10.02.2010 Städteregionsverwaltung) oder Mitglied des Kreistages des Kreises Aachen (ab 10.02.2010 Mitglied des Städteregionstages der StädteRegion Aachen) ist. Jede Stadt mit einem Geschäftsanteil von mehr als 12 % entsendet ihren Hauptverwaltungsbeamten in den Aufsichtsrat; die übrigen der 14 von den Gesellschaftern zu bestellenden Mitglieder des Aufsichtsrates werden von der Gesellschafterversammlung gewählt. Die übrigen sieben Mitglieder des Aufsichtsrates werden von den Arbeitnehmern der Gesellschaft nach den Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 gewählt.

Der Zuständigkeit des Aufsichtsrates unterliegen:

1. Festsetzung der Anstellungsbedingungen für Geschäftsführer.
2. Nach Eingang und Vorlage des Prüfberichtes des Abschlussprüfers die Überprüfung des Jahresabschlusses, des Lageberichtes und des Vorschlages zur Verwendung des Ergebnisses.
3. Die Einberufung der Gesellschafterversammlung, unbeschadet des Rechts und der Pflicht der Geschäftsführung und der Gesellschafter, die Gesellschafterversammlung in den gesetzlich vorgesehenen Fällen einzuberufen.

Geschäfte und Maßnahmen, die über den gewöhnlichen Betrieb des Unternehmens der Gesellschaft hinausgehen bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrates. Zu diesen Geschäften und Maßnahmen gehören insbesondere:

1. Die Erteilung von Prokuren,
2. Abschluss, Änderung oder Beendigung von Verträgen, deren Laufzeit ein Jahr überschreiten, mit Ausnahme der Verträge des laufenden Geschäftsverkehrs. Zu den Verträgen des laufenden Geschäftsverkehrs gehören die Verträge mit den Kunden und die Bezugsverträge von Energie und Wasser,
3. Die jährlich im voraus von der Geschäftsführung zu erstellenden Investitions-, Finanz- und Ergebnisplanungen sowie entsprechende 5-Jahres-Pläne,
4. Aufnahme oder Gewährung von Darlehen, deren Betrag im Einzelfall 50.000 Euro überschreiten, sofern diesen nicht bereits im Rahmen des jährlichen Finanzplanes zugestimmt wurde,
5. Die Vornahme eines Rechtsgeschäftes mit einem Gesellschafter oder einem Geschäftsführer. Dazu zählen nicht der Abschluss, die Änderung oder Beendigung von Verträgen, die den bezug von Energie und Wasser betreffen,
6. Die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreites sowie die Vertretung der Gesellschaft in derartigen Rechtsstreitigkeiten, wenn der Streitwert mehr als 50.000 Euro beträgt.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung ist als beschließendes Organ in allen Angelegenheiten der Gesellschaft zuständig, soweit nicht durch das Gesetz oder durch den Gesellschaftsvertrag die Zuständigkeit eines anderen Organs der Gesellschaft begründet ist. Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.

Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen insbesondere:

1. Die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses.
2. Die Wahl des Abschlussprüfers.
3. Die Errichtung und Aufhebung von Zweigniederlassungen, die Beteiligung an anderen Unternehmen und deren Veräußerung sowie die Ausübung von beteiligungsrechten.
4. Die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates.
5. Die Höhe der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Beirates.
6. Die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer.

Beirat:

Zur Beratung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates in wichtigen Angelegenheiten wird ein Beirat gebildet. Die Mitglieder des Beirates werden von der Gesellschafterversammlung unter besonderer Berücksichtigung der Vertreter der von der Gesellschaft versorgten Gebietskörperschaften berufen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Schröder, Manfred	Köln	
Aufsichtsrat:	rhenag Beteiligungs GmbH Stadt Stolberg Stadt Eschweiler Städteregion Aachen Kreis Heinsberg Stadt Alsdorf Stadt Würselen Stadt Baesweiler Kreis Düren Gemeinde Roetgen Gemeinde Simmerath Stadt Monschau Stadt Heinsberg Gemeinde Aldenhoven Gemeinde Inden Gemeinde Langerwehe Stadt Linnich Gemeinde Niederzier Stadt Geilenkirchen		Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben.
Gesellschafter- versammlung:	Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.	1 Stimme	Je 51,13 Euro eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.
Beirat:	Die Mitglieder des Beirates werden von der Gesellschafterversammlung unter besonderer Berücksichtigung der Vertreter der von der Gesellschaft versorgten Gebietskörperschaften berufen.		

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Der Landrat des Kreises Düren, Herr Spelthahn, ist Mitglied des Aufsichtsrates der EWV. Die Mitgliedschaft beruht jedoch nicht auf einer Wahl durch den Kreistag, da entsprechend des sehr niedrigen Gesellschaftsanteil dem Kreis Düren kein Mandat zusteht. Vielmehr wurde Herr Spelthahn vom Gesellschafter rhenag in den Aufsichtsrat berufen.
Gesellschafterversammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Beirat:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52222 Stolberg
gezeichnetes Kapital:	18.151.450 €

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
rhenag Beteiligungs GmbH	9.750.450,00 €	53,72%
Stadt Stolberg	2.591.650,00 €	14,28%
Stadt Eschweiler	2.394.150,00 €	13,19%
Städteregion Aachen	1.679.300,00 €	9,25%
Kreis Heinsberg	687.950,00 €	3,79%
Stadt Alsdorf	395.750,00 €	2,18%
Stadt Würselen	358.350,00 €	1,97%
Stadt Baesweiler	181.550,00 €	1,00%
Kreis Düren	105.300,00 €	0,58%
Gemeinde Roetgen	1.050,00 €	0,01%
Gemeinde Simmerath	1.050,00 €	0,01%
Stadt Monschau	1.050,00 €	0,01%
Stadt Heinsberg	550,00 €	0,00%
Gemeinde Aldenhoven	550,00 €	0,00%
Gemeinde Inden	550,00 €	0,00%
Gemeinde Langerwehe	550,00 €	0,00%
Stadt Linnich	550,00 €	0,00%
Gemeinde Niederzier	550,00 €	0,00%
Stadt Geilenkirchen	550,00 €	0,00%

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.892.676,00 €	1.899.061,00 €	1.927.471,00 €	28.410,00 €	1,50%
II. Sachanlagen	127.935.116,17 €	126.463.369,01 €	128.090.855,80 €	1.627.486,79 €	1,29%
III. Finanzanlagen	5.228.024,81 €	4.661.387,74 €	6.649.058,71 €	1.987.670,97 €	42,64%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	1.010.030,82 €	851.052,19 €	1.267.309,99 €	416.257,80 €	48,91%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	55.186.631,18 €	48.112.030,22 €	72.539.617,02 €	24.427.586,80 €	50,77%
III. Wertpapiere	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-!
IV. Kassenbestand	76.476,90 €	251.594,42 €	293.629,27 €	42.034,85 €	16,71%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	295.717,10 €	386.296,37 €	351.610,29 €	-34.686,08 €	-8,98%
Summe Aktiva	191.624.672,98 €	182.624.790,95 €	211.119.552,08 €	28.494.761,13 €	15,60%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	18.151.450,00 €	18.151.450,00 €	18.151.450,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	7.045.123,94 €	7.045.123,94 €	7.045.123,94 €	0,00 €	0,00%
III. Andere Gewinnrücklagen	750.000,00 €	750.000,00 €	1.250.000,00 €	500.000,00 €	66,67%
IV. Bilanzgewinn	7.796.967,29 €	13.592.488,92 €	16.874.665,64 €	3.282.176,72 €	24,15%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	29.731.738,00 €	26.479.006,00 €	23.420.896,00 €	-3.058.110,00 €	-11,55%
C. Rückstellungen	75.937.116,93 €	75.330.119,02 €	73.367.358,26 €	-1.962.760,76 €	-2,61%
D. Verbindlichkeiten	50.179.529,82 €	37.632.463,07 €	65.222.186,46 €	27.589.723,39 €	73,31%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.032.747,00 €	3.644.140,00 €	5.787.871,78 €	2.143.731,78 €	58,83%
Summe Passiva	191.624.672,98 €	182.624.790,95 €	211.119.552,08 €	28.494.761,13 €	15,60%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	333.771.055,69 €	315.156.717,17 €	317.967.860,44 €	2.811.143,27 €	0,89%
2. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-279.746,43 €	-101.832,65 €	383.285,65 €	485.118,30 €	-476,39%
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	3.002.734,00 €	3.090.868,00 €	3.647.163,00 €	556.295,00 €	18,00%
4. sonstige betriebliche Erträge	4.656.789,58 €	4.258.599,45 €	3.872.123,27 €	-386.476,18 €	-9,08%
5. Materialaufwand	240.638.833,80 €	219.713.212,11 €	211.902.238,88 €	-7.810.973,23 €	-3,56%
6. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	23.039.731,82 €	24.108.276,09 €	25.130.406,32 €	1.022.130,23 €	4,24%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9.852.204,10 €	9.517.023,45 €	5.771.355,91 €	-3.745.667,54 €	-39,36%
7. Abschreibungen					

a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	13.674.327,00 €	13.196.182,00 €	12.508.257,00 €	-687.925,00 €	-5,21%
8. Pachten für Werksanlagen und Netze	8.333.989,95 €	8.260.514,00 €	8.321.808,65 €	61.294,65 €	0,74%
9. sonstige betriebliche Aufwendungen	32.259.719,11 €	23.195.669,34 €	30.812.251,49 €	7.616.582,15 €	32,84%
Betriebsergebnis	13.352.027,06 €	24.413.474,98 €	31.424.114,11 €	7.010.639,13 €	28,72%
10. Erträge aus Beteiligungen	86.715,89 €	161.352,00 €	262.202,29 €	100.850,29 €	62,50%
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	110.479,35 €	78.114,68 €	51.999,99 €	-26.114,69 €	-33,43%
12. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	387.836,36 €	226.352,25 €	175.804,83 €	-50.547,42 €	-22,33%
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	19.658,56 €	17.417,28 €	16.490,76 €	-926,52 €	-5,32%
14. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	2.170.109,53 €	1.038.568,50 €	4.621.328,08 €	3.582.759,58 €	344,97%
Finanzergebnis	-1.604.736,49 €	-590.166,85 €	-4.147.811,73 €	-3.557.644,88 €	602,82%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	11.747.290,57 €	23.823.308,13 €	27.276.302,38 €	3.452.994,25 €	14,49%
16. außerordentliche Aufwendungen / außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	4.685.656,00 €	4.685.656,00 €	-!
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.682.702,49 €	9.929.925,80 €	5.479.526,99 €	-4.450.398,81 €	-44,82%
18. sonstige Steuern	278.363,75 €	307.860,70 €	236.453,75 €	-71.406,95 €	-23,19%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	7.786.224,33 €	13.585.521,63 €	16.874.665,64 €	3.289.144,01 €	24,21%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	404	408	415

Verbindungen zum Kreishaushalt

Nach dem Beschluss der Gesellschafter vom 11.02.2011 über Gewinnverwendungsvorschlag der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2010 entfiel auf den Kreis Düren ein Gewinnanteil von 89.771,47 € (Bruttodividende).

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Geschäft und Rahmenbedingungen

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Gesamtwirtschaft

Die Erholung der Weltkonjunktur seit der Jahresmitte 2009 stärkte die deutsche Exporttätigkeit spürbar und unterstützte die Wirtschaft bei der Überwindung der realwirtschaftlichen Krise. Die konjunkturelle Verbesserung im Jahresverlauf 2010 wurde zunehmend von der inländischen Nachfrage getragen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird im Jahr 2010 um voraussichtlich 3,7 % steigen. Dieser Zuwachs steht dabei spiegelbildlich für den erheblichen Rückgang der Produktion im Jahr 2009.

Im gesamten Krisenverlauf überraschte der deutsche Arbeitsmarkt durch seine äußerst robuste Entwicklung. Die Beschäftigung stagnierte weitgehend; in der aktuellen Aufschwungphase wurden schon wieder neue Arbeitsplätze geschaffen. Ebenso fiel in Deutschland, anders als in vielen Industrieländern, der Anstieg der Staatsverschuldung geringer aus, und es kam zu keiner signifikanten Verschärfung der Finanzierungsbedingungen der Privatwirtschaft. Damit ist Deutschland weniger von den Folgen der Krise betroffen und weist im Euro-Raum mit die stärkste wirtschaftliche Entwicklung seit dem Ende der Krise auf. Aufgrund einer abgeschwächten globalen Konjunktur sowie auslaufenden fiskalischen Stützungsmaßnahmen wird sich das wirtschaftliche Expansionstempo Deutschlands voraussichtlich nicht halten lassen.

Das Produktionspotential wird nach Schätzungen des Sachverständigenrates im Jahr 2010 um 1,3 % wachsen und daher von der realwirtschaftlichen Krise weniger beeinflusst werden als zuvor vermutet.

Energiewirtschaft

Die aktuellen Terminpreise auf den Energiemärkten zeigen, dass sich Energie mittelfristig weiter verteuern wird.

Das Thema Energieeffizienz hat daher nicht an Aktualität verloren und wird von EWW weiterhin genutzt, sich als Dienstleister in ihrem Kerngeschäftsfeld Energie zu positionieren. Auch der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird intensiv öffentlich diskutiert, wenngleich die einhergehenden finanziellen Belastungen der Endverbraucher zunehmend erkannt werden.

Im Gasgeschäft ist eine anhaltende Entkopplung des Gasmarktes vom Ölmarkt zu beobachten.

Für die Netzbetreiber war 2010 das zweite Jahr der Anreizregulierung. Die Anreizregulierungsverordnung (ARegV) ist am 3. September 2010 bereits zum vierten Mal durch den Gesetzgeber geändert worden. Die Änderungen zielen bereits auf die bevorstehende Kostenprüfung im sogenannten „Fotojahr“ der Stromnetzentgelte in 2011.

Eine Reihe strittiger Sachfragen konnte zwischenzeitlich im Einvernehmen der Branche mit der Bundesnetzagentur geklärt werden. Hierzu zählt in erster Linie die Korrektur der bisherigen Genehmigungspraxis bei den Kosten für die Beschaffung von Verlustenergie: Die seit der letzten Kostenprüfung – in der Regel auf Basis des Kalenderjahres 2006 – gestiegenen Beschaffungskosten waren bislang auf dem niedrigen Niveau des Basisjahres eingefroren. Nunmehr ist branchenweit ein Kostenansatz ermöglicht worden, der sich an aktuellen Marktpreisen orientiert.

Im Bereich des Zähler- und Messwesens ist durch die Liberalisierung gemäß novelliertem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), auf Wunsch des Anschlussnutzers, ein Wechsel des Messstellenbetreibers und Messdienstleisters möglich. Seit dem 01.01.2010 besteht die gesetzliche Verpflichtung bei Neuanlagen und Totalsanierungen intelligente Messgeräte,

sogenannte Smart Meter, einzubauen. Des Weiteren sind zum 30.12.2010 durch die Lieferanten last- und zeitvariable Tarife anzubieten.

Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der EWV

Die EWV versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und Institutionen in der Städteregion Aachen, Kreis Düren und Stadt und Kreis Heinsberg mit Strom, Erdgas und Wärme.

In den Kommunen Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Eschweiler, Ortsteil Weisweiler, werden die öffentlichen Beleuchtungsanlagen durch die EWV betrieben.

Darüber hinaus beliefert die EWV die Kunden der Städtischen Wasserwerk Eschweiler GmbH und der Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH mit Trinkwasser im Rahmen von Betriebsführungsverträgen.

Über die Beteiligung an der Wärmeversorgung Würselen GmbH (WWV) und die Betriebsführung versorgt die EWV Kunden in der Stadt Würselen mit Wärmeprodukten. Gleiches erfolgt in der Stadt Eschweiler über die Städtische Wasserwerk Eschweiler GmbH (StWE).

Im Sinne einer Kundenentwicklung werden ausgewählten Kunden technische Dienstleistungen angeboten, um zusätzliche Ergebnisbeiträge zum Commodity-Geschäft zu generieren.

Im Rahmen der Energie Effizienz Initiative der EWV ist in 2010 der Ausbau der Elektromobilität im Versorgungsgebiet vorangetrieben worden. Insgesamt wurden 15 neue Ladestationen projektiert, 6 bereits errichtet und mehrere Fahrzeuge in Betrieb genommen.

Wichtige Ereignisse des Jahres

Seit 2010 wird von dem bisher praktizierten Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) das Verfahren der physischen Wälzung auf ein System mit einer bundesweit einheitlichen Umlage umgestellt. Aus der Prognose der vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber resultierte für 2010 eine EEG-Umlage von 2,047 ct/kWh. Für das Jahr 2011 wurde diese um 1,48 ct/kWh auf 3,53 ct/kWh erhöht.

Um Gleichbehandlung gegenüber anderen Marktteilnehmern zu gewährleisten, verlangt die Bundesnetzagentur eine Trennung der Kundendaten zwischen Netz und Vertrieb. Umgesetzt wurde diese Anforderung durch das sogenannte „Zweimandantenmodell“, in dem die Datenbestände des Netzes und des Vertriebes komplett voneinander getrennt wurden. Die EWV hat diese notwendige Maßnahme im September 2010 fristgerecht umgesetzt.

Im September 2010 hat die BNetzA einheitliche Geschäftsprozesse, Datenformate und Standardverträge für Messstellenbetrieb und Messdienstleistung veröffentlicht. Diese Standardverträge sind ab Oktober 2010 bei Neuabschlüssen verbindlich zu verwenden.

Das Geschäftsjahr 2010 stellt das Jahr 2 nach Beginn der Anreizregulierung dar. Für die in der Branche aktiven „Marktrolle“ – „Asset Owner“, technische und kaufmännische Servicebereiche sowie die Netzbetreiber ist das Wirtschaften unter Kostendruck inzwischen zum Tagesgeschäft geworden.

Der bislang wohl tiefgreifendste Eingriff der Regulierungsbehörden in die Netzwirtschaft – die sogenannte „Mehreriösabschöpfung“ – ist für den Kooperations-Netzbetreiber der EWV (regionetz) mit Ablauf des Jahres 2010 bereits Geschichte: regionetz hatte sich dazu entschlossen, die Belastungen binnen Jahresfrist abzubauen und die Netznutzungsentgelte Strom und Gas für ein Jahr stark abzusenken. In der Folge werden die Netznutzungsentgelte in 2011 wieder deutlich ansteigen.

Wie in den Vorjahren ist eine Patronatserklärung durch EWW und Stadtwerke Düren an die regionetz GmbH erteilt worden. Die EWW ist darin verpflichtet, gemäß ihrer Beteiligungsquote die regionetz finanziell und kapitalmäßig so auszustatten, dass sie stets in der Lage ist, ihre jeweils fälligen Verbindlichkeiten fristgemäß und in vollem Umfang zu erfüllen.

Die Pachtverträge und Dienstleistungsverträge mit der regionetz GmbH wurden in 2010 fortgeschrieben.

Geschäftsverlauf

Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2010 belaufen sich auf 345,5 Mio. Euro (inkl. Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 120,0 Mio. Euro (inkl. Stromsteuer) und auf den Erdgasverkauf 136,8 Mio. Euro (inkl. Erdgassteuer) sowie 1,8 Mio. Euro auf die Wärmeversorgung und das Contracting. Vom Verteilnetzbetreiber regionetz wurden 66,5 Mio. Euro an Pachtentgelten und Dienstleistungserlösen erzielt. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 20,5 Mio. Euro. Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiter berechneten Installationskosten, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen und der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Entwicklung im Stromsegment

Nach einem kontinuierlichen Preisrückgang im ersten Quartal 2010 sind die Strombezugspreise bis Anfang Mai um etwa 10 €/MWh auf ein Niveau von 55 €/MWh angestiegen. Während der Sommermonate pendelten die Preise bei recht hoher Volatilität zwischen 50 und 55 €/MWh. Im Herbst zeigte sich dann jedoch wieder eine langsame Abwärtsbewegung auf Preise unter 50 €/MWh für das Frontjahr.

Analog der Beschaffungsstrategien bei EWW wurden für das Jahr 2011 insgesamt 56 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 7 verschiedenen Lieferanten abgeschlossen.

Die folgende Grafik zeigt den Jahresverlauf des Base-Produktes (Bandlieferung) für das Jahr 2011, gehandelt in 2010.



Die letzte Anpassung der Stromverkaufspreise für Privat- und Gewerbekunden zum 01.01.2009 liegt fast zwei Jahre zurück. Trotz des Anstiegs der Belastungen aus dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) in 2010 um 0,75 ct/kWh auf ca. 2,05 ct/kWh (netto) konnte der Preis konstant gehalten werden. Die erneute Steigerung der sogenannten EEG-Umlage auf 3,53 ct/kWh (netto) ab dem 01.01.2011 erfordert eine Anpassung der Strompreise.

Die Preise für Wärmekunden werden zum 01.01.2011, erstmalig nach zwei Jahren, wieder erhöht, primär getrieben durch die starke Erhöhung der EEG-Abgabe.

In 2009 und 2010 hatten sich rd. 24.000 Kunden für das Produkt regiostrom-fix 12/10 entschieden. Es bot einen Preisnachlass und konstante Preise bis Dezember 2010. Diesen Kunden wird zu Jahresbeginn ein attraktives Nachfolgeprodukt angeboten werden.

Auch in Zukunft wird EWW den Kunden keine Tarife mit Vorauskasse und/oder Kauttionen anbieten, wenngleich gerade Wettbewerber mit diesen Konditionen preislich der EWW erheblich zusetzen.

Die starke Positionierung der EWW bei den Kunden in der Region als lokaler Partner zeigt sich weiterhin in einem marktüblichen Wechselverhalten, allerdings ist im Jahr 2010 die Wechselrate von preissensiblen Kunden im Segment Privatkunden zu Anbietern mit aggressiven Preisstellungen angezogen.

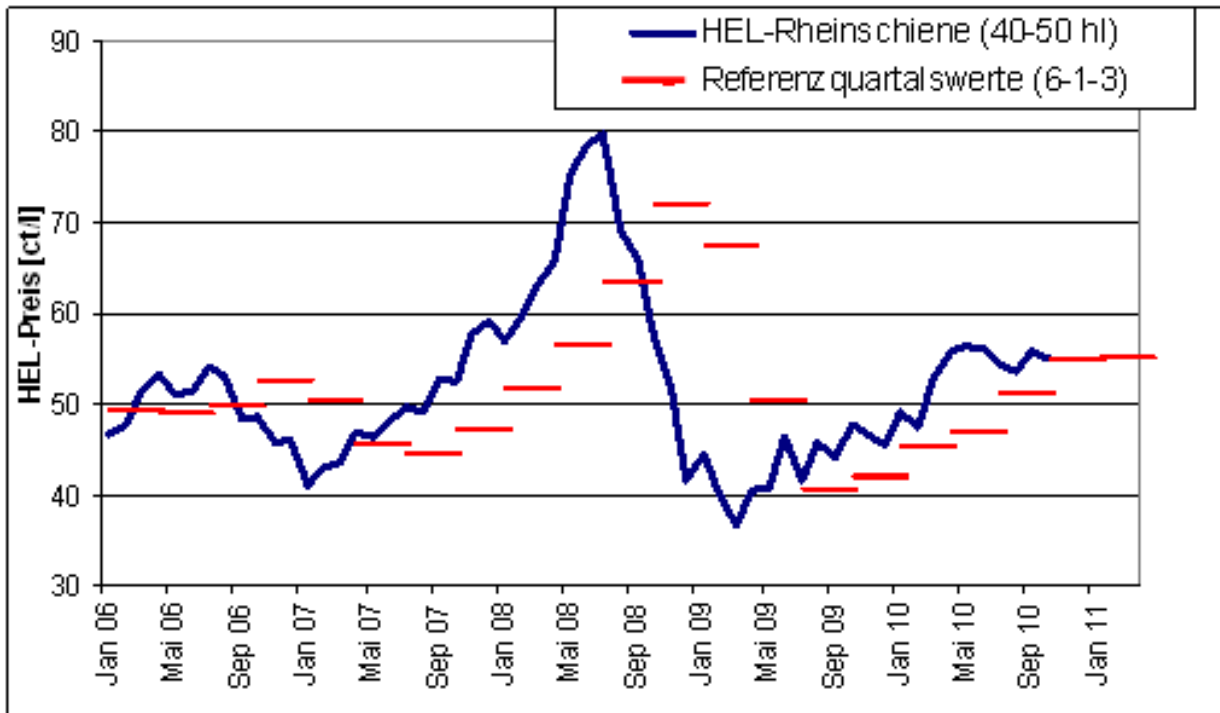
Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt.

Im Sinne einer Kundenbindung werden ausgewählten Kunden werthaltige Dienstleistungen angeboten, um zusätzliche Ergebnisbeiträge zum Commodity-Geschäft zu generieren.

Energienahe Dienstleistungen wurden im Jahr 2010 sukzessive erweitert mit dem Ziel, langfristige Kundenbindungen und zusätzliche Ergebnisbeiträge zu generieren. Wesentliche erfolgskritische Elemente sind die Auswahl, Entwicklung und Implementierung der Dienstleistungsprodukte und die Bereitstellung eines Fachvertriebes. Im Betrachtungszeitraum wurden neben den klassischen Dienstleistungen zu Wärme, Trafo- und Gasdruckregelanlagen insbesondere Energiecheck und Druckluftdienstleistungen deutlich stärker nachgefragt und vermarktet.

Entwicklung im Erdgassegment

Die in der nachfolgenden Abbildung dargestellten Notierungen für leichtes Heizöl sind über die zeitversetzten Durchschnittswerte (Referenzquartalswerte) die maßgebliche Einflussgröße auf die Gaseinkaufspreise. Die Heizölpreise folgen seit dem Tiefstwert im März 2009 in einem Zick-Zack-Kurs einem aufsteigenden Trend. Zeitverzögert hat sich diese Entwicklung auch in den Referenzquartalswerten niedergeschlagen, die sich im Laufe des Jahres 2010 kontinuierlich erhöht haben. Die Verträge der EWW unterliegen weitestgehend einer Ölbindung, somit erfolgt eine Anpassung der Gaspreise zeitversetzt zum Ölmarkt. Die Gasbezugspreise der EWW folgen dementsprechend der Ölpreisentwicklung.



Nach drei Preissenkungen in 2009 konnte aufgrund einer vorausschauenden Beschaffungsstrategie der Gaspreis in der Heizperiode 2009/2010 konstant gehalten werden. Die seit Frühjahr 2009 einsetzende Steigerung der Heizölpreise machte eine Anpassung der Gaspreise zum 01.04.2010 unumgänglich.

Konnte der weitere Anstieg der Gasbezugspreise zum 01.07. dieses Jahres noch intern aufgefangen werden, so wurde durch die weitere Zunahme der Beschaffungskosten eine Anpassung zum 01.10.2010 notwendig. Zeitgleich mit der Preiserhöhung wurden ausgewählten Kunden zwei attraktive Produkte mit ein- oder zweijähriger Preisgarantie angeboten – regioerdgas-fix 09/11 und regioerdgas-fix 09/12. Eine erneute Preiserhöhung zu Jahresbeginn 2011 kann hingegen vermieden werden.

Die Zahl der Wettbewerber im Segment Privat- und Gewerbekunden hat sich im Laufe des Jahres 2010 stark erhöht und löst mit ihrer Preisgestaltung einen erheblichen Druck auf den Markt aus.

Auch im Kundensegment Geschäftskunden ist deutlich eine Verstärkung des Wettbewerbs zu verzeichnen. Dies macht sich insbesondere durch die steigende Zahl der Vertragskündigungen und Abwanderung von Großkunden bemerkbar. Zunehmend werden die Verträge unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Marktpreise ausgehandelt.

Durch langfristige Vertragsbindungen wird derzeit das Gros der Kunden gehalten.

Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2010 schließt mit einem Jahresüberschuss von 16,9 Mio. Euro (Vorjahr 13,6 Mio. Euro). Maßgeblich beeinflusst wird der Jahresüberschuss von der Geschäftsentwicklung in den Sparten Erdgas und Strom.

Die Abgabemenge an Endkunden liegt mit 724 GWh im Strom aufgrund des zunehmenden Einsparverhaltens der Kunden leicht unter dem Vorjahr (728 GWh). Die Umsatzerlöse Strom liegen um 0,5 Mio. Euro unter dem Vorjahr.

Die Erdgasabsatzmenge 2010 liegt mit 2.714 GWh deutlich über dem Vorjahr (2.433 GWh). Der Mengenanstieg resultiert überwiegend aus Temperatureffekten (+522 Gradtage gegenüber 2009) sowie der Konjunkturerholung in 2010.

Die Umsatzerlöse im Erdgas liegen trotz Absatzsteigerung aufgrund von Preisanpassungen der Jahre 2009 und 2010 um 3,4 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen um 0,4 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert. Im Wesentlichen ist der Rückgang auf die geringeren Erträge aus Rückstellungsaufösungen zurückzuführen.

Der Personalaufwand (inkl. Zinsen für Pensionen) erhöhte sich insgesamt in 2010 infolge der Tarifsteigerungen um 0,9 Mio. Euro gegenüber 2009. Der Zinsaufwand aus Pensionsrückstellungen wird aufgrund des BilMoG in 2010 nicht mehr im Personalaufwand sondern unter den Zinsaufwendungen gezeigt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen im Wesentlichen aufgrund von Rückstellungszuführungen und Abschreibungen auf Forderungen um 7,8 Mio. Euro über dem Vorjahreswert.

Die Zinserträge reduzieren sich gegenüber dem Vorjahr um 51 TEuro, im Wesentlichen aufgrund geringerer Erträge aus Verzugszinsen.

Die Zinsaufwendungen (ohne Zinsen aus Pensionsrückstellungen) liegen auf Vorjahresniveau.

Im außerordentlichen Aufwand ist die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen und den Rückstellungen für Altersteilzeit aufgrund der erstmaligen Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes abgebildet.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2010 wurden Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 14,3 Mio. Euro getätigt.

In Tüddern (Gemeinde Selfkant) wurde ein Flüssiggasnetz mit ca. 40 Anschlussnehmern gekauft und auf Erdgas umgestellt.

Zum Zweck des Ausbaus der Energieerzeugung auf der Basis erneuerbarer Energien hat die EWV gemeinsam mit anderen Stadtwerken eine unmittelbare Beteiligung an der Green GECCO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG übernommen und ist gleichzeitig als Gesellschafterin Komplementärin der Green GECCO Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH.

Zweck der Green GECCO GmbH & Co. KG ist es, eine Vielzahl von Projekten durch Erwerb oder Gründung von einzelnen Projektgesellschaften auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien durchzuführen.

Im Geschäftsjahr 2010 sind der EWV für Green GECCO Anschaffungskosten von 1.646 T Euro sowie Anschaffungsnebenkosten von 15 T Euro entstanden.

Personal- und Sozialbereich

Am Ende des Geschäftsjahres 2010 beschäftigte die EWV 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich bei uns 36 junge Menschen in einer Ausbildung zur/zum Industriekauffrau/-mann, Elektroniker/in für Betriebstechnik, Anlagenmechaniker/in und erstmalig in den Ausbildungsberufen mit integriertem Studium zur/zum Industriekauffrau/-mann BWL Praxisverbund Lehre und Studium (PLuS) und Elektrotechnik PLuS.

Die freiwillige Altersteilzeitregelung befindet sich weiterhin in der Auslaufphase. Ende 2010 befanden sich 1 Arbeitnehmer in der Arbeitsphase und 12 in der Freistellungsphase der Altersteilzeit.

Die betriebliche Altersversorgung ist für viele Mitarbeiter eine wichtige Regelung, um auch im Alter sorgenfrei leben zu können. An ehemalige Mitarbeiter und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,4 Mio. Euro gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden) belief sich auf 483.

Weiterentwicklung des Unternehmensleitbildes – Prozess Wertewandel

Nach einer erfolgreichen Einführung des Unternehmensleitbildes ging es im Jahr 2010 darum, eine permanente Weiterentwicklung des Leitbildes im Sinne eines Veränderungsmanagements sicherzustellen. Mit Unterstützung einer interdisziplinär besetzten Projektgruppe wurde der Prozess „Wertewandel“ entwickelt, im Rahmen dessen regelmäßig an der Weiterentwicklung des Leitbildes gearbeitet wird. Hierzu werden jährlich Schwerpunktthemen vereinbart, die zur Diskussion gestellt werden und zu denen Führungskräfte und Mitarbeiter Ideen und Vorschläge einbringen können.

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2010		31.12.2009	
	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva				
Anlagevermögen	136.667	64,7	133.024	72,8
Umlaufvermögen	74.101	35,1	49.215	26,9
Rechnungsabgrenzungsposten	352	0,2	386	0,2
	211.120	100,0	182.625	100,0
Passiva				
Eigenkapital	43.321	20,5	39.539	21,7
Baukostenzuschüsse und Sonderposten für Investitionszuschüsse	29.209	13,8	30.123	16,5
Rückstellungen	73.367	34,8	75.331	41,2
Verbindlichkeiten	65.223	30,9	37.632	20,6
	211.120	100,0	182.625	100,0

Die Vermögenslage ist als stabil zu bezeichnen. Der Anstieg der Bilanzsumme um 28.495 TEuro ist im Wesentlichen auf die Zunahme des Umlaufvermögens und der Verbindlichkeiten zurückzuführen.

Das Bilanzbild zeigt die für Versorgungsunternehmen typische, vergleichsweise hohe Anlagenintensität von 64,7 % (Vorjahr 72,8 %). Eigenkapital, 70 % des Sonderpostens für Investitionszuschüsse sowie mittel- und langfristiges Fremdkapital decken das Anlagevermögen zu 94,7 % (Vorjahr 92,7%).

Unter Einbeziehung von 70 % des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ergibt sich eine Eigenkapitalquote (-bezogen auf das gezeichnete Kapital und Rücklagen-) von 22,2 % (Vorjahr 25,8 %).

Finanzlage

EWV ist in das Cash-Management-System der RWE Deutschland AG (vormals RWE Rheinland Westfalen Netz AG) eingebunden. Ferner bestehen Kreditlinien bei Geschäftsbanken, die von Fall zu Fall in Anspruch genommen wurden. Hierdurch wird gewährleistet, dass Zahlungstromschwankungen aus divergierenden Ein- und Auszahlungen kurzfristig ausgeglichen werden können.

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit:

Angaben in TEuro	2010	2009
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	19.192	28.243
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-16.041	-11.209
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-14.337	-8.998
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-11.186	8.036

Im Geschäftsjahr 2010 betrug der Cashflow aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit 19,2 Mio. Euro. Die Investitionen in das Anlagevermögen sowie die laufenden Tilgungen langfristiger Darlehen konnten aus dem Cashflow finanziert werden.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit wird zum einen in besonderem Maße durch die Abschlagszahlungen im Tarifkundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifkunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren). Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden -basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises- für das nächste Abrechnungsjahr festgesetzt. Je nach Witterung im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dem entsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei EWV. Darüber hinaus kommt das geänderte Preisniveau zum Tragen, welches erst mit der Endabrechnung realisiert wird und somit erst in künftigen Abschlagszahlungen berücksichtigt wird.

Im Jahr 2010 sind insbesondere die erhaltenen Abschläge im Gas aufgrund des geänderten Preis- und Mengenniveaus deutlich niedriger als Vorjahr. Insgesamt unterliegt das Geschäft massiven Zahlungsstromschwankungen aus divergierenden Ein- und Auszahlungen.

Darüber hinaus ist der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2010 durch die Inanspruchnahme der Rückstellung für Mehrerlösabschöpfung mit rd. 9,1 Mio. Euro belastet.

Der Finanzmittelfonds zum Ende des Geschäftsjahres betrug 2,6 Mio. Euro (Vorjahr 13,8 Mio. Euro), der den Cashpool bei der RWE Westfalen Netz AG sowie kurzfristige Bankschulden mit einschließt.

Ertragslage

Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2010		2009	
	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse (ohne Energiesteuer)	317.968	100,00%	315.157	100,00%
Materialaufwand	-211.902	-66,64%	-219.713	-69,72%
Rohergebnis	106.066	33,36%	95.444	30,28%
Andere betriebliche Erträge	7.902	2,48%	7.248	2,30%
Andere betriebliche Aufwendungen	-82.779	-26,03%	-78.585	-24,93%
Betriebsergebnis	31.189	9,81%	24.107	7,65%
Außerordentliches Ergebnis	-4.686	-1,47%	0	0,00%

Finanzergebnis	-4.148	-1,31%	-591	-0,19%
Steueraufwand	-5.480	-1,72%	-9.930	-3,15%
Jahresüberschuss	16.875	5,31%	13.586	4,31%

Die Abgabemenge an Endkunden ist im Strom trotz positiver Konjunkturreffekte im Geschäftskundenbereich aufgrund des zunehmenden Einsparverhaltens der Kunden sowie Kundenverlusten geringer als im Vorjahr. Die Umsatzerlöse Strom liegen um 0,5 Mio. Euro unter dem Vorjahr.

Die Umsatzerlöse im Erdgas liegen trotz deutlicher temperaturbedingter Absatzsteigerung aufgrund von Preissenkungen um 3,4 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert. Die Bezugskosten im Erdgas sinken bei gestiegenen Bezugsmengen durch die Ölpreisbindung.

Die anderen betrieblichen Erträge befinden sich in etwa auf Vorjahresniveau.

Die übrigen Aufwendungen liegen im Wesentlichen aufgrund von Rückstellungen für Prozessrisiken über dem Vorjahreswert.

Die vorgenannten Effekte haben im Saldo zu einem im Vorjahresvergleich höheren Betriebsergebnis sowie zu einem höheren Jahresüberschuss geführt.

Auf Grundlage des Jahresüberschusses ermittelt sich eine Umsatzrendite von 5,2 % (Vorjahr 4,3 %) sowie eine Eigenkapitalrendite von 63,8 % (Vorjahr 52,4 %). Die EBIT-Marge beträgt 9,7 % (Vorjahr 7,6 %).

Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Risikobericht

Risikomanagementsystem

Bei EWV ist das Risikomanagementsystem auf Basis der seit 2007 geltenden RWE-Konzernrichtlinie „Risikomanagement“ aufgebaut.

Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotential erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWV als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt.

Grundsätze des Risikomanagementsystems hat die EWV in einem Risikomanagement-Handbuch dokumentiert.

Im Rahmen des Systems werden sowohl quartalsweise die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet als auch im Rahmen der Mittelfristplanung ein dreijähriges Risikoszenario dargestellt. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein quartalsweise aktualisiertes Risikoportfolio, welches potentielle, unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind. Der Risikomanagementprozess wurde in 2010 sukzessive auf die betriebsgeführten Werke Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH und Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH ausgedehnt.

Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

Absatzmarktrisiken

Die öffentliche Meinung hat sich in 2010 – dem siebten Jahr mit intensiven öffentlichen und medialen Preisdebatten in Folge – weiter gegen die Energieversorgerbranche gerichtet. Ein Abebben dieses Trends ist nicht zu erkennen. Im Gegenteil, regelmäßig erreicht die selten sachlich geführte Debatte neue Höhepunkte. So wird selbst in Nachrichtensendungen aktiv zum Anbieterwechsel aufgerufen. Häufig wird diese Diskussion von Internet-Preisvergleichsportalen getrieben, welche vordergründig den Verbraucherschutz vertreten, jedoch von den Versorgern Provisionen für die Anbahnung eines Kundenwechsels erhalten. Auch die in den letzten Monaten geführte Diskussion um die sogenannte Brennelementesteuer und Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken verstärken den Druck auf Energieversorgungsunternehmen. Dies führt dazu, dass das Interesse der Bevölkerung am Thema "Wechsel des Strom- und Gasversorgers" ungebrochen stark ist. Der emotionalen Grundstimmung gegen die hohen Preise der Energieversorger – bei der zurzeit nur ansatzweise zwischen den verschiedenen Marktstufen unterschieden wird - konnte sich auch die EWW nicht entziehen. Ein Teil der wechselwilligen Privat- und Geschäftskunden konnte durch neue EWW-Produkte erfolgreich im Unternehmen gehalten werden.

Der Wettbewerb im Gasmarkt wird weiter zunehmen und die spezifischen Erlöse unter Druck setzen bzw. reduzieren. Diese Wettbewerbssituation könnte bei sinkendem Absatz und damit verstärktem Angebot auf dem Markt in 2011 auch zu steigenden Wechslerzahlen im Geschäftskundenbereich führen.

Beschaffungsmarktrisiken

Zum Management der Risiken der Energiebeschaffung wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet. Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden.

Das begleitende, regelmäßig tagende Risikokomitee überwacht die Einhaltung der Vorgaben und analysiert, bewertet und steuert die Risiken.

Die für das Jahr 2011 benötigten Strommengen wurden überwiegend bereits im Laufe der Jahre 2009 und 2010 zu marktgerechten Preisen gekauft. Im Sinne einer Risikodiversifikation wurden Verträge mit verschiedenen Lieferanten über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Kaufzeitpunkten abgeschlossen.

Betriebsrisiken

Generell schützt die EWW sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWW und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWW und dessen interne Sicherungssysteme laufend überwacht.

Die von der EWW benötigten Kreditlinien wurden und werden von den Banken jederzeit zur Verfügung gestellt.

Umfeldrisiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Darüber hinaus existieren Risiken insbesondere durch regulatorische Eingriffe in den Energiesektor. Dabei bestehen zwischen Umfeldrisiken im regulatorischen Bereich und Absatzmarktrisiken enge wechselseitige Beziehungen.

Es drohen durch die Anreizregulierung negative Einflüsse auf das Betriebsergebnis.

Im Rahmen des regelmäßig tagenden Risikokomitees werden aktuelle Marktrisiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen beschlossen.

Die Liberalisierung im Messwesen hat sich noch nicht durchgesetzt. Hier ist jedoch mittelfristig mit einem steigenden Wettbewerb und dem Verlust von „Zähler- und Messkunden“ zu rechnen. Hier kann eine ähnliche Entwicklung wie bei dem Lieferantenwechsel angenommen werden. Darüber hinaus erfolgten mehrerer Grundsatzurteile des Bundesgerichtshofes zu sogenannten „Preisgleitklauseln“. Der BGH hat darin die Leitbildfunktion der Gasgrundversorgungsverordnung (GasGVV) im Grundsatz anerkannt. Die Richter halten die auf Grundlage dieser Verordnung ausgestalteten Klauseln in Gaslieferverträgen für wirksam. Die EWW verwendete zu diesem Zeitpunkt bereits diese Klausel in ihren Verträgen.

Des Weiteren bestehen Rechtsstreitigkeiten aus dem Verkauf von Netzteilen.

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

Prognosebericht und Chancen

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Die Entwicklung auf dem Strommarkt zeigt weitere Tendenzen zur Preissteigerung. Zahlreiche Versorger haben bereits angekündigt, die Strompreise zum 01.01.2011 zu erhöhen. Als Preistreiber wird hier die Umstellung aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gesehen, da die festgelegte Umlage für 2011 mit 3,53 ct/kWh deutlich über dem von der Branche erwarteten Wert liegt.

Die EWW wird die Strompreise trotz gestiegener EEG-Aufwendungen in wesentlichen Segmenten der Privatkunden zum 01.01.2011 konstant halten. Eine Erhöhung wird, nach dann mehr als zwei Jahren Preiskonstanz, unvermeidlich sein. Durch die allgemeine Marktaufstörung wird mit einer weiteren Zunahme der Wechselbereitschaft bei den Kunden gerechnet, so dass die EWW auf Produkte mit verstärktem, kundenbindenden Charakter sowie auf gezielte Reakquisition setzt. Hierzu werden auch in 2011 attraktive Festpreisprodukte angeboten. Darüber hinaus wird die EWW ein günstiges Strompreisprodukt auf hohem ökologischem Niveau für eine breite Masse an Kunden ermöglichen. Hierdurch kommt die EWW auch ihrer im Leitbild verankerten ökologischen Verantwortung nach.

Die Preisentwicklung auf dem Gasmarkt ist primär determiniert durch die Entwicklung des Ölpreises, zunehmend jedoch auch durch die Preistrends an alternativen- nicht Ölpreis gebundenen- Gas-Handelsplätzen.

Zum 01.01.2011 sind teilweise deutlich unterschiedliche Preisentwicklungen zu beobachten. Während einige Anbieter von Preiskonstanz sprechen, beginnen andere Anbieter bereits mit der Erhöhung der Preise. Vermutlich ist dies mit unterschiedlichen Beschaffungsstrategien bzw. -märkten (Ölpreis-gebunden vs. Gas-Handelsplätzen) zu begründen. Im ersten Quartal wird EWW die Gaspreise konstant halten.

Auch im Gasbereich ist aufgrund der zunehmenden Anzahl von Marktteilnehmern weiterhin mit deutlich steigenden Wechselraten zu rechnen. Auch hier verfolgt die EWW die Strategie der Kundenbindung durch ein attraktives Produkt-Portfolio.

Zur weiteren Kundenbindung hat die EWV erstmals in 2010 das Internet erfolgreich als zusätzlichen Vertriebskanal erschlossen, um dem primär im Internet erfolgenden Preiswettbewerb entgegen zu treten.

Strategische Entwicklung der EWV

Aufbau neuer Geschäftsfelder

Im November 2010 hat die Green GECCO GmbH & Co. KG ihr erstes Projekt zur Übernahme abgeschlossen. Ein 20 Megawatt- Onshore-Windpark in Schottland wurde in Betrieb genommen und speist Strom ins Netz ein. Der Park umfasst insgesamt 23 Windturbinen der 800 und 900 Kilowattklasse und steht an der schottischen Westküste, an einem der besten Windstandorte in Europa.

Das Projekt Green GECCO wird im nächsten Jahr den Erwerb einer Biogasanlage „Güterglück“ in Sachsen-Anhalt vorantreiben. Die Biogasanlage speist jedes Jahr ca. 50 GWh Biogas in das Gasnetz ein. Für die Produktion des regenerativen Brennstoffes Biogas wird in erheblichem Umfang auf Gülle sowie Mais- und Grassilage zurückgegriffen. Darüber hinaus sind noch 2 weitere Projekte für 2011 geplant.

Als regionaler Energieversorger unterstützt die EWV aktiv eine nachhaltige, umweltfreundliche Energieversorgung in der Region. Die EWV will deshalb gemeinsam mit ihren kommunalen Partnern in der Region eine Gesellschaft für Erneuerbare Energien gründen. Bestehende Standorte in der Region sollen gefördert, neue Standorte für „grüne“ Projekte identifiziert und erschlossen werden.

Im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung wird ein für die EWV innovatives Projekt weiter verfolgt. Durch die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft mit WEP Wärme-, Energie- und Prozesstechnik GmbH und der Stadt Baesweiler im Jahr 2011 soll eine Erzeugung von Energie vor Ort in Kraft-Wärme-Kopplung unter Zuführung von regenerativem Strom realisiert werden.

Insgesamt sieht die EWV Chancen im Bereich des Ausbaus von regenerativen Energien.

Kooperationen

Die Überlegungen zu den Kooperationsmöglichkeiten in der Städteregion Aachen konzentrieren sich zwischen den Stadtwerken Aachen AG und der EWV auf Synergien im technischen Netzbetrieb.

Effizienzsteigerung in bestehenden Geschäftsfeldern

Das in 2009 begonnene Projekt STP (Strategisches Technik Projekt) konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Wesentliche Ergebnisse waren die Einführung einer kennzahlengesteuerten Personaleinsatzplanung im Netzbetrieb sowie die IT-gestützte Optimierung des Planungsprozesses. Im Kontext von STP wurden auch Maßnahmen zur Optimierung der Aufbauorganisation vorgenommen. Zentrale Aufgaben der neuen Abteilung Planung sind u.a. die Organisation eines zentralen Auftragsmanagements zur Unterstützung der Personaleinsatzplanung in den operativen Einheiten sowie alle Aufgaben rund um die operative Planung von Anlagen und Netzen der Medien Gas, Wasser und Strom. Ferner wurde ein Sachgebiet, welches direkt an den Hauptabteilungsleiter Technik berichtet, zur Umsetzung von kundenindividuellen Projekten eingerichtet. Es soll eine stärkere Konzentration auf die Belange unserer Großkunden und eine qualitativ hochwertige Umsetzung erreicht werden.

Der Produktentwicklungsprozess im Vertrieb ist einer kritischen Prüfung unterzogen worden. Durch eine höhere Standardisierung und eine verbesserte Transparenz über den jeweiligen Entwicklungsstand sollen neue oder überarbeitete Produkte ab 2011 mit einem noch stärkeren Fokus auf die Bedürfnisse einzelner Kundengruppen eingeführt werden können.

Ausblick

In 2011 muss nach Vorgaben der Bundesnetzagentur die Umsetzung der Festlegung MaBiS (Marktregeln für die Durchführung der Bilanzkreisabrechnung Strom) sowie der Festlegung zu WiM (Wechselprozess im Messwesen) erfolgen. Die Vorbereitung der Umstellung der Prozesse für MaBiS zum 01.04.2011 und für WiM zum 01.10.2011 sind bei der EWV bereits angestoßen.

Die Absatzentwicklung im Strom- und Gassegment wird, bereinigt um Temperatureffekte, in 2011 und 2012 aufgrund zunehmendem Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden tendenziell rückläufig sein.

Durch weitere Optimierung der Kostenstruktur wird es voraussichtlich gelingen, das Geschäftsergebnis in den nächsten beiden Geschäftsjahren auf konstantem Niveau der letzten Jahre zu halten.

Öffentliche Zweckerfüllung

Aufgabe der EWV ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüberhinaus trägt die EWV Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWV hat sich im Geschäftsjahr 2010 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

Beteiligungen des Unternehmens

EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- 1) regionetz GmbH
- 2) Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH, Eschweiler
- 3) GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG, Troisdorf
- 4) Propan Rheingas GmbH & Co. KG, Brühl
- 5) Wärmeversorgung Würselen GmbH, Würselen
- 6) SE Sauber Energie & Co KG, Köln, vormals rhenag Erdgashandel GmbH & Co. KG, Köln
- 7) Propan Rheingas GmbH, Köln

Die EWV engagiert sich immer stärker im Bereich der regenerativen Energie-Erzeugung. Sie stellt sich in diesem Bereich insbesondere auch als Partner für Gemeinden und Städte zur Verfügung. Die einzelnen Projekt-Partnerschaften werden über gemeinsame Unternehmen in der Form von Gesellschaften mit beschränkter Haftung realisiert.

Eine weitere Darstellung dieser Beteiligungen entfällt, da die Beteiligung an der EWV selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.



Kreis Düren
VermögensVerwaltungsGesellschaft mbH

bis 31.12.2010

Gesellschaft für Wirtschafts- und Strukturförderung im Kreis Düren mbH (GWS)

Marienstr. 15
 52351 Düren
 Telefon: 02421/4885-0
 Telefax: 02421/4885-133
 E-Mail: info@gws-dueren.de
 Homepage: www.gws-dueren.de

ab 01.01.2011 Umfirmierung:

Kreis Düren
VermögensVerwaltungsGesellschaft mbH

Bismarckstr. 16
 52351 Düren
 Telefon: 02421/22 - 2353
 Telefax: 02421/22 - 2010
 E-Mail: p.kaptain@kreis-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung der Wirtschafts- und Infrastruktur im Kreis Düren und in seinen kreisangehörigen Städten und Gemeinden mit dem Ziel, die Wirtschaftskraft nachhaltig zu steigern und die Wirtschafts- und Sozialsituation im Kreis unter Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen zu verbessern. Die Erreichung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft hat Vorrang vor der Gewinnerzielung. Zu den Aufgaben gehören insbesondere Basisdienstleistungen wie

- Allgemeine Beratung zu öffentlichen Förderprogrammen und Finanzierungshilfen einschließlich EU-Beratung,
- Gründerberatung und -begleitung,
- Unterstützung bei Neuansiedelungen und Verlagerungen von Betrieben
- Beratung und Unterstützung bei Standortmarketing und -entwicklung,
- Beratung und Unterstützung bei Standortssicherungsmaßnahmen,
- Vertretung kommunaler Interessen auf regionaler und überregionaler Ebene,
- Beratung und Unterstützung bei touristischer Fragestellungen und Projekten,
- Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen zur Wirtschaftsförderung,
- unmittelbare Beratung von Einzelunternehmen (Bestandsentwicklung) nach Rücksprache mit der betroffenen Kommune,
- Wissenschaftstransfer zwischen den Hochschulen, Kommunen und Unternehmen,
- Stadtmarketing und Citymanagement,
- Förderung der Zusammenarbeit unter den Kommunen in den angesprochenen Aufgabefeldern.

Gegenstand des Unternehmens nach dem Stande vom 01.01.2011:

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung, Betreuung und Vermarktung des bestehenden Infrastrukturvermögens der Gesellschaft.
2. Die Gesellschaft wirtschaftet nach den Grundsätzen des § 109 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO). Die Erreichung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft hat Vorrang vor der Gewinnerzielung.
3. Die Gesellschaft darf alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck dienlich sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Hat sie nur einen Geschäftsführer, so vertritt dieser die Gesellschaft alleine. Bei mehreren Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit den Prokuristen vertreten. Bei Bestellung von mehreren Geschäftsführern kann einem oder mehreren von ihnen die Befugnis zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft erteilt werden, die Gesellschafterversammlung kann einen Geschäftsführer zum Vorsitzenden ernennen.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat; er besteht aus sieben Mitgliedern, die aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden sowie einen oder mehrere Stellvertreter des Vorsitzenden wählen. Dem Aufsichtsrat gehören folgende Mitglieder an:

Der Landrat des Kreises Düren,
ein Vertreter aus dem Kreistag des Kreises Düren,
ein Vertreter der Stadt Düren,
ein Vertreter der Stadt Jülich,
ein Vertreter der Sparkasse Düren,
zwei Bürgermeister aus den Städten Heimbach, Linnich, und Nideggen sowie den Gemeinden Aldenhoven, Hürtgenwald, Inden, Kreuzau, Langerwehe, Merzenich, Niederzier, Nörvenich, Titz und Vettweiß, die von den Bürgermeistern der vorgenannten Städte und Gemeinden durch Mehrheitsbeschluss bestimmt werden.

Ab den 01.01.2011 entfällt das Organ "Aufsichtsrat" (Änderung des Gesellschaftsvertrages).

Gesellschafterversammlung: Als Vertreter der Gesellschaft sollen der Gesellschafterversammlung der Landrat des Kreises Düren, die Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen sowie ein Vertreter der S-Beteiligungsgesellschaft Düren mbH an.

Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über:

1. Änderungen des Gesellschaftsvertrages,
2. die Auflösung der Gesellschaft,
3. die Feststellung des Jahresabschlusses innerhalb von acht Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres und die Verwendung des Ergebnisses,
4. die Bestellung des Abschlussprüfers,
5. Kapitalerhöhungen, Gesellschafterdarlehen und ggf. Nachschüsse,
6. den Wirtschaftsplan und Finanzplan,
7. die Beteiligung an Unternehmen (§ 107 Abs. 1 GO NRW)
8. Erwerb oder Veräußerung von Unternehmen oder Beteiligungen,

9. Abschluss oder Änderung von Unternehmensverträgen i.S. der §§ 291, 291 Abs. 1 AktG,
 10. Bestellung, Anstellung, Abberufung und Entlastung des/ der Geschäftsführer(s), sowie den Abschluss und die Änderung von Anstellungsverträgen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Müller, Michael bis 30.06.2009
 Rotheut, Heinrich ab 01.07.2009 bis 31.12.2010
 Kaptain, Peter ab 01.01.2011

Aufsichtsrat: Kreis Düren 2 Sitze 28,57 %
bis 31.12.2010
Ab dem 01.01.2011 entfällt die
Besetzung des Organs "Aufsichtsrats"
 S-Beteiligungsgesellschaft Düren 1 Sitz 14,29 %
 mbH
 Stadt Düren 1 Sitz 14,29 %
 Stadt Jülich 1 Sitz 14,29 %
 Stadt Heimbach insgesamt
 Stadt Linnich insgesamt
 Stadt Nideggen insgesamt
 Gemeinde Aldenhoven insgesamt
 Gemeinde Hürtgenwald insgesamt
 Gemeinde Inden 2 Sitze 28,57 %
 Gemeinde Kreuzau insgesamt
 Gemeinde Merzenich insgesamt
 Gemeinde Niederzier insgesamt
 Gemeinde Nörvenich insgesamt
 Gemeinde Titz insgesamt
 Gemeinde Vettweiß insgesamt

Gesellschafterversammlung:

Der Gesellschafterversammlung gehören als Vertreter der Gesellschafter der Landrat des Kreises Düren, die Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen sowie ein Vertreter der S- Beteiligungsgesellschaft Düren mbH an.

Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit nicht das Gesetz oder der Gesellschaftsvertrag eine andere Mehrheit vorschreibt. Jedes Mitglied hat entsprechend der Anteile des Gesellschafters Stimmrecht. Mehrere Vertreter des Kreises Düren und/oder einer Kommune und/oder der S-Beteiligungsgesellschaft Düren mbH können aus einem oder mehreren Geschäftsanteilen ihr Stimmrecht nur einheitlich ausüben. Abgestimmt wird nach Geschäftsanteilen. Je 100 EURO eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat: Spelthahn, Wolfgang Vorsitzender Kreis Düren Landrat
bis 31.12.2010
Ab dem 01.01.2011 entfällt die
Besetzung des Organs "Aufsichtsrats"
 Schavier, Karl Kreis Düren Kreistagsabgeordneter

Gesellschafter-
versammlung:

Spelthahn, Wolfgang

Kreis Düren Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52349 Düren	
gezeichnetes Kapital:	1.540.000,00 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	415.800,00 €	27,00%
S-Beteiligungsgesellschaft Düren mbH	315.700,00 €	20,50%
Stadt Düren	215.600,00 €	14,00%
Stadt Jülich	92.400,00 €	6,00%
Stadt Heimbach	38.500,00 €	2,50%
Stadt Linnich	38.500,00 €	2,50%
Stadt Nideggen	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Aldenhoven	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Hürtgenwald	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Inden	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Kreuzau	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Langerwehe	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Merzenich	38.500,00 €	2,50%
Kündigung der Gesellschaftsanteile mit Wirkung zum 01.07.2011		
Gemeinde Niederzier	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Nörvenich	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Titz	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Vettweiß	38.500,00 €	2,50%

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	404,00 €	36,00 €	36,00 €	0,00 €	0,00%
II. Sachanlagen	39.069.504,90 €	37.894.910,39 €	36.535.364,07 €	-1.359.546,32 €	-3,59%
III. Finanzanlagen	149.329,60 €	149.329,60 €	145.330,60 €	-3.999,00 €	-2,68%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	3.632.233,50 €	2.619.015,87 €	2.073.164,07 €	-545.851,80 €	-20,84%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	18.844.225,03 €	8.419.380,45 €	6.965.643,48 €	-1.453.736,97 €	-17,27%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.157.112,91 €	1.180.646,32 €	2.100.776,91 €	920.130,59 €	77,93%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	18.590,08 €	15.097,00 €	5.041,88 €	-10.055,12 €	-66,60%

D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00 €	2.442.080,35 €	3.205.550,71 €	763.470,36 €	31,26%
Summe Aktiva	62.871.400,02 €	52.720.495,98 €	51.030.907,72 €	-1.689.588,26 €	-3,20%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.540.000,00 €	1.540.000,00 €	1.540.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	0,00 €	0,00 €	150.000,00 €	150.000,00 €	-!
III. Verlust-/Gewinnvortrag	-1.381.105,54 €	-689.030,50 €	-3.982.080,35 €	-3.293.049,85 €	477,93%
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	692.075,04 €	-3.293.049,85 €	-913.470,36 €	2.379.579,49 €	-72,26%
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00 €	2.442.080,35 €	3.205.550,71 €	763.470,36 €	31,26%
B. Rückstellungen	517.275,27 €	1.814.911,37 €	1.332.808,12 €	-482.103,25 €	-26,56%
C. Verbindlichkeiten	61.497.155,55 €	50.900.251,28 €	49.693.432,64 €	-1.206.818,64 €	-2,37%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	5.999,70 €	5.333,33 €	4.666,96 €	-666,37 €	-12,49%
Summe Passiva	62.871.400,02 €	52.720.495,98 €	51.030.907,72 €	-1.689.588,26 €	-3,20%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	5.439.557,78 €	3.870.596,36 €	4.827.566,97 €	956.970,61 €	24,72%
2. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	-1.254.292,91 €	-1.013.217,63 €	-100.921,60 €	912.296,03 €	-90,04%
3. sonstige betriebliche Erträge	3.169.041,06 €	859.827,67 €	725.277,38 €	-134.550,29 €	-15,65%
4. Materialaufwand	1.242.090,96 €	121.006,48 €	1.924.007,80 €	1.803.001,32 €	1490,00%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	1.002.764,68 €	773.158,44 €	588.308,06 €	-184.850,38 €	-23,91%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	195.363,02 €	175.782,77 €	142.268,61 €	-33.514,16 €	-19,07%
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	1.327.220,27 €	1.212.976,38 €	1.354.560,39 €	141.584,01 €	11,67%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	807.082,88 €	2.040.212,71 €	957.861,09 €	-1.082.351,62 €	-53,05%
Betriebsergebnis	2.779.784,12 €	-605.930,38 €	484.916,80 €	1.090.847,18 €	-180,03%
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	11.970,00 €	17.100,00 €	13.300,00 €	-3.800,00 €	-22,22%
9. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	466.040,53 €	466.624,50 €	202.969,44 €	-263.655,06 €	-56,50%
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	3.999,00 €	3.999,00 €	-
11. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	2.564.379,36 €	3.169.153,64 €	1.573.995,96 €	-1.595.157,68 €	-50,33%

Finanzergebnis	-2.086.368,83 €	-2.685.429,14 €	-1.361.725,52 €	1.323.703,62 €	-49,29%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	693.415,29 €	-3.291.359,52 €	-876.808,72 €	2.414.550,80 €	-73,36%
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
13. sonstige Steuern	1.340,25 €	1.690,33 €	36.661,64 €	34.971,31 €	2068,90%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	692.075,04 €	-3.293.049,85 €	-913.470,36 €	2.379.579,49 €	-72,26%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	16	13	11

Verbindungen zum Kreishaushalt

Zur Gewährleistung der Erfüllung der der Gesellschaft nach der Satzung obliegenden Aufgaben leistet der Kreis Düren in 2010 einen Gesellschafterzuschuss i.H.v. insgesamt 395.000 €. Der Kreis Düren als Mieter des in Besitz der GWS stehenden Feuerschutztechnischen Zentrums in Kreuzau-Stockheim, des Verwaltungsgebäudes Haus C in Düren und der ARENA Kreis Düren in Düren hat in 2010 einen Betrag von insgesamt 1.702.545,22 € für Miete, Wartung und Nebenkosten an die GWS gezahlt. Hierin sind zwei Zahlungen in Höhe von 85.625,76 € auf ein Instandhaltungskonto enthalten.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Geschäfts- und Rahmenbedingungen Angaben zum Unternehmen

Die Gesellschaft für Wirtschafts- und Strukturförderung im Kreis Düren mbH (GWS) mit Hauptsitz in Düren hat im Jahr 2010 zum letzten Mal kostenlose Basisdienstleistungen für Unternehmen, Existenzgründer, Bürger und Kommunen im Aufgabenfeld der Wirtschaftsförderung erbracht. Zu diesen Aufgaben gehörten vor allem Beratungstätigkeiten zur nationalen und internationalen Förderkulisse, Unterstützung der Kommunen im Ansiedlungsprozess neuer Unternehmen sowie Festigungsmaßnahmen für Betriebe in Industrie, Handel, Handwerk, Gastronomie und Tourismus. Gleichzeitig unterstützte die GWS ihre kommunalen Gesellschafter und den Kreis Düren bei der Wahrnehmung von regionalen Strukturentwicklungs- und Planungsaufgaben. Für die vorgenannten Aufgaben erhielt die GWS einen Zuschuss des Kreises Düren.

In folgenden Geschäftsfeldern tritt die GWS als wettbewerbs- und strukturfördernder Dienstleister am Markt auf:

- Erschließungsmaßnahmen für Gewerbeflächen und Wohnbauland
- Übernahme von Planungsaufgaben der Kommunen
- Strukturgutachten zur kommunalen Entwicklung
- Datenbankdienstleistungen

Die bereits im Vorjahr im Gesellschafterkreis diskutierte Neustrukturierung der GWS wurde zum Jahreswechsel 2010/2011 umgesetzt. Die Gesellschaft hat umfirmiert in Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH und beschäftigt sich zukünftig ausschließlich mit der Verwaltung ihres umfangreichen Immobilienbesitzes. Dazu hat sie mit der Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) einen Dienstleistungsvertrag abgeschlossen, der auch die Betriebsführung und Vermarktung der ARENA Kreis Düren beinhaltet. Sämtlichen Mitarbeitern

wurde die Kündigung ausgesprochen, da die Wirtschaftsförderungsaktivitäten zukünftig rekommunalisiert werden. In einer gemeinsamen Stellungnahme hatten die Städte Düren und Jülich, die bisher ohnehin parallele Wirtschaftsförderungsaktivitäten in Eigenregie durchgeführt haben, die Aufgabenfelder der Wirtschaftsförderung neu definiert, die zukünftig von den städtischen Wirtschaftsförderungseinrichtungen erbracht werden sollen.

Die Kreiswirtschaftsförderung wird zukünftig Basisdienstleistungen wie Existenzgründungsberatung, Bildungsscheck und Bildungsprämie etc. für alle Kommunen, im Übrigen jedoch die Wirtschaftsförderungsaktivitäten vorwiegend für die kleineren Kommunen durchführen.

Allgemeine Rahmenbedingungen

Nach den Turbulenzen der Finanzkrise mit den stärksten Einbrüchen bei der Wirtschaftsleistung der Nachkriegszeit in den Jahren 2008 und 2009 befand sich die deutsche Wirtschaft in 2010 wieder auf einem starken Wachstumskurs. Deutschland hat dabei in 2010 die Funktion der Konjunkturlokomotive in Europa übernommen.

Auch wenn sich das Wirtschaftswachstum wegen des strengen Winterwetters zum Jahresende 2010 etwas verlangsamt hatte, wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 3,6%, nachdem die Wirtschaftsleistung im Jahre 2009 noch um 4,7 % abgestürzt war.

Hauptmotor des starken Wachstums war die boomende Auslandsnachfrage vor allem aus Fernost. Aufgrund seiner exportorientierten Produktionsstruktur hat Nordrhein-Westfalen dabei stärker vom Aufschwung profitiert als andere Bundesländer, deren Wirtschaft eher auf den Binnenmarkt konzentriert ist. Aufgrund der stabilen Arbeitsmarktlage hat jedoch auch der private Verbrauch zum Wachstum beigetragen. Insgesamt fanden rd. 400.000 Arbeitslose eine neue Beschäftigung.

Tätigkeitsschwerpunkte

Auf dem Sektor der Wirtschaftsförderung stellte sich die Anzahl der Bildungsscheckberatungen mit einem Rückgang im Vergleich zum Vorjahr dar. Die Erlöse aus der Beratungspauschale fielen auf 9 T€ nach 24 T€ in 2008 und 14 T€ in 2009. Dies liegt in den veränderten Anspruchsberechtigungen zum Bildungsscheck begründet. Die GWS ist seit dem 01.10.2009 auch Beratungsstelle für die Bildungsprämie. In Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur Düren wurden erstmalig 6 Qualifizierungsberatungen für Unternehmen in der Kurzarbeit angeboten.

Der Verlauf der Inanspruchnahme der Existenzgründungsabteilung zeigt sich anhand folgender Fallkontrolle:

	BPW-Antrag	Zirkelberatung	Potentialber.	Arbeitszeitber.	AA-Stellungh.	Job-Com	Microdarl.
2009	42	23	6	1	47	22	6
2010	28	29	6	1	55	27	8

Die Beratungen haben im Jahr 2010 insgesamt zwar zugenommen, wegen der überproportionalen Zunahme der vergütungsfreien Stellungnahmen für die Arbeitsagentur sind die vereinbarten Fallpauschalen von 5,4 T€ für 2009 auf 4,8 T€ in 2010 zurückgegangen.

Darüber hinaus ist die GWS als Projektträger eines „Zukunft durch Innovation-Zentrums (Zdi)“ für die Region Stadt Aachen, Kreis Aachen und Kreis Düren mit der Bezeichnung AntAlive eingebunden. Ziel dieser Zentren ist, die Motivation von Schülern der Oberstufe zur Aufnahme eines technischen Hochschulstudiums. Das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes NRW fördert hierbei die Geräteausstattung von Schulen mit interaktiven Konferenzsystemen. Anhand dieser Ausstattung soll der Wissenstransfer von Hochschulen, Fachhochschulen und Industrie in die Schulen ermöglicht werden. Die ersten Fördergelder zur Ausstattung von Schulen sind bereits geflossen. Die ersten Sponsoringzusa-

gen aus der Wirtschaft wurden erteilt. Das Projekt AntAlive wird zukünftig direkt vom Trägerverein betreut.

Die GWS war in 2010 weiterhin Koordinator des grenzüberschreitenden INTERREG IVa-Projektes NEEGAN. Das Ziel besteht darin, den Eifel-Ardennen-Raum zu einer herausragenden Naturerlebnisregion in Europa zu machen. Im eingereichten Projektantrag geht es primär darum, exklusive Naturerlebnisprodukte und Pauschalen zusammen zu stellen und zu vermarkten. Die intensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Tourismus wird die bestehenden Defizite in diesem Bereich beheben. Die im Vorfeld eingeholte Potentialanalyse von IFT-Consulting Köln attestiert dem Projekt gute Erfolgchancen.

Im Baugebiet Titz B 18 konnten in 2010 zwei Grundstücke (2009: drei) veräußert werden. Allerdings musste ein Grundstück aus dem Vorjahr wieder rückabgewickelt werden, so dass der Restbestand an zu verkaufenden Grundstücken nun bei zehn Grundstücken liegt.

Im Rahmen der treuhänderischen Erschließungsmaßnahmen im Baugebiet Vettweiß-Jakobwüllesheim wurden die Erschließungsleistungen in 2008 abgeschlossen. Von den eingebrachten neun Grundstücken konnte in 2009 nur ein Grundstück veräußert werden. In 2010 konnte kein Grundstück verkauft werden.

Im Rahmen des ersten Bauabschnitts der Maßnahme Vossenack-Germeter wurden die Erschließungsarbeiten im Jahr 2008 fertiggestellt. Für diese Maßnahme konnten im Jahr 2010 zwei Grundstücke veräußert werden.

Die Erschließungsmaßnahme Baugebiet Vettweiß Waldweg/Tannenweg hat regen Zuspruch gefunden. In 2010 konnten von dem ersten Bauabschnitt von 15 Grundstücken bereits 11 veräußert werden. Aus dem zweiten Bauabschnitt mit 18 Grundstücken, der im Frühjahr 2011 erschlossen wird, wurden bereits vier Kaufverträge abgeschlossen.

Die von GWS im November 2009 nach intensiven Verhandlungen unterzeichneten Verträge zur Umfinanzierung des GWS-Immobilien-Darlehens in Höhe von jetzt noch rund 44 Millionen Euro mit der Deutschen Kreditbank AG in Berlin mit Umwandlung in ein Tilgungsdarlehen brachten der Gesellschaft eine erhebliche Zinsentlastung und damit eine deutliche Liquiditätsverbesserung. Die bestehenden Darlehensbedingungen für den ursprünglichen Kredit von 48,5 Millionen Euro waren bis Ende Juli 2010 festgeschrieben und belasteten wegen der vergleichsweise hohen Zinsen die Ergebnisse und Liquidität der GWS. Durch die einmalig anfallende Vorfälligkeitsentschädigung wurde zwar das Ergebnis des Jahres 2009 negativ beeinflusst, dafür herrscht nun bis Mitte Mai 2013 Planungssicherheit. Die vereinbarten Zinsen und laufenden Tilgungen können vollständig aus den Mieteinnahmen der GWS-Immobilien (Arena Kreis Düren, AOK, Kreispolizeigebäude Düren, Kreisverwaltung Haus C, Feuerschutztechnisches Zentrum in Stockheim) gedeckt werden.

Die Vermietungsleistungen laufen planmäßig. Im Bereich der DKB- finanzierten Großimmobilien stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gesamtmiets 2010	2.279.217,57 €	
abzüglich 10% Instandhaltung	227.921,76 €	
Restbetrag	2.051.295,81 €	
Zinsen DKB	1.427.212,56 €	
Überdeckung 2010	624.083,25 €	

Das zum Jahresende 2009 aufgelöste Mietverhältnis mit dem Mieter JCS gegen Erhalt einer einmaligen Zahlung von 300 T€ konnte in 2010 noch nicht neu vermietet werden. Durch pro-rata-temporis-Verbrauch der in 2009 für Leerstandsrisiken rückgestellten Einmalzahlung wurde

das Ergebnis 2010 dadurch jedoch nicht belastet. Die Mieteinnahmen der weiteren Immobilien verlaufen planmäßig.

Mit Notarvertrag vom 25. Juni 2009 wurden die Grundstücke Bismarckstraße/Marienstraße zu einem Kaufpreis in Höhe von 2.215.500,00 € veräußert. Ein Teil des Kaufpreises in Höhe von 1.647.000,00 € ist im April 2010 vereinnahmt worden.

Aufgrund von Personalüberleitungsverträgen wurden von den gekündigten elf Mitarbeitern mit Wirkung 1.01.2011 jeweils drei vom Kreis Düren sowie von der Stadt Düren übernommen. Drei weitere Mitarbeiterinnen wurden beim Kreis bzw. bei Kreisgesellschaften weiterbeschäftigt. Eine studentische Aushilfskraft sowie eine Mitarbeiterin sind ausgeschieden.

Der Mitarbeiter der GWS-Bauleitplanung war im Jahr 2010 größtenteils mit GIS-Projekten beschäftigt; dabei wurden das Projekt Errichtung des Aussichtsturms „Großer Indemann“ federführend, die Projekte Errichtung der Jugendherberge Nideggen und des Schwimmbadzentrums Jülich subsidiär begleitet. Der Managementvertrag mit der GIS wurde in Teilbereichen zum 31.12.2009 seitens der GIS gekündigt, jedoch wurden auch in 2010 Vergütungen aus den Tätigkeiten der GWS Mitarbeiter für die Projekte der GIS erzielt.

Durch die vorrangige Bearbeitung von GIS-Projekten konnten Planungsaufträge externer Auftraggeber nur in geringem Maße akquiriert und bearbeitet werden. Planungsleistungen wurden vorrangig im Sinne der Vorbereitung bzw. Begünstigung der eigenen Erschließungsmaßnahmen (Bebauungsplan Vettweiß Ve 11 Waldweg / Tannenweg erbracht.

Durch die Übernahme des kompletten Rechnungswesens für die Südkom ab Januar 2009 wurde zusätzlich zu den Einnahmen aus der Managementvereinbarung Honorar in Höhe von 800 €/ Monat generiert. Diese Dienstleistung wird ab 01.01.2011 von der GIS erbracht.

Das seit Jahresmitte bei GWS aufgebaute neue Geschäftsfeld Biogasanlagen wird wegen der Rekommunalisierung der Wirtschaftsförderungsaktivitäten in Zukunft außerhalb der GWS aufgebaut. Das Pilotprojekt Biogasanlage Kleinhau befindet sich derzeit in der Bauantrags- und - genehmigungsphase.

Darstellung der Lage (§ 289 Abs. 1 HGB)

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Mio € auf 51,0 Mio € vermindert. Dies resultiert aus dem Verkauf des Grundstückes Bismarckstrasse, den planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen, dem Verkauf erschlossener Grundstücke und dem Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, während der Zugang des Grundstückes Rather Strasse in Nideggen und die Erhöhung des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages auf nun 3,2 Mio € einem weiteren Rückgang entgegenwirkten.

Die langfristig gebundenen Vermögenswerte sind durch entsprechend langfristig zur Verfügung stehende Mittel gedeckt.

Die Immobilieninvestitionen wurden fristgerecht durch langfristiges Fremdkapital finanziert. Die Zahlungsbereitschaft war nach der Finanzplanung für 2010 gewährleistet. Nach derzeitiger Finanzplanung ist auch für 2011 bis 2013 von einer Zahlungsbereitschaft des Unternehmens auszugehen. Der Immobilienbesitz soll bis 2013 komplett veräußert werden.

Ertragslage

Die im Vorjahr für im Hinblick auf die geplante Restrukturierung der Gesellschaft gebildeten umfangreichen Rückstellungen für erkennbare und zu erwartende Risiken in Höhe von 2,2 Mio € einerseits und der nach der Umfinanzierung der DKB-Darlehen deutlich geminderte Zinsaufwand sowie der Wegfall der nicht kostendeckend zu betreibenden Wirtschaftsförderungsaktivi-

täten mindern zukünftig das Ergebnisrisiko, auch wenn dieses wegen der noch hohen planmäßigen Abschreibungen auf die Immobilien nicht ganz beseitigt werden können. Liquiditätsmäßig werden sich jedoch in den Folgejahren Überschüsse ergeben.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Geschäftsführung hat aufgrund des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) ein Risikomanagement eingerichtet. In verschiedenen Beobachtungsbereichen und Beobachtungsfeldern werden Risikoindikatoren ermittelt, die Frühwarninformationen liefern können. Die Geschäftsführung hat den Aufsichtsrat regelmäßig über die Entwicklungen unterrichtet. Eine Kennziffernübersicht wurde erstellt, die auszugsweise nachstehend veröffentlicht wird :

Jahresabschlusszahlen		2010
Bilanzsumme	T €	51.031
Sachanlagevermögen	T €	38.680
Eigenkapital	T €	-3.206
Eigenkapitalquote	%	-6,3
Umsatzerlöse	T €	4.828
Jahresfehlbetrag	T €	913
Cash-flow operativ	T €	442
Kennzahlen zur Rentabilität		
Gesamtkapitalrentabilität	%	-1,8
Gewinn- und Verlustrechnung		
Gesamtleistung	T €	4.727
Rohergebnis	T €	2.803
Betriebsergebnis	T €	449
Finanzergebnis	T €	-1.362
Neutrales Ergebnis	T €	0

Voraussichtliche Entwicklung

Im Jahr 2008 wurde das Wirtschaftsprüfungsunternehmen VBR beauftragt, ein Wirtschaftsprüfungsgutachten der GWS für die Jahre 2008–2012 zu erstellen. Grundlage hierfür stellte die vom Unternehmen erarbeitete Planung 2008–2012 dar, die im Rahmen der Prüfung bis auf einige Korrekturen verifiziert wurde. Die Prüfungsschwerpunkte waren insbesondere der Aspekt des finanziellen Gleichgewichts des Unternehmens sowie die Erarbeitung möglicher Handlungsalternativen.

Nach dem positiven Verlauf des WJ 2008 mit dem erzielten Jahresüberschuss von 692 T€ wurde bereits für das Jahr 2009 ein negatives Ergebnis prognostiziert. Das Wirtschaftsprüfungsgutachten wurde zum Jahresende 2009 für den Immobilienbereich fortgeschrieben und angepasst.

Aus der kurzfristigen Finanzplanung und dem Wirtschaftsplan geht hervor, dass bis Ende 2013 unter Einbeziehung der liquiden Mittel aus den Instandhaltungsrücklagen kein Liquiditätsengpass entsteht.

Nach Begutachtung liegt im Planungszeitraum keine akute Bestandsgefährdung der GWS vor und laut Gutachten ist davon auszugehen, dass Liquiditätsengpässe bis 2013 nicht erkennbar sind.

Nach dem Wunsch der Städte Düren und Jülich, einen wesentlichen Teil der Wirtschaftsförderung in Eigenregie zu übernehmen haben, haben die Gesellschafter nach zwei Klausurtagungen beschlossen, die Wirtschaftsförderungsaktivitäten in der GWS einzustellen und zum 01.01.2011 zu rekommunalisieren. Die Wirtschaftsförderungsaktivitäten für die kleinen Gemeinden sollen dabei vom Kreis Düren durchgeführt werden. GWS soll sich ab diesem Zeitpunkt nur noch mit der Verwaltung und Betreuung der Bestandsimmobilien befassen, die durch Dritte ausgeführt werden. Sämtlichen Mitarbeitern wurde per 31.12.2010 gekündigt, so dass nur noch nachlaufende Kosten aus dem Wirtschaftsförderungsbereich entstehen können.

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

In der Mittelfristplanung des Unternehmens wird unterstellt, dass sich die von den Gesellschaftern beschlossene Veräußerung des Immobilienbestandes bis 2013 realisieren lässt. Durch Optimierungsmaßnahmen wird angestrebt, dass das noch negative Ergebnis des Immobilienbestandes weiter reduziert wird.

Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Mit Notarvertrag vom 25. Juni 2009 wurden die Grundstücke Bismarckstraße/Marienstraße zu einem Kaufpreis in Höhe von 2.215.500,00 € veräußert. Ein Teil des Kaufpreises in Höhe von 1.647.000,00 € ist im April 2010 vereinnahmt worden.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft für Wirtschaft und Strukturförderung im Kreis Düren GmbH ist an der Entwicklungsgesellschaft Nideggen mbH i.L. beteiligt (siehe Seite 361).



GEMEINNÜTZIGE
WOHNUNGSBAUGENOSSENSCHAFT
FÜR STADT UND KREIS DÜREN e.G.

gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren e.G.

Grüngürtel 31
52351 Düren
Telefon: 02421/3909-0
Telefax: 02421/390970
E-Mail: info@wohnungsbaugenossenschaft-dn.de
Homepage: www.wohnungsbaugenossenschaft-dn.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung. Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig.

Mitglieder können natürliche Personen, Personenhandelsgesellschaften sowie juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Vorstand:

Der Vorstand besteht mindestens aus 5 Personen. Sie müssen Mitglieder der Genossenschaft sein. Der Vorstand leitet die Genossenschaft unter eigener Verantwortung. Die Genossenschaft wird vertreten durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem anderen Vorstandsmitglied oder in Gemeinschaft mit einem Prokuristen. Der Vorstand ist insbesondere verpflichtet,

1. die Geschäfte entsprechend genossenschaftlicher Zielsetzung zu führen,
2. die für einen ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb notwendigen personellen, sachlichen und organisatorischen Maßnahmen rechtzeitig zu planen und durchzuführen,
3. für ein ordnungsgemäßes Rechnungswesen gemäß §§ 37 ff, der Satzung der Genossenschaft zu sorgen,
4. über die Zulassung es Mitgliedschaftserwerbs und über die Beteiligung mit weiteren Geschäftsanteilen zu entscheiden,
5. die Mitgliederliste nach Maßgabe des Genossenschaftsgesetzes zu führen und
6. im Prüfbericht festgehaltene Mängel abzustellen und dem Prüfungsverband darüber zu berichten.

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat zu berichten über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung (insbesondere die Finanz-, Investitions- und Personalplanung).

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	24.012.229,74 €	23.521.928,20 €	24.003.384,79 €	481.456,59 €	2,05%
II. Finanzanlagen	2.556,46 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	1.413.627,41 €	1.379.655,58 €	1.483.289,57 €	103.633,99 €	7,51%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	121.255,94 €	138.385,68 €	78.424,95 €	-59.960,73 €	-43,33%
III. Kassenbestand	4.938.605,40 €	5.957.727,30 €	7.132.956,71 €	1.175.229,41 €	19,73%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	383,00 €	55,00 €	0,00 €	-55,00 €	-100,00%
Summe Aktiva	30.488.657,95 €	30.997.751,76 €	32.698.056,02 €	1.700.304,26 €	5,49%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Geschäftsguthaben der mit Ablauf des Geschäftsjahres ausgeschiedenen Mitglieder	21.320,00 €	27.880,00 €	21.320,00 €	-6.560,00 €	-23,53%
II. Der verbleibenden Mitglieder	645.054,18 €	640.396,37 €	633.960,77 €	-6.435,60 €	-1,00%
III. Aus gekündigten Geschäfts- anteilen	0,00 €	410,00 €	0,00 €	-410,00 €	-100,00%
IV. Ergebnisrücklagen	15.522.430,08 €	16.535.139,64 €	17.343.404,12 €	808.264,48 €	4,89%
V. Bilanzgewinn	26.054,04 €	25.785,77 €	25.697,86 €	-87,91 €	-0,34%
B. Rückstellungen	27.939,53 €	21.170,00 €	21.150,00 €	-20,00 €	-0,09%
C. Verbindlichkeiten	14.245.860,12 €	13.746.969,98 €	14.652.553,27 €	905.583,29 €	6,59%
Summe Passiva	30.488.657,95 €	30.997.751,76 €	32.698.086,02 €	1.700.334,26 €	5,49%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	5.131.613,04 €	5.128.984,84 €	5.084.693,76 €	-44.291,08 €	-0,86%
2. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	42.909,59 €	-33.971,83 €	103.633,99 €	137.605,82 €	-405,06%
3. sonstige betriebliche Erträge	56.423,69 €	42.937,43 €	46.734,12 €	3.796,69 €	8,84%
4. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	3.413.521,12 €	2.490.848,43 €	2.701.149,03 €	210.300,60 €	8,44%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	68.506,86 €	57.808,41 €	58.543,28 €	734,87 €	1,27%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.601,32 €	3.015,82 €	3.072,36 €	56,54 €	1,87%
6. Abschreibungen auf Sachanlagen	667.313,47 €	680.700,97 €	723.084,16 €	42.383,19 €	6,23%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	153.593,70 €	744.178,30 €	777.039,08 €	32.860,78 €	4,42%
Betriebsergebnis	925.409,85 €	1.161.398,51 €	972.173,96 €	-189.224,55 €	-16,29%
8. Erträge aus Beteiligungen	270,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

9. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	203.277,04 €	122.428,61 €	110.472,31 €	-11.956,30 €	-9,77%
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	2.556,46 €	0,00 €	-2.556,46 €	-100,00%
10. Zinsen u. ähnlich Aufwendungen	271.609,72 €	240.323,86 €	243.788,08 €	3.464,22 €	1,44%
Finanzergebnis	-68.062,68 €	-120.451,71 €	-133.315,77 €	-12.864,06 €	10,68%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	857.347,17 €	1.040.946,80 €	838.858,19 €	-202.088,61 €	-19,41%
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.044,46 €	-247,24 €	1.507,59 €	1.754,83 €	-709,77%
12. sonstige Steuern	2.698,67 €	2.698,71 €	3.388,26 €	689,55 €	25,55%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	851.604,04 €	1.038.495,33 €	833.962,34 €	-204.532,99 €	-19,70%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0
Geschäftsbesorgung durch die Gemeinnützige Dürener Bauverein AG			

Verbindungen zum Kreishaushalt

In 2010 erhielt der Kreis Düren eine Dividende in Höhe von 82,00 €.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Geschäftsergebnisses

Angaben zum Unternehmen

Das im Jahre 1913 als Genossenschaft gegründete Unternehmen hat seinen Sitz in Düren.

Die Geschäftsräume befinden sich in Düren, Grüngürtel 31.

Die Genossenschaft ist eine steuerbefreite Vermietungsgenossenschaft mit partieller Besteuerung einzelner Geschäfte.

Das Unternehmen beschäftigt kein eigenes Personal. Die Geschäfte werden durch das Personal der Gemeinnütziger Dürener Bauverein AG, Düren, besorgt.

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2010 war durch folgende wesentliche gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen gekennzeichnet:

Gesamtwirtschaftliche Lage und voraussichtliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Sie ist auf gutem Weg, den krisenbedingten Produktionseinbruch wettzumachen. Die Expansion wird nicht mehr allein von einem Anstieg der Exporte getrieben. Vielmehr ist auch die Binnenkonjunktur angesprungen, sowohl die privaten Konsumausgaben als auch die Unternehmensinvestitionen legten spürbar zu. Die Prognosen gehen davon aus, dass sich die konjunkturelle Erholung im Jahr 2011 zwar fortsetzt, das Tempo allerdings spürbar geringer sein wird. Das Expansionstempo wird maßgeblich von der Inlandsnachfrage bestimmt werden. Beim privaten Konsum bahnt sich hingegen eine Wen-

de an; erstmals seit mehreren Jahren ist mit einem spürbaren Anstieg zu rechnen. Für die Prognosen bestehen beträchtliche Risiken. So ist die Wahrscheinlichkeit keineswegs gering, dass die USA erneut in eine Rezession geraten. Zudem könnte es in China als Folge von Übersteigerungen an dortigen Immobilienmärkten zu einer massiven Korrektur kommen, jeweils mit negativen Auswirkungen auch auf die deutsche Konjunktur.

Arbeitsmarkt

Nach dem Rückgang der Arbeitslosigkeit bis Ende 2010 rechnen die Prognosen für 2011 im Jahresdurchschnitt mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl unter 3 Mio. – erstmals seit 1992.

So waren im Dezember 2010 3.016.000 Arbeitslose (- 260.000 gegenüber Dezember 2009) zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquote betrug im Dezember 2010 7,2 % (Dezember 2009 7,8 %). Im Jahresdurchschnitt 2010 gab es 40.918.000 Erwerbstätige, was einer Steigerung von 1,1% gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Kapitalmarkt

Im Laufe des Jahres 2010 waren zum Teil erhebliche Senkungen des Zinsniveaus zu verzeichnen. So verminderten sich z. B. die von der deutschen Bundesbank veröffentlichten Effektivzinssätze für Kredite an nicht finanzielle Kapitalgesellschaften unter 1 Mio. Euro mit einer Laufzeit über

5 Jahre zwischen November 2009 und November 2010 von 4,22 % auf 3,66 %. Für Kredite über

1 Mio. Euro mit gleicher Laufzeit war eine Minderung von 4,20 % auf 3,44 % zu verzeichnen. Tendenziell nahm das Volumen der an nichtfinanzielle Unternehmen ausgegebenen Kredite zwischen November 2009 und November 2010 zu.

Immobilienmarkt

Die Immobilienaktien konnten sich gegenüber 2009 weiter erholen. Der DIMAX stieg bis Jahresende 2010 um rd. 19 % gegenüber dem Endstand 2009. Von Januar bis November 2010 wurde in Deutschland der Bau von 171.422 Wohnungen (einschließlich Bestandsmaßnahmen) genehmigt. Das waren 7,15 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Von den im Zeitraum von Januar bis November 2010 genehmigten Wohnungen waren 153.239 Neubauwohnungen. Das waren 8,01 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Ausweislich der GdW-Jahresstatistik betrugen die Nettokaltmieten im Bundesdurchschnitt im Berichtsjahr 2009 4,75 (+2,8%) Euro/m², in den alten Bundesländern 4,91 (+3,9%) Euro/m² und in den neuen Bundesländern 4,50 (+1,2%) Euro/m².

Vor diesen wirtschaftlichen Hintergründen ist der Geschäftsverlauf für unsere Unternehmen im Bereich des Geschäftsfeldes Wohnungsverwaltung als zufriedenstellend zu kennzeichnen. Die Erlösschmälerung durch Leerstand sind von 5,4 % auf 6,2 % gestiegen. Die Ursachen der Steigerung liegen im Wesentlichen im Leerstand der Wohnungen im Um- und Ausbaubjekt Blumenthalstraße 26-28 und in den für 2011 geplanten weiteren Modernisierungsobjekten in der Blumenthalstraße. Die Fluktuationsrate ist mit 8,8 % gegenüber dem Vorjahr (8,6 %) leicht gestiegen.

Wohnungsmarkt in Düren

Auf der Homepage der Stadt Düren unter der Rubrik "Zahlen der Stadt Düren" – Herausgeber: Stadt Düren – werden die allgemeine Situation und die wichtigen Trends zusammengefasst.

Düren hatte Ende 2010 92.243 (Vorjahr: 90.288) Einwohner. Die Entwicklung von 2000 bis 2004 war steigend, in 2005 fast unverändert, 2006 ist die Einwohnerzahl erstmals wieder gesunken, wohingegen sie 2007 wieder leicht steigend war. In 2008 ist die Gesamteinwohnerzahl gegenüber dem Vorjahr dann wieder leicht gesunken. In 2009 stieg sie leicht an, wohingegen sie 2010 wieder leicht gesunken ist.

Der Ausländeranteil beträgt 11.072 Einwohner, das sind 12,3 %

Am 31.12.2009 liegt der Gesamtwohnungsbestand bei 41.935 Wohnungen. Bei Erstellung des Berichtes lagen die Zahlen 2010 noch nicht vor.

Die Charakterisierung des Wohnungsmarktes als Mietermarkt hat Bestand. Die Angebots- und Nachfragesituation in unserer Region war auch im abgelaufenen Geschäftsjahr durch einen Angebotsüberhang gekennzeichnet.

Die Entwicklung der Mietpreise in der Stadt Düren fiel mit einer geringen Steigerungsquote recht moderat aus. Hinzu kamen jedoch wieder erhebliche Steigerungen der Betriebskosten, insbesondere der Grundsteuer und der seit vielen Jahren erstmals erheblichen, witterungsbedingten, Kosten für den Winterdienst, die das Wohnen in Düren weiter verteuerten.

Geschäftsentwicklung

Das Unternehmen erwirtschaftete im Geschäftsjahr einen Überschuss von 834 T€, der oberhalb des im Wirtschaftsplan vorgesehenen Ergebnisses lag. Zur Wahrung des bisherigen Wohnungsstandards wurden Mittel für Instandhaltung und Modernisierung aufgewandt, die zu einer durchweg guten Vermietbarkeit des Wohnungsbestandes führen. Für das Geschäftsjahr 2011 wird mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

Geschäftsergebnis

Im Geschäftsjahr 2010 wurde ein Jahresüberschuss von 834 T€ (Vorjahr: 1.038 T€) erwirtschaftet.

Es ist beabsichtigt, Gewinnanteile in Höhe von 4 % auf Geschäftsguthaben auszuschütten. Satzungsgemäß wurde ein Betrag in Höhe von 808.264,48 € in die Gewinnrücklage eingestellt. Zu Einzelheiten dieses Ergebnisses wird auf Ziffer B. 2. verwiesen.

Geschäftstätigkeit

Neubautätigkeit

Im Geschäftsjahr wurden keine Neubaumaßnahmen durchgeführt, da der Schwerpunkt der Tätigkeit auf die Modernisierung und Instandhaltung gelegt wurde.

Modernisierung (Um- und Ausbau) und Instandsetzung

Um- und Ausbaumaßnahmen

Um- und Ausbaumaßnahmen Düren, Blumenthalstraße 26 – 28

Anfang Januar 2010 wurde mit der Um- und Ausbaumaßnahme Blumenthalstraße 26 – 28 mit 16 Wohnungen begonnen. Um eine langfristige Sicherung der Vermietbarkeit zu erreichen, sah die Planung eine barrierearme/-freie Erschließung aller Geschosse durch Einbau eines Aufzuges vor. Die Gesamtkosten betragen 1.427 T€. Die Miete betragen 6,00 €/m²/Wohnfläche. Die Wohnungen konnten zum 01.09.2010 wieder bezogen werden.

Allgemeine Modernisierungstätigkeit

Die Modernisierungsmaßnahmen zur Bestandsverbesserung wurden weitergeführt. Im Wesentlichen handelt es sich um den Einbau von Kunststofffenstern, den Einbau von Gaszentralheizungen, Badsanierungen sowie in einer Erdgeschosswohnung um die Herstellung eines Gartenaustrittes.

Instandhaltung

Für die Bestandserhaltung des Hausbesitzes wurde im Jahr 2010 insgesamt 1.140 T€ inkl. errechneter anteiliger Verwaltungskosten in Höhe von 90 T€ (Vorjahr 1.039 T€ inkl. verrechneter anteiliger Verwaltungskosten in Höhe von 82 T€) aufgewendet. Das sind rd. 14,04 €/m²/Wohn-/Nutzfläche (Vorjahr 12,77 €/m²/Wohn-/Nutzfläche) inkl. Aufwendungen für die Behebung von Versicherungsschäden.

Planung und Vorbereitung**Grunderwerb**

Konkrete Planung hierzu existieren nicht.

Neubau

Es ist vorgesehen, die Häuser Blücherstraße 79 und 94 abzureißen und durch Neubauten in 2012 zu ersetzen. Die Abrissgenehmigungen liegen vor.

Um- und Ausbauprogramm 2011 und folgende Jahre

Die Schwerpunkte der Tätigkeit sollen bei der Bestandspflege und Modernisierung liegen. Es wurde in 2009 ein Modernisierungskonzept bis 2014 erstellt. Das Volumen beträgt rd. 14,5 Mio/€. Ziel des Modernisierungskonzeptes ist, eine Verbesserung der Vermietbarkeit durch Änderung der Wohnungsgrundrisse bzw. Ausstattungsmerkmale sowie der energetischen Verbesserung zu erreichen. Entscheidungshilfe ist ein datenbankgestütztes Portfoliosystem, welches den Bestand unter technischen und wirtschaftlichen Aspekten untersucht. Auf dieser Basis wurde vom Vorstand ein Fünfjahresplan erarbeitet und mit Aufsichtsrat abgestimmt.

Vorgesehen für das Jahr 2011 sind folgende Maßnahmen:

Einbau von Gaszentralheizungen

in den Objekten:

- Werderstraße 19, 21
- Goebenstraße 32, 34, 36 – 42
- Meiringplatz 8

Modernisierung

der folgenden Objekte:

- Blumenthalstraße 27 – 35, 30 – 32
- Grüngürtel 2 und 11

Wohnungsbewirtschaftung**Grundbesitz, Haus- und Wohnungsbestand**

Der Grundbesitz der Genossenschaft beträgt flächenmäßig am 31.12.2010

a) bebaute Grundstücke	162.144 m ²
b) unbebaute Grundstücke	<u>25.329 m²</u>
insgesamt	<u>187.473 m²</u>

Hierin sind Erbbaugrundstücke mit einer Gesamtfläche von 8.616 m² enthalten.

Am 31.12.2010 waren 260 Häuser mit insgesamt 1.244 Mietwohnungen, 5 gewerblichen Einheiten, 197 Garagen, 70 Einstellplätzen in 2 Tiefgaragen und 84 Stellplätzen vorhanden. Die gesamte Wohn-/Nutzfläche beträgt 81.339 m².

Im Geschäftsjahr fanden 110 Mieterwechsel statt. Das entspricht einer Fluktuationsrate von 8,8 %. Am 31.12.2010 standen insgesamt 72 Wohnungen und 55 Garagenstellplätzen leer. Darin enthalten sind 42 Wohnungen, in denen Umbauarbeiten durchgeführt werden. Diese Wohnungen sind deshalb nicht mehr belegt worden. Von den verbliebenen 30 Wohnungen konnten für 6 Wohnungen kurzfristig wieder Anschlussmietverträge abgeschlossen werden.

Unser Wohnungsbestand:

	Häuser	Wohnungen	gewerbl. Einheiten	Garagen	Einstell- Plätze in Tiefgaragen	Stell- Plätze	Wohn-/ Nutzfläche
Grundstück und grundstücksglei- che Rechte mit Wohnbauten	259	1.242	2	194	20	84	80.077

Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	1	2	3	3	50	0	1.262
	260	1.244	5	197	70	84	81.339

Von den insgesamt 1.244 Wohnungen sind 352 öffentlich gefördert und 892 freifinanziert. Die 892 Wohnungen teilen sich auf in 311 Altbauwohnungen und 581 Neubauwohnungen.

Die Nettodurchschnittsmieten je Wirtschaftseinheit und je m² Wohnfläche und Monat stellten sich zum 31.12.2010 wie folgt dar:

bis 3,00 €	16 Wohnungen
bis 3,50 €	300 Wohnungen
bis 4,00€	516 Wohnungen
bis 4,50 €	323 Wohnungen
bis 5,00 €	24 Wohnungen
bis 5,50 €	49 Wohnungen
bis 6,00 €	<u>16 Wohnungen</u>
	<u>1.244 Wohnungen</u>

Die Erlösschmälerung aus Sollmieten betragen 239 T€. Auf nicht vermietete Wohnungen und Gewerbe entfällt ein Betrag von 220 T€ und auf nicht vermietete Garagen/Stellplätze 19 T€. In dem Betrag in Höhe von 220 T€ sind 66 T€ modernisierungsbedingter Leerstand enthalten.

Die Abschreibungen auf Mietforderungen betragen 13 T€.

Die Entwicklung in den letzten Jahren ergibt sich aus den folgenden Kennzahlen:

Kennzahlenübersicht		2010	2009	2008	2007	2006
1. Bestandszahlen						
Bewirtschafteter Bestand						
Wohneinheiten	Anzahl	1.244	1.244	1.245	1.248	1.254
Gewerbeeinheiten	Anzahl	5	5	5	5	5
Garagen	Anzahl	197	202	202	199	196
Einstellplätze	Anzahl	70	70	70	70	70
Stellplätze	Anzahl	84	76	76	76	76
Wohnfläche/Nutzfläche	m ²	81.339	81.377	81.382	81.372	81.366
Durchschnittliche Wohnungsgröße	m ²	64,51	65,54	64,35	64,33	64,02
2. Wohnungswirtschaftliche Kennzahlen						
Durchschnittliche Wohnungsmiete	€/m ²	3,97	3,96	3,93	3,86	3,85
Durchschnittliche Betriebskosten	€/m ²	1,66	1,54	1,54	1,50	1,55
Wohnungswechsel	Anzahl	110	107	108	125	106

Fluktuationsrate	%	8,8	8,6	8,7	10,0	8,5
Wohnungsleerstände	Anzahl	72	74	46	46	49
davon Modernisierungsbedingt	Anzahl	42	33	17	3	20
Sonstige	Anzahl	30	41	29	43	29
Neuvermietung						
Angeschrieben Bewerber	Anzahl	959	783	734	700	901
davon: Interessierte Bewerber	Anzahl	146	172	143	149	153
Absagen	Anzahl	513	471	472	357	420
Nicht gemeldet	Anzahl	300	140	119	194	328

Mitglieder

Die ordentliche Mitgliederversammlung fand am 09. Juni 2010 statt.

Mitgliederbewegung

Bestand am 1.1.2010	2.008 Mitglieder mit 3.136 Anteilen
Zugang durch Aufnahmen	<u>85 Mitglieder mit 88 Anteilen</u>
	2.093 Mitglieder mit 3.224 Anteilen

Abgang	Mitgl.	Anteile
durch Todesfälle	25	31
durch Kündigungen	67	72
durch Anteilsrückgaben	0	0
durch Ausschluss	6	6
durch Übertragung	10	11
Bestand am 31.12.2010		<u>108 Mitglieder mit 120 Anteilen</u> 1.985 Mitglieder mit 3.104 Anteilen

Die Stadt Düren hat hiervon 817 Anteile, das sind 26,32 % der Gesamtanteile.

Mitgliederbewegung seit 2006

Jahr	Bestand am 1.1.	Zugänge	Abgänge	Bestand am 31.12.	mit Anteilen
2006	2.144	95	120	2.119	3.215
2007	2.119	74	103	2.090	3.183
2008	2.090	95	115	2.070	3.156
2009	2.070	100	162	2.008	3.136
2010	2.008	85	108	1.985	3.104

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder betragen zum Ende des Geschäftsjahres 634 T€ (Vorjahr 640 T€)

Darstellung der Lage (§ 289 Abs. 1 HGB)

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1700 T€ erhöht.

Das Anlagevermögen hat sich bei Zugängen von 1.211 T€ und Abschreibungen von 730 T€ um 481 T€ erhöht. Das Umlaufvermögen erhöhte sich um 1.219 T€. Die Sachanlagen belaufen sich auf 73,4 % der Bilanzsumme.

Auf der Passivseite der Bilanz stieg das Eigenkapital um 794 T€. Die Verbindlichkeiten erhöhten sich um 906 T€. Die Rückstellungen haben sich nicht verändert. Die Verbindlichkeiten umfassen 44,8 % der Bilanzsumme. Die Eigenkapitalquote ist von 55,6 % in 2009 auf 55,1 % in 2010 gesunken.

Die langfristig gebundenen Vermögenswerte sind durch entsprechend langfristig zur Verfügung stehende Mittel gedeckt.

Die Investitionen für Modernisierung, Ausbau und Erweiterung wurden fristgerecht durch Eigenmittel aus dem geldrechnungsmäßigen Überschuss und durch Aufnahme von Darlehen finanziert.

In 2010 erfolgten die Auszahlung der Darlehen für Heizungseinbauten und für die Um- und Ausbaumaßnahme Blumenthalstr. 26-28 und die Auszahlung des Darlehens für die Umfinanzierung des Objektes Piusstr. 5, 7. Die Zahlungsfähigkeit ist nach unserer Finanzplanung auch für 2011 gewährleistet.

	31.12.2010		31.12.2009		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Aktiva					
Anlagevermögen	24.003	73,4	23.522	75,9	481
Umlaufvermögen	8.695	26,6	7.476	24,1	1.219
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	0	0,0	0
Gesamtvermögen	<u>32.698</u>	<u>100,0</u>	<u>30.998</u>	<u>100,0</u>	<u>1.700</u>
Passiva					
Eigenkapital	18.024	55,1	23.522	75,9	481
Rückstellungen	8.695	26,6	7.476	24,1	1.219
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	0	0,0	0
Verbindlichkeiten	14.653	44,8	13.747	44,3	906
Gesamtvermögen	<u>32.698</u>	<u>100,0</u>	<u>30.998</u>	<u>100,0</u>	<u>1.700</u>

Ertragslage

Der Jahresüberschuss im Jahr 2010 beträgt 834 T€. Er setzt sich zusammen aus dem Ergebnis der Hausbewirtschaftung in Höhe von + 751 T€, dem Ergebnis der Bautätigkeit von – 28 T€, dem Beteiligungs- und Finanzergebnis von + 110 T€, dem außerordentlichen Bereich von + 2 T€ und Steuern von -1 T€.

Die Verminderung des Jahresergebnisses gegenüber dem Vorjahr um 205 T€ ist im Wesentlichen bedingt durch gestiegene Aufwendungen im Bereich der Hausbewirtschaftung, gestiegenen Abschreibungen auf Wohnbauten und gesunkenen Umsatzerlösen aus der Hausbewirtschaftung.

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind um 44 T€ gesunken. Ursache hierfür ist im Wesentlichen die Erhöhung der Erlösschmälerungen durch Leerstand, aufgrund der durchgeführten und weiteren geplanten Um- und Ausbaumaßnahmen in der Wohnanlage der Blumenthalstraße. Dem stehen Erhöhungen u.a. durch den Wiederbezug der Häuser Blumenthalstraße 26-28 nach Modernisierung gegenüber.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen erhöhten sich um 42 T€. Die Abschreibungen auf Zugänge durch nachträgliche Herstellungs- und Modernisierungskosten betragen 28 T€. Die weitere Erhöhung in Höhe von 14 T€ betrifft Abschreibungen auf Bauvorbereitungskosten.

Die Zinserträge sind um 12 T€ infolge von Habenzinssenkungen in 2010 gesunken.

Für das Geschäftsjahr 2011 wird ein Überschuss gemäß Wirtschaftsplan von 124 T€ erwartet. Die Ertragslage ist unter Einbeziehung unserer Erfolgsplanung für die nächsten Jahre gesichert.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Der Vorstand hat aufgrund des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) ein Risikomanagement eingerichtet. In verschiedenen Beobachtungsbereichen und Beobachtungsfeldern werden Risikoindikatoren ermittelt, die Frühwarninformationen liefern können. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig über die Entwicklungen unterrichtet. Eine Kennzifferübersicht wurde erstellt, die auszugsweise nachstehend veröffentlicht wird:

		2010	2009	2008	2007	2006
1. Jahresabschlusszahlen						
Bilanzsumme	T€	32.698	30.998	30.489	30.394	30.244
Sachanlagevermögen	T€	24.003	23.522	24.012	24.545	24.461
Sachanlageintensität	%	73,41	75,88	78,76	80,76	80,88
Investitionen in Sachanlagen	T€	1.212	190	135	738	350
Eigenkapital (langfristig)	T€	17.977	17.176	16.168	15.348	14.494
Eigenkapitalquote	%	54,98	55,41	53,03	50,50	47,92
Fremdkapital (langfristig)	T€	12.836	12.021	12.378	13.142	13.724
Fremdkapitalquote	%	39,26	38,78	40,60	43,24	45,38
Umsatzerlöse	T€	5.085	5.129	5.132	5.089	5.144
Jahresfehlbetrag/ Jahresüberschuss	T€	834	1.038	852	886	614
Cash-flow	T€	1.584	1.587	1.519	1.541	1.244
Tilgung (planmäßig)	T€	282	282	311	312	363
Ausschüttung	T€	26	26	26	26	27
Verfügbarkeit Cash-flow	T€	1.276	1.279	1.182	1.203	854
Durchschnittlicher Buchwert Hausbesitz	€/m ²	291,04	283,46	290,81	297,53	295,96
Durchschnittliche Verschuldung	€/m ²	157,81	147,72	152,10	161,51	168,67
Kennzahlen zur Rentabilität						
Eigenkapitalrentabilität	%	4,65	6,04	5,27	5,81	4,28
Gewinn- und Verlustrechnung						
Sollmieten	T€	3.878	3.866	3.840	3.769	3.757
Erlösschmälerung	T€	303	256	186	184	147
In Relation zur Sollmiete	%	7,81	6,62	4,84	4,88	3,91
Instandhaltungskosten	T€	1.140	1.039	1.371	1.243	1.482
Durchschnittliche Instandhaltungskosten	€/m ²	14,04	12,77	16,88	15,28	18,22
Abschreibung auf Mietforderungen	T€	13	19	27	28	21

Verwaltungskosten	T€	691	647	660	690	650
Abschreibung auf Gebäude (planmäßig)	T€	701	673	664	651	627
Zinsaufwendungen						
Hausbewirtschaftung	T€	244	240	272	280	288

Voraussichtliche Entwicklung

Geschäftspolitische Grundlage der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder, vorrangig durch eine gute, sichere und sozialverantwortbare Wohnungsversorgung.

Zu dieser sozialen Verpflichtung hat die Genossenschaft seit der Gründung ihren Beitrag geleistet und wird diese Zielsetzung auch in Zukunft verfolgen.

Für das Geschäftsjahr 2011 wird gemäß dem detaillierten Wirtschaftsplan mit einem Überschuss von 124 T€ gerechnet. Bei der Planung wurde davon ausgegangen, dass sich die Vermietungssituation und die Kostenentwicklung ähnlich wie im Jahr 2010 entwickeln werden. Da der Wohnungsmarkt im Raum Düren von leicht rückläufiger Tendenz gekennzeichnet ist, gehen wir davon aus, dass die Vermietungssituation weiter schwierig bleibt. Ertragsverbesserungen durch Mietanpassungen sind nur noch im gering Umfang möglich. Mit steigenden Mietausfällen muss gerechnet werden.

Die Schwerpunkte unserer zukünftigen Tätigkeit werden auch weiterhin die Erhaltung und kontinuierliche Verbesserung des Wohnungsbestandes im Rahmen der genossenschaftlichen Möglichkeiten sein. Ziel ist, die langfristige Vermietbarkeit unter Berücksichtigung der Mieterstrukturen und der Nachfrage am Wohnungsmarkt zu erhalten. Dieses kann dauerhaft nur über ein Wohnungsangebot mit entsprechenden Wohnungsgrößen, ansprechendem Wohnumfeld und gesteigertem Wohnungsausstattungsstandard, auch unter Berücksichtigung gesetzlicher Vorgaben, wie z.B. Energieeinsparmaßnahmen, erreicht werden. Der mittelfristige Ausbau der Modernisierungs- und Instandhaltungskontingente ist daher notwendig. Die Planung von Umbau- und evtl. Neubauvorhaben muss hierauf ausgerichtet sein.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risiken der künftigen Entwicklung

Für das Jahr 2011 erwarten wir Steigerungen des Zinsniveaus für Kredite zur Finanzierung von Modernisierungen. Die Genossenschaft ist daher gehalten, bei den bestehenden Aufgaben er Modernisierungen verstärkt Eigenkapital einzusetzen, wobei dieser Einsatz durch den Aspekt der Eigenkapitalrentabilität begrenzt ist.

Die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Inflationsrate ist zu beobachten.

Eine Weitergabe von Preissteigerungen über die Miethöhe ist nicht unbegrenzt möglich.

Diese Situation fordert jetzt eine solide Finanzpolitik unter Berücksichtigung öffentlicher Kreditprogramme und langfristig gesicherter Einnahmeströme. Diese Einnahmeströme der Genossenschaft sind nur gesichert, wenn die Mitwohnungen vermietbare Standards aufweisen. Hieran muss die Genossenschaft arbeiten.

Kritisch ist die Situation der öffentlichen Haushalte zu nennen. Die Genossenschaft betrachtet Wohnung, Haus und Umfeld als eine Einheit, die einen Mietwert darstellt. In Zukunft muss sich die Genossenschaft aufgrund er Finanzlage der öffentlichen Haushalte auch der Aufgabe der Umfeldgestaltung intensiver als bisher widmen.

Chancen der künftigen Entwicklung

Die bundesweit zu beobachtenden Trends, dass immer mehr ältere Menschen aus den Vororten zurück in die Stadt ziehen und junge Familie Wohnraum in der Stadt suchen, sind auch in Düren

festzustellen. Durch eine Verstärkung der Betreuung der Mieter rund um die alltäglichen kleineren Wohnungsprobleme sowie durch soziale Projekte kann die Genossenschaft die Chance einer starken Mieterbindung ausbauen und dadurch zu einer stabilen wirtschaftlichen Lage der Genossenschaft beitragen. Nach wie vor bilden die in den letzten Jahren kontinuierlich durchgeführten Investitionen in den Bestand die Grundlage zukünftiger Erfolgspotentiale. Die positiven Auswirkungen des Modernisierungskonzeptes zeigen sich bereits jetzt nach der Modernisierung der Wohnhäuser Blumenthalstraße 26-28.

Die Immobilien der Genossenschaft haben in der Stadt Düren ortsteilprägenden Charakter, sie haben Ecken und Kanten, sind markant und stehen für gewachsene soziale Mieterstrukturen. Derjenige, der das Besondere darin sieht, wird es nutzen wollen und dafür auch mehr Miete zahlen, ein Umstand, den die Genossenschaft positiv belegt und der weiter auszubauen ist.

Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB**Vorgänge von besonderer Bedeutung**

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten. Insbesondere sind gravierende Risiken, die die Vermögens-, Finanz und Ertragslage negativ beeinflussen könnten, nicht erkennbar.

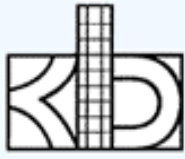
Finanzinstrumente

Besondere Finanzinstrumente und besondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Das Anlagevermögen ist langfristig finanziert. Bei den langfristigen Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um Annuitätsdarlehen mit 10-jähriger Zinsbindungsfrist. Aufgrund steigender Tilgungsanteile und gleichmäßig über die Jahre verteilter Prolongationstermine halten sich die Zinsänderungsrisiken in beschränkten Rahmen. Die Zinsentwicklung wird im Rahmen unseres Risikomanagements beobachtet. Zur Sicherung günstiger Finanzierungsbedingungen werden in Abhängigkeit von der Zinsentwicklung Umschuldungen vorgenommen.

Weitere Finanzinstrumente wendet das Unternehmen nicht an.

Beteiligungen des Unternehmens

Die gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren e.G. war mit einem Anteil von 2.556,46 € an der Wohnungswirtschaftliche Treuhand Rheinland-Westfalen GmbH (WRW), Düsseldorf, beteiligt. Im Jahresabschluss 2009 wurde sie vollständig abgeschrieben, da über sie am 01.12.2009 das Insolvenzverfahren eröffnet worden war.



Krankenhaus Düren gGmbH

Roonstraße 30
 52351 Düren
 Telefon: 02421/30-0
 Telefax: 02421/30-1387
 E-Mail: info@krankenhaus-dueren.de
 Homepage: www.krankenhaus-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines allgemeinen Krankenhauses mit Krankenpflegeschule in Düren. Ziel des Betriebes ist eine ausreichende medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich.

Die Krankenhaus Düren gem. GmbH mit Sitz in Düren verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

- Geschäftsführung:** Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer und einen stellvertretenden Geschäftsführer. Jeder von ihnen ist allein vertretungsberechtigt. Die Geschäftsführung bedarf zum Abschluss der folgenden Geschäfte der Zustimmung des Aufsichtsrates
1. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken,
 2. Anschaffungen und sonstige Investitionen von über 80.000,00 € im Einzelfall, soweit solche zusätzlich zum Wirtschaftsplan erforderlich sind,
 3. Aufnahme und Gewährungen von Krediten außerhalb des Wirtschaftsplanes,
 4. Eingehung von Wechselverbindlichkeiten, Übernahme von Bürgschaften und Garantieverpflichtungen,
 5. Erteilung und Rücknahme von Handlungsvollmachten,
 6. Abschluss von Miet- und Pachtverträgen mit einem Miet- oder Pachtpreis von mehr als 100.000,00 € in einem Jahr,
 7. Prozessführung als klagende oder beklagte Partei, wenn das mutmaßliche Gesamtrisiko über 50.000,00 € liegt,
 8. Eingehung oder Kündigung von Beteiligungen,
 9. Übernahme von Betriebsführungen von anderen Krankenhäusern und Krankenhausgesellschaften.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus den Landrat des Kreise Düren und dem Bürgermeister der Stadt Düren sowie weitem sechzehn Mitgliedern. Je acht Mitglieder des Aufsichtsrates werden unmittelbar durch den Kreistag des Kreises Düren und den Stadtrat der Stadt Düren benannt. Der Geschäftsführer, der stellvertretende Geschäftsführer, der leitende Arzt,

die leitende Pflegekraft und der Betriebsratsvorsitzende nehmen an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil. Der Aufsichtsrat kann Ausschüsse bilden und ihnen einzelne Zuständigkeiten übertragen. Zu den Sitzungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse können sachkundige Personen beratend hinzugezogen werden. Der Aufsichtsrat beschließt unbeschadet gesetzlicher Zuständigkeiten

1. die Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers und des stellvertretenden Geschäftsführers, der Prokuristen und Handlungsbevollmächtigte für den gesamten Geschäftsbereich,
2. den Inhalt der Anstellungsverträge des Geschäftsführers und des stellvertretenden Geschäftsführers,
3. den Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung,
4. die Entlastung der Geschäftsführung,
5. die Einstellung, Anstellungsbedingungen und Kündigungen der Fachbereichärzte, der Belegärzte, des Apothekers und der leitenden Pflegekraft und ihrer Vertreter,
6. die Bestellung des leitenden Arztes und seiner Stellvertreter auf Vorschlag des ärztlichen Vorstandes,
7. die Aufgliederung des medizinischen Bereichs des Krankenhauses in Fachabteilungen,
8. die Genehmigung des jährlich von der Geschäftsführung im Voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes (Finanz-, Investitions- und Erfolgsplanes und Stellenplanes),
9. den in der Gesellschafterversammlung vorzulegenden Jahresabschluss,
10. die Genehmigung der in § 20 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages aufgeführten Rechtsgeschäfte.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung besteht aus zwei Mitgliedern. Je ein Mitglied der Gesellschafterversammlung wird vom Kreistag und vom Stadtrat bestellt. Die Mitglieder sind an die Beschlüsse ihrer Vertretungskörperschaft gebunden. Die Gesellschafterversammlung hat unbeschadet gesetzlicher Vorschriften insbesondere zu beschließen über

1. Änderungen der Satzung, insbesondere Änderungen des Zwecks der Gesellschaft, sowie den Beitritt weitere Mitglieder und Erhöhung bzw. Herabsetzung des Stammkapitals,
2. die Genehmigung der Abtretungen von Geschäftsanteilen und Teilen von Geschäftsanteilen,
3. die Auflösung der Gesellschaft,
4. die Beteiligung an anderen Unternehmen und die Aufgabe solcher Beteiligungen,
5. die Bestellung der Abschlussprüfers für das laufende Geschäftsjahr,
6. die Feststellung der Jahresabschlusses nach Entgegennahme der Berichte der Geschäftsführung, des Abschlussprüfers und des Aufsichtsrates,
7. die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates,
8. die Geldendmachung von Ersatzansprüchen der Gesellschaft gegen Geschäftsführer, Mitglieder des Aufsichtsrates oder Gesellschafter und die Vertretung der Gesellschaft in Prozessen gegen die Geschäftsführung.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Stelling, Uwe Dr. med. Blum, Gereon	bis 31.05.2011 ab 01.06.2011	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren Stadt Düren	9 Sitze 9 Sitze	50 % 50 %
Gesellschafter- versammlung:	Die Gesellschafterversammlung besteht aus zwei Mitgliedern. Je ein Mitglied der Gesellschafterversammlung wird vom Kreistag und vom Stadtrat bestellt. Die Mitglieder sind an die Beschlüsse ihrer Vertretungskörperschaft gebunden. Je 55.000 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt. Die den einzelnen Gesellschaftern zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden.	je 1 Sitz	je 50 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang Schavier, Karl Frischmuth, Rudi Hellwig, Eva Hoen, Helmut Rolfink, Katharina Metz, Gundula Koschorreck, Elisabeth Beck, Corinna (bis 31.08.2012) Barzen, Christoph (ab 30.10.2012)	Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren	Landrat Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordneter
Gesellschafter- versammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	1.100.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	550.000,00 €	50%
Stadt Düren	550.000,00 €	50%

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	378.344,48 €	515.214,48 €	716.836,77 €	201.622,29 €	39,13%
II. Sachanlagen	30.816.392,09 €	31.373.687,60 €	33.077.888,95 €	1.704.201,35 €	5,43%
III. Finanzanlagen	6.084,69 €	6.584,69 €	6.584,69 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	2.607.908,11 €	2.902.528,76 €	2.777.518,45 €	-125.010,31 €	-4,31%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	7.785.520,62 €	9.461.949,36 €	9.054.484,96 €	-407.464,40 €	-4,31%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.027.412,63 €	1.918.783,46 €	1.173.941,47 €	-744.841,99 €	-38,82%
C. Ausgleichsposten nach dem KHG	1.154.725,93 €	1.159.448,36 €	1.163.513,24 €	4.064,88 €	0,35%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	14.420,19 €	31.334,97 €	30.907,59 €	-427,38 €	-1,36%
Summe Aktiva	44.790.808,74 €	47.369.531,68 €	48.001.676,12 €	632.144,44 €	1,33%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.100.000,00 €	1.100.000,00 €	1.100.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	4.384.490,23 €	4.344.395,97 €	4.304.301,71 €	-40.094,26 €	-0,92%
III. Gewinnrücklagen	1.533.875,64 €	1.533.875,64 €	1.533.875,64 €	0,00 €	0,00%
V. Bilanzgewinn	4.800.492,29 €	5.313.326,07 €	5.588.372,13 €	275.046,06 €	5,18%
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	22.920.090,81 €	22.369.334,55 €	21.764.816,16 €	-604.518,39 €	-2,70%
C. Rückstellungen	3.958.168,00 €	3.978.851,00 €	3.976.965,00 €	-1.886,00 €	-0,05%
D. Verbindlichkeiten	5.228.454,39 €	7.940.680,42 €	9.020.446,79 €	1.079.766,37 €	13,60%
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	865.237,38 €	789.068,03 €	712.898,69 €	-76.169,34 €	-9,65%
Summe Passiva	44.790.808,74 €	47.369.531,68 €	48.001.676,12 €	632.144,44 €	1,33%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	55.372.764,40 €	58.704.805,88 €	67.901.900,61 €	9.197.094,73 €	15,67%
2. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-127.404,76 €	269.004,81 €	-26.487,87 €	-295.492,68 €	-109,85%
3. Zuweisungen und Zuschüsse der öfftl. Hand	29.149,35 €	31.659,48 €	38.971,58 €	7.312,10 €	23,10%
4. sonstige betriebliche Erträge	6.275.690,67 €	6.242.104,30 €	5.004.612,50 €	-1.237.491,80 €	-19,82%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	30.115.383,42 €	32.385.860,87 €	35.668.422,82 €	3.282.561,95 €	10,14%

b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.153.313,96 €	7.600.670,94 €	9.101.687,08 €	1.501.016,14 €	19,75%
6. Materialaufwand	18.360.709,64 €	19.368.224,20 €	21.433.493,32 €	2.065.269,12 €	10,66%
7. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	1.279.727,49 €	2.521.074,24 €	2.230.995,07 €	-290.079,17 €	-11,51%
8. Erträge aus der Einstellung der Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	4.722,44 €	4.722,43 €	4.064,88 €	-657,55 €	-13,92%
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.530.054,78 €	2.542.611,02 €	2.629.237,71 €	86.626,69 €	3,41%
10. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	76.169,35 €	76.169,35 €	76.169,34 €	-0,01 €	0,00%
11. Aufwendungen aus der Zuführung von Sonderposten/verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.244.362,88 €	2.463.406,86 €	2.154.741,43 €	-308.665,43 €	-12,53%
12. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	179.943,07 €	160.632,86 €	160.674,12 €	41,26 €	0,03%
13. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	3.031.728,32 €	3.059.868,00 €	3.554.085,76 €	494.217,76 €	16,15%
14. sonstige betriebliche Aufwendungen	5.213.110,33 €	4.760.046,27 €	5.297.543,43 €	537.497,16 €	11,29%
Betriebsergebnis	142.322,10 €	593.441,51 €	488.815,86 €	-104.625,65 €	-17,63%
15. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	89.929,94 €	17.498,71 €	2.704,32 €	-14.794,39 €	-84,55%
16. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	83.611,01 €	78.099,33 €	158.364,49 €	80.265,16 €	102,77%
Finanzergebnis	6.318,93 €	-60.600,62 €	-155.660,17 €	-95.059,55 €	156,86%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	148.641,03 €	532.840,89 €	333.155,69 €	-199.685,20 €	-37,48%
17. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	150,00 €	51.322,00 €	51.172,00 €	34114,67%
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	34.576,00 €	51.749,69 €	46.881,89 €	-4.867,80 €	-9,41%
19. sonstige Steuern	8.149,57 €	8.201,68 €	0,00 €	-8.201,68 €	-100,00%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	105.915,46 €	472.739,52 €	234.951,80 €	-237.787,72 €	-50,30%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	881	974	1064

Verbindungen zum Kreishaushalt

Verlustrückstellungen sind in den letzten Jahren nicht mehr zu leisten gewesen. Gewinnabführungen dürfen nach den Bestimmungen der Abgabenordnung wegen der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft nicht erfolgen. Der Kreis Düren hat für die Gewährung von Ausfallbürgschaften zugunsten der Krankenhaus Düren gGmbH insgesamt 3.086,94 € als Bürgschaftsprovision für das Kalenderjahr 2010 erhalten.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Kommunale Trägerschaft und regionaler Wirtschaftsfaktor

Als kommunales Krankenhaus sind wir ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Region. 39% unserer 1.064 Mitarbeiter, die am 31.12. des Berichtsjahres beschäftigt waren, wohnen unmittelbar in Düren. Im erweiterten Kreisgebiet (PLZ-Bereich 523..) liegt der Anteil bei 74 %.

Das Einkaufsvolumen mit regional ansässigen Firmen betrug im Berichtsjahr rund 5,7 Mio. EUR (Vorjahr 3,9 Mio. EUR). Das entspricht 19 % (Vorjahr 17%) der gesamten Lieferantumsätze. Damit sind wir ein wesentlicher Motor der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung.

Die Krankenhaus Düren gem. GmbH genießt zudem eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung der Region Düren. Im Jahr 2010 wurden 16.694 stationäre Patienten aus dem Kreis Düren, davon 9.061 Patienten unmittelbar aus dem Stadtgebiet Düren behandelt.

Die Sicherstellung der ortsnahe Patientenversorgung bei moderner und qualitativ hochwertiger Medizin zählt zu den primären Aufgaben des Krankenhauses. Ein Anteil von über 85% regional ansässiger stationär behandelter Patienten spiegelt somit die Verankerung der Krankenhaus Düren gem. GmbH in der Region wider.

Rahmenbedingungen der Geschäftsentwicklung

Ab dem Jahr 2010 kam die Landesbaserate ungekürzt zur Abrechnung. Die Konvergenzphase ist damit abgeschlossen.

Geschäftsverlauf 2010

Die verbesserten Erlöse aus Krankenhausleistungen und ambulanten Leistungen korrespondieren mit gestiegenen medizinischen Leistungszahlen. Die Steigerung im ambulanten Bereich ist insbesondere auf die Umsetzung der Berechtigung zur Erbringung von onkologischen Leistungen im Rahmen des § 116b SGB V zurückzuführen. Im Bereich der Nutzungsentgelte hat eine Verschiebung aufgrund der Neugestaltung von Chefarztverträgen zu Gunsten der Erlöse aus Wahlleistungen stattgefunden.

Details zu der Entwicklung der letzten drei Jahre sind in nachfolgender Tabelle dargestellt.

	2010	2009	2008
	TEUR	TEUR	TEUR
Erlöse aus Krankenhausleistungen und Wahlleistungen	59.367	53.493	49.661
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	5.472	1.541	1.498
Nutzungsentgelte der Ärzte	3.063	3.671	4.213
Sonstige betriebliche Erträge	5.005	6.242	6.276
Betriebsergebnis	1.642	1.076	925
Jahresergebnis einschl. Entnahme aus Kapitalrücklagen	275	513	146

Die Umsätze im Berichtsjahr haben sich positiv entwickelt. Es wurde ein Krankenhaus-Budgetzuwachs in Höhe von rd. 4.950 TEUR = 9,57% erzielt. Diesem Erlöszuwachs stehen Personalkostensteigerungen von 4.784 TEUR gegenüber, bedingt durch mehr Beschäftigte (+51,6 VK) infolge gestiegener Leistung und Tarifsteigerungen. Ein Teil des Leistungszuwachses wurde durch Honorarärzte abgedeckt, was Kosten in Höhe von 200 TEUR verursachte.

Die nachstehenden Daten spiegeln die Entwicklung der letzten 3 Jahre wieder.

	2010	2009	2008	Differenz 2010 gegenüber 2009
	Patienten / Fälle	18.948	18.677	18.563
zzgl. Patienten amb. Operieren	2.148	1.944	2.065	204
Verweildauer in Tagen	6,49	6,60	6,62	-0,11
Geburten	614	582	620	32
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt VK)	730,6	678,9	654,6	51,6

Da neben dem Finanzbudget auch das Leistungsprogramm mit den Krankenkassen vereinbart wird, sind Abweichungen hiervon auszugleichen. Dies führt zu positiven oder negativen finanziellen Ansprüchen des Krankenhauses an die Krankenkassen bzw. umgekehrt.

Zum 31.12.2010 bestehen per Saldo Ausgleichsverbindlichkeiten gegenüber den Kostenträgern in Höhe von 737 TEUR.

Die bereits sehr niedrige Patientenverweildauer lag mit 6,49 Tagen nochmals unter Vorjahresniveau (6,60).

Das ambulante Operieren wird über unsere Tagesklinik abgewickelt. Diese Einrichtung erweist sich weiterhin als sehr erfolgreich.

Kooperationen wurden mit dem St.-Marien-Hospital Birkesdorf als kooperatives Brustzentrum und in der Palliativmedizin mit dem St.-Augustinus-Krankenhaus Lendersdorf vereinbart. Die Kooperationen sind von der Bezirksregierung Köln genehmigt.

Die zum 01.11.2009 im Rahmen eines modernisierten Ausbildungskonzeptes neu geschaffenen Teilzeitausbildungsplätze haben sich ebenfalls als erfolgreich erwiesen.

Das Leistungs- und Kostenniveau unseres Krankenhauses wird maßgeblich durch den Case-Mix-Index, sprich die Fallschwere der Patienten, beeinflusst. Der Case-Mix-Index (CMI) stieg im Berichtsjahr auf 1,0110 (Vorjahr 0,9612) und bildet den steigenden Anteil an komplexer medizinischer Behandlung ab.

Wir haben unsere Position als leistungsfähiges und wirtschaftliches Krankenhaus im Jahr 2010 weiter ausgebaut.

Personal und Soziales

Im Jahresmittel 2010 wurden 730,6 Vollkräfte (VK) beschäftigt (Stand 31.12.: 754,1 VK). Das ist eine leistungsbedingte Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 51,6 Vollkräfte.

Der Anteil der ärztlichen Mitarbeiter betrug im Jahresmittel 132,1 Vollkräfte (Stand 31.12.: 140,4 VK). Der Anteil der pflegerischen und medizinischen Fachkräfte stieg auf 469,0 VK (Stand 31.12.: 477,3 VK).

Die gesetzlichen Sozialabgaben und Abgaben für Altersvorsorge in Höhe von 9.102 TEUR machten 20,3 % der Lohn- und Gehaltsaufwendungen aus. Darin enthalten sind Kosten für den Sanierungsbeitrag zur Rheinischen Zusatzversorgungskasse in Höhe von 1.157 TEUR.

Als personalintensiver Gesundheitsdienstleister achten wir darauf, dass unsere Mitarbeiter Professionalität und ein hohes Maß an Qualität in ihre Arbeit einbringen. Sie richten sich in ihrer Arbeitsweise auf die individuellen Bedürfnisse unserer Patienten aus. Das entspricht unseren Unternehmensleitlinien, die Maßstab unseres Handelns sind. Die Qualitätsziele werden durch Weiterbildungsmaßnahmen kontinuierlich unterstützt. Das Wissen und Können unserer Mitarbeiter beeinflusste das Ergebnis positiv.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

	2010		2009		Ergebnis- veränderung
	T€	%	T€	%	
Anlagevermögen	33.801	72,2	31.895	69,0	1.906
Umlaufvermögen einschl. Rechnungsabgrenzungsposten	13.037	27,8	14.315	31,0	-1.278
	46.838	100,0	46.210	100,0	628
Eigenkapital abzgl. Ausgleichsposten aus Eigenmittelförderung	11.363	24,3	11.132	24,1	231
Sonderposten zzgl. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	22.478	48,0	23.158	50,1	-680
Rückstellungen	3.977	8,5	3.979	8,6	-2
Verbindlichkeiten	9.020	19,3	7.941	17,2	1.079
	46.838	100,0	46.210	100,0	628

Die Eigenkapitalquote steigt auf 24,3 % gegenüber dem Vorjahr (24,1 %). Das Anlagevermögen ist zu 66,6 % mit Fördermitteln finanziert.

Finanzlage

	2010 TEUR	2009 TEUR
Finanzmittelfonds am 1.1.	1.919	2.027
operativer Cash-Flow	1.943	1.215
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	-3.437	-1.240
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	749	-83
Veränderungen des Finanzmittelfonds	-745	-108
Finanzmittelfonds am 31.12.	1.174	1.919

Der Rückgang des Finanzmittelfonds resultiert aus den Mittelabflüssen für Investitionen in Höhe von 3.437 TEUR. Hiervon wurden aus laufender Geschäftstätigkeit 1.943 TEUR und aus Finanzierungstätigkeit 749 TEUR finanziert.

Ertragslage

	2010		2009		Ergebnis- veränderung
	T€	%	T€	%	
Laufende Erträge					
Gesamtleistung aus dem Krankenhausbetrieb (einschließlich Ausbildungsfonds)	67.875	93,6	58.974	90,8	8.901
Sonstige betriebliche Erträge	4.630	6,4	5.975	9,2	-1.345
Zuweisung und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht zur Investitionsfinanzierung	39	0,1	32	0,0	7
	72.544	100,0	64.981	100,0	7.563
Laufende Aufwendungen					
Personalaufwendungen	44.361	61,2	39.987	61,5	4.374
Lebensmittel	1.057	1,5	898	1,4	159
Medizinischer Bedarf	16.827	23,2	14.970	23,0	1.857
Wasser, Energie, Brennstoffe	1.572	2,2	1.538	2,4	34
Wirtschaftsbedarf	393	0,5	401	0,6	-8
Verwaltungsaufwand	2.334	3,2	1.598	2,5	736
Instandhaltung	1.519	2,1	1.639	2,5	-120
Steuern, Abgaben, Versicherungen	1.078	1,5	1.057	1,6	21
Sonstiger Betriebsaufwand	1.761	2,4	1.817	2,8	-56
	70.902	97,7	63.905	98,3	6.997
Betriebsergebnis	1.642	2,3	1.076	1,7	566
Neutrales Ergebnis	-335		-79		-256
Finanzergebnis	-1.021		-525		-496
ausserordentliches Ergebnis	-51		0		-51
Jahresergebnis	235		472		-237

Die Kosten für Honorarärzte sind mit 200 TEUR im medizinischen Bedarf enthalten.

Die betrieblichen Erträge haben sich im Geschäftsjahr im Wesentlichen auf Grund eines Anstiegs der Erlöse aus Krankenhausleistungen um 5.526,4 TEUR, der Erlöse aus Wahlleistungen um 347,5 TEUR und der Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses um 3.930,9 TEUR positiv entwickelt.

Das neutrale Ergebnis ist mit 439 TEUR geprägt von korrigierten Wertansätzen der Rückstellungen für Beihilfen (290 TEUR), Altersteilzeitregelungen (119 TEUR) und Archivierung (30 TEUR) und enthält darüber hinaus im Wesentlichen periodenfremde Aufwendungen und Erträge. Die Gesamtzuführung zu den vorgenannten Rückstellungen beträgt im Geschäftsjahr 520 TEUR und belastet somit das Betriebsergebnis mit 81 TEUR.

Risikobericht

Besondere, bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Das Klageverfahren gegen die Schließung der Abteilung „Kinderheilkunde“ wurde bislang vom Verwaltungsgericht Aachen nicht entschieden. Risiken aus dem Verfahren sind derzeit nicht bewertbar.

Wirtschaftliche Risiken könnten sich aus einer möglichen personellen Neustrukturierung der Klinik für Innere Medizin I (Kardiologie) ergeben. Die Strukturellen Veränderungen wären Einmaleffekte und könnten das Jahresergebnis 2011 mit bis zu 2 Mio. EUR einmalig belasten, ermöglichen aber langfristig ab 2012 Erfolgspotenziale in der Größenordnung von +1,6 Mio. EUR jährlich bei einem Umsatzpotential von 4,0 Mio. EUR p.a. dauerhaft zu mobilisieren. Diese Ergebnisverbesserungen können bei entsprechenden Rahmenbedingungen in einem Zeitraum von 2-3 Jahren dauerhaft realisiert werden.

Ein langfristiges Risiko könnte sich noch in der Umstellung des bisherigen Pflegeförderungsprogramms nach § 4 Abs. 10 KHEntgG ergeben. Das ist im Krankenhausbudget 2011 mit rund 791 TEUR vereinbart. Die Umstellung der Förderung auf das DRG – PKMS – System ist vom Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) Anfang 2011 noch nicht konkretisiert. Die bisherige hausindividuelle Förderung soll über einen Zuschlag auf den Landesbasisfallwert und über eine DRG bezogene Leistungserfassung nach dem PKMS System erfolgen. Da nur 80% der Krankenhäuser in NRW dieses Förderprogramm in Anspruch nehmen und die Verteilung über den Landesbasisfallwert eine Verteilung über alle Krankenhäuser bedeutet, werden 20% der heutigen Mittel an Krankenhäuser fließen, die nicht am Pflegeförderprogramm teilnehmen, und damit den teilnehmenden Krankenhäusern fehlen. Das ist ein wirtschaftliches Risiko für unser Krankenhaus von rd. 160 TEUR. Das Risiko kann jedoch grundsätzlich durch Anpassung des Personals in 2012 aufgefangen werden. Der Betrag entspricht rd. 4-5 Vollkräften und kann über normale Fluktuation ausgeglichen werden.

Weitere nennenswerte Risiken und Risiken, die möglicherweise den Bestand des Krankenhauses betreffen könnten, sind derzeit nicht bekannt.

Prognosebericht

Die Veränderungsrate für das Jahr 2011 beträgt 0,90 % und ist bereits in die Landesbaserate eingerechnet. Die Erfolgsfaktoren in der medizinischen Qualität entwickeln sich weiterhin positiv. Das schlägt sich im 1. Quartal 2011 mit weiter steigenden Patientenzahlen nieder. Zum 30. März stieg das Case-Mix-Volumen gegenüber dem Vergleichszeitraum um 4,3%, die Fallzahlen stiegen um 6,8%. Das Wachstum ist im Trend weiter steigend.

Das Krankenhaus wird aufgrund des finanziellen Zugewinns und steigender Leistungszahlen seine wirtschaftliche Stabilität weiter ausbauen. Für das Jahr 2011 wurde bereits erfolgreich ein Budgetabschluss mit den Krankenkassen mit deutlichem Leistungszuwachs abgeschlossen. Das vereinbarte Leistungsvolumen liegt mit 19.650 CM-Punkte um 1.000 CM-Punkte über dem Niveau von 2010. Für 2011 wird von den vereinbarten Mehrleistungen ein gesetzlicher Abschlag in Höhe von 30% erhoben. Dies bedeutet einen einmaligen Budgetverlust in Höhe von 984 TEUR. Bedingt durch Leistungssteigerungen und die Inbetriebnahme der neuen Privatstation wird voraussichtlich die Zahl der Mitarbeiter in 2011 moderat steigen. Die Personalpolitik und Ausweitung der Ressourcen orientiert sich dabei an der langfristigen Struktur und dem Volumen des Leistungszuwachses. Durch die Optimierung von Prozessen wird der Anstieg jedoch verhaltener ausfallen können als in den Vorjahren.

Die Position unseres Krankenhauses als eines der großen Schwerpunktversorger im Rheinland wird weiter gefestigt.

Für 2012 erwarten wir weitere Wachstumsimpulse und weitere Verbesserungen in der Ertragslage. Getrieben werden diese durch einen wachsenden Bedarf an Gesundheitsleistungen infolge einer immer älter werdenden Bevölkerung und hausindividuell durch verbesserte Infrastruktur durch die Ende 2011 in Betrieb gehende Privatstation und umfangreiche Zimmersanierungen. Damit sind strukturelle Wettbewerbsnachteile der Vergangenheit behoben, die sich positiv auf Wachstumsimpulse und optimierte wirtschaftliche Prozesse im Krankenhaus auswirken dürften. Zertifizierungsprozesse und damit verbundenen Prozessverbesserungen werden Ende 2012 weitestgehend abgeschlossen sein und legen die Basis für eine Stärkung der Ertragskraft und weitere Wachstumsmöglichkeiten über das Jahr 2012 hinaus.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag traten keine erwähnenswerten Ereignisse mehr im Krankenhaus ein. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, sind nicht eingetreten.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Krankenhaus Düren gemeinnützige GmbH ist an der AGKAMED Holding GmbH, Essen, beteiligt. Eine weitere Darstellung dieser Beteiligung entfällt, da die Beteiligung der Krankenhaus Düren gGmbH an der AKAMED GmbH unter 1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH (SEV)

Forum Vogelsang

53937 Schleiden

Telefon: 02444/915779-10

Telefax: 02444/915779-19

E-Mail: Thomas.Fischer-Reinbach@vogelsang-ip.de

Homepage: www.vogelsang-ip.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes Burg Vogelsang gemäß dem Leitbild vogelsang ip zu einem "Internationalen Platz im Nationalpark Eifel". Die Gesellschaft führt die begonnenen Konversion fort und übernimmt die Steuerung der Gesamtentwicklung des Standortes unter Berücksichtigung der Interessen des Nationalparks Eifel der Nationalparkregion, insbesondere hinsichtlich der Kernnutzungen Sie übernimmt folgende Aufgabenfelder:

- Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Gesamtkoordination aller Infrastrukturmaßnahmen
 - Erstellung, Fortschreibung Investitionsplanungen, Controlling
 - Steuerung der Planungs- und Baumaßnahmen
- Projektentwicklung Kernnutzungen
 - Mitwirkung, Beratung, Koordinierung der Kernnutzungen
 - Erstellung von Markt und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
- Vermarktung und Marketing der außerhalb der Kernnutzung verbliebener Fläche von ca. 90 ha
 - Betreuung Markterkundungsverfahren
 - Nutzer- und Investitionsakquisition,
 - Erstellung Marketingkonzept und Koordination Maßnahmen
 - Verkaufs-/Vertragsverhandlungen
 - Kundenbetreuung in Planungs-, genehmigungs- und Bauphase
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
- Betrieb und Unterhaltung der nicht an Dritte übertragenen Verkehrs- und Grünflächen sowie ggf. Versorgungsinfrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Aufstellung Pflege- und Unterhaltungskonzept
 - Entwicklung Kosten-Umlagemodell
 - Management der Dienstleistungen
- Entwicklung Parkmanagementkonzept für Gesamtimmobilie
 - Erstellung eines Parkmanagementkonzeptes einschl. Finanzierungsplan
 - Abstimmung mit Nutzern und Eigentümern
 - Vorbereitung der künftigen Betreiberstruktur

Die Dauer der Gesellschaft ist befristet. Sie endet mit Ablauf des 31.12.2013.

Aufgrund der Gründung der StädteRegion Aachen als Rechtsnachfolgerin des Kreises Aachen wurde der Gesellschaftsvertrag mit Beurkundung am 11.05.2010 redaktionell angepasst.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft durch zwei von ihnen gemeinschaftlich oder durch einen von ihnen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer haben die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe des Gesetzes, des Gesellschaftsvertrages und der Beschlüsse der Gesellschafter und des Aufsichtsrates zu führen.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Dieser besteht aus 13 Mitgliedern. 7 Mitglieder werden von der Region entsandt. Dem Kreis Euskirchen stehen 3 Entsendungsmandate, der Stadt Schleiden 2 und der Städteregion Aachen und Düren jeweils 1 Mandat zu. Das MWME wird 4 Mitglieder entsenden, die Bundesanstalt 2 Mitglieder. Der Aufsichtsrat berät über die Vorlagen für die Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung und gibt Beschlussempfehlungen ab. Er hat die Geschäftsführung zu fördern, zu beraten und überwachen. Er beschließt insbesondere über die in § 7 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages aufgeführten Geschäfte.

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafterversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen i.S. d. §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
2. die Beteiligung an anderen Unternehmen,
3. der Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses,
4. Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung,
5. die Wahl des Abschlussprüfers,
6. die Zustimmung zur Abtretung, zur Belastung oder zur Teilung von Geschäftsanteilen,
7. die Geltendmachung von Ersatzansprüchen welche der Gesellschaft aus der Gründung und/oder der Geschäftsführung gegen Geschäftsführung oder Gesellschafter zustehen sowie die Vertretung der Gesellschaft in Prozessen, die sie gegen einen Geschäftsführer zu führen hat und
8. die Bestellung, Anstellung, Abberufung und Kündigung der Geschäftsführung und die Festsetzung ihrer Anstellungsbedingungen; das Gleiche gilt auch für die Prokuristen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Fischer-Reinbach, Thomas		
Aufsichtsrat:	Kreis Euskirchen	3 Sitze	23,08 %
	Stadt Schleiden	2 Sitze	15,38 %
	StädteRegion Aachen	1 Sitz	7,69 %
	Kreis Düren	1 Sitz	7,69 %
	MWME-NRW	4 Sitze	30,77 %
	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	2 Sitze	15,38 %
Gesellschafterversammlung:	Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Über die Zahl seiner Vertreter entscheidet jeder Gesellschafter selbst. Bei mehr als einem Vertreter ist ein Stimmführer zu bestimmen.	1 Stimme	je 240,00 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Steins, Hans Martin	Kreis Düren	Dezernent
Gesellschafterversammlung:	Steins, Hans Martin	Kreis Düren	Dezernent

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	53937 Schleiden	
gezeichnetes Kapital:	36.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	12.000,00 €	33%
Land Nordrhein-Westfalen vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (MWME)	12.000,00 €	33%
Kreis Euskirchen	6.480,00 €	18%
StädteRegion Aachen	2.160,00 €	6%
Kreis Düren	2.160,00 €	6%
Stadt Schleiden	1.200,00 €	3%

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00 €	35.840,00 €	14.705,00 €	-21.135,00 €	-58,97%
II. Sachanlagen	2.496,00 €	10.804,00 €	9.626,00 €	-1.178,00 €	-10,90%
B. Umlaufvermögen					

I. Vorräte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	43.768,24 €	9.612,46 €	4.639,82 €	-4.972,64 €	-51,73%
III. Kassenbestand	123.849,66 €	110.543,38 €	96.747,40 €	-13.795,98 €	-12,48%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	420,59 €	952,96 €	852,50 €	-100,46 €	-10,54%
Summe Aktiva	170.534,49 €	167.752,80 €	126.570,72 €	-41.182,08 €	-24,55%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	36.000,00 €	36.000,00 €	36.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinn-/Verlustvortrag	5.380,32 €	16.090,83 €	115.621,70 €	99.530,87 €	618,56%
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	10.710,51 €	99.530,87 €	-42.215,67 €	-141.746,54 €	-142,41%
B. Rückstellungen	21.953,27 €	15.240,70 €	11.376,70 €	-3.864,00 €	-25,35%
C. Verbindlichkeiten	96.490,39 €	890,40 €	5.787,99 €	4.897,59 €	550,04%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Summe Passiva	170.534,49 €	167.752,80 €	126.570,72 €	-41.182,08 €	-24,55%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	417.454,76 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
2. Erhöhung/Minderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-7.635,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
3. sonstige betriebliche Erträge	558.104,29 €	449.529,45 €	451.427,30 €	1.897,85 €	0,42%
4. Materialaufwand	62.071,14 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
5. Personalaufwand	752,10 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.324,88 €	9.421,45 €	25.816,42 €	16.394,97 €	174,02%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	885.993,01 €	351.554,67 €	468.465,91 €	116.911,24 €	33,26%
Betriebsergebnis	16.782,92 €	88.553,33 €	-42.855,03 €	-131.408,36 €	-148,39%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	370,73 €	521,40 €	639,36 €	117,96 €	22,62%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	34,00 €	0,00 €	-34,00 €	-100,00%
Finanzergebnis	370,73 €	487,40 €	639,36 €	151,96 €	31,18%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	17.153,65 €	89.040,73 €	-42.215,67 €	-131.256,40 €	-147,41%
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	6.443,14 €	-10.490,14 €	0,00 €	10.490,14 €	-100,00%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	10.710,51 €	99.530,87 €	-42.215,67 €	-141.746,54 €	-142,41%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0
Geschäfte werden durch die Mitarbeiter der LEG Stadtentwicklung Service GmbH sowie der LEG Management GmbH besorgt.			

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Kreis Düren hat für die laufende Finanzierung der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH 27.000 € in 2010 Höhe gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wurde am 09.05.2005 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild vogelsang ip zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

Mit notarieller Beurkundung am 03.12.2008 wurde die Gesellschaft umstrukturiert und fortgeführt. Die bis zum 31.12.2008 befristete Laufzeit wurde bis zum 31.12.2013 verlängert. Aufgrund der Gründung der StädteRegion Aachen als Rechtsnachfolgerin des Kreises Aachen wurde der Gesellschaftsvertrag mit Beurkundung am 11.05.2010 redaktionell angepasst. Gleichzeitig wurden die neuen Vorschriften des Transparenzgesetzes in den Gesellschaftsvertrag integriert. Am Stammkapital in Höhe von 36.000,- € sind das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit jeweils 12.000,- € beteiligt. Am regionalen Anteil in Höhe von 12.000,- € hält der Kreis Euskirchen einen Geschäftsanteil von 6.480,- €, die StädteRegion Aachen einen Geschäftsanteil von 2.160,- €, der Kreis Düren einen Geschäftsanteil von 2.160,- € und die Stadt Schleiden einen Geschäftsanteil von 1.200,- €.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wird über Geschäftsbesorgungsverträge von der NRW.URBAN GmbH & Co. KG mit der Geschäftsführung, dem Projektmanagement und der Projektassistenz betreut.

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag die „Rahmenvereinbarung über die weitere Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang“ von Mai 2008 und die Vereinbarung mit der Bundesanstalt vom März 2009, in der insbesondere die Abwicklung der Investitionsmaßnahmen Infrastruktur durch die SEV näher geregelt werden.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der SEV im Jahr 2010 lag in der Fortführung des 2009 gestarteten Markterkundungsverfahrens für den Standort. Das daraus erwachsene vielversprechendste Investitionsprojekt ist das Hotel Vogelsang, welches sich in der Konzeptphase befindet. Für das als „Krimiresort“ entwickelte Konzept wurde auf der Immobilienmesse Expo Real in München geworben. Das Konzept wurde in einem Fachforum intern und einem Regionalforum öffentlich diskutiert. Aufgrund der geäußerten Kritik an der thematischen Ausrichtung „Krimi“ und der Verortung in „Van Dooren“ soll das Konzept für das 4 Sterne-Hotel im Konsens mit der Politik und dem Projektentwickler im Jahr 2011 weiterentwickelt werden.

Weitere akquirierte Projekte für Vogelsang sind eine Sternwarte im Bereich der sogenannten Schelde und ein Rotkreuz-Museum. Beide Projekte befinden sich noch in der Konzeptionsphase. Neben dem o. g. Hotel mit Krimiresort gibt es einen Interessenten, welcher ein hochwertiges Hotel mit einem Zentrum für Komplementärmedizin koppeln möchte. Die Planungen für einen Reitpark im Bereich der Schelde mussten wieder aufgegeben werden, da die Nutzung der Bestandsgebäude (Baracken) nicht genehmigungsfähig war.

Als dauerhaftes Marketinginstrument wurde gemeinsam mit der vogelsang ip gemeinnützige GmbH die 2. Ausgabe der Bauzeitung, ip.news, herausgebracht. Für das Jahr 2011 sind zwei Ausgaben geplant. Anlässlich der Immobilienmesse EXPO REAL hat die SEV die aktuelle Projektentwicklung in einem Leporello dargestellt. Dieser soll im Zuge der weiteren Entwicklung aktualisiert und als weiteres Marketinginstrument für den Standort werben.

Im Rahmen der Ansiedlung der Kernnutzungen wurde für die Internationale Begegnungsstätte des DJH mit integriertem Jugendwaldheim das Bebauungsplanverfahren fortgeführt. Die Architekturplanungen werden auf Grundlage des im Jahr 2009 durchgeführten Planungswettbewerbes im Jahr 2011 erstellt, da erst im Dezember 2010 die Zusage des Landes NRW zur Übernahme der Mietkosten für das Jugendwaldheim erfolgte. Damit hat sich die Realisierung des Projektes gegenüber der ursprünglichen Zeitplanung um ein Jahr verzögert.

Für das künftige „Forum Vogelsang“ hat die SEV auf Bitte des Landes NRW eine Konzeptprüfung durchgeführt, da die kalkulierten Kosten für Umbau und Sanierung des öffentlich finanzierten Ankerprojektes auf 35,1 Mio. € angestiegen waren. Das Land NRW hat diesen Kostenrahmen zwischenzeitlich anerkannt und im Dezember die erste Tranche der Förderung bewilligt. Nach aktuellem Zeitplan werden die Baumaßnahmen in den Jahren 2012 und 2013 durchgeführt, sodass das neue Forum Vogelsang im Jahr 2014 eröffnet werden soll.

Vor Beginn der Bauarbeiten am Adlerhof muss die Umgestaltung des ehemaligen Kinos zu einem großformatigen Veranstaltungsort und temporären Besucherinformation erfolgen, da der Besucherbetrieb während der Baumaßnahmen fortgeführt werden soll. Der Spatenstich am Kino ist für Februar 2011, die Fertigstellung für Ende 2011 terminiert.

Das von der SEV zur Ansiedlung des Nationalparkforstamtes im Malakoff-Gebäude vorbereitete Verhandlungsverfahren für Investoren wurde vom neuen Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV) wegen rechtlicher Bedenken nicht mitgetragen. Zwischenzeitlich wurde sich auf ein europaweites Offenes Verfahren zur Gewinnung eines Investors verständigt, welches im Jahre 2011 von der SEV durchgeführt werden soll.

Im Aufgabenbereich Infrastrukturmaßnahmen hat die SEV im Jahr 2010 die Bauleistungen zur „Attraktivierung und Sanierung des Hangbereiches“ ausgeschrieben und vor Ort realisiert. Der Großteil der Treppen, Wege und Freiflächen der 7,0 ha großen Fläche konnte teilsaniert und damit für Besucher wieder zugänglich gemacht werden. Vom Forum aus wurde über die Hundertschaftshäuser, die Kameradschaftshäuser und die zentrale Achse Thingstätte, Sportplatz, Schwimmbad und zurück über den Fackelträger ein Hangrundgang ausgeschildert. Die Investitionskosten in Höhe von 800.000 € wurden aus Mitteln der BImA finanziert.

In Erweiterung der Hauptversorgungstrasse im Zuge der Kreisstraße 17 wurde das Transitgebäude (DRK) und das Kino an die neue Wasser- und Stromversorgung des Standortes angeschlossen.

Das im Jahr 2009 entwickelte Geländemanagement-Konzept zur Übernahme des Betriebes und Unterhalts konnte im Jahr 2010 wegen der hohen Kosten für die Nutzer nicht wie geplant umgesetzt werden. Alternativ zu diesem konventionellen Konzept mit ausschließlicher Beauftragung von Fachfirmen konzipierte die Geschäftsführung das Modell Bürgerarbeit, bei dem die personalintensiven Serviceleistungen durch bei der SEV angestellte „Bürgerarbeiter“ erbracht werden sollen. Die Übernahme des Geländemanagements von der vogelsang ip gemeinnützige GmbH ist ab Frühjahr 2011 vorgesehen.

Durch die Genehmigung des Teilflächennutzungsplanes Vogelsang im Februar 2010 besteht für die ca. 97,6 ha große Entwicklungsfläche Planungsrecht.

Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen

Der deutschlandweite Trend sinkender Umsätze im Tourismus- und Bildungsbereich war auch in Vogelsang spürbar. Vor Ort musste vor allem ein Rückgang der absoluten Teilnehmer an Führungen verzeichnet werden. Da im Jahr 2010 keine für Besucher spürbaren infrastrukturellen Verbesserungen am Standort erfolgten, war auch eine Stagnation oder sogar ein Rückgang der Besucher gegenüber dem Jahr 2009 erwartet worden. Entgegen dieser Prognose stieg das Besucheraufkommen im Jahr 2010 gegenüber den drei Vorjahren von 185.000 erstmals auf über 200.000 an. Begründet sind diese Steigerungen möglicherweise mit der Tendenz zu mehr Kurzurlauben und Tagesausflügen im Inland anstatt Flugreisen ins Ausland. Durch das um ca. 10 Prozent höhere Besucheraufkommen konnten die sinkenden Umsätze pro Kopf am Standort kompensiert werden.

Damit bestätigt sich auch im Jahr 2010 die im Vergleich zu anderen Destinationen in der Eifel überregional hohe Attraktivität des Standortes. Vogelsang ist auch durch die überregional beachteten Veranstaltungen und Ausstellungen weiterhin auf einem guten Weg zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Durch die neu generierte Wertschöpfung dient Vogelsang heute schon dem Wachstum bzw. der Stabilisierung der Tourismuswirtschaft und damit der Sicherung der Arbeitsplatzsituation in der Region. Bisher wurden in Vogelsang schon mehr als fünfzig neue Arbeitsplätze geschaffen.

Auch im Jahr 2010 waren die Auswirkungen aus der Finanzkrise bei der Vermarktung des Standortes spürbar. Bei der Umsetzung der mit privatem Kapital zu finanzierenden Projekte ist weiterhin eine deutliche Zurückhaltung zu verzeichnen. Im Rahmen des im Herbst 2009 gestarteten Markterkundungsverfahrens sind im Jahr 2010 in der Mehrheit Projektbeiträge mit geringem Investitionsbedarf eingereicht worden, bei einer insgesamt überschaubaren Anzahl an interessanten Konzepten für vogelsang ip. Ausnahme bildet das Konzept zur Ansiedlung eines hochwertigen Hotels mit einem geschätzten Investitionsvolumen von mehr als 20 Mio. 2€.

Durch den Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen und die damit verbundene erneute Prüfung der Finanzierbarkeit kam es bei den drei Kernprojekten Forum Vogelsang, Internationale Begegnungsstätte DJH/Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt zu zeitlichen Verzögerungen. Zum Ende des Jahres sind aber in allen Fällen die weiteren Projektphasen freigegeben worden, sodass die weitere Finanzierung und Umsetzung der Projekte zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gefährdet ist.

Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2010

Im Geschäftsjahr 2010 hat die SEV ihren Geschäftsbetrieb mit den im Kontext beschriebenen Schwerpunkten fortgeführt. Einnahmen für die Projektentwicklung generierte die Gesellschaft aus Fördermitteln und den Beiträgen der Gesellschafter. Insgesamt betragen die Einnahmen 450.000,00 € (Vorjahr 448.000,00 €), die sich aus Mitteln der Bundesanstalt (150.000,00 €), des Ministeriums für Bauen und Verkehr (150.000,00 €) und der regionalen Gesellschafter (150.000,00 €) zusammensetzen.

Das Geschäftsjahr schließt mit einer Jahresunterdeckung in Höhe von 42.215,67 € (Vorjahr Jahresüberschuss 99.530,87 €) ab.

Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die Struktur unseres kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und unsere Verbindlichkeiten halten wir stabil.

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite durch das Umlaufvermögen geprägt. Das Umlaufvermögen wird im Wesentlichen durch die flüssigen Mittel in Höhe von 96.747,40 € (Vorjahr:

110.543,38 €) dargestellt. Es handelt sich um Einnahmen aus Fördermitteln und den Beiträgen der Bundesanstalt und der regionalen Gesellschafter. Die Fördermittel stammen aus Städtebaumitteln des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MWEBWV). Auf der Passivseite stehen dem Umlaufvermögen insbesondere das Eigenkapital in Höhe von insgesamt 109.406,03 € (Vorjahr: 151.621,70 €) gegenüber.

Ertragslage

Im Jahr 2010 entsteht ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 42.215,67 € gegenüber einem Jahresüberschuss 2009 von 99.530,87 €. Erträgen in Höhe von 452.066,66 € (Städtebaumittel MBV und Finanzierungsanteile der Bundesanstalt und der Kommunen, Zinsen), stehen Aufwendungen in Höhe von 494.282,33 € gegenüber. Die Erträge für die Projektentwicklung aus Fördermitteln und Beiträgen der Gesellschafter haben mit 450.000,00 € gegenüber dem Vorjahr (448.000,00 €) leicht zugenommen. Wesentlich für das negative Jahresergebnis ist der entstandene nicht geplante Aufwand für die Konzeptprüfung Forum in Höhe von 38.675,00 €.

Die Struktur der Aufwendungen hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Der größte Aufwandsposten in Höhe von 302.260,20 € (Vorjahr: 280.963,48 €) betrifft die Geschäftsbesorgung durch die NRW.URBAN GmbH & Co. KG. Weiterer Aufwand fiel an im Bereich der Fremdleistungen über 117.954,53 € für die Konzeptprüfung Forum und die Erstellung Rahmenkonzept sowie für Marketing und Vermarktung über 10.342,18 €.

Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt 126.570,72 € (Vorjahr: 167.752,80 €). Das Eigenkapital beträgt 109.406,03 € (Vorjahr: 151.621,70 €). Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 86 % (Vorjahr: 90 %). Damit ist die Finanzlage der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH geordnet.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Skontofrist zu begleichen, Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen bzw. Fördermittel und Finanzierungsanteile zeitnah abzurufen. Damit war die Zahlungsfähigkeit der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH im Berichtsjahr stets gewährleistet.

Beim ausgewiesenen Fremdkapital handelt es sich grundsätzlich um kurzfristige Verbindlichkeiten, die Quote beträgt 12 % (Vorjahr: 10 %) der Bilanzsumme.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Chancen und Risiken

Die konjunkturelle Erholung ist im Jahr 2010 auch in der Immobilienbranche angekommen. Die Bereitschaft, institutioneller wie privater Anleger in Immobilien zu investieren, hat wieder zugenommen. Die Nachfrage nach Immobilien wird verstärkt durch die Tendenz, aus Angst vor einer Inflation und aufgrund sehr niedriger Zinsen sein Geld sicherer anzulegen. Die Geschäftsführung sieht daher durchaus Chancen, dass die bisherige geringe Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren in Vogelsang in den kommenden Jahren zunimmt und auch zu konkreten Vertragsabschlüssen führt.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine durchaus konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wurde ein fortlaufender Liquiditätsplan erstellt, der permanent an aktuelle Änderungen angepasst wird und als Basis für die Geldmitteldisposition dient.

Ausfallrisiken bestehen aufgrund der Finanzierungsbeiträge durch die öffentlichen Gesellschafter keine.

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wird zu einem Drittel aus Fördermitteln des Landes NRW und zu je einem Drittel aus direkten Zuwendungen der Bundesanstalt und der Kommunen finanziert. Da die Landesmittel sowie die direkten Zuweisungen bis zum Ende des Fortführungszeitraumes im Jahr 2013 zugesichert wurden, sind den Unternehmensbestand gefährdende Risiken derzeit nicht erkennbar.

Prognose

Die Gesellschaft ist zurzeit bis zum 31.12.2013 befristet. Zu den Hauptaufgaben der Gesellschaft gehören laut neuem Gesellschaftsvertrag die Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur, die Projektentwicklung der Kernnutzungen, die Vermarktung und das Marketing der außerhalb der Kernnutzungen verbleibenden Flächen von ca. 90 ha, der Betrieb und Unterhalt des Geländes und die Entwicklung eines Geländemanagement-Konzeptes für die Gesamtimmobilie.

Schwerpunkte der Tätigkeit in den Jahren 2011 und 2012 werden die weitere Projektentwicklung der Kernnutzungen „Internationale Begegnungsstätte DJH/Jugendwaldheim“ und Nationalparkverwaltung sowie der ersten sich aus dem Markterkundungsverfahren ergebenden Projekte, hier insbesondere eines Hotels, sein. Als Infrastrukturmaßnahmen sind die Erstellung des Rahmenkonzeptes Freiraum | Verkehr | Beleuchtung und des Sanierungskonzeptes für die Entwässerungsanlagen geplant.

Weitere Schwerpunkte der Tätigkeit der Gesellschaft werden die Akquisition neuer Investorenprojekte und die Umsetzung des Geländemanagement-Konzeptes „Modell Bürgerarbeit“ sein.

Für die kommenden Geschäftsjahre werden geringe Überschüsse erwartet.

Zum heutigen Tag sind auch keine Anzeichen erkennbar, dass sich aufgrund der Finanzkrise Verzögerungen oder sonstige Einschränkungen bei der Umsetzung der Kernprojekte auf Vogelsang ergeben. Die allgemeine konjunkturelle Erholung hat noch keine Auswirkungen in der Vermarktung gezeigt, d.h. die Investorenkontakte haben nicht zugenommen. Die Gewinnung privater Entwickler und Investoren, insbesondere für die bestehende Altbausubstanz, wird daher nach wie vor sehr schwierig sein.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Technologiezentrum Jülich GmbH

Karl Heinz Beckurts Straße
52428 Jülich
Telefon: 02461/690-0
Telefax: 02461/690-100
E-Mail: info@tz-juelich.de
Homepage: www.tz-juelich.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines multifunktionalen Technologiezentrums, insbesondere für innovative Unternehmen und Existenzgründer.

Dies umfasst die An- und Vermietung geeigneter Räumlichkeiten, den Betrieb von Gemeinschaftseinrichtungen und –räumen sowie das Angebot von Beratungs-, technischen und sonstigen Dienstleistungen. Ferner ist Gegenstand des Unternehmens die Beteiligungen an Gesellschaften, die unter anderem den Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von Beteiligungen an innovativen Unternehmen sowie die Betreuung und die Beratung dieser Unternehmen betreiben.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so sind je zwei von ihnen zur Vertretung der Gesellschaft gemeinsam berechtigt. Durch Beschluss des Aufsichtsrates kann einem oder mehreren Geschäftsführern die Befugnis zur Alleinvertretung gewährt werden. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so ist dieser alleine vertretungsberechtigt.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus 13 Mitgliedern. Auf den Kreis Düren entfallen zwei Sitze.

Der Aufsichtsrat beschließt über:

1. die Festlegung der Grundsätze der Aktivitäten der Gesellschaft
2. die Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer und Stellvertreter sowie über den Inhalt ihrer Anstellungsverträge
3. den Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführer
4. die Empfehlung des von den Geschäftsführern jährlich in voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes (Finanz-, Investitions- und Erfolgsplan) und Stellenplanes sowie der Jahresabschluss an der Gesellschafterversammlung
5. die Vorbereitung aller der Gesellschafterversammlung durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag vorbehaltenden Angelegenheiten

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung ist jährlich mindestens einmal vor Ablauf des laufenden Geschäftsjahres als ordentliche Gesellschafterversammlung einzuberufen. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, die Einberufung einer Gesellschafterversammlung unter Angabe des Zwecks und der Gründe zu verlangen. Außerdem muss die Gesellschafterversammlung unverzüglich einberufen werden, wenn dies der Aufsichtsrat oder die Geschäftsführung für erforderlich hält. Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über

1. die Feststellung der Wirtschafts- und Stellenpläne,
2. die Feststellung des Jahresabschlusses,
3. die Verwendung des Bilanzgewinnes oder Abdeckung des Bilanzverlustes.
4. die Entlastung des Aufsichtsrates und des Geschäftsführers,
5. die Beauftragung der Abschlussprüfer,
6. die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Mitglieder des Aufsichtsrates oder Gesellschafter, gegen den Geschäftsführer bzw. den stellvertretenden Geschäftsführer,
7. die Änderung des Gesellschaftervertrages,
8. den Erwerb von Beteiligungen und Mitgliedschaften,
9. die Verschmelzung oder Umwandlung der Gesellschaft,
10. die Auflösung,
11. die Bestellung und Abberufung von Liquidatoren.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Dipl.-Kaufmann Aretz, Carlo		
Aufsichtsrat:	Stadt Jülich	3 Sitze	23,08 %
	AGIT GmbH	2 Sitze	15,38 %
	Kreis Düren	2 Sitze	15,38 %
	Forschungszentrum Jülich GmbH	1 Sitz	7,69 %
	Hans Lamers GmbH & Co. KG	./.	0,00 %
	RWE Power AG	./.	0,00 %
	Enrichment Technology Company Limited	1 Sitz	7,69 %
	Zuckerfabrik Jülich AG	1 Sitz	7,69 %
	Sparkasse Düren	1 Sitz	7,69 %
	Aachener Bank e.G.	1 Sitz	7,69 %
	Deutsche Bank AG	1 Sitz	7,69 %

Gesellschafter- versammlung:	Jeder Gesellschafter ist stimmberechtigt.	1 Stimme	je 250,00 € Stammkapital
---	---	----------	--------------------------

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Beyß, Georg	Kreis Düren	Kreisdirektor
	Heselhaus, Karl-Heinrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

Gesellschafter- versammlung:	Beyß, Georg	Kreis Düren	Kreisdirektor
---	-------------	-------------	---------------

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52428 Jülich	
gezeichnetes Kapital:	153.387,57 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Stadt Jülich	42.948,51 €	28%
AGIT GmbH	19.940,37 €	13%
Kreis Düren	15.338,76 €	10%
Forschungszentrum Jülich	7.669,38 €	5%
H. Lamers GmbH & Co KG	7.669,38 €	5%
Rheinbraun AG	7.669,38 €	5%
Urenco Deutschland GmbH	7.669,38 €	5%
Zuckerfabrik Jülich	7.669,38 €	5%
Sparkasse Düren	12.271,01 €	8%
Aachener Bank e.G.	12.271,01 €	8%
Deutsche Bank	12.271,01 €	8%

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	61,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
II. Sachanlagen	5.766.803,00 €	5.151.943,00 €	4.662.855,00 €	-489.088,00 €	-9,49%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. Sonstige Vermögensgegenstände	85.370,14 €	122.484,25 €	106.091,42 €	-16.392,83 €	-13,38%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	410.084,78 €	686.554,86 €	853.760,66 €	167.205,80 €	24,35%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	2.460,42 €	2.579,92 €	138,66 €	-2.441,26 €	-94,63%
Summe Aktiva	6.264.779,34 €	5.963.562,03 €	5.622.845,74 €	-340.716,29 €	-5,71%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	153.387,57 €	153.387,57 €	153.387,57 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnvortrag	194.669,14 €	248.573,86 €	294.504,21 €	45.930,35 €	18,48%
III. Jahresüberschuss	53.904,72 €	45.930,35 €	139.339,96 €	93.409,61 €	203,37%
B. Sponderposten für Investitionszuschüsse	4.975.945,00 €	4.436.734,00 €	3.897.523,00 €	-539.211,00 €	-12,15%
C. Rückstellungen	731.875,70 €	904.677,70 €	917.634,31 €	12.956,61 €	1,43%
D. Verbindlichkeiten	149.763,97 €	164.816,42 €	215.377,58 €	50.561,16 €	30,68%
E. Rechnungs- abgrenzungsposten	5.233,24 €	9.442,13 €	5.079,11 €	-4.363,02 €	-46,21%
Summe Passiva	6.264.779,34 €	5.963.562,03 €	5.622.845,74 €	-340.716,29 €	-5,71%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	887.619,27 €	962.461,27 €	931.762,92 €	-30.698,35 €	-3,19%
2. sonstige betriebliche Erträge	735.601,61 €	702.878,36 €	747.600,71 €	44.722,35 €	6,36%
3. Personalaufwand	249.739,87 €	247.016,01 €	253.427,46 €	6.411,45 €	2,60%
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	626.215,88 €	617.972,40 €	620.783,19 €	2.810,79 €	0,45%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	600.498,82 €	638.692,86 €	576.001,61 €	-62.691,25 €	-9,82%
Betriebsergebnis	146.766,31 €	161.658,36 €	229.151,37 €	67.493,01 €	41,75%
6. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	34.556,48 €	4.747,91 €	7.438,97 €	2.691,06 €	56,68%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	40.187,27 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Finanzergebnis	-5.630,79 €	4.747,91 €	7.438,97 €	2.691,06 €	56,68%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	141.135,52 €	166.406,27 €	236.590,34 €	70.184,07 €	42,18%
8. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	3.124,00 €	3.124,00 €	-!
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	51.124,79 €	84.135,80 €	62.375,72 €	-21.760,08 €	-25,86%
10. sonstige Steuern	36.106,01 €	36.340,12 €	37.998,66 €	1.658,54 €	4,56%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	53.904,72 €	45.930,35 €	136.215,96 €	90.285,61 €	196,57%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	5	5	5

Verbindungen zum Kreishaushalt

Ein Verlustausgleich, der von den Gesellschaftern – außer Forschungszentrum Jülich – im Verhältnis ihrer Stammanteile, jedoch höchstens bis zu dem zehnfachen jeweiligen Stammkapitalanteil zu leisten ist (für den Kreis Düren also höchstens 153.387,56 €), ist in 2010 nicht angefallen.

Der Kreis Düren ist zu 361/1000 Eigentümer am Grundstück des Technologiezentrums. Dieser Anteil ist an das Technologiezentrum verpachtet. Z.Zt. ist die Pacht ausgesetzt.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft entwickelte sich im Geschäftsjahr 2010 wie im Trend der Vorjahre wiederum sehr zufriedenstellend. Der Stand der Vermietung blieb stabil. Ausgewiesen wird ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 139, wodurch das letztjährige Jahresergebnis um TEUR 93 übertroffen wurde. Die betriebliche Gesamtleistung der TZJ GmbH blieb mit TEUR 1.143 nahezu konstant. Die deutliche Ergebnisverbesserung resultiert vor allem aus dem Rückgang der

sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die sich um TEUR 63 auf TEUR 576 verminderten. Eine Ursache für die Aufwandsminderung liegt in den gesetzlich normierten Änderungen durch die Einführung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) begründet. Seit dem Geschäftsjahr 2010 dürfen Rückstellungen für unterlassene Aufwendungen, die nicht innerhalb von drei Monaten nach Ende des Geschäftsjahres nachgeholt werden, nicht mehr gebildet werden. Dies ändert jedoch grundsätzlich nichts an der Tatsache, dass in den nächsten Geschäftsjahren aufgrund des Alters des TZJ-Gebäudes tendenziell mit einem höheren Instandhaltungsbedarf zu rechnen ist. Das Betriebsergebnis der Gesellschaft verbesserte sich um TEUR 71 auf TEUR 232, das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stieg um TEUR 73 auf TEUR 239. Nach Steuern führt dies zu einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 139.

Tätigkeit der Gesellschaft

Technologiezentren sind dank ihrer Konzeption sowohl für den innovativen Mittelstand, insbesondere aber für Neugründer von besonderer Bedeutung. Denn kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie gerade auch Neugründer weisen in ihrem Innovationsverhalten allzu häufig spezifische Handicaps auf.

Technologiezentren bieten von daher für dieses Klientel ein optimales Umfeld, um solche Innovationen allen Widrigkeiten zum Trotz schnell und reibungslos zu realisieren. Hier können sich KMU voll und ganz auf ihr Kerngeschäft konzentrieren, denn schließlich bietet ein Technologiezentrum die wohl umfassendste Betreuung für technologieorientierte Gründer und Unternehmen mit F&E-Projekten. Es gibt dabei auch keine Beschränkung auf das verarbeitende Gewerbe, weil die produktionsorientierten Dienstleistungen zu einer treibenden Kraft für industrielle Innovationen geworden sind.

Bei aller Individualität der einzelnen Häuser sind die Grundstrukturen eines Technologiezentrums wie folgt zu charakterisieren:

- Es nimmt vor allem Unternehmen auf, die technologisch anspruchsvolle Produkte oder
- Dienstleistungen entwickeln, es ist also nicht einfach ein Zentrum für Neugründer.
- Das Technologiezentrum betreut ein Unternehmen mit seinem Technologieprojekt so lange, bis das Entwicklungsvorhaben Marktreife erlangt hat und Absatzchancen erarbeitet sind.
- Es gibt ein flexibles und dynamisches Raumangebot mit individueller Anpassung an den Bedarf und an das Wachstum der jungen Unternehmen.
- Es ist eine erste Adresse für die Unternehmen. Durch seine innere und äußere architektonische Gestaltung bietet es einen professionellen Rahmen für die Präsentation gegenüber Kunden und Partnern.
- Es bietet eine gemeinsame Infrastruktur, die sich Neugründer alleine nicht leisten können, dazu zählen zentraler Empfang, individueller Telefondienst für jede Firma, zentrale Bürodienstleistungen, moderne Ausstattung mit Bürogeräten, Anschlüsse für Daten- und Telekommunikation, Besprechungs- und Konferenzräume.
- Das TZ berät und unterstützt junge TOU in betrieblichen Fragen und vermittelt ihnen alle notwendigen Kontakte zu Kreditinstituten, Behörden, produktionsnahen Dienstleistern, Marketingunternehmen usw. Dazu zählt auch die Unterstützung beim Zugang von Wachstums- und Beteiligungskapital.
- Es arbeitet eng mit dem wissenschaftlichen Umfeld zusammen.
- Das Technologiezentrum fördert ein Klima der Kooperation zwischen seinen Mietern.

Stand der Vermietung

Die TZJ-GmbH hat sich auch im Jahr 2010 ihren Herausforderungen erfolgreich gestellt. Aktuell verfügt das Technologiezentrum Jülich über insgesamt 8.000 m² vermietbare Fläche. Die durchschnittliche Auslastung in 2010 beträgt ca. 91,5 Prozent.

Zum Stichtag 31. März 2011 sind im Technologiezentrum 48 Firmen ansässig, die ca. 190 fest-angestellte Mitarbeiter, studentische Aushilfskräfte sowie Diplomanden beschäftigen. Das Spektrum reicht von Einzelunternehmen bis hin zu Firmen mit 20 Mitarbeitern.

Im Jahr 2010 sind sieben neue Unternehmen – drei davon Existenzgründer - in das TZJ eingezogen, um hier ihre Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und zu vermarkten, neun Unternehmen haben das TZJ verlassen.

Von Beginn der Tätigkeit bis März 2011 haben sich nunmehr insgesamt 169 Unternehmen im TZJ angesiedelt, darunter 77 Existenzgründer.

Das TZJ verlassen haben bis zum Stichtag 31. März 2011 insgesamt 121 Unternehmen: 36 Unternehmen verblieben im Kreis Düren, 34 weitere im Technologie-Raum Aachen. Damit sind über 50 Prozent in der Region geblieben. 16 Firmen siedelten sich innerhalb NRW an, weitere 14 innerhalb der Bundesrepublik. 12 Firmen nahmen ihren neuen Firmensitz im Ausland und lediglich 9 Unternehmen mussten einen Insolvenzantrag stellen.

Die Auslastung liegt am 1. Januar 2011 bei 93,46 Prozent, am 1. April 2011 bei 95,42 Prozent.

Die durchschnittliche Verweildauer der Unternehmen im TZJ beträgt ca. 3,5 Jahre.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage soll durch folgende Kennzahlen veranschaulicht werden:

Analyse der Vermögenslage

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2010 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2009 gegenüber gestellt.

Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.

Die Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage weisen grundsätzlich auf eine nach wie vor sehr zufrieden stellende und stabile Entwicklung der Gesellschaft hin.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen:

	31.12.2010		31.12.2009		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
VERMÖGENSSTRUKTUR						
Langfristig gebundenes Vermögen						
Anlagevermögen						
Software	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sachanlagen	4.663	82,9	5.152	86,4	-489	-9,5
	<u>4.663</u>	<u>82,9</u>	<u>5.152</u>	<u>86,4</u>	<u>-489</u>	<u>-9,5</u>
Kurzfristig gebundenes Vermögen						
Umlaufvermögen						
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	79	1,4	122	2,1	-43	-35,3
Sonstige Vermögensgegenstände	27	0,5	0	0,0	27	*
Liquide Mittel	854	15,2	687	11,5	167	24,3
	<u>960</u>	<u>17,1</u>	<u>809</u>	<u>13,6</u>	<u>151</u>	<u>18,7</u>
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	3	0,0	-3	-100,0
Gesamtvermögen	<u>5.623</u>	<u>17,1</u>	<u>5.964</u>	<u>100,0</u>	<u>-341</u>	<u>-5,7</u>

* = Veränderungen über 100 v.H. bzw. ohne Aussagewert

	31.12.2010		31.12.2009		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
KAPITALSTRUKTUR						
Langfristig verfügbares Kapital						
Eigenkapital						
Gezeichnetes Kapital	153	2,7	153	2,6	0	0,0
Gewinnvortrag	295	5,3	249	4,2	46	18,5
Jahresüberschuss	139	2,5	46	0,7	93	*
	587	10,5	448	7,5	139	31,0
Fremdkapital						
Sonderposten für Investitionszuschüsse	3.898	69,3	4.437	74,4	-539	-12,2
	3.898	69,3	4.437	74,4	-539	-12,2
	4.485	79,8	4.885	81,9	-400	-8,2
Kurzfristig verfügbares Kapital						
Fremdkapital						
Steuerrückstellungen	43	0,8	28	0,5	15	53,6
Sonstige Rückstellungen	875	15,5	877	14,7	-2	-0,2
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	128	2,3	98	1,6	30	30,6
Sonstige Verbindlichkeiten/RAP	92	1,6	76	1,3	16	21,1
	1.138	20,2	1.079	18,1	59	5,5
Gesamtkapital	5.623	100,0	5.964	100,0	-341	-5,7

* = Veränderungen über 100 v.H. bzw. ohne Aussagewert

Das Gesamtvermögen des Technologiezentrums hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 341 auf TEUR 5.623 vermindert. Zurückzuführen ist diese Entwicklung wie in den Vorjahren vor allem auf den planmäßigen Werteverzehr des Sachanlagevermögens (insbesondere Gebäude). Die Liquidität spiegelt wieder wie schon in den letzten Geschäftsjahren die wirtschaftlich solide und stabile Struktur der Gesellschaft wider und verbesserte sich trotz erhöhter Investitionstätigkeit um TEUR 167 (24,3 Prozent). Die liquiden Mittel des TZJ belaufen sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 854 (Vorjahr: TEUR 687).

Den liquiden Mitteln in Höhe von TEUR 854 stehen lediglich Verbindlichkeiten (aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige) in Höhe von insgesamt TEUR 220 (Vorjahr: TEUR 174) gegenüber.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote des TZJ erhöhte sich erneut deutlich und beträgt zum Abschlussstichtag 10,5 Prozent (Vorjahr: 7,5 Prozent).

Unter Berücksichtigung der Sonderposten für Investitionszuschüsse in Höhe von TEUR 3.898 (= 69,3 Prozent der Bilanzsumme) beläuft sich die betriebswirtschaftliche Eigenkapitalquote auf beachtliche 79,8 Prozent der Bilanzsumme (Vorjahr: 81,9 Prozent).

Das kurzfristig verfügbare Kapital (Restlaufzeit bis zu einem Jahr) hat sich um TEUR 59 (=5,5 Prozent) erhöht. Dies ist zurückzuführen auf die Bildung von Steuerrückstellungen und der (stichtagsbedingten) Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen/Sonstigen Verbindlichkeiten.

Analyse der Ertragslage

Dieser Darstellung der Ertragslage liegt eine aus den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Gesamtkostenverfahren abgeleitete wirtschaftliche Erfolgsrechnung zugrunde.

Sich neutralisierende Positionen (Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse) werden mit den Abschreibungen verrechnet und als „Eigenmittel-Abschreibungen“ dargestellt.

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2010 und 2009 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

	2010		2009		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
ERGEBNISSTRUKTUR						
- Umsatzerlöse	932	81,5	962	85,4	-30	-3,1
- Sonstige betriebliche Erträge	211	18,5	164	14,6	47	28,7
Gesamtleistung	1.143	100,0	1.126	100,0	17	1,5
- Personalaufwand	-253	-22,1	-247	-21,9	-6	-2,4
- Eigenmittel-Abschreibungen	-82	-7,2	-79	-7,0	-3	-3,8
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	-576	-50,4	-639	-56,8	63	9,9
	-911	-50,4	-639	-56,8	63	9,9
Betriebsergebnis	232	20,3	161	14,3	71	44,1
Finanzergebnis	7	0,6	5	0,4	2	40,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	239	20,9	166	14,7	73	44,0
Steuern	-100	-8,7	-120	-10,6	20	16,7
Jahresüberschuss	139	12,2	46	4,1	93	*

* = Veränderungen über 100 v.H. bzw. ohne Aussagewert

Die Gesamtleistung der Gesellschaft ist von bemerkenswerter Konstanz geprägt. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Gesamtleistung um TEUR 17 (1,5 Prozent) auf TEUR 1.143. Der geringfügige Umsatzrückgang durch eine etwas verminderte Auslastung des TZJ konnte durch den Anstieg der Nebengeschäftserträge kompensiert werden.

Der Personalaufwand blieb in Höhe von TEUR 253 wie schon im Trend der vergangenen Geschäftsjahre wieder nahezu konstant.

Bei den Eigenmittel-Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände (TEUR 82) handelt es sich ausschließlich um planmäßige Abschreibungen, die den Vorjahren weitgehend entsprechen und im Wesentlichen nicht zuschussfinanzierte Gebäudeabschreibungen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattungen beinhalten. Im Geschäftsjahr wurde mit Eigenmitteln eine Photovoltaikanlage angeschafft (Anschaffungskosten: TEUR 119)

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gingen relativ deutlich um TEUR 63 (9,9 Prozent) auf TEUR 576 zurück. Hier verminderten sich vor allem die Raumkosten/Instandhaltungskosten. Diese Entwicklung hängt ursächlich zusammen mit dem Verbot der Neubildung von Aufwandsrückstellungen (Instandhaltung) wegen BilMoG. Dem gegenüber stehen geringe Aufwandssteigerungen in verschiedenen Bereichen (u.a. Wartung/Instandhaltung BGA, Porto).

Das Betriebsergebnis erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich um TEUR 71 (= 44,1 Prozent) auf TEUR 232.

Zum zweiten Mal seit dem Bestehen des TZJ wird ein positives Finanzergebnis in Höhe von TEUR 7 ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr verbesserte sich das Finanzergebnis um TEUR 2.

Insgesamt ergibt sich nach Abzug des um TEUR 20 auf TEUR 100 etwas rückläufigen Steuer-
aufwandes erneut mit TEUR 139 ein Jahresüberschuss (i.V. Jahresüberschuss von TEUR 46);
das Jahresergebnis ist gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen (um TEUR 93). Die Vor-
gaben des Wirtschaftsplanes 2010 wurden wieder übertroffen.

Analyse der Finanzlage

Zur Beurteilung der Finanzlage im Berichtsjahr wurde die nachstehende Kapitalflussrechnung
auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) erstellt:

	<u>TEUR</u>
Periodenergebnis	139
+ Eigenmittel-Abschreibungen	82
+/- Zu- / Abnahme der Rückstellungen	13
-/+ Zu- / Abnahme der Forderungen aus Lieferung und Leistung, sonstige Vermögensgegenstände und RAP (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	19
+/- Zu- / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung, sonstigen Verbindlichkeiten und RAP (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	46
= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	299
- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-132
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-132
- Auszahlung aus der Tilgung von (Finanz-)Krediten	0
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	167
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	687
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	854

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

	<u>31.12.2006</u>	<u>31.12.2007</u>	<u>31.12.2008</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2010</u>
Sachanlagenintensität (in %)					
Anlagevermögen					
= $\frac{\quad}{\text{Gesamtkapital}}$	82,9	79,8	92,1	86,4	82,9
Umschlagshäufigkeit der Forderungen					
Umsatzerlöse					
= $\frac{\quad}{\text{Forderungen ausLieferung u. Leistung}}$	13,5	12,1	13,1	7,9	11,8
Eigenkapitalquote (in %)					
Eigenkapital + SoPo's					
= $\frac{\quad}{\quad}$	74,9	73,2	85,8	81,9	79,8

Gesamtkapital					
Anlagendeckungsgrad II (in %)					
$\frac{\text{EK} + \text{langfr. FK}}{\text{Anlagevermögen}}$	110,5	113,1	93,3	94,8	96,2
Liquidität (in %)					
1. Grades					
$\frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfr. Verbindlichkeiten}}$	188,3	196,9	46,2	63,7	75,0
2. + 3. Grades					
$\frac{\text{liqu. Mittel} + \text{Ford.} + \text{RAP}}{\text{kurzfr. Verbindlichkeiten}}$	204,4	207,0	56,1	75,3	84,4
Working Capital (in TEUR)					
= Umlaufvermögen – kurzfr. FK	740	837	-389	-267	-178
Umsatzrentabilität (in %)					
$\frac{\text{Ergebnis vor Ertragsteuern}}{\text{Umsatzerlöse}}$	11,9	17,2	11,8	13,5	21,6
Gesamrentabilität (in %)					
$\frac{\text{Ergebnis vor Ertragssteuern}}{\text{Gesamtvermögen}}$	2,3	3,0	2,3	2,2	3,6

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Der aktuelle wirtschaftliche Aufschwung bietet ausgesprochen gute Perspektiven für Gründerinnen und Gründer. Existenzgründungen stoßen Innovationen an und sorgen für Dynamik. Junge und innovative Unternehmen haben eine Schlüsselrolle in unserer Volkswirtschaft: denn Gründungen beschleunigen den Transfer von technologischen Wissen und Know-how.

Insgesamt erwartet die Geschäftsleitung bei unveränderter Kostensensibilität in allen Bereichen im Jahr 2011 erneut mindestens ein wie im Wirtschaftsplan prognostiziertes Jahresergebnis. Es ist mit einer durchschnittlichen Auslastung wie in den Vorjahren zu rechnen. Ergebnisbelastende Risiken (insbesondere Instandhaltungsaufwand aufgrund des Alters des Gebäudes; hierfür wurde in den Geschäftsjahren bis 2009 durch Bildung von Rückstellungen entsprechende Vorsorge getroffen) sind über die bekannten Risiken hinaus (Leerstand, insbesondere verursacht durch nicht vorhersehbare gesamtwirtschaftliche Entwicklungen) nicht zu erwarten. Durch die konjunkturelle Entwicklung ergeben sich Chancen hinsichtlich der zunehmenden Gründung von jungen Unternehmen.

Damit es uns in Deutschland auch in Zukunft gut geht, brauchen wir mehr Gründerinnen und Gründer mit viel Mut, Zielstrebigkeit und dem Willen zum Erfolg.

2010 stiegen die bundesweiten Neugründungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres weiter leicht an. Diese positive Momentaufnahme ist sicher kein Grund sich auszuruhen und sich damit zufrieden zu geben: Im internationalen Vergleich ist und bleibt die Gründungsbereitschaft in Deutschland nach wie vor eher schwach ausgeprägt. Nach dem Global Entrepreneurship Monitor, einer internationalen Analyse des Gründungsgeschehens, belegt Deutschland in der Vergleichsgruppe der innovativen Länder mit einer Gründungsquote von 4,1 Prozent nur Rang 15 unter 20 berücksichtigten Nationen.

Hier trauen sich einfach immer noch zu wenige Menschen mit guten Ideen eine Firma zu gründen, zu viele plagt dabei wohl auch die Angst vor dem Scheitern. Hinzu kommt, dass auch bei den Gründungsaktivitäten im High-Tech-Bereich deutlicher Nachholbedarf besteht. Nach Erkenntnissen des Zentrums für Wirtschaftsforschung Mannheim (ZEW) liegen die High-Tech-Gründungen im langjährigen Vergleich auf einem niedrigen Niveau. Gerade diese innovativen Gründungen haben aber für Wachstum und Beschäftigung in unserem Land eine besondere

Bedeutung. High-Tech-Gründer beschäftigen nach Untersuchungen des ZEW im Durchschnitt doppelt so viele Mitarbeiter wie Gründer in anderen Bereichen.

Ebenfalls sind Gründerinnen weiterhin unterrepräsentiert. Der Anteil von Frauengründungen an allen neuen Unternehmen beträgt nur rund ein Drittel.

Sonstiges

Das TZJ nahm an folgenden Veranstaltungen teil:

Start-Messe

Jedes Jahr im Herbst bietet die Start-Messe in Essen umfassende und kompetente Informationen rund um die Bereiche Franchising, Unternehmensgründung und -führung, Unternehmenswachstum und -nachfolge. Neben den Ausstellern aus allen wichtigen Bereichen und Branchen sind insbesondere das kostenfreie Vortrags- und Workshopprogramm ein Highlight. Die Geschäftsführung der TZJ-GmbH nahm die Gelegenheit wahr, an der Messe teilzunehmen.

Nacht der Unternehmen

Bei der Nacht der Unternehmen in Aachen präsentierten sich die Technologiezentren der Region mit einem Gemeinschaftsstand, an dem auch die TZJ-GmbH beteiligt war. Im Rahmen dieser Veranstaltung zeigten Unternehmen aus der Region Aachen Studenten, Absolventen, Fachkräften und Doktoranden anschaulich ihr Potenzial auf. Nach einführenden Vorträgen wurden die Interessenten per Bus zu den von ihnen im Vorfeld ausgewählten Unternehmen, vornehmlich in den Bereichen Automotive, Energie, Informations- und Kommunikationstechnologie und Lebenswissenschaften gebracht, wo Besichtigungen, Referate und persönliche Gespräche stattfanden.

Veranstaltungsaktivitäten 2010 im TZJ:

Jülicher Gesellschaft gegen das Vergessen und für die Toleranz

Die Jülicher Gesellschaft gegen das Vergessen und für die Toleranz beging am 27. Januar 2010 den 65. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz. Geehrt wurden Schüler der Gemeinschaftshauptschule Linnich und der Realschule Linnich sowie Konfirmanden, eine Jugendgruppe und die Pfadfinder aus Aldenhoven, die sich mit der Nazi-Vergangenheit und den „richtigen Schlüssen“ beschäftigt haben. Als Gast referiert der Essener Sicherheitsexperte Rolf Tophoven.

Quartalsreport 2010

Die Anwalts- und Steuerberatungsgesellschaft Bogalski informierte beim I. Quartalsreport 2010 über wichtige Themen der Rechtsprechung im Steuer- und Arbeitsrecht.

ANTalive

Das zdi-Zentrum ANTalive („Angewandte Naturwissenschaft und Technik live erleben“) bietet für die Region Aachen, Eschweiler und Düren seit Januar 2009 außerschulische Angebote im Bereich Naturwissenschaften. Oberstufen-Schüler der Region besuchten an einem Tag in Gruppen die Firmen WTI, IA Tech, Dasgip und TÜV Agroisolab.

Beiratssitzung des LifeTecAachen-Jülich e.V.

Die 20. Beiratssitzung des LifeTecAachen-Jülich e.V. wurde im TZJ durchgeführt. Die Geschäftsstelle berichtete über die Biomedica, das Clustermanagement von InnoMeT und gab einen Überblick über weitere Aktivitäten des Vereins.

Unternehmerseminare der GWS

Im Rahmen der Unternehmerseminare der GWS diskutierten in einem Workshop Vertreter von Dienstleistungsunternehmen, Handwerk, Verwaltung und Industrie über das zeitgemäße Miteinander im Betrieb: Wie führt ein Unternehmen die Mitarbeiter in Krisenzeiten? Wie vereinbaren Geschäftsleitung und Mitarbeiter Ziele? Wie kann ich Kritikgespräche führen, ohne mein Gegenüber zu verletzen? Diese Fragen wurden offen angesprochen und Fallbeispiele in die Diskussion eingebracht.

„Baumesse Jülich“

Die ABIT-GmbH organisierte die erste „Baumesse Jülich“ mit 34 Ausstellern aus den Bereichen Bauen, Wohnen, Renovieren, Energie und Finanzierung im Lichthof und Außenbereich des Technologiezentrums.

Seminar „Marketingplanung“ der IHK

Bei der Vermarktung eigener Produkte und Dienstleistungen zur Markterschließung kommt der Marketingplanung eine Schlüsselrolle zu. Wichtige Fragen hierzu wurden im Rahmen des Seminars „Marketingplanung“ der IHK behandelt.

„Gesundheitswoche„ rund um die „Existenzgründung in der Gesundheitswirtschaft“

In der Gesundheitsbranche vollzieht sich derzeit ein grundlegender Perspektivwandel. Statt als reiner Kostenfaktor präsentiert sie sich als Wachstumsbranche und Innovationsmotor mit besonderer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland.

Da es nicht mehr nur darum geht, medizintechnologische Entwicklungen der Hochschulen in der Region über Existenzgründungen zu fördern, sondern auch Projekte ohne Hochschulbezug zu unterstützen und zu vernetzen, informierte die Agit mit den Partnern in der Region bei der „Gesundheitswoche„ rund um die „Existenzgründung in der Gesundheitswirtschaft“ an einem Tag auch im Technologiezentrum Jülich.

„Aufbruch 2010“

Eine erfolgreiche Existenzgründung braucht eine gute Vorbereitung. Im Rahmen der regionalen Gründermesse „Aufbruch 2010“ standen deshalb umfangreiche Informationen zum Thema Existenzgründung und Unternehmensführung auf dem Programm. Veranstaltungsort ist in diesem Jahr das TZJ.

„Ökoprofit“

Unter dem Motto „Umweltschutz mit Gewinn“ läuft das Projekt „Ökoprofit“ erstmals im Kreis Düren an. Durch gezielte Einsparungen von Ressourcen sollen die Umwelt entlastet und die Betriebskosten der Unternehmen gesenkt werden.

Das Projekt wurde der Presse im TZ vorgestellt, die Auftaktveranstaltung der teilnehmenden Firmen fand Ende November im Kreishaus Düren statt.

„Auf dem Weg zur demenzfreundlichen Kommune“

Die Auftaktveranstaltung zum Thema „Auf dem Weg zur demenzfreundlichen Kommune“ führte die Stadt Jülich im TZJ durch. Demenz ist in der Öffentlichkeit noch ein Tabu-Thema. Bei dieser Veranstaltung wurden Ideen und Anregungen gesammelt, um zivilgesellschaftliche Aktivitäten zur Begleitung und Entlastung von Menschen mit Demenz anzustoßen und in einem späteren Projekt umzusetzen.

„Politische und gesellschaftliche Partizipation – Jülich hat Chancen!“

Bereits zum dritten Mal in Folge erhielt das Amt für Kinder, Jugend und Sozialplanung eine Förderung aus dem Landesprogramm „Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit – Komm-In NRW“. Unter dem Projekttitel „Politische und gesellschaftliche Partizipation – Jülich hat Chancen!“ arbeitet die Stadt an zwei Zielen: Gemeinsam die interkulturelle Ausrichtung der Gremien zu unterstützen und die politische Partizipation der zugewanderten Bevölkerung in Jülich zu fördern.

Der im TZJ durchgeführte Integrationsworkshop wollte - ausgehend von der Bestandsaufnahme - Leitziele, Handlungsansätze und Erfolgsindikatoren für die Beteiligungsarbeit konkretisieren und mit den vorhandenen städtischen Gremien und Initiativen Zukunftsperspektiven entwickeln.

42. GründerFoyer

Aus den Erfahrungen anderer lernen konnten Gründungsinteressierte beim 42. GründerFoyer der GründerRegion Aachen, Düren, Euskirchen, Heinsberg. Nach der Vorstellung einer Gründerin mit ihrem Konzept, stellten sich Existenzgründer und Jungunternehmer beim anschließenden

den „Speed-Dating“ gegenseitig vor. Im informellen Teil konnten diese Erstkontakte vertieft werden, zudem standen weitere Experten für Gespräche zur Verfügung.

Gründersprechtage

Die regelmäßigen Gründerberatungssprechtage führte die Gesellschaft für Wirtschafts- und Strukturförderung im Kreis Düren mbH (GWS) gemeinsam mit der IHK im TZJ durch.

Sonstige Veranstaltungen

Das Forschungszentrum Jülich (FZJ), die Stadt Jülich und diverse Berufsverbände führen in unregelmäßigen Abständen Informationsveranstaltungen im TZJ durch.

Sie alle, wie auch Veranstaltungen des Jülicher Jazzclubs und private Feiern im „Palmengarten“, tragen zur positiven Wahrnehmung des Technologiezentrums Jülich in der breiten Öffentlichkeit bei.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Technologiezentrum Jülich GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)

Baedekerstraße 5
45128 Essen
Telefon: 0201/22 1377
Telefax: 0201/22 2974
E-Mail: info@vka-rwe.de
Homepage: www.vka-rwe.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlicher und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihre Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben

- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten und
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und Entsorgung zu beraten.

Die kommunalen Anteilseigner der RWE AG haben ihre gesellschaftsvertragliche Struktur (Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 12.01.2006) den Anforderungen eines modernen, europäisch geprägten Gesellschaftsrechts angepasst. Die VKA's haben das kommunale Engagement in der Energiewirtschaft im Sinne der kommunalen Daseinsvorsorge bekräftigt und die Form ihrer Zusammenarbeit sowie die Strukturen ihrer Beteiligungen an der RWE AG modernisiert. Neben eher formellen Änderungen der Gesellschaftsverträge, wie der Umstellung des Stammkapitals auf EURO und der Einstellung auf neue, insbesondere elektronischer Medien wurden die Gesellschaftsverträge an die Erfordernisse moderner Anlegerschutzvorschriften in Umsetzung europäischer Richtlinien an die Praxis, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt haben, angepasst.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Die Gesellschaft wird gemeinsam durch die beiden Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer werden durch Beschluss der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Bestellung erfolgt jeweils auf die Dauer von sechs Jahren.

Verwaltungsrat: Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, dem ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und neun weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden aus der Mitte der Gesell-

schafterversammlung für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Soweit nicht kraft zwingenden Rechtes etwas anderes vorgeschrieben ist entscheidet der Verwaltungsrat in allen Angelegenheiten der Gesellschaft, die aufgrund des Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes der Bestimmung der Gesellschafter unterliegen und weder der Gesellschafterversammlung (§ 6 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages) noch der laufenden Geschäftsführung (§ 10 des Gesellschaftsvertrages) vorbehalten sind. Der Verwaltungsrat hat insbesondere die Geschäftsführung zu überwachen. Er kann wichtige Angelegenheiten an sich ziehen.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung ist ausschließlich zuständig, soweit nicht Zuständigkeiten kraft zwingenden Rechtes festgelegt sind, in folgenden Angelegenheiten:

1. Erhöhung oder Herabsetzung des Stammkapitals sowie sonstige Änderungen des Gesellschaftsvertrages;
2. Erwerb, Aufgabe oder Weiterveräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen einschließlich der vorübergehenden Übernahme solcher Beteiligungen zur Weiterveräußerung an Gesellschafter; der Beschluss setzt eine Änderung des Gesellschaftsvertrages voraus;
3. Zustimmung zur Übertragung, Veräußerung, Verpfändung, Zusammenfassung und Teilung von Geschäftsanteilen oder Teilgeschäftsanteilen;
4. Wahl des Vorsitzenden, des ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und der neun weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates;
5. Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern;
6. Änderung der bestehenden Bindungsverträge über den kommunalen Aktienbesitz;
7. Feststellung des Jahresabschlusses (Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung) sowie Ergebnisverwendung;
8. Festsetzung der Nachschüsse
9. Entlastung der Geschäftsführung;
10. Entlastung des Verwaltungsrates;
11. Bestellung des Abschlussprüfers;
12. Aufnahme von Darlehen;
13. Auflösung der Gesellschaft. Der Auflösungsbeschluss bedarf der Mehrheit von drei Vierteln der Stimmen aller Gesellschafter sowie von drei Vierteln des Stammkapitals.

Gebietsausschuss:

Außer den Organen werden vier Gebietsausschüsse gebildet. Die Gebietsausschüsse haben die Aufgabe

1. regionale Probleme ihres Gebietes zu erörtern;
2. die Teilnahme der Gesellschafter an der Tätigkeit der Gesellschaft zu fördern und die Arbeit der Gesellschafterversammlung des Verwaltungsrates auf eine breitere und lebendigere Grundlage zu stellen;
3. die Interessen der Gesellschafter an den Aufgaben der Gesellschaft zu vertiefen;
4. Anregungen für die zuständigen Organe zu erarbeiten und
5. auf Anforderung der Gesellschafterversammlung oder des Verwaltungsrates sich gutachterlich zu äußern.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Graef, Roger Landrat a.D.
Gerlach, Ernst Staatssekretär a.D.

Verwaltungsrat: Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, dem ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und neun weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden aus der Mitte der Gesellschafterversammlung für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt

Gesellschafterversammlung: In der Gesellschafterversammlung kann sich jeder Gesellschafter nur durch eine Person vertreten lassen.

Gebietsausschuss: Dem Gebietsausschuss Nord: Alle Gesellschafter aus dem Land Niedersachsen und dem Regierungsbezirk Münster mit Ausnahme des Gebietes des Regionalverbandes Ruhr und aus den Regierungsbezirk Detmold.

Dem Gebietsausschuss Süd: Alle Gesellschafter aus den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland.

Dem Gebietsausschuss Mitte: Alle Gesellschafter aus dem Regierungsbezirk Köln und Arnsberg sowie den Städten Remscheid und Solingen aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf.

Dem Gebietsausschuss West: Alle Gesellschafter aus Nordrhein-Westfalen, die nicht einem der übrigen Gebietsausschüsse angehören.

Auf eine weitere Darstellung wird wegen der hohen Anzahl der Gesellschafter verzichtet.

Vertreter des Kreises Düren

Verwaltungsrat: ./.

Gesellschafterversammlung: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat

Gebietsausschuss Mitte: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	45128 Essen	
gezeichnetes Kapital:	127.822,97 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	536,86 €	0,42%

Auf eine weitere Darstellung wird wegen der hohen Anzahl der Gesellschafter verzichtet.

Bilanz	2007/2008	2008/2009	2009/2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	7.449,00 €	6.710,00 €	7.157,00 €	447,00 €	6,66%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	22.813,60 €	18.475,73 €	17.819,82 €	-655,91 €	-3,55%
II. Wertpapiere	525.400,00 €	274.275,00 €	274.489,58 €	214,58 €	0,08%
III. Guthaben bei Kreditinstituten	533.850,56 €	476.100,29 €	400.900,64 €	-75.199,65 €	-15,79%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Summe Aktiva	1.089.513,16 €	775.561,02 €	700.367,04 €	-75.193,98 €	-9,70%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97 €	127.822,97 €	127.822,97 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	506.223,61 €	633.238,61 €	551.983,38 €	-81.255,23 €	-12,83%
III. Gewinnrücklagen	650.000,00 €	650.808,00 €	401.022,58 €	-249.785,42 €	-38,38%
IV. Verlust-/Gewinnvortrag	-55.931,25 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
V. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-151.934,98 €	-648.694,39 €	-395.606,68 €	253.087,71 €	-39,01%
B. Rückstellungen	8.700,00 €	8.000,00 €	9.400,00 €	1.400,00 €	17,50%
C. Verbindlichkeiten	4.632,81 €	4.385,83 €	5.744,79 €	1.358,96 €	30,99%
Summe Passiva	1.089.513,16	775.561,02	700.367,04	-75.193,98 €	-9,70%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2007/2008	2008/2009	2009/2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. sonstige betriebliche Erträge	1.190,49 €	623,34 €	1.431,50 €	808,16 €	129,65%
2. Personalaufwand	156.008,88 €	160.625,04 €	165.090,82 €	4.465,78 €	2,78%
3. Abschreibungen auf Sachanlagen	974,90 €	1.119,00 €	1.902,87 €	783,87 €	70,05%
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	68.463,80 €	311.694,00 €	64.831,83 €	-246.862,17 €	-79,20%
Betriebsergebnis	-224.257,09 €	-472.814,70 €	-230.394,02 €	242.420,68 €	-51,27%
5. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	72.322,11 €	32.795,18 €	25.022,08 €	-7.773,10 €	-23,70%
Finanzergebnis	72.322,11 €	32.795,18 €	25.022,08 €	-7.773,10 €	-23,70%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-151.934,98 €	-440.019,52 €	-205.371,94 €	234.647,58 €	-53,33%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-151.934,98 €	-440.019,52 €	-205.371,94 €	234.647,58 €	-53,33%

	2007/2008	2008/2009	2009/20010
Anzahl der Mitarbeiter	3	3	3

Verbindungen zum Kreishaushalt

Die Gesellschafter sind verpflichtet, zur Deckung der laufenden Ausgaben der Gesellschaft Nachschüsse in jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzender Höhe zu leisten. Die zu leistenden Nachschüsse sind nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile festzusetzen und einzuzahlen. In 2010 hat der Kreis Düren 537,00 € (Nachschusszahlung; Kostenanteil nach Verhältnis Geschäftsanteil) geleistet.

Auszug aus dem Lagebericht 2009/2010

Geschäftsentwicklung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.

Ergebnis

Aus der Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2009/2010 ein Jahresfehlbetrag von € 205.371,94. Das Eigenkapital der Gesellschaft ist durch Zuzahlung von €127.419,00 in die Kapitalrücklage gestärkt worden und entspricht 97,8 % der Bilanzsumme.

Ausblick

Für die Zukunft geht die Geschäftsführung bei der Struktur der Gesellschaft weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter ausgeglichen werden. Wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen, werden von der Geschäftsführung nicht gesehen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Vka Verband der kommunalen Aktionäre der RWE GmbH ist im Besitz von RWE-Aktien. Eine weitere Darstellung dieser Beteiligung entfällt, da die Beteiligung an der Vka selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.



Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

1. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
2. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von
 - a) Wissenschaft und Forschung
 - b) Bildung und Erziehung,
 - c) Kunst und Kultur
 - d) internationaler Gesinnung
 - e) Toleranz auf allen Gebieten der Kultur
 - f) Völkerverständigung
 - g) Umwelt- und Landschaftsschutz
 - h) Denkmalschutz
 - i) regionaler Identität sowie
 - j) demokratischen Gesellschaftsstrukturen
3. Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich
 - a) die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
 - b) die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
 - c) die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie
 - d) die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den unter a) bis c) genannten Punkten stehen.
4. Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit nach § 3 zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.
5. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft entweder durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. 6 Mitglieder werden vom Landschaftsverband Rheinland, 3 Mitglieder vom Kreis Euskirchen und jeweils 1 Mitglied von den übrigen Gesellschaftern entsandt. Die Mitglieder werden von der Vertretung des jeweiligen Gesellschafters entsandt. Der Aufsichtsrat überwacht den Geschäftsführer der Gesellschaft. Er wirkt maßgeblich an der strategischen Planung mit, die vom Geschäftsführer vorbereitet und im Detail ausgearbeitet wird. Dem Aufsichtsrat obliegen insbesondere die

1. Stellungnahme zum Wirtschaftsplan der Gesellschaft,
2. regelmäßige Beurteilung der Umsetzung des Wirtschaftsplans und Information der Gesellschafterversammlung über wesentliche Abweichungen,
3. Prüfung des Jahresabschlusses, des Lageberichts und des Vorschlags für die Verwendung des Ergebnisses,
4. Entgegennahme des Prüfbereiches und Führen eines Abschlussgesprächs mit dem Wirtschaftsprüfer.

Vor der Umsetzung der folgenden Rechtshandlungen ist, soweit sie nicht bereits detailliert im Wirtschaftsplan ausgewiesen sind, die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates erforderlich.

1. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten sowie Rechten an Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten,
2. die Errichtung oder Veränderungen an Gebäuden,
3. die Übernahme von Bürgschaften und die Aufnahme von Darlehen,
4. die Eingehung von Wechselverbindlichkeiten,
5. die Einleitung, Führung und Beendigung von Rechtsstreitigkeiten, soweit der Streitgegenstand mehr als 25.000 € beträgt,
6. die Vergabe von Aufträgen, die Veräußerung von Gegenständen, der Abschluss von Miet-, Pacht- und Leasingverträgen sowie das Geschäften jegliche Art, die eine Wertgrenze von 50.000 € pro Geschäftsvorfall überschreiten,
7. alle Geschäfte, welche die Gesellschafterversammlung durch Gesellschafterbeschluss für zustimmungspflichtig erklärt,
8. die Übernahme neuer Aufgaben sowie die Aufgabe vorhandener Tätigkeitsbereiche.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung werden von der Vertretung des jeweiligen Gesellschafters entsandt. Die Gesellschafterversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einer Mehrheit von 75 % des Stammkapitals. Je 1 € Stammkapitaleinlage haben die Gesellschafter eine Stimme. Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Er ist berechtigt, bis zu 3 Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden. Soweit ein Gesellschafter mehr als ein Mitglied entsendet, ist ein Stimmführer zu benennen.

Der Vorsitz der Gesellschafterversammlung wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland und einen Vertreter des Kreises Euskirchen geführt, wobei der stellvertretende Vorsitzende vom anderen Gesellschafter gestellt wird.

Die Gesellschafterversammlung beschließt über alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, insbesondere über:

1. Einforderung von Einzahlungen auf die Stammeinlage, die Teilung sowie Einziehung von Geschäftsanteilen,
2. Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers, Abschluss und Kündigung der Geschäftsführungsanstellungsverträge, Weisungen an den Geschäftsführer,
3. Feststellung des Jahresabschlusses, Verwendung der Ergebnisse im Rahmen der gemeinnützigkeitsrechtlichen Vorschriften,
4. Auswahl und Bestellung des Abschlussprüfers der Gesellschaft; sie kann den Gegenstand und den Umfang der Prüfung generell oder im Einzelfall über den in § 317 des Handelsgesetzbuches geregelten gesetzlichen Gegenstand und Umfang der Prüfung hinaus erweitern,
5. Entlassung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrats,
6. Sitzverlegung und Veräußerung des Unternehmens im Ganzen oder von wesentlichen Teilen desselben,
7. Ausschluss bzw. Aufnahme von Gesellschaftern,
8. Abschluss und Änderung von Unternehmensverträgen, insb. Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
9. Strukturmaßnahmen, die Gegenstands- oder Zweckveränderungen gleichkommen,
10. Auflösung der Gesellschaft und die Wahl der Liquidatoren,
11. Änderung des Gesellschaftsvertrages,
12. Feststellung des Wirtschaftsplans,
13. die Erhöhung und Reduzierung des Gesellschaftskapitals,
14. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
15. alle Geschäfte, welche die Gesellschafterversammlung durch Gesellschafterbeschluss für zustimmungspflichtig erklärt,
16. die Übernahme neuer Aufgaben sowie die Aufgabe vorhandener Tätigkeitsfelder,
17. Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Beirats und Kuratoriums,
18. Erteilung und Widerruf von Prokura.

Die Einstellung und Entlassung von Personal bedarf der Zustimmung der Gesellschafterversammlung.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Moritz, Albert		
Aufsichtsrat:	Landschaftsverband Rheinland	6 Sitze	40,00 %
	Kreis Euskirchen	3 Sitze	20,00 %
	Stadt Schleiden	1 Sitz	6,67 %
	StädteRegion Aachen	2 Sitze	13,32 %
	Kreis Düren	1 Sitz	6,67 %
	Kreis Heinsberg	1 Sitz	6,67 %
	Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	1 Sitz	6,67 %

Gesellschafterversammlung:	Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Er ist berechtigt, bis zu 3 Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden. Soweit ein Gesellschafter mehr als ein Mitglied entsendet, ist ein Stimmführer zu benennen.	1 Stimme	je 1,00 € Stammkapital
-----------------------------------	--	----------	------------------------

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Steins, Hans Martin	Kreis Düren	Dezernent
Gesellschafterversammlung:	Steins, Hans Martin	Kreis Düren	Dezernent

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Schleiden	
gezeichnetes Kapital:	27.300 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
LVR Landschaftsverband Rheinland	13.650,00 €	50%
Kreis Euskirchen	7.800,00 €	28,57%
Städtereion Aachen	1.950,00 €	7,14%
Kreis Düren	1.300,00 €	4,76%
Kreis Heinsberg	650,00 €	2,38%
Stadt Schleiden	1.300,00 €	4,76%
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	650,00 €	2,38%

Das Stammkapital der Gesellschaft von zum Gründungszeitpunkt 26.000,00 € wurde per notariellem Gesellschafterbeschluss vom 26.02.2010 und durch die Übernahme von jeweils 650,00 € durch den bisherigen Gesellschafter LVR Landschaftsverband Rheinland sowie der Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens als neue Gesellschafterin rückwirkend zum 01.01.2009 auf 27.300,00 € erhöht. Zum 21.10.2009 gingen die Geschäftsanteile sowie Rechte und Pflichten von Stadt und Kreis Aachen satzungsgemäß auf die Städte-Region Aachen über.

Bilanz	2008 Rumpfgeschäftsjahr 17.10. - 31.12.2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	137,00 €	1.554,00 €	887,00 €	-667,00 €	-42,92%
II. Sachanlagen	3.266,00 €	76.523,09 €	303.379,85 €	226.856,76 €	296,46%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	15.001,38 €	16.589,25 €	16.156,42 €	-432,83 €	-2,61%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	6.835,66 €	348.090,27 €	463.423,52 €	115.333,25 €	33,13%
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	69.745,64 €	6.017,52 €	6.820,02 €	802,50 €	13,34%
C. Rechnungsabgrenzungsposten					
	0,00 €	2.901,38 €	1.777,75 €	-1.123,63 €	-38,73%
Summe Aktiva	94.985,68 €	451.675,51 €	792.444,56 €	340.769,05 €	75,45%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00 €	27.300,00 €	27.300,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinn-/Verlustvortrag	0,00 €	984,49 €	-4.621,38 €	-5.605,87 €	-569,42%
II. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	984,49 €	-5.605,87 €	-1.727,64 €	3.878,23 €	-69,18%
B. Rückstellungen					
	5.971,36 €	103.728,37 €	102.153,92 €	-1.574,45 €	-1,52%
C. Verbindlichkeiten					
	62.029,83 €	310.945,27 €	414.504,93 €	103.559,66 €	33,30%
D. Rechnungsabgrenzungsposten					
	0,00 €	14.323,25 €	23.039,52 €	8.716,27 €	60,85%
Summe Passiva	94.985,68 €	451.675,51 €	560.649,35 €	108.973,84 €	24,13%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008 Rumpfgeschäftsjahr 17.10. - 31.12.2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	794,00 €	503.262,88 €	451.780,67 €	-51.482,21 €	-10,23%
2. sonstige betriebliche Erträge	80.000,00 €	953.981,21 €	1.146.046,95 €	192.065,74 €	20,13%
3. Materialaufwand	0,00 €	73.573,97 €	73.805,30 €	231,33 €	0,31%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	21.150,00 €	588.692,74 €	752.343,64 €	163.650,90 €	27,80%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.271,54 €	128.708,73 €	156.115,04 €	27.406,31 €	21,29%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	329,54 €	6.816,90 €	14.211,24 €	7.394,34 €	108,47%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	55.058,43 €	663.760,89 €	593.548,32 €	-70.212,57 €	-10,58%
Betriebsergebnis	984,49 €	-4.309,14 €	7.804,08 €	12.113,22 €	-281,11%
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	840,90 €	92,54 €	-748,36 €	-89,00%
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00 €	2.119,30 €	9.620,59 €	7.501,29 €	353,95%

Finanzergebnis	0,00 €	-1.278,40 €	-9.528,05 €	-8.249,65 €	645,31%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	984,49 €	-5.587,54 €	-1.723,97 €	3.863,57 €	-69,15%
9. Sonstige Steuern	0,00 €	18,33 €	3,67 €	-14,66 €	-79,98%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	984,49 €	-5.605,87 €	-1.727,64 €	3.878,23 €	-69,18%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	3	23	23

Verbindungen zum Kreishaushalt

Für das Geschäftsjahr 2010 wurde ein Gesellschafterzuschuss i.H.v. insgesamt 23.455,29 € gezahlt (Finanzierungsanteil für den laufenden Betrieb der Gesellschaft i.H.v. 13.809,52 sowie Übernahme eines Verlustes für das Geschäftsjahr 2010 gem. § 19 Ziffer 4 des Gesellschaftsvertrages i.H.v. 9.645,77 €). Der Eigenanteil des Gesellschafters Kreis Düren zur Finanzierung "Forum Vogelsang" betrug für das Jahr 2010 16.298,00 €.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die vogelsang ip gemeinnützige GmbH (im folgenden GmbH genannt) wurde am 17.10.2008 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist

- die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
- die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang, die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie
- die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den oben genannten Punkten stehen.

Das Stammkapital der Gesellschaft von zum Gründungszeitpunkt 26.000,- EUR wurde per notariellem Gesellschafterbeschluss vom 26.02.2010 und durch Übernahme von jeweils 650,- EUR durch

- den bisherigen Gesellschafter LVR Landschaftsverband Rheinland sowie
 - die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens als neue Gesellschafterin
- rückwirkend zum 01. Januar 2009 auf 27.300,- EUR erhöht. Zum 21.10.2009 gingen die Geschäftsanteile sowie Rechte und Pflichten von Stadt Aachen und Kreis Aachen satzungsgemäß auf die StädteRegion Aachen über.

Im Jahr 2010 waren folgende Gesellschafter mit folgenden Einlagen an der Gesellschaft beteiligt:

- LVR Landschaftsverband Rheinland mit 13.650 EUR,
- Kreis Euskirchen mit 7.800 EUR,
- StädteRegion Aachen mit 1.950 EUR,
- Kreis Düren mit 1.300 EUR,
- Kreis Heinsberg mit 650 EUR,
- Stadt Schleiden mit 1.300 EUR sowie
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 650 EUR.

Geschäftsverlauf

Seit dem 01. Januar 2009 führt die GmbH zum einen den Betrieb der Besucherinformation im Forum Vogelsang sowie eine Vielzahl standortbezogener Bildungsaktivitäten durch.

Dies umfasst u.a.

- den Betrieb eines Informationszentrums mit Counter, Bookshop, Informationsausstellung, Gastronomie, etc. und täglicher Öffnung zwischen 10 und 17 Uhr,
- den Betrieb der Besucherrundgänge sowie des zentralen Besucherparkplatzes auf dem Gelände,
- die Durchführung von Veranstaltungen auf dem Gelände (u.a. Großveranstaltungen),
- die Organisation von täglichen offenen sowie buchbaren Geländeführungen, von Turmaufstiegen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten,
- die Organisation von Tagungen und Konferenzen, sowie
- das Angebot von Wechselausstellungen.

Neben einem größeren, arbeitsmarkt- und bildungsbezogenen Förderprojekt im Rahmen des

- Bundesprogramms XENOS Integration und Vielfalt starteten die Vorbereitung zur
- Inwertsetzung des ehemaligen Truppenkinos zu einem Veranstaltungsort, ebenfalls im Rahmen eines Förderprojekts.

Wesentliche Aktivitäten waren zudem die Konkretisierung der anstehenden investiven Projekte der Gesellschaft zum sogenannten „Forum Vogelsang“ und die Akquise der diesbezüglichen Fördermittel beim Land Nordrhein-Westfalen.

Im Einzelnen umfasst das „Forum Vogelsang“ die Teilprojekte

1. Sanierung und Umbau des Forums,
2. NS-Dokumentation und
3. Besucherzentrum / SchauFenster Eifel-Ardennen.

Für die beiden erstgenannten Projekte wurde im Juli 2010 der förderunschädliche „vorzeitige Maßnahmebeginn“ ausgesprochen. Für das Projekt Sanierung und Umbau des Forums erfolgte am 23.12.2010 die Übergabe eines ersten Förderbescheids für eine erste Förderstufe in Höhe von 10 Mio. EUR.

Geschäftsergebnis

Das Jahr 2010 kann als erfolgreich bewertet werden. Ablesen lässt sich dies u.a.

- an den quantitativen Ergebnissen im laufenden Betrieb, was sich an folgenden Kennwerten festmachen lässt:
 - o Steigerung der Besucherzahl um ca. 10% von 181.000 in 2009 auf 200.000 in 2010,
 - o eine mit 42.500 Teilnehmenden weiterhin hohe Nachfrage nach qualifizierten Angeboten, d.h. Führungen, Seminaren und Projekttagen, (Anmerkung: gegenüber 2009 war ein spürbarer Rückgang um insgesamt 17% festzustellen, wobei der Rückgang zum Vergleichswert 2009 im 1. HJ 2010 30% betrug, im 2. HJ 2010 mit nur noch 5% jedoch eine „Erholung“ eintrat)
 - o weiterer Anstieg der Nachfrage nach qualifizierten Schulklassenprogrammen auf nunmehr 300 pro Jahr, und
 - o deutliche Steigerung der Verkaufserlöse im Shop, sowie
- an der Arbeitsaufnahme zu den beiden Förderprojekten „Sanierung und Umbau“ sowie „NS-Dokumentation“ zum Forum Vogelsang.

Die fortschreitende Etablierung von vogelsang ip als außerschulischer Lernort lässt sich neben den diesbezüglichen Förderprogrammen des Kreises Euskirchen, der StädteRegion Aachen sowie des Kreises Heinsberg insbesondere an der Teilzeit-Bereitstellung von 2 Lehrerinnen

durch die Bezirksregierung Köln festmachen; hierdurch ist eine kontinuierliche Qualifizierung und Implementierung des Schulangebots gewährleistet.

Öffentliche Zweckerreichung

Im Geschäftsjahr 2010 wurde die Basis für eine nachhaltige Erreichung der gemeinnützigen Zwecke der Gesellschaft ausgebaut. Der öffentliche Zweck wurde vor allem durch die o.g. Aktivitäten der Gesellschaft im Bezug auf Erziehung, Bildung und Kultur verwirklicht. Die zunehmende Etablierung als außerschulischer Lernort, als generelle kulturtouristische Destination sowie als Standort hochwertiger kultureller Veranstaltungen sind hierbei als Leuchtturm-Effekte zu nennen.

Ertragslage

Der Geschäftsbetrieb vollzog sich im Jahr 2010 im von der Wirtschaftsplanung definierten und von der Gesellschafterversammlung freigegebenen Rahmen.

Den Umsatzerlösen und erhaltenen Projektzuschüssen stehen insbesondere Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie Fremdarbeiten gegenüber.

Die Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2010 weist einen Verlust „vor Gesellschafterverlustausgleich“ von 492.561,05 EUR aus. Der festgestellte Verlust liegt innerhalb des vom Gesellschaftsvertrag gesetzten Rahmens von maximal 500.000,- EUR.

Satzungsgemäß wird dieser Verlust von den Gesellschaftern gemäß den in § 19 des Gesellschaftsvertrages definierten Regelungen ausgeglichen. Für das Geschäftsjahr 2010 verbleibt unter Berücksichtigung der bestehenden „Deckelung“ des Kreises Heinsberg ein Fehlbetrag von 1.727,64 EUR. Die Verlustermittlung erfolgt auf Basis der bisher erfolgten und im Rahmen des Verlustausgleichs noch erwarteten Einzahlungen der Gesellschafter.

Die wesentlichen, ergebnisprägenden Positionen sind in der GuV 2010 abgebildet.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der GmbH war im Berichtsjahr

- auf Grund der Gesellschafterseits zur Verfügung gestellten Mittel sowie
- eines seit November 2009 bestehenden Kontokorrentkredits

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der GmbH geordnet.

Vermögenslage

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite im wesentlichen durch das Umlaufvermögen geprägt, hier insbesondere durch Projektstände (noch nicht abgerechnete Projektförderungen) in Höhe von 408.298,69 EUR sowie Warenbestände in Höhe von 16.156,42 EUR, darüber hinaus von Sachanlagen in Höhe von insgesamt 303.379,85 EUR.

Dem stehen auf der Passivseite insbesondere Sonderposten für Zuschüsse von 231.795,21 €, Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern und Fördergebern aus Projektfinanzierung in Höhe von 328.623,08 EUR (bilanziert unter „Sonstige Verbindlichkeiten“), Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 3.726,78 EUR, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 68.709,87 EUR sowie Rückstellungen in Höhe von 102.153,92 EUR gegenüber.

Das Stammkapital der Gesellschaft ist in voller Höhe eingezahlt.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Angesichts des Verlaufs der Nachfragewerte wird für das Jahr 2011 von einem vergleichbaren Geschäftsverlauf mit ähnlichen Besucherzahlen und ähnlichen Verkaufserlösen wie im Jahr 2010 ausgegangen.

Dieser Ansatz beinhaltet insofern ein Risiko, als bedingt durch eine Reihe äußerer Faktoren auch Rückgänge möglich sind: die Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage, eine eventuell eintretende „Sättigung“ der Nachfrage, das Fehlen neuer Attraktionen sowie saisonale bzw. Wettereffekte können ggf. zu einem Besucher- und Erlösrückgang führen.

Bei idealen Randbedingungen können umgekehrt auch Steigerungen eintreten; so lag die Besucherzahl im ersten Quartal 2011 wetterbedingt um knapp 60% über dem Vorjahreswert.

Die Investitionsprojekte rund um das Forum Vogelsang werden nur in dem Maße durchgeführt, wie sie durch Projektförderungen oder andere Finanzierungen gesichert sind. Die entsprechenden Finanzierungsmodalitäten und -instrumente werden vor Durchführung in den Gremien der Gesellschaft diskutiert und beschlossen. Durch die Unwägbarkeiten im Bauablauf können Kostensteigerungen und Förderrisiken nicht in Gänze ausgeschlossen werden. Zur Risikominimierung wurde für das Projekt „Forum Vogelsang | Sanierung und Umbau“ eine externe Projektsteuerung beauftragt, deren wesentliches Augenmerk auf der Einhaltung von Terminen und Kosten liegt.

Im Förderbereich können Risiken durch nicht förderbare Ausgaben eintreten. Dies sind vor allem Kreditzinsen für die Vorfinanzierung von Projektausgaben sowie Prüfungs- und Rechtsberatungskosten, z.B. im Falle vergaberechtlicher Verfahren. Zur Zeit ist ein Nachprüfungsverfahren zur Ausschreibung „Planung Technische Ausrüstung Forum“ anhängig, für das jedoch ein im Sinne der GmbH positives Ergebnis erwartet wird.

Für das Teilprojekt NS-Dokumentation liegt der „vorzeitige Maßnahmebeginn“ aus Juli 2010 vor; der endgültige Förderbescheid wird in Kürze erwartet. Bis zum Eingang desselben erfolgen die Projektausgaben auf Risiko der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund werden nur die notwendigsten Projektausgaben getätigt; dies sind im Wesentlichen Ausgaben für die Projektleitung. Wesentlicher Hinderungsgrund für den Förderbescheid ist die derzeit bestehende Haushaltssperre bezüglich des Landeshaushaltes 2011; dessen Verabschiedung ist für Mai 2011 vorgesehen. Da die Finanzierungsabsicht von Bund und Land außer Frage steht, wird das Risiko als sehr gering erachtet.

Der Förderantrag für „Besuchszentrum / SchauFenster Eifel-Ardenne“ wird im zweiten Quartal 2011 gestellt.

Durch die gesellschaftsseite gesicherten, frühzeitigen Zahlungen der Eigenanteile der Gesellschafter an dem Projekt ist für das Jahr 2011 von einer gesicherten Liquidität auszugehen.

Im Jahr 2011 werden zur Zeit keine besonderen Risiken für den Geschäftsbetrieb erwartet. Sollten gravierende Probleme in den Projektförderungen bzw. -abläufen auftreten, ist mit negativen Auswirkungen auf das Ergebnis zu rechnen.

Zur kontinuierlichen Beobachtung des Betriebsverlaufs wird eine quartalsweise Zwischenbilanz mit gleichzeitigem Soll/Ist - Vergleich in Bezug auf die Wirtschaftsplanung durchgeführt. Dies macht es möglich, auf eventuelle außerplanmäßige Veränderungen im Geschäftsverlauf frühzeitig reagieren zu können und ggf. eine Fortschreibung der Geschäftsstrategie sowie der Wirtschafts- und Finanzplanung durchführen zu können.

Darüber hinaus werden relevante betriebliche Kenngrößen monatlich ausgewertet und bewertet, um sich ggf. frühzeitig auf Veränderungen im Betriebsverlauf einstellen zu können. Hierbei können die Zahlen der Vorjahre als Referenz- und Kontrollwerte zu Grunde gelegt werden.

Prognosebericht

Im Jahr 2011 wird der Geschäftsbetrieb insbesondere durch die Durchführung der ersten investiven Maßnahmen im Zusammenhang mit der Realisation des "Forum Vogelsang" sowie dem Projekt „Veranstaltungsort Vogelsang | Kino“ wesentlich an Volumen zunehmen. Dies spiegelt sich in der aktuellen Wirtschaftsplanung wider.

Wir erwarten auch für 2011 sowie die zukünftigen Geschäftsjahre ein ausgeglichenes Ergebnis. Basis hierfür sind die Erlöse der Gesellschaft, die sich im Wesentlichen aus folgenden Komponenten zusammensetzen:

- Programmerrlöse
- Projektförderungen sowie
- die Zuschüsse der Gesellschafter gemäß §19 des Gesellschaftsvertrages.

Beteiligungen des Unternehmens

Die vogelsang ip GmbH ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.



ACI - Automotive Center for Industry - GmbH

Kölner Landstraße 271
52351 Düren
Telefon: 02421/3901 91
Telefax: 02421/3901 88
E-Mail: info@aci-aldenhoven.de
Homepage: www.aci-aldenhoven.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die nachhaltige Förderung der Wirtschaftskraft der Region und die Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialsituation der durch Bergbaustilllegung besonders betroffenen Gebiete des Kreises Düren.

Zu diesem Zweck ist die Gesellschaft insbesondere zu folgendem berechtigt:

- Initiierung, Entwicklung und Vermarktung eines Automobiltestzentrums sowie einer Filmproduktionsanlage im Rahmen der strukturelle Entwicklung im interregionalen Industriepark Aldenhoven - Siersdorf als Teil des Kreises Düren,
- Erwerb, Beplanung, Erschließung und Bebauung der erforderlichen Grundstücke sowie Vermarktung dieser durch den Verkauf, Verpachtung, Vermietung und Leasing

Bewirtschaftung der im Eigentum befindlichen Grundstücke.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen:

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer und einen oder mehrere Prokuristen. Hat sie nur einen Geschäftsführer, so vertritt dieser die Gesellschaft alleine. Bei mehreren Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Gesellschafterversammlung kann allen oder einzelnen Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis erteilen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so kann die Gesellschafterversammlung einen Geschäftsführer zum Vorsitzenden (Sprecher) der Geschäftsführung ernennen. Die Geschäftsführer bzw. Prokuristen erledigen die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, des Gesellschaftsvertrages und des Wirtschaftsplanes mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat; er besteht aus elf Mitgliedern. Geborenes Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Düren; dessen Stellvertreter im Aufsichtsrat ist der allgemeine Vertreter. Acht Mitglieder werden unmittelbar durch den Kreistag des Kreises Düren benannt. Zusätzlich können diejenigen Fraktionen des Kreistages des Kreises Düren, denen aufgrund jeweils geltenden mathematischen Verfahrens kein Aufsichtsratssitz zusteht, ein Mitglied mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden. Die

Gemeinde Aldenhoven entsendet als geborenes Mitglied den Bürgermeister der Gemeinde Aldenhoven (dessen Stellvertreter ist der allgemeine Vertreter) und ein durch den Rat der Gemeinde Aldenhoven unmittelbar benanntes Mitglied in den Aufsichtsrat. Zusätzlich nimmt der Geschäftsführer der Gesellschaft für Wirtschafts- und Strukturförderung im Kreis Düren mbH (GWS) mit Sitz in Düren als beratendes Mitglied an den Aufsichtsratssitzungen teil. Die/Der Geschäftsführer der Gesellschaft nehmen/nimmt mit beratender Stimme an den Aufsichtsratssitzungen teil.

Der Aufsichtsrat überwacht die Geschäftsführung; er hat ein unbeschränktes Recht auf Auskunft und kann Untersuchungen durchführen oder durch Dritte durchführen lassen. Der Aufsichtsrat hat den Wirtschaftsplan, den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresergebnisses zu prüfen und der Gesellschafterversammlung eine Beschlussempfehlung vorzulegen. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Bestellung und die Anstellung sowie Abberufung und Entlastung des/der Geschäftsführer(s).

Folgende Rechtsgeschäfte und Handlungen des Geschäftsführers/der Geschäftsführer bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates:

1. Verfügungen und Verpflichtungen, die über den Rahmen des laufenden Geschäfts- bzw. des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs hinausgehen und deren Gegenstand im Einzelfall den in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführer festzulegenden Betrag übersteigen.
2. Der Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, sofern er die in der Geschäftsordnung festzulegende Wertgrenze für die Geschäftsführung übersteigt.
3. Die Empfehlung an die Gesellschafterversammlung zur Gründung von Unternehmen, zum Erwerb und zur Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie die Änderung von Beteiligungsquoten an diesen Unternehmen (§ 107 (1) GO).
4. Die Einleitung von Rechtsstreitigkeiten von besonderer Bedeutung, der Abschluss von Vergleichen und der Erlass von Forderungen ab einer in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festzulegenden Wertgrenze.
5. Die Erteilung von Prokura und Handlungsvollmachten.
6. Maßnahmen der Tarifbindung und Tarifgestaltung, die Festlegung von Richtlinien für die Gewährung von Reise- und Umzugskostenvergütung, von Trennungsgeld, Beihilfen in Krankheitsfällen und für die Benutzung von gesellschaftseigenen Kraftfahrzeugen.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung wird durch den bzw. die Geschäftsführer in vertretungsberechtigter Zahl einberufen. Die Gesellschafterversammlung hat jährlich mindestens einmal vor Ablauf des achten Monats des dem Abschlussstichtag nachfolgenden Geschäftsjahres als ordentliche Gesellschafterversammlung stattzufinden. Die Gesellschafterversammlung findet am Sitz der Gesellschaft statt. Jeder Gesellschafter entsendet einen Bevollmächtigten in die Gesellschafterversammlung.

Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über:

1. Änderung des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhung und –herabsetzung sowie Gesellschafterdarlehen,
2. die Feststellung des Jahresabschluss,
3. die Einforderung von Einzahlungen auf die Stammeinlage(n),
4. die Verwendung des Ergebnisses einschl. Bildung, Zuführung und Verwendung von Rücklagen und des Verlustausgleiches,
5. die Entlastung der Geschäftsführung und der Aufsichtsratsmitglieder,
6. Auflösung der Gesellschaft,
7. Aufwandsentschädigungen für Mitglieder der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates,
8. die Berufung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer,
9. Beschluss nach § 6 Gesellschaftsvertrag (Übertragung, Teilung, Verpfändung oder Veräußerung von Geschäftsanteilen),
10. Bestellung des Abschlussprüfers,
11. den Wirtschaftsplan
12. Beteiligungen an Unternehmen (§ 107 Abs. 1 GO NRW),
13. Erwerb oder Veräußerung von Unternehmen oder Beteiligungen,
14. Abschluss oder Änderung von Unternehmensverträgen i.S. der § 291, 292 Abs. 1 AktG.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Dr. Ahn, Hans-Achim Böhnke, Bernd Emunds, Guido Hürtgen, Dirk		bis 01.08.2010 ab 01.08.2010 ab 01.08.2010 ab 01.08.2010
Aufsichtsrat:	Kreis Düren Gemeinde Aldenhoven	9 Sitze 2 Sitze	81,82 % 18,18 %
Gesellschafterversammlung:	Jeder Gesellschafter entsendet einen Bevollmächtigten in die Gesellschafterversammlung. Dieser kann durch einen persönlichen, vom Gesellschafter benannten Vertreter Stellvertreter benannt werden.	1 Stimme	je 500,00 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang Vorsitzender Schavier, Karl Frischmuth, Rudi Conzen, Helga Kessel, Friedrich Ohlemeyer, Bernd Pöhler, Raoul Schmitz, Josef Johann Zentis, Gudrun Veithen, Sabine beratendes Mitglied	Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren	Landrat Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordnete
----------------------	---	--	---

Schaaf, Heinz beratendes Mitglied

Kreis Düren Kreistagsabgeordneter

**Gesellschafter-
versammlung:**

Hürtgen, Dirk

Die Beteili- Geschäftsführer
gungsgesell-
schaft Kreis
Düren mbH wird
durch die Ge-
schäftsführung
vertreten.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Aldenhoven	
gezeichnetes Kapital:	250.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	212.500,00 €	85%
Gemeinde Aldenhoven	37.500,00 €	15%

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	198,00 €	748,00 €	370,00 €	-378,00 €	-50,53%
II. Sachanlagen	9.601,00 €	8.367,00 €	6.671,00 €	-1.696,00 €	-20,27%
III. Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	12.750,00 €	12.750,00 €	
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	3.894.049,22 €	6.500.047,81 €	6.224.193,19 €	-275.854,62 €	-4,24%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	2.841.749,13 €	1.167.336,87 €	1.029.065,64 €	-138.271,23 €	-11,85%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.670,75 €	36.857,91 €	12.268,46 €	-24.589,45 €	-66,71%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	1.024,90 €	1.035,77 €	492,42 €	-543,35 €	-52,46%
Summe Aktiva	6.750.293,00 €	7.714.393,36 €	7.285.810,71 €	-428.582,65 €	-5,56%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	250.000,00 €	250.000,00 €	250.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	1.615.252,26 €	1.712.705,49 €	1.712.705,49 €	0,00 €	0,00%
III. Verlust-/Gewinnvortrag	-104.289,75 €	-97.665,48 €	-487.117,80 €	-389.452,32 €	398,76%
IV. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	6.624,27 €	-389.452,32 €	-376.774,37 €	12.677,95 €	-3,26%
B. Rückstellungen	460.107,47 €	492.629,37 €	159.100,00 €	-333.529,37 €	-67,70%
C. Verbindlichkeiten	4.522.598,75 €	5.746.176,30 €	6.027.897,39 €	281.721,09 €	4,90%
Summe Passiva	6.750.293,00 €	7.714.393,36 €	7.285.810,71 €	-428.582,65 €	-5,56%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	204.677,76 €	208.506,77 €	177.575,67 €	-30.931,10 €	-14,83%
2. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	298.182,16 €	2.605.998,59 €	-275.854,62 €	-2.881.853,21 €	-110,59%
3. sonstige betriebliche Erträge	73.526,12 €	64.656,49 €	313.082,60 €	248.426,11 €	384,22%
4. Materialaufwand	261.257,47 €	2.781.796,82 €	68.142,59 €	-2.713.654,23 €	-97,55%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	45.467,35 €	52.122,73 €	51.401,82 €	-720,91 €	-1,38%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9.241,63 €	10.059,78 €	10.560,93 €	501,15 €	4,98%
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	4.814,00 €	3.400,68 €	1.971,30 €	-1.429,38 €	-42,03%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	130.063,02 €	345.314,81 €	450.807,63 €	105.492,82 €	30,55%
Betriebsergebnis	125.542,57 €	-313.532,97 €	-368.080,62 €	-54.547,65 €	17,40%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	90.383,84 €	75.219,30 €	73.247,45 €	-1.971,85 €	-2,62%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	205.640,12 €	148.488,76 €	81.607,45 €	-66.881,31 €	-45,04%
Finanzergebnis	-115.256,28 €	-73.269,46 €	-8.360,00 €	64.909,46 €	-88,59%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	10.286,29 €	-386.802,43 €	-376.440,62 €	10.361,81 €	-2,68%
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.328,21 €	54,10 €	0,00 €	-54,10 €	-100,00%
11. sonstige Steuern	2.333,81 €	2.595,79 €	333,75 €	-2.262,04 €	-87,14%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	6.624,27 €	-389.452,32 €	-376.774,37 €	12.677,95 €	-3,26%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	2	4	4

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde am 08.03.2005 gegründet. Gesellschafter der Gesellschaft sind mit einem Anteil am Stammkapital die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH zu 85 % und die Gemeinde Aldenhoven zu 15 %.

Zweck der Gesellschaft ist die nachhaltige Förderung der Wirtschaft der Region und die Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialsituation des durch Bergbaustillegung betroffenen Gebietes im Kreis Düren. Zur Zweckerreichung ist die Gesellschaft berechtigt, eine Filmproduktionsanlage sowie ein Automobiltestzentrum im Industriepark Aldenhoven-Siersdorf (Kreis Düren) zu entwickeln. Insbesondere ist sie berechtigt zum Erwerb, der Beplanung, Erschließung, Bebauung, Vermarktung bzw. sonstiger Bewirtschaftung der hierfür notwendigen Grundstücke.

Zur Filmproduktionsstrecke wurde mit der FTL GmbH im August 2005 ein Bauerrichtungsvertrag, ein Pachtvertrag und ein Service Vertrag abgeschlossen. Die Bewirtschaftung der Filmproduktionsstrecke durch den Vertragspartner ist wesentlich von der Nachfrage nach innerdeutsch produzierten Filmproduktionen abhängig. Auf Grund einer Nachfragerückläufigkeit hat die FTL GmbH in 2010 einen vorübergehenden Liquiditätsengpass gemeldet. Zur Überbrückung und zur Aufrechterhaltung der langjährigen Vertragsbeziehungen hat die Gesellschaft in 2010 die Forderungen aus den Vertragsbeziehungen kumuliert und bezüglich Tilgungshöhe und Vertragslaufzeit angepasst. Dies hat die Vertragsbeziehungen stabilisiert.

In Vorbereitung der Entwicklung eines Automobiltestzentrums konnte in 2008 die RWTH Aachen als Partner gewonnen werden. Mit ihr wurde in 2008 ein Vertrag über die Erstellung eines ersten Bauabschnittes (Dynamikfläche) abgeschlossen. Damit verbunden war die Absichtserklärung zur Gründung einer neuen Gesellschaft, der Aldenhoven Testing Center of RWTH GmbH (kurz: ATC). Zum Zwecke der öffentlichen Förderung des Automobiltestzentrums wurde ein Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur gestellt. Im Mai 2009 erhielt die Gesellschaft die Erlaubnis zum vorzeitigen Maßnahmebeginn, im Okt. 2009 konnte der erste Bauabschnitt fertiggestellt werden. Im Dezember erhielt die Gesellschaft einen Bewilligungsbescheid für die Gesamtmaßnahme. Auf die veranschlagten Gesamtkosten des Projektes in Höhe von 13,24 Mio. € kann die Gesellschaft einen Zuschuss in Höhe von 10.630.800,- € erhalten.

Zum 31.07.2010 lief der auf fünf Jahre abgeschlossene Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Gesellschaft für Wirtschafts- und Strukturentwicklung im Kreis Düren mbH (GWS) aus. Auf Grund Umstellungen im Beteiligungsportfolio des Kreises Düren und einer Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung wurde der Vertrag nicht verlängert. Damit endete auch die Bestellung eines Geschäftsführers durch die GWS. Der bis dahin im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages von der GWS gestellte Geschäftsführer Herr Dr. Hans-Achim Ahn wurde im Rahmen der mit der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) neu abgeschlossenen Geschäftsbesorgungsverträge durch die Geschäftsführer dieser Gesellschaft – Herrn Dirk Hürtgen, Herrn Bernd Böhnke und Herrn Guido Emunds – abgelöst. Die BTG erbringt ebenso die bisher von der GWS erbrachten kaufmännischen Leistungen.

Zum Beginn des Monats März 2011 überraschte und erschreckte die Naturkatastrophe in Japan und die daraus folgenden Auswirkungen auf die Kernenergie die gesamte Welt. Die Bürgerkriegsunruhen in Libyen und im nahen Orient verschärften sich erheblich. In wie weit hieraus Folgen für die deutsche Wirtschaft und insbesondere auf Energie- bzw. Treibstoffkosten folgen kann zum Zeitpunkt der Berichtsabstellung noch nicht abgesehen werden. Für die Gesellschaft ist eine florierende Automobilbranche von hoher Bedeutung.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse verringerten sich im lfd. Jahr gegenüber dem Vorjahr um ca. 31 T€ insb. in Folge der Neuordnung der Darlehensverträge mit der FTL GmbH.

Im Bereich der Bestandveränderungen finden sich Absetzungen auf Grund der verlustfreien Bewertung des ersten Bauabschnittes, der Dynamikfläche sowie eine Abgrenzung der bisher von der RWTH fiktiv gezahlten Miete für die Dynamikfläche in Höhe von 9 Raten mit insgesamt 225 T€.

Die Gegenposition findet sich unter den sonstigen betrieblichen Erträgen. Weiterhin erhielt die Gesellschaft hier Kostenerstattungen seitens der GWS für den Pkw des ehemaligen Geschäftsführers und Bearbeitungsgebühren für die Umstellung der FTL-Darlehensbeziehungen.

Der Materialaufwand weist auf Grund der verlustfreien Bewertung nicht mehr aktivierungsfähigen Herstellungsaufwand aus.

Die Gesellschaft hat neben der im Rahmen der Geschäftsbesorgung tätigen Geschäftsführung eine Angestellte und drei Aushilfen. Die Aufwendungen hierfür belaufen sich inkl. sozialer Abgaben auf ca. 62 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen ca. 316 T€. Wesentliche Bestandteile sind die Ausgaben für die Geschäftsbesorgung im Rahmen der Fremdleistung, Miet- und Grundstückskosten, Bürgschaftsprovisionen sowie Kosten der Abschlussprüfung und Steuerberatung. Als außerordentliche Aufwendung wurde im Jahr 2010 für eine Eventualverpflichtung der Gesellschaft eine Rückstellung in Höhe von 135 T€ gebildet.

Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft ist angespannt. Einnahmen fließen ihr überwiegend aus den Pachtverträgen mit der FTL GmbH zu. Zum Bilanzstichtag betragen die Kassenbestände und Bankguthaben 12 T€ (Vorjahr 37 T€). Zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe bedient sich die Gesellschaft verzinslicher Gesellschafterdarlehen bei der Muttergesellschaft BTG. Mittelfristig ist vorgesehen, Grundstücke und ausgeführte Bauaufträge aus dem ersten und zweiten Bauabschnitt als Einlage in die gemeinsam mit der RWTH gegründete ATC einzubringen und die Geschäftsanteile hieran zu verkaufen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2010 ca. 7.286 T€ (Vorjahr 7.714 T€). Der Rückgang ist im wesentlichen durch das Jahresergebnis 2010 geprägt.

Die Gesellschaft besitzt Vermögen inkl. Grundstücke aus dem ersten und zweiten Bauabschnitt in Höhe von ca. 6,2 Mio. € sowie Forderung – insb. aus den FTL-Verträgen – in Höhe von ca. 1 Mio. €.

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt ca. 1,1 Mio. €. Die Rückstellungen betragen 160 T€. Verbindlichkeiten belaufen sich auf ca. 6 Mio. €. Hier dominieren Darlehen bei der HVB mit ca. 2,4 Mio. €, das Darlehen der RWTH für den ersten Bauabschnitt mit einem Restwert von ca. 2,8 Mio. und Verbindlichkeiten gegenüber der GWS (nunmehr Kreisvermögensverwaltungsges. mbH) mit ca. 721 T€.

Nachtragsbericht

Die gemeinsam von der Gesellschaft und der RWTH Aachen gegründete ATC hat zwischenzeitlich durch ihren Geschäftsführer die Geschäfte aufgenommen. Im Rahmen der Entwicklung eines Automobiltestzentrums wurde der erhaltene Förderbescheid bewertet. Mehrere Förderbestimmungen und die technische Verfahrensabwicklung bedurften vertiefender Informationen die Gespräche mit der Bezirksregierung und der NRW Bank zufolge hatten. Auf Grund der geplanten Vorgehensweise, insbesondere den ersten Bauabschnitt in die ATC einzubringen und im Rahmen des Zuwendungsantrages als Projektbestandteil fördertechnisch abzuwickeln, wurde seitens der Gesellschaft ein Entwurf zum ersten Mittelabruf erstellt. Hierbei stellte sich heraus, dass abweichend vom Förderbescheid bei der Erstellung des ersten Bauabschnittes eine ande-

re Vergabeform gewählt wurde. Der Sachverhalt wurde mit der Bezirksregierung besprochen und diesseits aus vergaberechtlicher Sicht bewertet der Bezirksregierung angezeigt. Ob und in welcher Form diese Abweichung Auswirkungen auf den ersten Mittelabruf hat ist derzeit noch im Prüfverfahren. Der Zufluss von Liquidität aus dem ersten Mittelabruf ist für die Umsetzung der weiteren Projektmaßnahmen von wesentlichster Bedeutung.

Zum 31.03.2011 wurde ein Darlehen in Höhe von 100 T€ in ein Gesellschafterdarlehen umgewandelt.

Risikobericht

Die Liquidität der Gesellschaft ist angespannt. Sie ist davon abhängig, dass die Einnahmen aus den FTL-Verträgen ihr regelmäßig zufließen und die Muttergesellschaft bereit und in der Lage ist kurzfristige Liquiditätsengpässe durch Gesellschafterdarlehen zu überbrücken. Nach dem mit der FTL GmbH die Vertrags- und Darlehensbeziehungen neu geordnet sind haben sich dortseits keine Zahlungsverzögerungen ergeben. Ein Risiko besteht jedoch bei einer negativen Nachfrageentwicklung im Bereich der Fernseh- und Filmproduktionen. Die Muttergesellschaft hat zur Liquiditätssicherung der Gesellschaft entsprechende Gremienbeschlüsse.

Ziel in Umsetzung der satzungsgemäßen Aufgaben ist die Errichtung eines Automobiltestzentrums, nunmehr durch die mit der RWTH gegründete Tochtergesellschaft ATC. Hierzu sollen die Vermögensgegenstände der Gesellschaft in die ATC eingebracht werden. Ein Risiko ist die umsatzsteuerliche Bewertung der Einbringung. Hierzu ist vorsorglich eine verbindliche Auskunft bei der Finanzverwaltung angefragt worden. Eine Antwort steht zum Zeitpunkt der Lageberichtserstellung noch aus. Weiterhin ist die Errichtung des Automobiltestzentrums in Umsetzung des erteilten Zuwendungsbescheides durch die ATC abhängig vom Liquiditätszufluss aus dem ersten Mittelabruf (erster Bauabschnitt – Dynamikfläche). Die vergaberechtliche Entscheidung des Zuwendungsgebers zur abweichenden Wahl des Vergabeverfahrens steht noch aus. Sofern die Einbringung der Vermögensgegenstände der Gesellschaft in die ATC erfolgt, sollen die maßgeblich werterhöhten Geschäftsanteile an der ATC möglichst an die Muttergesellschaft veräußert werden. Dort befinden sich die notwendigen Gremienbeschlüsse in Vorbereitung.

Ein weiteres Risiko der Umsetzung dieser Maßnahme besteht im notwendigen Zukauf einer erheblichen Grundstücksfläche in Aldenhoven-Siersdorf. Mit dem Verkäufer wurden jedoch vertiefende Gespräche geführt und Grundlagen erarbeitet, die eine zügige Umsetzung des Grunderwerbs nach Mittelzufluss erwarten lassen. Ein zwingend notariell beurkundeter Kaufvertrag ist zum Zeitpunkt der Lageberichtserstellung noch nicht abgeschlossen.

Prognosebericht

Die Gesellschaft hat gemeinsam mit der RWTH eine Tochtergesellschaft, die ATC gegründet. Für diese liegt ein Zuwendungsbescheid zur Errichtung eines Automobilzentrums vor. Die Gesellschaft beabsichtigt wesentliche Vermögensteile in die für den Bau und die Bewirtschaftung des Automobilzentrums gegründete ATC einzubringen. Hiermit wäre ein wesentlicher Teil ihrer satzungsgemäßen Aufgabe erfüllt. Derzeit sind sämtliche Kapazitäten der Gesellschaft für diese Zielerreichung gebunden. Für 2011 plant die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von 71,5 T€. Hierin ist eine erfolgreiche Veräußerung der Geschäftsanteile ATC in 2011 noch nicht einkalkuliert.

Beteiligungen des Unternehmens

Die ACI – Automotive Center for Industry GmbH ist mit 51% an der Aldenhoven Testing Center of RWTH Aachen University GmbH beteiligt. Die RWTH-Aachen hat sich als zweite Mitgründerin engagiert. Die Gründung der Gesellschaft erfolgt am 10. Dezember 2010, die Eintragung ins Handelsregister am 28. April 2011. Die Aldenhoven Testing Center of RWTH Aachen University GmbH hat erstmals für das Rumpfgeschäftsjahr vom 01. März bis 31. Dezember 2011 einen Jahresabschluss aufgestellt. Vorher war die Gesellschaft nicht operativ tätig, so dass hier auf eine weitere Darstellung der ATC verzichtet wird.



Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH (DGA)

Friedrichstr.4
 52351 Düren
 Telefon: 02421/121988-0
 Telefax: 02421/121988-2
 E-Mail: info@dga-dueren.de
 Homepage: www.dga-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Die Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH soll einen Beitrag zur dauerhaften beruflichen Integration von besonderen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik (z.B. Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Langzeitarbeitslose, Behinderte) im Kreisgebiet Düren leisten. Diesem Personenkreis soll durch Betreuung, Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung eine Chance zur beruflichen Wiedereingliederung eröffnet werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Hat sie nur einen, so vertritt dieser die Gesellschaft alleine. Bei mehreren Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Bei Bestellung von mehreren Geschäftsführern kann einem oder mehreren von Ihnen die Befugnis zu alleinigen Vertretung der Gesellschaft erteilt werden

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Mitgliedern. Der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen folgende Angelegenheiten:

1. Aufstellung des Wirtschaftsplanes,
2. Übernahme neuer Aufgaben,
3. Aufnahme und Gewährung von Krediten und Darlehen, Eingehung von Wechselverbindlichkeiten, Übernahme von Bürgschaften und Garantieverpflichtungen sowie solche Rechtsgeschäfte, die den vorgenannten wirtschaftlichen gleichkommen,
4. Abschluss von Miet- oder Pachtverträgen mit einem Miet- oder Pachtzins von mehr als 20.000,00 DM zzgl. der jeweils geltenden Umsatzsteuer liegt,
5. Prozessführung als klagende oder beklagte Partei, wenn das mutmaßliche Gesamtrisiko über 20.000,00 DM zzgl. jeweils geltenden Umsatzsteuer liegt,
6. Eingehung und Kündigung von Beteiligungen,
7. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken sowie Anschaffung und sonstige Investitionen, soweit sie im Wirtschaftsplan unberücksichtigt sind und im Einzelfall 20.000,00

- Gesellschafterversammlung:**
- DM zzgl. der jeweils geltenden Umsatzsteuer übersteigen,
8. Bestellung und Abberufung von Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten sowie Festlegung und Änderung ihrer Anstellungsbedingungen,
 9. die weiteren in diesem Vertrag festgelegten Angelegenheiten.
- Die Gesellschaft hat eine Gesellschafterversammlung. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates. Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über
1. Feststellung des Jahresabschlusses
 2. Verwendung des Reingewinns und Abdeckung des Verlustes,
 3. Bestimmung des Abschlussprüfers,
 4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern,
 5. Entlastung des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung,
 6. Auflösung der Gesellschaft.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Deutz, Hans-Joachim Küpper, Astrid	Aachen Düren	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze	100 %
Gesellschafterversammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme	100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang Vorsitzender Conzen, Helga Hellwig, Eva Ohlemeyer, Bernd Rolfink, Katharina Droege, Bernhard Bozkir, Sandra Metz, Gundula Beck, Corinna (bis 31.08.2012) Korn, Axel (ab 30.10.2012) Veithen, Gisela beratendes Mitglied Bethlehem, Margret beratendes Mitglied	Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren	Landrat Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordnete sachkundiger Bürger Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordnete
Gesellschafterversammlung:	Hürtgen, Dirk	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wird durch die Geschäftsführung vertreten.	Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	30.678 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	30.678,00 €	100%

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7.212,50 €	4.729,50 €	2.158,00 €	-2.571,50 €	-54,37%
II. Sachanlagen	192.504,14 €	158.597,00 €	161.547,00 €	2.950,00 €	1,86%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	9.195,94 €	15.873,10 €	18.176,64 €	2.303,54 €	14,51%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	134.001,38 €	85.246,48 €	160.951,06 €	75.704,58 €	88,81%
III. Kassenbestand	147.105,87 €	191.873,57 €	329.931,46 €	138.057,89 €	71,95%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	39.159,38 €	8.774,75 €	6.345,39 €	-2.429,36 €	-27,69%
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	269.609,64 €	341.794,34 €	247.157,80 €	-94.636,54 €	-27,69%
Summe Aktiva	798.788,85 €	806.888,74 €	926.267,35 €	119.378,61 €	14,79%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	30.677,51 €	30.677,51 €	30.677,51 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	290.000,00 €	290.000,00 €	697.464,82 €	407.464,82 €	140,51%
III. Gewinnrücklagen	407.464,82 €	407.464,82 €	0,00 €	-407.464,82 €	-100,00%
IV. Verlustvortrag	-1.121.400,90 €	-997.751,97 €	-1.069.936,67 €	-72.184,70 €	7,23%
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	123.648,93 €	-72.184,70 €	94.636,54 €	166.821,24 €	-231,10%
nicht gedeckter Fehlbetrag	269.609,64 €	341.794,34 €	247.157,80 €	-94.636,54 €	-27,69%
B. Rückstellungen	217.328,15 €	314.248,23 €	207.794,11 €	-106.454,12 €	-33,88%
C. Verbindlichkeiten	337.737,03 €	257.785,37 €	478.318,35 €	220.532,98 €	85,55%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	243.723,67 €	234.855,14 €	240.154,89 €	5.299,75 €	2,26%
Summe Passiva	798.788,85 €	806.888,74 €	926.267,35 €	119.378,61 €	14,79%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	532.010,22 €	643.569,66 €	703.991,56 €	60.421,90 €	9,39%
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0%
3. sonstige betriebliche Erträge	6.108.653,89 €	3.491.106,41 €	3.600.293,50 €	109.187,09 €	3,13%
4. Materialaufwand	132.252,09 €	164.598,20 €	208.887,76 €	44.289,56 €	26,91%

5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	2.012.956,03 €	2.090.094,48 €	2.303.315,47 €	213.220,99 €	10,20%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	483.737,47 €	502.899,72 €	532.423,19 €	29.523,47 €	5,87%
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	88.498,01 €	60.695,17 €	50.144,71 €	-10.550,46 €	-17,38%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.785.660,05 €	1.265.243,36 €	1.102.595,26 €	-162.648,10 €	-12,86%
Betriebsergebnis	137.560,46 €	51.145,14 €	106.918,67 €	55.773,53 €	109,05%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	1.036,66 €	153,33 €	0,00 €	-153,33 €	-100,00%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	10.078,58 €	8.198,34 €	6.038,53 €	-2.159,81 €	-26,34%
Finanzergebnis	-9.041,92 €	-8.045,01 €	-6.038,53 €	2.006,48 €	-24,94%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	128.518,54 €	43.100,13 €	100.880,14 €	57.780,01 €	134,06%
10. Außerordentliche Erträge	292,99 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0%
11. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	108.937,00 €	0,00 €	-108.937,00 €	-100,00%
Außerordentliches Ergebnis	292,99 €	-108.937,00 €	0,00 €	108.937,00 €	-100,00%
12. sonstige Steuern	5.162,60 €	6.347,83 €	6.243,60 €	-104,23 €	-1,64%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	123.648,93 €	-72.184,70 €	94.636,54 €	166.821,24 €	-231,10%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	160	160	166

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der überwiegende Ertrag der Gesellschaft wird aus Aufträgen generiert, die die job-com im Bereich der Betreuung, Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung von Personen vergibt, die im Leistungsbezug nach dem SGB II stehen. Der Kreis Düren hat für die Gewährung von Ausfallbürgschaften zugunsten der Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH insgesamt 502,11 € als Bürgschaftsprovision für das Kalenderjahr 2010 erhalten.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung hat sich zum Ziel gesetzt, einen Beitrag zur dauerhaften beruflichen Integration von besonderen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik im Kreisgebiet Düren zu leisten. Dazu gehören die Betreuung, Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung dieses Personenkreises (vornehmlich Menschen im Arbeitslosengeld II Bezug) zur beruflichen Wiedereingliederung.

Im Kreis Düren sind drei lokale und mehrere regional und bundesweit agierende Träger tätig. Der überwiegende Teil der Erträge wurde im Jahre 2010 durch Aufträge des Kreises Düren (job – com) erzielt.

Die im Jahr 2009 erreichte bessere Auslastung der vorhandenen Infrastruktur konnte im Jahr 2010 weitgehend aufrechterhalten und die operativ entstandenen Sach- und Personalkosten durch die Erträge gedeckt werden.

In Kooperation mit dem BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland Kreisgruppe Düren wird seit Herbst 2010 ein Saftmobil eingesetzt.

Am 28.11.2010 wurde der Betrieb der Trauer- und Begegnungsstätte auf dem Friedhof Düren-Ost aufgenommen.

Die DGA erzielte in 2010 ein positives Ergebnis von 95 Tsd. €, der verabschiedete Wirtschaftsplan wurde übertroffen.

Die Umsatzerlöse Gesamt konnten um 9,4% auf nunmehr 704 Tsd. € gesteigert werden, die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um 109 Tsd. € auf 3.600 Tsd. €. Ursachen sind hierfür ein Anstieg der Maßnahmezuschüsse einerseits und das erste vollständige Jahr des Betriebs „Gastronomisches Ausbildungszentrum Nideggen“ andererseits. Die vergleichbaren Personalkosten stiegen analog um 9,4% auf jetzt 2.836 Tsd. €.

Im Personalaufwand ist eine Sonderzahlung in Höhe von 64 Tsd. € enthalten, die mit dem Novembergehalt an die Belegschaft ausgezahlt wurde.

Der Umsatz der mit 2009 vergleichbaren Zweckbetriebe liegt mit 482 Tsd. € -4,9% hinter den vergleichbaren Umsätzen des Vorjahres zurück. Baum & Borke erzielte einen nahezu identischen Umsatz zum Vorjahr, Nutz und Nippes verzeichnet ein Minus von 7,5%. Bis zum Jahresende fehlten hier ausreichende Aufträge aus dem öffentlichen Bereich. Anfang 2011 zeichnet sich hier jedoch eine Trendwende ab.

Der Umsatzrückgang bei der Lehrküche Düren ist planmäßig und hängt mit der Verlagerung des Gastronomie-Schwerpunktes nach Nideggen zusammen.

Der Januar 2011 beginnt mit einem Umsatzplus von 4,6%. Besonders im Bereich Wohnwerker/Nutz&Nippes schlagen sich Nachfragen von öffentlichen Auftraggebern positiv nieder.

Der Umsatz des in 2010 noch nicht mit dem Vorjahr vergleichbaren Ausbildungszentrums in Nideggen liegt bei 217 Tsd. €.

Aufgrund der Maßnahmendauer (in der Regel von einer Woche bis zu einem Jahr) muss an einer dauerhaften Auslastung kontinuierlich gearbeitet werden. Die Geschäftsführung weist wie in den Vorjahren darauf hin, dass eine Abnahme der Auslastung zu einer Verlustsituation führen kann.

Die Position der DGA in der Branche beurteilen wir durch die Vergabepraxis des Kreises Düren (Optionskommune) nach wie vor als sehr wichtig.

Am 24.03.2011 erfolgte das Überwachungs-Audit des Unternehmens nach ISO 9001 und AZWV erfolgreich. Die weiterhin bestehende Zertifizierung trägt dazu bei, die Organisationsstruktur des Unternehmens ständig zu überprüfen. Dies greift in alle Unternehmensteile ein und ist Voraussetzung für eine positive Geschäftsentwicklung. Weiterhin ist die Zertifizierung bei Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit und des ESF (europäische Sozialfonds) Voraussetzung zur Abgabe eines Angebots.

Die massiven in den Jahren 2011 und 2012 greifenden Kürzungen im Budget der job-com zwingen zu einer Überprüfung der im Kreis Düren vorhandenen Infrastruktur der Trägergesell-

schaften. Seit bekannt werden der Sparbeschlüsse finden regelmäßige Treffen der Geschäftsführungen von low-tec, Sozialwerk Dürener Christen und DGA statt, um über die Nutzung von Synergieeffekten und die mögliche Zusammenlegung von Gewerken und Maßnahmen zu beraten. Bei enger werdenden finanziellen Ressourcen soll das Optimal für die Kunden im Hartz IV Bereich erzielt und der Bestand aller drei Träger gesichert werden – wenn auch eventuell mit anderen Schwerpunkten. Es wird an einer Profilschärfung der einzelnen Gesellschaften gearbeitet.

Ertragslage

Die Ertragslage unterliegt den Rahmenbedingungen der Unternehmensaufgabe sowie der Gemeinnützigkeit. Sie wird entscheidend beeinflusst durch die Kostenstruktur; dabei spielen weiterhin die Personalkosten die herausragende Rolle.

Die Ertragslage zum 31.12.2010 hat sich aufgrund der guten Auslastung verbessert. Die Gesamtleistung stieg auf 4.304 Tsd. €.

Der Materialeinsatz betrug 209 Tsd. € und steigerte sich damit um 27 % gegenüber dem Vorjahr. Ursache hierfür ist der ganzjährige Betrieb des Gastronomischen Ausbildungszentrums Nideggen.

Der Personalaufwand stieg um 9,4% auf nun 2.836 Tsd. €.

Die Abschreibungen verringerten sich um 17% auf nunmehr 50 Tsd. €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gingen um 13% auf 1.103 Tsd. € zurück.

Während die Energiekosten stiegen, wurden die Kosten für Ausbildung aufgrund der geringeren Anzahl von Auszubildenden im gewerblichen Bereich gesenkt. Die Ausgaben für Versicherungen, Beiträge und Abgaben konnten um 4 Tsd. € und für Werbe- und Reisekosten um 2 Tsd. € gesenkt werden, die Reparaturen und Instandhaltungen stiegen um 15 Tsd. € auf nunmehr 41 Tsd. €. Dies ist begründet mit dem zusätzlichen Standort Nideggen. Die Fahrzeugkosten blieben unverändert bei 41 Tsd. €. Aufgrund der guten Auslastung mit Maßnahmen stiegen die Honorarkosten um 71 Tsd. €, während die Ausgaben für die Kooperation mit anderen Trägern um 285 Tsd. € sanken.

Die Belastung mit Zinsen und ähnlichen Aufwendungen wurden aufgrund der guten Geschäftslage von 8 Tsd. € auf 6 Tsd. € gesenkt.

Finanzlage

Die Finanzlage ist durch die Ertragslage entsprechend positiv beeinflusst worden. Die eingeräumte Kontokorrentlinie in Höhe von 250 Tsd. € bei der Sparkasse Düren reichte aus, um einerseits die Zinsen und die Tilgung für den Investitionskredit und den Zahlplan RZVK zu bedienen, andererseits die Zusage des Gesellschafters zur Einbringung einer Einlage in Höhe von 450 Tsd. € zum Ausgleich des Verlustes nicht in Anspruch zu nehmen.

Weiterhin kann von einer Erhöhung der Kreditlinien abgesehen werden.

Finanzierungen über Leasing erfolgen für zwei Dienstfahrzeuge sowie in geringem Umfang für EDV-Hardware sowie Analysesoftware im KFZ-Bereich.

Für alle Drucker wurde ein Vertrag mit der Finance and Service Leasing GmbH abgeschlossen. Die für 2011 zu erwartende Gesamtbelastung beträgt 14 Tsd. € (VJ: 20 Tsd. €).

Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Höhe des Anlagevermögens geringfügig auf 162 Tsd. €. Neuanschaffungen sind i. d. R. Reinvestitionen. Durch Eröffnung des Friedhofcafes Ende 2010 stellt die Aktivierung der dortigen Küche die größte Veränderung im Anlagevermögen dar.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich von 293 Tsd. € auf 509 Tsd. €.

Während sich der Bestand an fertigen Erzeugnissen und Waren nur geringfügig erhöhte, veränderten sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistung von 64 Tsd. € auf 130 Tsd. €. Ursache ist eine in 2010 begonnene, aber erst in 2011 bezahlte Maßnahme der job-com. Der Kassenbestand zum Jahresende betrug 330 Tsd. € (VJ: 192 Tsd. €). Neben der guten Finanzlage ist die Ursache für den hohen Wert Zahlungen in 2010, die erst in 2011 zu Ertrag führen.

Die Bilanzsumme erhöhte sich von 807 Tsd. € auf nunmehr 926 Tsd. €. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag zum 31.12.2010 verringerte sich von 342 Tsd. € auf 247 Tsd. €. Bilanziell ist die Gesellschaft weiterhin überschuldet.

Die Mittelherkunft ergibt sich aus Bankkrediten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich planmäßig auf 52 Tsd. €, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich dagegen von 50 Tsd. € auf 138 Tsd. €. Dies liegt an betragsmäßig hohen Rechnungen, die bei der DGA erst im Jahr 2011 eingingen. Dazu gehören sowohl die Rechnungen für die Küche des Friedhofcafes als auch Energierechnungen bzw. Nachzahlungen an die Vermieter. Die Abgrenzungsposten im Ausbildungsbereich reduzierten sich planmäßig, wurden jedoch durch Zahlungen in 2010, die erst in 2011 zu Ertrag führen, weitgehend kompensiert, so dass der Gesamtbetrag dadurch geringfügig höher lag.

Die Rückstellungen betragen 207 Tsd. €. Dabei erhöhten sich die Rückstellungen für Urlaub sowie für Wartung und Instandhaltung Nideggen. Die in 2009 angesetzte Rückstellung RZVK (Rheinische Zusatzversorgungskasse) ist aufgrund der 2010 erzielten Einigung über Höhe und Rückzahlungszeitraum als Verbindlichkeit ausgewiesen und reduziert damit die Höhe der Rückstellungen zum 31.12.2010.

Der Ansatz der Rückstellungen entspricht handelsrechtlichen Vorschriften sowie dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip.

Die danach noch bestehende Differenz spiegelt sich im ausgewiesenen Jahresüberschuss wieder.

Nachtragsbericht

Im I. Quartal 2009 wurde die Gesellschaft erfolgreich nach ISO 9001 und AZWV zertifiziert. Ein Überwachungs-Audit am 24.03.2011 verlief ebenfalls erfolgreich und war laut Prüfbericht vorbildlich.

Am 30.03.2011 wurde im Aufsichtsrat beschlossen, dass die jetzige Lehrküche in der Rurstrasse in die ARENA Kreis Düren umzieht. Ursächlich für diese Entscheidung sind die Reparaturanfälligkeit in der derzeitigen Lehrküche, notwendige Investitionen am bisherigen Standort sowie eine allgemeine Verbesserung der Ausbildungssituation, da in der ARENA Kreis Düren eine eingerichtete Küche nach neuestem Standard zur Verfügung stehen wird.

Die für 2011 von der job-com angekündigten Maßnahmen sind sowohl in der Anzahl als auch im Umfang geringer im Vergleich zu 2010. Dies führt dazu, dass die Geschäftsführung zur Zeit noch von einem negativen Ergebnis von -56 Tsd. € für 2011 ausgeht. Verhandlungen mit der job-com über neue Angebote für Langzeitarbeitslose im Jahr 2011 finden laufend statt. Parallel wurde sich in Kooperation mit anderen Dürener Trägergesellschaften auf Ausschreibungen der Agentur für Arbeit beworben. Die Ergebnisse der Gespräche und Ausschreibungen können das prognostizierte Ergebnis für 2011 noch entscheidend beeinflussen.

Risikobericht

Die Entscheidungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, massive Einsparungen bei den Eingliederungsmitteln vorzunehmen, erhöhen das Risiko für die DGA, die vorhandene Infrastruktur nicht ausreichend auszulasten. Die Geschäftsführung steuert in dem ihr möglichen Rahmen dieser Entwicklung entgegen, indem sie sich sowohl bei der job-com als auch bei der

Agentur für Arbeit um weitere Maßnahmen bemüht und zusätzlich in Abstimmung mit den anderen im Kreis Düren tätigen Trägergesellschaften eine Optimierung bzw. Reduzierung der Infrastruktur prüft.

Die Geschäftsführung weist darauf hin, dass eine mangelnde Auslastung der Infrastruktur dazu führt, die bestehenden Fixkosten nicht zu decken. Die Geschäftsführung sieht dieses Risiko zurzeit erhöht. Personalverträge wurden überwiegend sachgrundbezogen abgeschlossen, so dass im Bereich Personalkosten Flexibilität besteht. Die Deckung ist jedoch nicht mehr gewährleistet, wenn die definierten und in der Kalkulation berücksichtigten Verteilerschlüssel zwischen Anleitern und Teilnehmern nicht eingehalten werden.

Eine Reduzierung der Fixkosten ist nur bedingt möglich. Im Jahr 2010 wurden einige Mietverträge zu günstigeren Konditionen verlängert. Dies bedeutete jedoch auch eine Mietlaufzeit, die die Dauer der jetzt durchgeführten Maßnahmen überschreitet. Sollten keine Nachfolgemassnahmen in den angemieteten Räumlichkeiten stattfinden, werden die Mietkosten nicht mehr refinanziert.

Das im Jahr 2008 gestartete Programm „Job-Perspektive“, mit dem bei der DGA bis Ende 2009 elf Arbeitsplätze geschaffen wurden, wurde gekürzt. Zurzeit arbeiten nur noch vier Personen bei der DGA, die teilweise durch dieses Programm refinanziert werden.

Der Betrieb des Gastronomischen Ausbildungs- und Dienstleistungszentrum Nideggen in 2010 hat die geplanten Werte erfüllt, trotzdem bestehen nach wie vor Risiken für die DGA: der weitere Erfolg ist abhängig von

- einer ausreichenden Anzahl von finanzierten Auszubildenden
- einer ausreichenden Auslastung des (Lehr-)Restaurants
- einer guten Zusammenarbeit mit der lokalen Gastronomie
- der Umsetzung verschiedener Fortbildungs- und Austauschprogramme.

Aufgrund der bisher bekannten Anzahl von Zuweisungen neuer Auszubildender wird dieses Risiko als erhöht eingeschätzt. Neben der durch die Kürzung der Haushaltsmittel reduzierten Anzahl von Maßnahmen sind die Gastronomieberufe bei Jugendlichen insbesondere aufgrund der Arbeitszeiten nicht beliebt. Die job-com wirbt mit Unterstützung unserer Anleiter vermehrt für diese am Arbeitsmarkt gesuchten Ausbildungsberufe.

Zur Vermeidung einer Überschuldung im Sinne von § 19 InsO hat der Gesellschafter der Gesellschaft die Erbringung einer Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von 450.000 € zugesagt. Die Gewährung der Einlage steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass eine Überschuldung im Sinne des § 19 InsO bis höchstens 450.000 € vorliegt. Diese Verpflichtung zur Einlage durch den Gesellschafter entfällt jedoch, wenn die Gesellschaft eine Überschuldung im Sinne von § 19 InsO von mehr als 450.000 € aufweist. Die Erbringung der Einlage ist mit Feststellung einer Überschuldung nach § 19 InsO sofort zur Zahlung fällig.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr entspannt. Sämtliche Geschäfte und Maßnahmen müssen aber weiterhin sorgfältig hinsichtlich ihrer Auswirkungen, insbesondere auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, untersucht werden. Ein Wegfall von Zuschüssen würde den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

Prognosebericht

Die Planung der DGA geht aktuell von einem negativen Ergebnis für das Jahr 2011 aus. Aufgrund von Ausschreibungen und der Gespräche mit der job-com kann es auch im Jahr 2011 zu einer ausreichenden Auslastung der Infrastruktur kommen. Parallel dazu ist es Aufgabe der Geschäftsführung, die erreichte Konsolidierung des Unternehmens beizubehalten. Die Zertifizierung verpflichtet die DGA auch für die Zukunft, die erreichten Qualitätsstandards nicht nur beizubehalten, sondern auch zu verbessern und weiterzuentwickeln.

Die Arbeitsschwerpunkte 2011 liegen in folgenden Bereichen:

- Beobachtung der arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen und zeitnahes Reagieren
- Abstimmungsgespräche mit anderen Trägergesellschaften zur Optimierung der arbeitsmarktpolitischen Infrastruktur im Kreis Düren
- Etablierung des Friedhofscafes
- Umsetzung des Projektes "ARENA Kreis Düren"
- Weiterentwicklung des Qualitäts-Management-Prozesses
- Durchführung der Maßnahmen, Wiederholung von erfolgreichen und Schaffung neuer Erfolg versprechender Projekte
- Ausbildung in den vorhandenen Gewerken
- Fortbildung der Mitarbeiter/innen
- Kreative und innovative Konzeptentwicklung und Recherche neuer Aufgabenbereiche

Besondere Bedeutung wird einem stetigen innovativen Prozess beigemessen, Konzepte zu entwickeln und Entwicklungen und Entscheidungen in der Arbeitsmarktpolitik zu unterstützen, um damit den Bedürfnissen sowohl des Arbeitsmarktes als auch der Langzeitarbeitslosen durch neue Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen gerecht zu werden.

Die Kürzungen im Bereich Arbeit und Soziales müssen genau beobachtet werden, um die richtigen Konsequenzen für die DGA daraus zu ziehen. Die Geschäftsführung sieht nach wie vor einen großen Unterstützungsbedarf für Langzeitarbeitslose. Die Begründung der Politik für die massiven Budgetkürzungen, dass nämlich die gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland genug Arbeitsplätze schafft, um die Zahl der Langzeitarbeitslosen markant zu senken, teilt die Geschäftsführung nicht. Die Kunden, die Maßnahmen bei der DGA besuchen, sind überwiegend arbeitsmarktfremd und partizipieren somit nicht von einer besseren Arbeitsmarktsituation. Die Kunden der job-com müssen erst in langwierigen Prozessen notwendige Schlüsselqualifikationen erlernen, um im 1. Arbeitsmarkt eine dauerhafte Chance zu haben.

Das durch jahrelange Arbeitslosigkeit abhanden gekommene Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl sowie das Durchhalten eines Acht-Stunden-Arbeitstages, Bewerbungstraining und Ressourcenstärkung sind Aufgaben der DGA. Die guten Integrationszahlen zeigen der Geschäftsführung, dass die DGA mit dem eingeschlagenen Kurs auf dem richtigen Weg ist.

Die Geschäftsführung hofft darauf, dass die Bundespolitik bei zukünftigen Kürzungen eine differenziertere Betrachtung vornimmt.

Unter Berücksichtigung dieser Faktoren sieht die Geschäftsführung den Fortbestand der DGA als zukunftssträchtig und positiv an.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

**Dürener Kreisbahn GmbH (DKB)**

(Umfirmierung der DKB GmbH)

Kölner Landstr. 271

52351 Düren

Telefon: 02421/3901-0

Telefax: 02421/3901-88

E-Mail: service@dkb-dn.deHomepage: www.dkb-dn.de**Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung**

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Verkehrsunternehmens für Straßenpersonenverkehr im Gebiet des Kreises Düren sowie die Vornahme aller Geschäfte, die den Gesellschaftszweck zu fördern geeignet sind.

Am 20.02.2008 wurde die DKB-Verkehr GmbH gegründet, die aufgrund der aktuell verabschiedeten EU-Verordnung 1370 mit Wirkung vom 01.01.2009 das operative Busgeschäft (Straßenpersonenverkehr) der DKB übernommen hat und in Folge auch Träger der entsprechenden Konzessionen nach PBefG ist. Nachdem die DKB-Verkehr GmbH seit dem 07.01.2009 unter DKB GmbH firmierte, firmiert die Gesellschaft seit dem 24.11.2009 unter Dürener Kreisbahn GmbH (DKB).

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Beschlussfassung über die Zahl der Geschäftsführer obliegt der Gesellschafterversammlung. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Bei Vorhandensein von mehreren Geschäftsführern kann durch Gesellschafterbeschluss einem Einzelnen die Befugnis zur Alleinvertretung gewährt werden.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 18 Mitgliedern besteht. In diesen Aufsichtsrat entsenden der Kreis Düren den Landrat oder einen von ihm vorgeschlagenen, vom Kreistag bestellten Bediensteten, und die Stadt Düren ihren Hauptverwaltungsbeamten sowie ein weiteres vom Stadtrat Düren zu benennendes Mitglied. Die übrigen Mitglieder werden unmittelbar durch den Kreistag benannt. Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Düren oder ein vom ihm bestellter Bediensteter; Stellvertreter ist sein Allgemeiner Vertreter. Der Gesellschafterversammlung steht es frei, auf Vorschlag des Kreistages beratende Mitglieder von Fraktionen in den Aufsichtsrat zu entsenden, die im Aufsichtsrat nicht durch ein stimmberechtigtes Mitglied vertreten sind. Weiteres beratendes Mitglied des Aufsichtsrates ist der Vorsitzende des für den Betrieb zuständigen Betriebsrates.

Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Die Beratung und Überwachung der Geschäftsführung,
2. die Beratung des vom Geschäftsführer jährlich im Voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes,
3. die Prüfung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes,
4. den Beschluss zur Übernahme neuer Aufgaben,
5. den Beschluss zum Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
6. den Beschluss zur Aufnahme und Gewährung von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften und Garantien, Ausstellen von Wechseln, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten oder Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o. a. gleichkommen und in jedem Einzelfall eine Wertgrenze von 25.000 € überschreiten,
7. den Beschluss über die Schenkungen und den Verzicht auf Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Geschäftsführung handelt,
8. den Beschluss über den Abschluss von Vergleichen über Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Geschäftsführung handelt,
9. die Beschlussfassung über Vorlagen an die Gesellschafterversammlung,
10. die Berufung und Abberufung von Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten,
11. der Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung beschließt über alle ihr durch zwingende Gesetzesbestimmungen oder der Gesellschaftssatzung zugeteilten Gegenstände bzw. Maßnahmen, insbesondere über:

1. Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
2. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Jahresergebnisses und nötigenfalls über die Deckung etwaiger Verluste,
3. die Genehmigung des von der Geschäftsführung aufzustellenden und vom Aufsichtsrat zu beschließenden Wirtschafts-, Investitions- und Finanzplanes,
4. die Aufnahme von Darlehen, die Inanspruchnahme von Krediten und die Übernahme von Bürgschaften außerhalb des Wirtschaftsplanes, sofern der Wert im Einzelnen die Summe von 500.000 € übersteigt,
5. den Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken und Grundstücksrechten, Verfügungen über und Belastungen von Grundstücken und Grundstücksrechten außerhalb des Wirtschaftsplanes, soweit jeweils ein Wert von 500.000 € überschritten wird,
6. die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Mitglieder des Aufsichtsrates und / oder der Geschäftsführung,
7. die Entlastung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung,
8. die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern,
9. die Entsendung von Vertretern der Gesellschaft, die Mitgliedschaftsrechte in Organen oder Beiräten anderer juristischer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Düren	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Dürener Kreisbahn GmbH	25.000,00 €	100%

Bilanz	2008 <small>Rumpfgeschäftsjahr 06.03. - 31.12.2008</small>	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,51	8.352,51	8.352,00	1637647,06%
II. Sachanlagen	0,00	948.645,95	2.013.627,42	1.064.981,47	112,26%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0,00	1.198.288,58	693.469,23	-504.819,35	-42,13%
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	59.786,42	340.174,34	438.027,42	97.853,08	28,77%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	20.000,00	15.000,00	-5.000,00	-25,00%
Summe Aktiva	59.786,42	2.507.109,38	3.168.476,58	661.367,20	1106,22%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00	0,00	0,00%
II. Verlustvortrag	0,00	-15.201,23	-15.201,23	0,00	0,00%
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-15.201,23	0,00	0,00	0,00	0,00%
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	0,00	249.287,29	586.318,06	337.030,77	135,20%
C. Rückstellungen	10.000,00	496.600,00	426.300,00	-70.300,00	-14,16%
D. Verbindlichkeiten	39.987,65	1.746.119,94	2.140.300,59	394.180,65	22,57%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	5.303,38	5.759,16	455,78	8,59%
Summe Passiva	59.786,42	2.507.109,38	3.168.476,58	2.447.322,96	4093,44%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008 <small>Rumpfgeschäftsjahr 06.03. - 31.12.2008</small>	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	0,00 €	9.266.564,16 €	9.725.723,97 €	459.159,81 €	4,96%
2. Einnahmeausgleich Verkehrsverbund	0,00 €	-2.080.562,68 €	-2.664.841,49 €	-584.278,81 €	28,08%
3. sonstigen betrieblichen Erträge	0,00 €	697.529,19 €	985.325,68 €	287.796,49 €	41,26%

4. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse des Anlagevermögens	0,00 €	8.596,12 €	27.130,92 €	18.534,80 €	215,62%
5. Materialaufwand	0,00 €	9.790.755,41 €	9.664.484,89 €	-126.270,52 €	-1,29%
6. Personalaufwand					
a) Löhne und Gehälter	0,00 €	1.602,50 €	90.433,51 €	88.831,01 €	5543,28%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorgung und für Unterstützung	0,00 €	492,00 €	22.798,83 €	22.306,83 €	4533,91%
7. Abschreibungen	0,00 €	30.605,57 €	102.788,90 €	72.183,33 €	235,85%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	15.201,23 €	1.135.261,70 €	1.283.497,93 €	148.236,23 €	13,06%
9. Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	460,02 €	460,02 €	
Betriebsergebnis	-15.201,23 €	-3.066.590,39 €	-3.090.204,96 €	-23.614,57 €	0,77%
Finanzergebnis					
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-15.201,23 €	-3.066.590,39 €	-3.090.204,96 €	-23.614,57 €	0,77%
10. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	30.670,00 €	0,00 €	-30.670,00 €	-100,00%
11. Sonstige Steuern	0,00 €	3.575,00 €	3.663,00 €	88,00 €	2,46%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag I	-15.201,23 €	-3.100.835,39 €	-3.093.867,96 €	6.967,43 €	0,00 €
12. Öffentliche Ausgleichszahlungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Personenverkehr und auf verbundspezifische Kosten	0,00 €	722.690,00 €	664.938,00 €	-57.752,00 €	-7,99%
13. Erträge aus Verlustübernahme	0,00 €	2.378.145,39 €	2.428.929,96 €	50.784,57 €	2,14%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag II	-15.201,23 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	3

Verbindungen zum Kreishaushalt

Neben kleineren Beförderungsaufträgen bestehen Verbindungen zum Kreishaushalt im Wesentlichen beim Schüler-Spezialverkehr (300 T€), im Bereich der Behinderten-Beförderung (43 T€) und bezüglich der Schülerjahreskarten, bzw. des SchoolPlus-Tickets (800 T€).

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde im Jahre 2008 von der Beteiligungsgesellschaft im Kreis Düren mbH [BTG] gegründet und hat zum 01.01.2009 den Bereich öffentlicher Straßenpersonennahverkehr von dieser übernommen. Die Haupttätigkeit der Gesellschaft ist die Erbringung von Verkehrs-

leistungen im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr - überwiegend im Kreisgebiet Düren. Die Leistungen werden überwiegend im Selbsteintritt und im Übrigen durch Subunternehmer erbracht.

Auf Grund der Übernahme der Geschäftstätigkeit von der Muttergesellschaft BTG in diesem Bereich bedient sich die Gesellschaft im Rahmen von Anleih- und Anmietverhältnissen des dort vorhandenen Fahr- und Betriebspersonals sowie der dort vorhandenen Betriebsausstattung (insbesondere Fuhrpark). Neueinstellungen von Betriebspersonal sowie Neuanschaffungen von Betriebsausstattung (insbesondere Fahrzeuge) werden durch die Gesellschaft direkt vorgenommen. Hierdurch werden sich die Anleih- und Anmietvolumen bei der Muttergesellschaft kontinuierlich verringern.

In 2010 hat sich die Konjunkturlage im Vergleich zu den Vorjahren verbessert. Die Wirtschaftsprognosen führten zu einer positiveren Stimmung im Bereich der Unternehmen. Die Treibstoffkosten sind in 2010 im Vergleich zu 2009 um über 15% gestiegen. Positiv hat sich der Arbeitsmarkt entwickelt. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten ist laut Agentur für Arbeit weiterhin gestiegen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass sich eine positive Entwicklung der Beschäftigtenzahlen entsprechend des Anteils am Verkehrsmarkt auf den ÖSPV auswirkt. Die hier wirkenden Gründe – sowohl positiv als auch negativ – sind jedoch vielfältig. So kann eine proportionale Entwicklung nicht hergeleitet werden.

Zum Beginn des Monats März 2011 überraschte und erschreckte die Naturkatastrophe in Japan und die daraus folgenden Auswirkungen auf die Kernenergie die gesamte Welt. Die Bürgerkriegsunruhen in Libyen verschärfen sich erheblich. In wie weit hieraus Folgen für die deutsche Wirtschaft und insbesondere auf Energie- bzw. Treibstoffkosten folgen kann zum Zeitpunkt der Berichtsabfassung noch nicht abgesehen werden.

In 2009 wurde im Kreis Düren das Mobilticket eingeführt. Ein Ticket, das in Zusammenarbeit mit den Kommunen ausgegeben wird und für 15,- € monatlich den wirtschaftlich benachteiligten Mitbürgern Mobilität im gesamten Kreis Düren erschließt. Das Ticket wurde gut angenommen, die Umsätze haben sich mehr als verdoppelt.

Die Situation der kommunalen Unternehmen – insbesondere auch im ÖPNV - bleibt angespannt. Es dominiert bei den Unternehmen ein Kostendämpfungszwang auf Grund der schlechten Haushaltslagen der kommunalen Eigentümer. Diesem unterliegt auch die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB). Verbesserungen des Leistungsangebotes aus eigener Initiative sind nur dort möglich, wo sie kostendeckend erfolgen können. Dies ist in der Regel nicht im Bereich örtlicher oder zeitlicher Randlagen. Maßgebend für das öffentlich bestellte Leistungspaket der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) ist der Nahverkehrsplan des Kreises Düren.

Die Gesellschaft ist über einen am 18.12.2008 mit der BTG abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrag dort organschaftlich eingebunden. Weiterhin bestehen ein Finanzierungsvertrag und ein Kooperationsvertrag mit dem Aachener Verkehrsverbund (AVV) und dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS).

Ertragslage

Die Linienverkehrseinnahmen konnten in 2010 um mehr als 4% gesteigert werden. Damit wurden über die Tarifanpassung hinaus höhere Erträge aus der Verkehrsleistung erzielt. Besonderen Zuwachs konnte die Gesellschaft im Bereich der Einnahmen aus dem Mobilticket verzeichnen. Die Verlagerung von Einzel- hin zu Zeittickets setzt sich in 2010 – wenn auch in abgeschwächter Form fort.

Es ist von Bedeutung auch weiterhin im AVV konsequente Anpassungen – aber unter besonderer Berücksichtigung der Preiselastizität – durchzuführen. Die Gesellschaft wirkt hierbei im Bereich des Unternehmensbeirates und des AVV Aufsichtsrates mit. Die abschließenden Entscheidungen fallen in der politisch besetzten Zweckverbandversammlung.

Einnahmen im Bereich des freigestellten Schüler- und Sonderschulverkehr, dem City-Tarif und dem Behindertenfahrdienst sind nahezu unverändert.

Die öffentlichen Ausgleichszahlungen für die Beförderung schwerbehinderter Menschen unterlagen bereits erheblichen Minderungen in den Vorjahren auf Grund des Rückganges des Anteils dieser Gruppe an den Fahrgastzahlen sowie der pauschalen Kürzung des Schwerbehindertenausgleichsquotienten. In 2010 ist a-periodisch eine Nachzahlung für 2009 eingestellt.

Seitens des Aachener Verkehrsverbundes liegt die Schlussrechnung für Übersteiger- und Einnahmeausgleich bis zum Jahr 2009 vor. Rückstellungen sind für 2009 und 2010 gebildet. Die Belastung im Bereich Übersteiger steigt zum Vorjahr erheblich. Dies liegt zum einen an einer Restausgleichszahlung für Vorjahre an die Rurtalbahn GmbH mit ca. 270 T€ und an höheren Ausgleichszahlungen im VRS-Bereich, die den dortigen Mehreinnahmen geschuldet sind. Die Belastung gegenüber der RVE beläuft sich nach wie vor auf ca. 1,7 Mio. € im Jahr.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen finden sich im Wesentlichen die Erträge aus der Busvermietung an die Rurtalbus GmbH sowie Erträge aus Lieferungen und Leistungen. Sie entsprechen dem im Vorjahr dem Verkehrsbereich zuzuordnenden Werte. Die DKB erhält von der Muttergesellschaft einen Nachteilsausgleich für die Übernahme von Vertragserfüllungspflichten. Öffentliche Ausgleichszahlungen für Schüler sind weiterhin rückläufig. Dies ist zum einen auf sinkende Schülerzahlen zurückzuführen, zum anderen der Antragsstruktur, bei der bei gleichen fiktiven Kostensätzen die höheren Tarifeinnahmen aus Schülerfahrkarten gegengerechnet werden.

Der Materialaufwand verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 1 ½%. Dabei steht dem wesentlichen Anstieg der Treibstoffkosten eine Einsparung im Bereich der Ersatzteilkosten gegenüber. Im Vorjahr dominierten hier noch Vorhaltekosten für einen drohenden Subunternehmerausfall.

Gegenüber dem Vorjahr hat die Gesellschaft nunmehr die ersten eigenen Personale beschäftigt. In Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband konnte mit der Gewerkschaft ver.di für diese Personale der Spartentarifvertrag TV-N vereinbart werden. Dieser Tarif unterschreitet den bei den BTG-Altpersonalen angewandten Tarif (BAT / BMT-G). Das Groß der Personale bezieht die Gesellschaft weiterhin von der Muttergesellschaft im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten die Aufwendungen für den Leistungsbezug bei der Muttergesellschaft für Raummieten und Betriebshofnutzung.

Bei der Fahrzeugversicherung (die Gesellschaft ist Halter der geliehenen Kraftomnibusse) ist durch die notwendige Bildung einer Rückstellung beim Versicherer im Vorjahr ein Mehraufwand eingetreten. In den Folgejahren wird bei normalen Betriebsverhältnissen von gleich hohen Belastungen ausgegangen.

In 2010 hatte die Gesellschaft Verbundkosten für den AVV in nicht unwesentlicher Höhe in Folge der gutachterlichen Begleitung der Fahrgastzählung zur Einnahmeaufteilung zu tragen. Weiterhin erhöhte sich der Aufwand für Beratungs-/Prüfungsleistungen durch die notwendige Erstellung einer Kostensatzuntersuchung für die europarechtskonforme AVV-Verbundabrechnung.

Seit Betriebsübernahme 2009 beschafft die Gesellschaft selbst Kraftomnibusse. Im gleichen Umfang werden bei der Muttergesellschaft geliehene Kraftomnibusse ausgemustert. Dem zunehmenden Abschreibungsaufwand steht dementsprechend eine Minderung bei den Fahrzeugmieten gegenüber.

Die Gesellschaft schließt mit einem Jahresfehlbetrag von ca. 2,429 Mio. € der im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages mit der Muttergesellschaft aufgerechnet wird.

Finanzlage

Die Gesellschaft bediente sich 2010 zur Einbringung erzielter und zur Abdeckung benötigter Liquidität eines Verrechnungskontos bei der Muttergesellschaft und ist so in die dortige Liquiditätsversorgung einbezogen. Die Gesellschaft hat auf Grund ihres Gesellschaftszweckes keine Möglichkeit, sich eigene Liquiditätsreserven aufzubauen. Sie ist und bleibt in diesem Bezug von der Muttergesellschaft abhängig. Zum Ende des Jahres 2010 betragen die Kassen- und Bankguthaben ca. 438 T€ (Vorjahr 340 T€).

Auf Grund des mit dem Nahverkehrsplan des Kreises Düren durch den Kreistag beschlossenen und durch die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) umgesetzten, die Daseinsvorsorge sichernden Leistungspaketes, schließt die laufende Geschäftstätigkeit im ÖPNV defizitär.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2010 ca. 3.168 T€ (Vorjahr 2.507 T€).

Der wesentlichste Zugang befindet sich im Bereich der Sachanlagen, hier Fahrzeuge für den Personenverkehr. Die Gesellschaft beschafft seit Betriebsübernahme selber Fahrzeuge und mindert dadurch die Fahrzeugentleiher bei der Muttergesellschaft. Den Fahrzeugen in Höhe von 1.663 T€ und dem übrigen Sachanlagevermögen stehen Investitionszuschüsse von insgesamt 586 T€ gegenüber.

Die Gesellschaft führt derzeit zwei Großvorhaben im Bereich der Infrastruktur durch. Zum einen findet eine umfangreiche Haltestellenerneuerung statt, zum anderen erhielt die Gesellschaft eine Förderzusage zur Ausweitung ihres Rechnergesteuerten Busleitsystems (RBL). Die Anlagen befinden sich im Bau. Die Gesellschaft hat in diesem Zuge das Restvermögen aus dem RBL-Projekt zu Buchwerten von der Muttergesellschaft übernommen.

Forderungen bestehen aus Lieferungen, Leistungen und Fahrgeldern.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. Restforderungen aus öffentlichen Ausgleichszahlungen) belaufen sich auf ca. 693 T€ (Vorjahr 1.198 T€).

Die Bank- und Kassenbestände belaufen sich auf 438 T€ (Vorjahr 340 T€). Hierzu wird auf die oben beschriebene Liquiditätsversorgung durch die Muttergesellschaft verwiesen.

Die Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag belaufen sich bei Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen auf 1.650 T€ (Vorjahr 1.190 T€). Hierin enthalten sind Beschaffungskosten für Neufahrzeuge, die zum Jahresbeginn 2011 teilweise in ein Darlehen umgewandelt wurden. Im Bereich der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (BTG) weist die Gesellschaft Verbindlichkeiten in Höhe von 330 T€ aus. Darin sind 2.429 T€ Forderungen aus dem Ergebnisabführungsvertrag (Defizitübernahme 2010) bereits abgezogen.

Die Gesellschaft hat in 2010 Rückstellungen in Höhe von ca. 426 T€ (Vorjahr 497 T€), insbesondere für Übersteigerungsausgleichszahlungen (221 T€) und Haftpflicht- und Selbstbeteiligungsrissen (162 T€) gebildet.

Die Eigenkapitalquote ist als Vermögensstatus nur aussagefähig in Verbindung mit dem Ergebnisabführungsvertrag mit der Muttergesellschaft. Dem zunehmenden Anlagevermögen werden auch mittelfristig stets von der Muttergesellschaft zur Verfügung gestellte oder verbürgte Fremdmittel gegenüber stehen.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag bis zur Berichtserstellung sind keine Verhältnisse bekannt geworden, die eine außerordentliche Abweichung von den Planwerten erwarten lassen. Die Entwicklung der Treibstoffkosten bleibt angespannt zu beobachten. Dies gilt auch für rechtsanhängige Prozesse in Sachen der richterlichen Rechtsprechung zu Fragen der Direktvergabe oder dem Konzessionswettbewerb. Letztlich befindet sich das PBefG und damit ein weiterer Baustein zur zukünftigen Gestaltung des ÖPNV in Deutschland in der Novellierung.

Die endgültigen Einnahmearbeitungsrechnungen des Aachener Verkehrsverbundes für 2010 stehen aus. Hier sind entsprechende Rückstellungen gebildet.

Risikobericht

Mit der Verabschiedung der EU-Verordnung 1370, welche in 2009 in Kraft getreten ist, wurden bundesweit bei den Verkehrsunternehmen – insbesondere im Straßenpersonenverkehr – Strukturveränderungen ausgelöst. Derzeit befinden sich einige Prozesse verschiedener Verfahrensarten in anhängigen Verfahren in der Rechtsfindung. Die notwendige Novellierung des PBefG ist noch nicht abgeschlossen.

Im AVV haben die kommunalen Verkehrsunternehmen mit der Verbundgeschäftsstelle vorab feststellen lassen, dass alle drei Unternehmen das Kriterium 4 des EuGH-Urteils (die Kostensätze des untersuchten Unternehmens dürfen die Kostensätze eines mit gleichen Kapazitäten ausgestatteten, durchschnittlich gut geführten Unternehmens nicht übersteigen) erfüllen. Die von der AVV Verbundgeschäftsstelle in Auftrag gegebene rechtliche Bewertung der Betrauung veranlasste dazu, die Verbundvertragswerke für die zukünftig angestrebte Handlungsweise anzupassen.

Im AVV erfolgte eine europarechtskonforme Betrauung an die kommunalen Verkehrsunternehmen. Am 31.10.2007 erfolgte der entsprechende Beschluss in der Zweckverbandsversammlung des AVV am 27.11.2007 der des Kreistages Düren. Die Betrauung wurde zum 01.01.2009 auf die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) übergeleitet.

Investitionsförderung sowie das Fortbrechen öffentlicher Ausgleichszahlungen für die Beförderungen von Schülern und Schwerbehinderten stellt für die Ertragslage ein wesentliches Risiko dar. Durch Novellierung des ÖPNV-Gesetzes wurden die Investitionszuschüsse pauschaliert. Für die Schülers Ausgleichszahlung (vormals § 45 a PBefG) gilt § 11a ÖPNVG. Danach sinken in 2011 die Mittel landesweit auf 100 Mio. € um dann in 2012 erstmals wieder positiv angepasst zu werden, dann landesweit auf 130 Mio. € jährlich. In Bezug auf die Weiterleitung der zukünftigen Pauschale für Schülers Ausgleichszahlungen wird ein den Verkehrsleistungen entsprechend möglichst gerechtes Verfahren angestrebt. Abhängig vom gewählten Verfahren sind bei den Verkehrsunternehmen Einbussen bei öffentlichen Ausgleichszahlungen möglich.

Verbundintern besteht weiterhin ein Risiko im Bereich der Einnahmearbeitung. Diese erfolgt auf Zahlungen / Teilerhebungen, ergänzt durch buchhalterische Verfahren, die im Anschluss oft mehrjährig fortgeschrieben werden. Tatsächliche Änderungen der Vertriebstätigkeit und Nachfrageverschiebungen bei einzelnen Unternehmen können dadurch u.U. erst zu einem späteren Zeitpunkt bei Zahlungen festgestellt werden und müssen mehrjährig kumuliert unter den Verkehrsunternehmen ausgeglichen werden. Die Gesellschaft bildet hier nach ihrer Kenntnislage entsprechende Rückstellungen.

Im Bereich des operativen Geschäftes ist die Gesellschaft über den Versicherungsverband Deutscher Eisenbahnen – eine Versicherung auf Gegenseitigkeit – versichert. Risiko besteht hier insofern für den Fall eines verschuldeten Großschadenereignisses, dass die Höchsthaftungsgrenzen des Versicherungsverbandes (25,6 Mio. € je Schadenereignis) übersteigt.

Im Bereich der Liquidität ist die Gesellschaft abhängig von der Muttergesellschaft, in welche sie über einen Ergebnisabführungsvertrages eingebunden ist und unterjährig im Rahmen der verrechnenden Kontoführung bei temporären Liquiditätseingängen Ausgleich erhält.

Prognosebericht

Die Gesellschaft führt seit dem 01.01.2009 das von der Muttergesellschaft übernommene operative Geschäft im Straßenpersonenverkehr. Sie bedient sich dazu des Personals und der Ausstattung der Muttergesellschaft. Strategisch werden zukünftig benötigte Neufahrzeuge direkt von der Gesellschaft beschafft und Personalfluktuaton durch eigene Einstellungen kompensiert.

Die seitens ihres Gesellschafters und des Zweckverbandes Aachener Verkehrsverbund unter gutachterlicher Begleitung ergriffenen Maßnahmen erfüllen die derzeitige Vergabevoraussetzung. Auf dieser Basis ist eine Fortführung der Gesellschaft unter organschaftlicher Einbindung in die Muttergesellschaft zur Erfüllung der sich aus dem Nahverkehrsplan des Kreises Düren ergebenden daseinsfürsorglichen Versorgung des Bedienungsgebietes mit öffentlichen Straßenpersonenverkehrsleistungen für den Betrauungszeitraum zu erwarten. Die Gesellschaft ist dabei gefordert, weiterhin kostenreduzierende Maßnahmen umzusetzen. Die Fortführung der Tarifpolitik im AVV lässt aber insgesamt eine Verbesserung der Ertragsituation erwarten. Eine weitere Säule der kostenmäßigen Restrukturierung wird der im Rahmen der Personalfluktuaton eintretende Wechsel im Personalentlohnungstarif von bisher BAT und BMT-G auf dann TV-N NW für bei der Gesellschaft neu eingestelltes eigenes Personal sein.

Für das Kalenderjahr 2011 erwartet die Gesellschaft ein Ergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von minus 2.122 T€. Für die Folgejahre ein jährliches Defizit von ca. 2.150 T€.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

<p>Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen mbH</p> <p>beka</p> <p>Handel Bildung Verlag Kooperation</p>	<p>Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen mbH (beka) Kamekestr. 20-22 52351 Düren Telefon: 0221/951449-0 Telefax: 0221/951449-20 E-Mail: info@beka.de Homepage: www.beka.de</p>
--	--

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Ein- und Verkauf aller für den Bau, die Erhaltung und den Betrieb von Verkehrsbetrieben und ähnlichen Unternehmungen erforderlichen Wirtschaftsgüter.

Gegenstand des Unternehmens ist weiterhin die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und der öffentlichen Nahverkehrsunternehmungen durch Geschäfte und Maßnahmen aller Art. Die Gesellschaft kann solche Geschäfte und Maßnahmen im eigenen oder fremden Namen betreiben.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft kann einen oder mehrere Geschäftsführer haben. Sie wird bei einem Geschäftsführer durch diesen, bei mehreren Geschäftsführern durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Es kann auch jedem Geschäftsführer das Recht verliehen werden, die Gesellschaft allein zu vertreten.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens fünf, höchstens elf Mitgliedern. Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu überwachen. Ihm obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Der Aufsichtsrat bestimmt die Zahl der Geschäftsführer, er bestellt sie, schließt mit ihnen die Dienstverträge und beruft sie ab.
2. Er ist befugt, beim Vorhandensein mehrerer Geschäftsführer jedem das Recht zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft zu verleihen.
3. Er setzt die Richtlinien über Art und Umfang der Geschäftstätigkeit fest.
4. Der Aufsichtsrat stellt den Jahresabschluss für das abgelaufene Geschäftsjahr durch seine Zustimmung fest. Wird die Zustimmung versagt, hat er den Jahresabschluss mit seiner eigenen Stellungnahme innerhalb eines Monats der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen, die den Jahresabschluss dann feststellen.

Seiner Zustimmung bedürfen folgende Handlungen der Geschäftsführung.

1. Vornahme von Rechtsgeschäften, welche über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb des Unternehmens hinausgehen,
2. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken,
3. Investitionen, die im Einzelfall den Betrag von DM 30.000 übersteigen,
4. Beteiligungen an anderen Unternehmen,
5. Abschluss von Arbeitsverträgen mit einer höheren Jahresvergütung als DM 70.000 oder mit einer längeren als der gesetzlichen für die Handlungsgehilfen regelmäßigen Kündigungsfrist,
6. Übernahme von Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen und Bestellung anderer Sicherheiten, Aufnahme von Darlehen mit Aufnahme von kurzfristigen Kassenkrediten zur Vorfinanzierung von Warengeschäften,
7. Abschluss von Verträgen mit einem höheren Wert als DM 500.000 (bei Verträgen in Warenhandelsgeschäften DM 2.000.000),
8. Ausstellung von Wechseln,
9. Erteilung und Widerruf von Prokuren und Abschluss von Anstellungsverträgen mit Prokuristen,
10. alle anderen Maßnahmen, für die es der Aufsichtsrat beschließt.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung beschließt außer über die ihr in dem Gesellschaftervertrag sonst zugewiesenen oder im Gesetz vorbehaltenen Maßnahmen insbesondere über:

1. Die Wahl und Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern,
2. die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates,
3. die Auflösung der Gesellschaft oder ihre Fusion mit einem anderen Unternehmen,
4. die Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer oder einer Revisionsabteilung eines Gesellschafterunternehmens oder einer mit den Gesellschafterunternehmen verbundenen Holding-, Schwester- oder Tochterunternehmen,
5. alle Angelegenheiten, für die ein Geschäftsführer oder der Aufsichtsrat eine Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung fordert,
6. die Verwendung des Jahresüberschusses (Bilanzgewinn) auf Vorschlag des Aufsichtsrates.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: König, Antonius
Klott, Bernd

01.01.2010 bis 15.07.2010

Aufsichtsrat: Mitglieder des Aufsichtsrates sollen im Allgemeinen nur leitende Persönlichkeiten der Unternehmungen sein, die als Gesellschafter beteiligt sind, jedoch soll das Recht der Gesellschafterversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern hiervon unberührt bleiben.
Aufgrund der Vielzahl der Gesellschafter

dieser Einkaufsgesellschaft entfällt eine weitere Darstellung.

Gesellschafterversammlung:

Jeder Gesellschafter entsendet einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Werden mehrere Vertreter entsendet, so können diese ihre Stimme nur einheitlich ausüben.

1 Stimme

je 10 € Kapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Die Dürener Kreisbahn GmbH entsendet kein Mitglied in den Aufsichtsrat.

Gesellschafterversammlung:

Böhnke, Bernd

Die Dürener Kreisbahn GmbH wird durch die Geschäftsführung vertreten.

Emunds, Guido

Die Dürener Kreisbahn GmbH wird durch die Geschäftsführung vertreten.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	50672 Köln	
gezeichnetes Kapital:	382.520,00 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Dürener Kreisbahn GmbH	3.000,00 €	0,78%

Auf eine weitere Darstellung der Gesellschafter wird wegen der hohen Anzahl verzichtet.

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	867,50 €	627,00 €	18.608,00 €	17.981,00 €	2867,78%
II. Sachanlagen	57.696,50 €	43.084,50 €	26.833,50 €	-16.251,00 €	-37,72%
III. Finanzanlagen	125.000,00 €	200.000,00 €	200.000,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	1.260.937,77 €	658.829,87 €	563.681,28 €	-95.148,59 €	-14,44%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	2.817.859,40 €	2.132.314,45 €	2.300.430,11 €	168.115,66 €	7,88%
III. Kassenbestand	976.262,20 €	555.700,26 €	403.302,24 €	-152.398,02 €	-27,42%
IV. Wertpapiere	600,00 €	600,00 €	0,00 €	-600,00 €	-100,00%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	36.556,50 €	45.093,27 €	39.739,77 €	-5.353,50 €	-11,87%
Summe Aktiva	5.275.779,87 €	3.636.249,35 €	3.552.594,90 €	-83.654,45 €	-2,30%

Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	382.520,00 €	382.520,00 €	381.920,00 €	-600,00 €	-0,16%
II. Kapitalrücklage	218.658,44 €	218.658,44 €	218.658,44 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnrücklagen	453.423,87 €	479.569,90 €	493.021,81 €	13.451,91 €	2,80%
IV. Bilanzgewinn	64.338,03 €	32.547,91 €	-96.162,55 €	-128.710,46 €	-395,45%
C. Rückstellungen	649.551,00 €	718.081,00 €	103.077,00 €	-615.004,00 €	-85,65%
D. Verbindlichkeiten	3.507.288,53 €	1.804.872,10 €	2.453.080,20 €	648.208,10 €	35,91%
Summe Passiva	5.275.779,87 €	3.636.249,35 €	3.553.594,90 €	-82.654,45 €	-2,27%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	13.876.685,05 €	11.829.750,71 €	9.094.992,14 €	-2.734.758,57 €	-23,12%
2. sonstige betriebliche Erträge	226.339,09 €	243.311,96 €	210.965,20 €	-32.346,76 €	-13,29%
3. Materialaufwand	12.847.911,58 €	10.846.987,97 €	8.106.873,34 €	-2.740.114,63 €	-25,26%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	506.342,35 €	451.456,17 €	495.111,27 €	43.655,10 €	9,67%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	122.920,64 €	145.500,06 €	85.121,67 €	-60.378,39 €	-41,50%
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	31.738,54 €	19.647,64 €	17.770,00 €	-1.877,64 €	-9,56%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	559.967,51 €	603.873,17 €	669.680,21 €	65.807,04 €	10,90%
Betriebsergebnis	34.143,52 €	5.597,66 €	-68.599,15 €	-74.196,81 €	-1325,50%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	79.584,02 €	49.598,50 €	36.223,79 €	-13.374,71 €	-26,97%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	16.924,12 €	3.963,48 €	53.474,14 €	49.510,66 €	1249,17%
Finanzergebnis	62.659,90 €	45.635,02 €	-17.250,35 €	-62.885,37 €	-137,80%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	96.803,42 €	51.232,68 €	-85.849,50 €	-137.082,18 €	-267,57%
9. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	18.871,00 €	18.871,00 €	
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	31.857,89 €	18.352,77 €	-8.964,70 €	-27.317,47 €	-148,85%
10. sonstige Steuern	607,50 €	332,00 €	406,75 €	74,75 €	22,52%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	64.338,03 €	32.547,91 €	-96.162,55 €	-128.710,46 €	-395,45%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	11	11	11

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Wirtschaftliches Umfeld

Die Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH – kurz beka genannt – ist ein Handels- und Dienstleistungsunternehmen für den öffentlichen Nahverkehr in Deutschland. Sie ist aber auch Wirtschaftsgesellschaft für den Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. – hier insbesondere in den Geschäftsbereichen Verlag, Bildung sowie in der finanziellen Abwicklung der Imagekampagne des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen „Umdenken/Einsteigen – Busse und Bahnen“.

Träger der Gesellschaft sind Beteiligungen von 86 Verkehrsunternehmen.

Die beiden Kernbereiche des beka-Geschäfts liegen in dem Bereich Handel (Geschäfte mit öffentlichen Ausschreibungen) und in der Bildung (Premium- bzw. Classic-Veranstaltungen).

Für die positive Geschäftsentwicklung dieser beiden Bereiche ist das Investitionsverhalten der Unternehmen von entscheidender Bedeutung. Tendenziell sind Investitionen im ÖPNV rückläufig, jedoch sind Themen wie Sicherheit im ÖPNV (Videoüberwachung), Fahrgeldmanagement und Kundeninformationen (Dynamische Fahrzielanzeigen) nach wie vor gute Ansätze für das Geschäft. Vor diesem Hintergrund konnte das Geschäft im Handel im Jahr 2010 nicht in der gewünschten Höhe realisiert werden. Auch der Bereich Bildung ist nur eingeschränkt wachstumsfähig. Wichtig ist es hier, aktuelle Themen zu besetzen und neue Veranstaltungen aufzunehmen.

Geschäftsverlauf und Erläuterungen zur Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesellschaft schüttete in 2010 T€ 19,1 aus dem Jahresüberschuss 2009 an die Gesellschafter aus. Dies entspricht einer Dividende von 5% auf das Stammkapital im Jahr 2009. Der Ausschüttungsbeschluss für das Jahr 2009 ist von der Gesellschafterversammlung in ihrer Sitzung am 31. August 2009 in Magdeburg gefasst worden. Sie folgte damit dem Vorschlag des Aufsichtsrates. Das verbleibende Ergebnis wurde in die Gewinnrücklagen eingestellt.

Im 89. Jahr ihres Bestehens hat die Gesellschaft operativ wiederum äußerst positiv gearbeitet. Im Jahr 2010 konnten Gesamterlöse von T€ 9.095 erzielt werden. Das Rohergebnis betrug T€ 1.199 (Vj.: 1.226), insbesondere getragen von den guten Deckungsbeiträgen in den Geschäftsbereichen Handel und Bildung.

Das letztlich im Geschäftsjahr 2010 erstmals ein Fehlbetrag (- 96,2 T€) ausgewiesen wird hat im Wesentlichen die folgenden außerordentlichen Ursachen:

Die Lohn- und Gehaltskosten des Geschäftsjahres waren durch zeitweise doppelte Geschäftsführerkosten (Mehrkosten von rund 110 T€) belastet, andererseits aber auch durch geringere Tantiemen entlastet, wobei die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung insges. um rund 60 T€ geringer ausgewiesen werden als im Vorjahr, weil nach BilMoG die Zuführung zur Pensionsrückstellung hauptsächlich im Zinsaufwand ausgewiesen wird, der dadurch entsprechend gestiegen ist.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist ein im Geschäftsjahr realisierter Verlust von 98 T€ aus einem langfristigen Handelsauftrag enthalten. Bedingt durch die Insolvenz eines Lieferanten konnte der Auftrag nur unter höchsten Anstrengungen und erhöhtem Aufwand erfolgreich zu Ende gebracht werden..

Die Zinserträge sind im Vergleich zum Vorjahr nochmals gesunken, insbes. weil sich das Zinsniveau nochmals verschlechtert hat.

Durch die Umstellung auf BilMoG war ein außerordentlicher Aufwand aus der Neubewertung der Pensionsverpflichtungen von 19 T€ auszuweisen.

Die Vermögensstruktur der beka ist gekennzeichnet durch eine hohe Eigenkapitalausstattung, so dass die Gesellschaft im Betrachtungszeitraum ohne Fremdfinanzierung ihre Geschäfte abwickeln konnte. Die Eigenkapitalquote betrug zum Bilanzstichtag rund 30%.

Die hohe Liquidität resultiert im Wesentlichen durch eine gute Zahlungsmoral unserer Kunden sowie durch erhaltene Anzahlungen aus Projektgeschäften.

Handel

Die Hauptumsatzleistung der beka liegt nach wie vor im Bereich Handel. Hier betrug der Umsatz im Berichtsjahr T€ 5.313,1 (Vorjahr T€ 7.679,9). Zu diesem Ergebnis haben mittel- und langfristige Investitionen aus den alten und neuen Bundesländern beigetragen. Besonders erwähnenswert sind Großaufträge für dynamische Fahrgastinformationen für die VGF Frankfurt, MVG Magdeburg, Kasseler Verkehrsgesellschaft und Rheinbahn Düsseldorf, Videoüberwachung aus dem Hause Indanet für die BVG Berlin sowie Fahrgeldmanagement für Rheinbahn Düsseldorf und eine Straßenbahnwaschanlage für üstra Hannover.

Weiterhin konnten Großaufträge für Dienstbekleidung für Stadtwerke Augsburg und Freiburger Verkehrs-AG, für Videoüberwachung und für LED-Anzeigen für Busse u.v.m. abgeschlossen werden.

Bildung

Das Bildungsgeschäft fand im Berichtsjahr eine hohe Akzeptanz bei unseren Kunden. Die Bildungsveranstaltungen wurden überdurchschnittlich gut beurteilt. Sie wurden inhaltlich und organisatorisch mit gut und besser beurteilt. Trotz leerer Kassen hat sich das Geschäft der beka Bildung auf hohem Niveau stabilisiert. Der Umsatz betrug T€ 1.444,3 (Plan T€ 1.300,0). Kooperationsveranstaltungen mit der VDV-Akademie sind hierin enthalten. Der Umsatz erhöhte sich gegenüber dem Plan 2009 um 11,1%.

Zu diesem Unternehmensergebnis haben sowohl CLASSIC-Seminare als auch PREMIUM-Seminare beigetragen. Unsere PREMIUM-Seminare wurden vom Markt gut aufgenommen und rege besucht. In Kooperation mit der VDV-Akademie wurden u.a. Seminare zur "VO (EG) 1370/2000 – Anwendung in der Praxis", sowie „VDV-Marketing-Kongress“, „Marketing: Zukunft durch Kunden“ sowie „Trend-Scout-Days: Die Zukunft des ÖPNV“ durchgeführt.

Highlights bei Premium-Veranstaltungen waren „Fachtagung: Elektrische Energieanlagen von Gleichstrom Nahverkehrsbahnen“ sowie „Verbundforum: Alle gemeinsam oder jeder für sich?“.

Die zukünftige Entwicklung des beka-Bildungsgeschäftes hängt in nicht unerheblichem Maße von einer für beide Seiten zufriedenstellenden Zusammenarbeit von beka Bildung und VDV-Akademie e.V. ab.

Verlag

Der Umsatz im Unternehmensbereich Verlag lag mit T€ 199,0 (Plan T€ 200,0) im Plan. Die Einmalgeschäfte wie „Lokführerscheine“ und „Erhöhtes Beförderungsentgelt“ sind in 2010 zurückgegangen. Das Geschäft im Jahr 2010 konzentrierte sich im Wesentlichen auf Standards wie Mitteilungen, Schriften, NATA-Bücher sowie Neuveröffentlichungen seitens des VDV und privaten Anbietern. Die Umsätze sind abhängig von den Neuerscheinungen im Geschäftsjahr. Auch Piktogramme haben einen Umsatzbeitrag geleistet. Stabilisierend hat sich das Geschäft mit den Fahrertaschen ausgewirkt. Neue Kunden für Fahrertaschen haben zu dem guten Ergebnis beigetragen.

Kooperation

Der Bereich Kooperation beinhaltet Umsatzaktivitäten mit den Firmen WBS Training AG, Konzepte GmbH und Idee & Produkt Verlag über Spezialseminare sowie das neue Entwicklungsprojekt Test-Bilder. In 2010 betragen die Umsatzerlöse im Bereich Kooperation T€ 105,0 (Plan T€ 50,0).

Werbung

Die Werbekampagne „Busse und Bahnen – Umdenken / Einsteigen“ des VDV und der Deutschen Bahn AG im Bereich Werbung wurde im Berichtsjahr, wie in den Vorjahren, über die beka abgewickelt. Die Aufwendungen in 2010 betragen T€ 2.121,5 (im Vorjahr T€ 2.679,2).

beka ebusiness GmbH

Im Geschäftsjahr 2010 konnte die beka ebusiness GmbH einen Gewinn in Höhe von T€ 16,7 (Vorjahr T€ 15,5) ausweisen.

Durch Aufnahme weiterer strategischer Lieferanten wie Actebis, Alstom, Siemens u.a. wird sich das Geschäft in 2011 weiter verbessern. Darüber hinaus werden weitere Neukunden im öffentlichen Verkehr wie MVB Magdeburg, RNV Mannheim, LeoBus Leipzig, IFTEC Leipzig, HVV Hagen und weitere Nahverkehrsgesellschaften und Kommunen erwartet. Zusätzliche Produkte durch Kooperationen mit Achilles (Lieferantenpräqualifikation, Lieferantenbewertung) und Futura Solutions (Beschaffung und Abrechnung von Dienstleistungen) runden das Geschäft ab. Geplant werden in 2011 ergänzende Geschäftsmodelle zur Datendistribution sowie die Digitale Anfrageakte als Stand-Alone-Lösung.

Risiken

Aufgrund der allgemeinen konjunkturellen Lage und den mäßigen Investitionsaufkommen im ÖPNV werden von der Geschäftsführung Risiken im Handelsgeschäft nicht ausgeschlossen.

Zur Abfederung zukünftiger Risiken aus dem Handels- und insbesondere Anlagengeschäft hat die beka Ende 2002 ein Risikomanagement in diesem Segment aufgebaut. Creditreform Auskünfte können online abgerufen werden.

Ausblick

Die voraussichtliche Entwicklung für das Geschäftsjahr 2011 ist positiv zu beurteilen. Der Auftragsbestand im Handel beträgt ca. 4,0 Mio. Euro. Viele offene Ausschreibungen sind zur Zeit in Bearbeitung.

Interessante Projekte stehen noch in Aussicht, wie z.B. Fortführung der Fahrgastinformation für VGF Frankfurt, KVG Kassel, BVG, Magdeburg u.a., Stationäre und mobile Fahrscheinautomaten für BVG Berlin, Dortmunder Verkehrsbetriebe, Rheinbahn Düsseldorf, Essener Verkehrs AG, Duisburger Verkehrsgesellschaft sowie VAG Nürnberg. Die Essener Verkehrs AG erhält eine Straßenbahnwaschanlage.

Für den Unternehmensbereich Bildung wird eine Steigerung des Umsatzes erwartet. Die Aktivitäten mit der VDV-Akademie sind durch den Kooperationsvertrag und Einzelvereinbarungen geregelt.

Bei Classic-Seminaren wurden 40 Veranstaltungen neu aufgenommen wie z.B.:

CLASSIC-Seminare

- Das 1x1 der Trennungsrechnung im ÖPNV
- E-Bilanz
- Materialwirtschaft – Zentrales Element in der Instandhaltung
- Nachtragsvermeidung bei Planung und Bau
- Programm zur barrierefreien Gestaltung von EBO-Fahrzeugen und –infrastruktur nach § 2 Absatz 3 EBO
- Fahrbetrieb und Arbeitsrecht
- Aktuelle Rechtsprechung zur Haftung im ÖPNV-Bereich
- Project Management Start-up – Einstiegslehrgang mit Zertifikatsabschluss
- Erfolgreich Mitarbeiter für den Fahrdienst auswählen
- Gesundheit als Ressource „Und heute schon getankt?“
- uvm.

PREMIUM-Seminare

- Der Fahrgast im Visier der Unternehmensstrategie
- Großveranstaltungen und Sonderverkehre – das Unplanbare planen
- Fahrgastinformationsstrategien: Von der statischen zur dynamischen Information
- Fuhrparkmanagement
- Instandhaltungs-Kongress
- Zukunftsfähige Mobilität: Heute schon für morgen sorgen
- ÖPNV goes green – Klimaschutz als Unternehmensziel
- ÖPNV in Kooperation mit dem öffentlichen Fahrrad

In den Unternehmensbereichen Verlag und Kooperation wird eine nahezu unveränderte Ertragslage für 2011 erwartet.

Vorgänge von Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Wie bereits oben bei der Erläuterung des Geschäftsverlaufs und der Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwähnt, konnte im ersten Quartal 2011 ein bereits in 2004 angenommener Handelsauftrag für die AKN im Wesentlichen abgeschlossen werden. Die Risiken aus diesem Auftrag wurden bereits – wie oben beschrieben – im Jahresabschluss zum 31.12.2010 vollständig berücksichtigt. Eventuelle Rückforderungsansprüche aus angemeldeten Insolvenzforderungen beim Lieferanten wurden dabei unberücksichtigt gelassen.

Darüber hinaus sind nach dem Bilanzstichtag keine Vorgänge von wesentlicher Bedeutung für die Gesellschaft eingetreten.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen mbH ist an der beka ebusiness GmbH beteiligt. Eine weitere Darstellung dieser Beteiligungen entfällt, da die Beteiligung an der beka selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.

Freizeitbad Kreuzau GmbH

Windener Weg 7
 52372 Kreuzau
 Telefon 02422/9426-0
 Telefax: 02422/9426-40
 E-Mail: kreuzau@monte-mare.de
 Homepage: www.monte-mare.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Freizeitanlage.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

- Geschäftsführung:** Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft entweder durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Einzelnen Geschäftsführern kann durch Gesellschafterbeschluss Einzelvertretungs- und Einzelgeschäftsführungsbefugnis erteilt werden. Mit Bestellung eines Geschäftsführers ändert sich die Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis der vorhandenen Geschäftsführer nicht, es sei denn, die Gesellschafterversammlung beschließt etwas anderes. Die Geschäftsführerbefugnis umfasst nur die gewöhnlichen Rechtsgeschäfte und Rechtshandlungen. Für außergewöhnliche Rechtsgeschäfte bedarf es eines vorherigen zustimmenden Gesellschafterbeschlusses. Hierzu zählen insbesondere:
1. Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken, Grundstücksrechten und Rechten an einem Grundstücksrecht; dasselbe gilt für die entsprechenden Verpflichtungsgeschäfte,
 2. die Veräußerung des Unternehmens im Ganzen oder von Teilbetrieben, die Einrichtung, Veräußerung und Aufgabe von Betriebsstätten,
 3. die Erteilung oder der Einzug von Prokuren oder Handlungsvollmachten,
 4. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Unternehmen, Wertpapieren und Beteiligungen,
 5. der Abschluss von Beherrschungsverträgen nach dem Aktiengesetz,
 6. die Aufnahme und Gewährung von Darlehen und Bestellung sonstiger Sicherheiten oder die Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o.a. gleichkommen und in jedem Einzelfall eine Wertgrenze von 25.000 € überschreiten.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus neun Mitgliedern besteht. Acht Mitglieder sowie deren Stellvertreter werden unmittelbar durch den Kreistag benannt. Geborenes Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Düren; dessen Stellvertreter im Aufsichtsrat ist der allgemeine Vertreter. Zusätzlich können diejenigen Fraktionen des Kreistages des Kreises Düren, denen aufgrund des jeweils geltenden mathematischen Verfahrens kein Aufsichtsratsitz zusteht, Mitglieder mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden.

Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Die Beratung und Überwachung der Geschäftsführung,
2. die Beratung des vom Geschäftsführer jährlich im Voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes,
3. die Prüfung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes,
4. die Übernahme neuer Aufgaben und den Abschluss von Betriebsführungsverträgen,
5. den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
6. die Aufnahme und Gewährung von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften und Garantien, das Ausstellen von Wechseln, der Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten oder die Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o. a. gleichkommen und in jedem Einzelfall eine Wertgrenze von 25.000 € überschreiten,
7. die Schenkungen und Verzicht auf Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
8. die Führung eines Rechtsstreits, soweit der Streitgegenstand 10.000 € übersteigt,
9. den Abschluss von Vergleichen über Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
10. Vornahme von baulichen Maßnahmen, seien es Neubauten, Umbauten oder Änderungen, soweit im Einzelfall die Aufwendungen 25.000 € übersteigen,
11. Anschaffung von Anlagegütern mit Anschaffungskosten von mehr als 25.000 €,
12. Anstellung und Entlassung von Arbeitnehmern mit einem Jahresbruttobezug von mehr als 30.000 € sowie Beteiligung von Arbeitnehmern am Gewinn, Umsatz oder Vermögen der Gesellschaft sowie Versorgungszusagen jeder Art,
13. Abschluss, Aufhebung oder Änderung von Leasing-, Pacht-, Mietverträgen (soweit im Einzelfall Aufwendungen von mehr als 25.000 € p.a. anfallen) oder anderen Dauerschuldverhältnissen unbeschadet von Buchstabe e). Hierunter fallen auch Verträge mit Steuerberatern oder Wirtschaftsprüfern der Gesellschaft,
14. die Vorbereitung der Gesellschafterversammlung.

Gesellschafterversammlung:

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch den Geschäftsführer vertreten. Dieser hat das Stimmrecht gemäß den Weisungen der zuständigen Organe der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH bzw. des Kreistages und seiner Ausschüsse auszuüben. Die Gesellschafterversammlung ist das oberste Organ der Gesellschaft. Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unter-

liegen außer den im Gesetz genannten Fällen:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung der Ergebnisse und Abdeckung der Verluste,
2. die Erteilung oder der Einzug von Prokuren oder Handlungsvollmachten,
3. die Wahl des Abschlussprüfers,
4. die Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder und der Geschäftsführung,
5. Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
6. die Erteilung der Zustimmung betreffend die Übertragung oder Verpfändung von Geschäftsanteilen sowie jede andere Belastung eines Geschäftsanteils,
7. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Unternehmen, Wertpapieren und Beteiligungen,
8. die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer,
9. der Abschluss von Beherrschungsverträgen nach dem Aktiengesetz,
10. die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren,
11. die Auflösung der Gesellschaft,
12. Rechtsgeschäfte, die nach § 6 2 des Gesellschaftsvertrages über die Befugnisse der Geschäftsführung hinausgehen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Butz, Heidi	Kreuzau	ab 13.02.2009
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze	100 %
Gesellschafterversammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme	100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang Vorsitzender	Kreis Düren	Landrat
	Dr. Nolten, Ralf	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Hellwig, Eva	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Conzen, Helga	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	von Laufenberg, Reiner	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Jansen, Helmut	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Hockel, Dieter	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Schmitz, Josef Johann	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Zentis, Gudrun (bis 30.10.2012)	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Becker, Rene (ab 30.10.2012)	Kreis Düren	sachkundiger Bürger
	Zorn, Ralf beratendes Mitglied	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Bethlehem, Margret beratendes Mitglied	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete

**Gesellschafter-
versammlung:**

Hürtgen, Dirk

Die Beteili- Geschäftsführer
gungsgesell-
schaft Kreis
Düren mbH wird
durch die Ge-
schäftsführung
vertreten.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52372 Kreuzau	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	25.000,00 €	100%

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.066,00 €	2.216,00 €	1.366,00 €	-850,00 €	-38,36%
II. Sachanlagen	10.809.096,00 €	10.516.421,00 €	9.791.021,00 €	-725.400,00 €	-6,90%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	15.122,60 €	21.152,73 €	28.046,24 €	6.893,51 €	32,59%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	850.487,56 €	1.216.539,78 €	809.276,53 €	-407.263,25 €	-33,48%
III. Kassenbestand	41.707,74 €	186.588,25 €	123.725,56 €	-62.862,69 €	-33,69%
C. Rechnungsabgrenz- ungsposten	3.094,81 €	2.953,22 €	3.462,13 €	508,91 €	17,23%
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.357.271,25 €	1.357.271,25 €	1.337.991,69 €	-19.279,56 €	-1,42%
Summe Aktiva	13.079.845,96 €	13.303.142,23 €	12.094.889,15 €	-1.208.253,08 €	-9,08%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	228,09 €	228,09 €	228,09 €	0,00 €	0,00%
III. Bilanzverlust	-1.382.499,34 €	-1.382.499,34 €	-1.363.219,78 €	19.279,56 €	-1,39%
IV. nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.357.271,25 €	1.357.271,25 €	1.337.991,69 €	-19.279,56 €	-1,42%
C. Rückstellungen	583.960,58 €	535.831,21 €	341.866,10 €	-193.965,11 €	-36,20%
D. Verbindlichkeiten	12.495.885,38 €	12.767.311,02 €	11.753.023,05 €	-1.014.287,97 €	-7,94%
Summe Passiva	13.079.845,96 €	13.303.142,23 €	12.094.889,15 €	-1.208.253,08 €	-9,08%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.394.768,60 €	1.472.276,17 €	1.492.627,74 €	20.351,57 €	1,38%
2. sonstige betriebliche Erträge	25.400,54 €	210.637,02 €	377.504,90 €	166.867,88 €	79,22%
3. Materialaufwand	796.293,28 €	678.785,71 €	633.849,27 €	-44.936,44 €	-6,62%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	698.012,14 €	772.966,66 €	678.208,23 €	-94.758,43 €	-12,26%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	152.359,96 €	161.165,08 €	203.504,46 €	42.339,38 €	26,27%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	596.710,44 €	615.380,80 €	614.397,97 €	-982,83 €	-0,16%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	720.990,99 €	1.139.413,67 €	915.869,20 €	-223.544,47 €	-19,62%
Betriebsergebnis	-1.544.197,67 €	-1.684.798,73 €	-1.175.696,49 €	509.102,24 €	-30,22%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	531,67 €	0,00 €	9,28 €	9,28 €	
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	407.803,14 €	385.813,51 €	350.263,69 €	-35.549,82 €	-9,21%
Finanzergebnis	-407.271,47 €	-385.813,51 €	-350.254,41 €	35.559,10 €	-9,22%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-1.951.469,14 €	-2.070.612,24 €	-1.525.950,90 €	544.661,34 €	-26,30%
10. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	6.553,25 €	6.553,25 €	
11. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	15.352,10 €	15.352,10 €	
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	-8.798,85 €	-8.798,85 €	
10. sonstige Steuern	13.684,33 €	12.872,33 €	38.598,91 €	25.726,58 €	199,86%
11. Erträge aus Verlustübernahme	1.953.675,47 €	2.083.484,57 €	1.592.628,22 €	-490.856,35 €	-23,56%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-11.478,00 €	0,00 €	19.279,56 €	19.279,56 €	

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	52	58	72

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Freizeitbad Kreuzau GmbH wurde am 21.12.1999 errichtet. Der Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Freizeitanlage. Der Sitz der Gesellschaft ist in Kreuzau.

Gesellschafter der Freizeitbad Kreuzau GmbH ist die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH. Mit dieser besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Die Betriebsführung wird seit dem 13.02.2009 von der monte mare Bäderbetriebsgesellschaft mbH wahrgenommen.

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Das Geschäftsjahr 2010 ist das erste reguläre Betriebsleitungsjahr nach der Übernahme der Betriebsführung durch die monte mare Bäderbetriebsgesellschaft mbH.

Im Rahmen der Analysen des Besucherpotentials im Umfeld von Kreuzau wurden nur noch sehr begrenzte Absatzreserven im Badbereich festgestellt. Im Saunabereich stellt sich die Situation grundlegend anders dar, so dass hier – ein entsprechend attraktives Angebot und effizientes Marketing vorausgesetzt – erhebliche Steigerungsraten zu erwarten sind.

Mit Hinblick auf die gesellschaftlichen Veränderungen im Rahmen des demographischen Wandels wird sich dieser gegenläufige Trend noch verstärken.

Die Schwerpunkte der Betriebsführung in 2010 lagen hauptsächlich in den Bereichen der Personalführung und -entwicklung, Angebotserweiterung, Überprüfung und Weiterentwicklung der Betriebsabläufe, Verbesserung der Dienstleistung und Kontrolle der Ausgabenseite.

Zum 01.01.2010 wurde das Tarifsystem in beiden Angebotsschwerpunkten (Bad/ Sauna) und die Regelung der Öffnungszeiten umgestellt.

Im Jahr 2010 konnten die Besucherzahlen weiter im Angebotsbereich "Sauna" gesteigert werden. Die Besucherzahlen im Angebotsbereich "Bad" waren rückläufig. Im Vergleich zu den Vorjahreszahlen ergeben sich nachfolgende Veränderungen:

- Badbereich (nur zahlende Gäste, ohne Schul- und Vereinsschwimmen) von 169.268 auf 146.336 (./ 13,54 %)
- Saunabereich von 23.207 auf 32.873 (+ 41,65 %)

Die Steigerung der Besucherzahlen im Saunabereich ist auf das neue Marketingkonzept zurückzuführen. Die hiermit im Zusammenhang stehenden Umsatzerlöse entsprechen weitgehend den geplanten Werten.

Die Fortsetzung der Negativentwicklung im Badebereich der vergangenen Jahre ist deutlich erkennbar. Dieser unheilvolle Trend ist kein spezielles Problem am Standort Kreuzau, sondern branchenweit zu erkennen. Die Ursachen sind ebenso bekannt wie die geringen Möglichkeiten der Einflussnahme.

Sehr erfreulich hat sich der Bereich der Optimierung der Betriebsabläufe entwickelt und zu erheblichen Aufwandsminderungen beigetragen. Trotz der widrigen äußeren Umstände im Badbereich konnten die Ergebnisvorgaben des Wirtschaftsplanes aus 2010 erreicht und sogar übertroffen werden. Hier haben nun die vielfältigen Maßnahmen zur Kostenoptimierung mittlerweile auf breiter Front gegriffen.

Die Umstellung der Reinigung auf Eigenpersonal hat sich positiv entwickelt. Auch wenn man in 2010 einen sehr hohen Fluktuationsanteil feststellen musste, hat sich aber umgehend eine Verbesserung der Sauberkeit, dadurch eine höhere Akzeptanz und ein besseres Image für die gesamte Anlage eingestellt.

Nennenswerte Investitionen wurden in 2010 nicht getätigt. Sanierungsstaus und Instandhaltungsarbeiten wurden nach dem erstellten Prioritäten-Plan abgearbeitet. Die Anlage ist, trotz des teilweise fortgeschrittenen Alters, in einem sehr gepflegten Zustand.

Das Geschäftsjahr 2010 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 19.279,56 € (Vorjahr: 0 €) ab. In dem Ergebnis sind Erträge aus der Verlustübernahme der Muttergesellschaft Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren in Höhe von 1.592 T€ (Vorjahr: 2.083 T€) enthalten. Der Jahresüberschuss betrifft die Zeit vor Abschluss des Ergebnisabführungsvertrags.

Darstellung der Lage der Gesellschaft Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die mit der Übernahme des Geschäftsbetriebes am 13.02.2009 durch die monte mare Bäderbetriebsgesellschaft mbH geplanten inneren und äußeren Veränderungen sind abgeschlossen.

Zur Verbesserung der operativen Ertragskraft sind die neuen Strukturen ausgerichtet auf eine

- Optimierung der Betriebskosten,
- Verbesserung des Angebotes und der Dienstleistung und
- Steigerung der Besucherzahlen und Erhöhung der Kundenzufriedenheit.

Der branchenweite rückläufige Trend der Besucherzahlen im Badbereich traf auch die Freizeitbad Kreuzau GmbH. In Saunabereich konnten steigende Besucherzahlen verzeichnet werden.

Der Saunabereich profitierte deutlich stärker von den Veränderungen und übertraf sogar die Vorgaben des Wirtschaftsplanes 2010 (32.873 statt 27.500). Im Badbereich wurde die anvisierte Marke von 170.000 Gästen um rd. 23.500 verfehlt (146.336 statt 170.000, nur zahlende Gäste, ohne Schul- und Vereinsschwimmen).

Die Gesamtleistung der Freizeitbad Kreuzau GmbH betrug im Geschäftsjahr 2010 1.500 T€ und wurde damit um 1,5% gesteigert (2009: 1.478 T€). Verrechnet mit den bezogenen Leistungen in Höhe von 641 T€ (2009: 685 T€) ergibt sich ein Rohertrag von 859 T€ (2009: 793 T€). Der Rohertrag verbesserte sich damit im Geschäftsjahr 2009 um 8,3%.

Dem Rohertrag stehen betriebliche Aufwendungen in Höhe von 2.071 T€ (2010: 2.443 T€) gegenüber.

Hieraus folgt ein Betriebsergebnis für das Geschäftsjahr 2010 in Höhe von ./ 1.212 T€ (2009: ./ 1.650 T€). Vor Berücksichtigung der Normalabschreibung in Höhe von 614 T€ (2009: 615 T€) beträgt das Betriebsergebnis ./ 598 T€ (2009: ./ 1.035 T€). Das Betriebsergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 438 T€ erheblich.

Bei einem Finanzergebnis in Höhe von ./ 350 T€ (2009: ./ 386 T€) beläuft sich das ordentliche Ergebnis der Freizeitbad Kreuzau GmbH auf ./ 1.562 T€ (2009: ./ 2.036 T€).

Unter Berücksichtigung der neutralen Ergebnisse der Gesellschaft in Höhe von 1.581 T€ (2009: 2.036 T€) ergibt sich ein Ergebnis vor Ertragssteuern bzw. Jahresergebnis von 19 € (2009: 0 T€).

Das Gesamtvermögen der Freizeitbad Kreuzau GmbH beträgt zum 31.12.2009 12.094 T€ und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 1.209 T€ reduziert.

Voraussichtliche Entwicklung

Durch Analysen des Besucherverhaltens ist für 2011 eine weitere Veränderung in den Bereichen Tarifsystem und Öffnungszeiten umgesetzt worden. Die Öffnungszeiten im Badebereich wurden auf 22 h verlängert, da die Besucher der Textilwellness, ebenso wie die Saunabesucher, die Anlage hauptsächlich in den Abendstunden nutzen. Dadurch ist im Badebereich eine Verbesserung der Besucherzahlen und somit auch der Umsatzerlöse zu erwarten. Durch verschiedene Maßnahmen auf der Angebotsseite wie ein erweitertes Kursprogramm, Tages- bzw. Monatsspecials im Bereich Gastronomie, Massage und Sauna soll ebenso eine Verbesserung des Gesamtergebnisses erzielt werden. Weiterhin wird durch einheitliche Angebote (Standards) für alle monte mare Bäder, verbunden mit einem überregionalen Marketing, die Attraktivität und der Bekanntheitsgrad der Anlage in Kreuzau gesteigert werden.

Die Personalaufwendungen werden auch im Jahr 2011 einen dominierenden Kostenblock für die Freizeitbad Kreuzau GmbH darstellen. Durch mehr Dienstleistung am Gast und der Umstellung der Öffnungszeiten wird mit einer Erhöhung der Personalkosten zu rechnen sein.

Bei den sonstigen Ausgaben in 2011 werden auch strikt die Regularien des Vorjahres beachtet, so dass hier mit ähnlich positiven Ergebnissen zu rechnen ist.

Für das Jahr 2011 sind keine größeren investiven Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung vorgesehen. Der Wartungs-, Instandhaltungs- und Sanierungsplan wird mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, laut Wirtschaftsplan 2011, nach Prioritäten abgearbeitet.

Eine konkrete Vorausschau über die wirtschaftliche Ertragskraft des Bäderbetriebes über mehrere Jahre ist realistisch nicht möglich. Mit der Aufwertung des Saunaangebotes hat jedoch eine wichtige Veränderung der wirtschaftlichen Ertragskraft der Freizeitbad Kreuzau GmbH stattgefunden und wird sich in 2011 weiter fortentwickeln. Für das Geschäftsjahr 2011 wird im Badbereich von einer Besucherzahl von 150.000 Gästen (nur zahlende Gäste, ohne Schul- und Vereinsschwimmen) und im Saunabereich von einer Besucherzahl von 37.500 Gästen ausgegangen.

Das geplante Betriebsergebnis für das Geschäftsjahr 2011 entspricht in etwa dem des realisierten Geschäftsjahres 2010. Auch für das kommende Jahr 2012 wird keine wesentliche Ergebnisveränderung erwartet.

Wesentliche Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Die besonderen Chancen des Unternehmens liegen in der Fortführung der durch die Betreiber-gesellschaft eingeleiteten Maßnahmen und der damit einhergehenden besseren Ausnutzung der Entwicklungspotenziale der Freizeitanlage in Kreuzau.

Zwischen der Freizeitbad Kreuzau GmbH und der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag (Beginn 01.01.2003). Der Vertrag kann jeweils zum 31.12 eines Jahres gekündigt werden. Die mögliche jährliche Kündigung des Ergebnisabführungsvertrages beinhaltet das Risiko der Zahlungsunfähigkeit für die Freizeitbad Kreuzau GmbH. Für den weiteren Betrieb der Freizeitanlage in Kreuzau durch die Gesellschaft ist die Fortführung des Ergebnisabführungsvertrages mit der Muttergesellschaft erforderlich. Von einem Fortbestehen des Ergebnisabführungsvertrags wird ausgegangen.

Angaben nach § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB zu Vorgängen von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Freizeitbad Kreuzau GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS)

Marienstr. 15
52351 Düren
Telefon: 02421/4885 - 111
Telefax: 02421/4885 - 15
E-Mail: p.kaptain@kreis-dueren.de / mueller@gws-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die wirtschaftliche Entwicklung, Optimierung, Errichtung und Verwaltung von kommunal genutztem Infrastrukturvermögen im Kreis Düren.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Hierzu zählen sämtliche Auftraggeberfunktionen bei Planungen und Bau sowie Sanierung, Unterhaltung und Bewirtschaftung dieses Vermögens.

Die Gesellschaft ist im Rahmen des Gesellschaftszwecks ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot strukturentwickelnd und wirtschaftsfördernd subsidiär tätig.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft einzeln. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Gesellschafterversammlung kann einzelnen oder mehreren Geschäftsführern das Recht verleihen, die Gesellschaft einzeln zu vertreten. Sie kann auch einzelne oder alle Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien. Im übrigen werden die Geschäftsführer durch Gesellschafterbeschluss bestellt und abberufen.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus neun Mitgliedern besteht. Acht Mitglieder werden unmittelbar durch den Kreistag benannt. Geborenes Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Düren; dessen Stellvertreter im Aufsichtsrat ist sein allgemeiner Vertreter. Zusätzlich können diejenigen Fraktionen des Kreistages des Kreises Düren, denen aufgrund des jeweils geltenden mathematischen Verfahrens kein Aufsichtsratssitz zusteht, ein Mitglied mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden. Die vom Kreistag entsandten Vertreter des Gesellschafters im Aufsichtsrat unterliegen den Bestimmungen des § 113 Abs. 1 GO NRW i.V.m. § 53 Abs. 1 KrO NRW. Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Die Beratung und Überwachung der Geschäftsführung,
2. die Beratung des vom Geschäftsführer jährlich im voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes,
3. die Prüfung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes,
4. die Beschlussfassung über die Übernahme neuer Aufgaben,
5. die Beschlussfassung über den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
6. die Beschlussfassung über die Aufnahme und Gewährung von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften und Garantien, das Ausstellen von Wechseln, der Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten oder die Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o. a. gleichkommen und in jedem Einzelfall eine Wertgrenze von 25.000 € überschreiten,
7. die Beschlussfassung über die Schenkungen und Verzicht auf Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
8. die Beschlussfassung über die Führung eines Rechtsstreits, soweit der Streitgegenstand 10.000 € übersteigt,
9. die Beschlussfassung über den Abschluss von Vergleichen über Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
10. die Vorbereitung der Gesellschafterversammlung,
11. die Beschlussfassung über die Einstellung und Entlassung von hauptamtlichen Personal der Gesellschaft.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung Landrat vertreten. Dieser hat das Stimmrecht gemäß den Weisungen des Kreistages und seiner Ausschüsse auszuüben (§ 113 Abs. 1 GO NRW i.V.m. § 53 Abs. 1 KrO NRW).

Die Gesellschafterversammlung ist das oberste Organ der Gesellschaft. Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegt außer den sonst im Gesetz genannten Fällen:

1. Die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung der Ergebnisse und die Abdeckung der Verluste,
2. die Erteilung oder der Entzug von Prokuren oder Handlungsvollmachten,
3. die Wahl des Abschlussprüfers,
4. die Entlastung der Geschäftsführung und der Aufsichtsratsmitglieder,
5. Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschl. Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
6. die Erteilung der Zustimmung nach § 5,
7. die Übertragung oder Verpfändung von Geschäftsanteilen oder von Teilen von Geschäftsanteilen sowie jede andere Belastung eines Geschäftsanteils,
8. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Wertpapieren und Beteiligungen,
9. die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer,
10. der Abschluss, die Änderung und die Aufhebung von Unternehmensverträgen nach dem Aktiengesetz,

11. die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren,
12. die Auflösung der Gesellschaft.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Kaptain, Peter	Kreis Düren	Dezernent	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze		100 %
Gesellschafter- versammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme		100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang	Vorsitzender	Kreis Düren	Landrat
	Schavier, Karl		Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Frischmuth, Rudi		Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Braumüller, Heinz-Peter		Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Hempsch, Heinrich		Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Kessel, Friedrich		Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Pöhler, Raoul		Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Mickerts, Wilfried		Kreis Düren	sachkundiger Bürger
	Zentis, Gudrun		Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Ladendorf, Ingo	beratendes Mitglied	Kreis Düren	sachkundiger Bürger
Schaaf, Heinz	beratendes Mitglied	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter	
Gesellschafter- versammlung:	Emunds, Guido		Die Beteiligungs-gesellschaft Kreis Düren mbH wird durch die Geschäftsführung vertreten.	Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Düren	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	25.000,00 €	100%

Im Geschäftsjahr 2010 hat die Gesellschafterin der GIS Mittel im Umfang von 100.000 € als Kapitaleinlage zugeführt.

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten, einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	2.803.285,68 €	2.861.957,12 €	2.753.248,12 €	-108.709,00 €	-3,80%
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	290.523,56 €	270.105,57 €	238.182,57 €	-31.923,00 €	-11,82%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte					
1. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	997.722,64 €	1.055.744,15 €	5.920.256,94 €	4.864.512,79 €	460,77%
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	970.328,98 €	447.474,79 €	451.468,72 €	3.993,93 €	0,89%
III. Guthaben bei einem Kreditinstitut	781.558,29 €	1.562.520,55 €	997.600,98 €	-564.919,57 €	-36,15%
Summe Aktiva	5.843.419,15 €	6.197.802,18 €	10.360.757,33 €	4.162.955,15 €	67,17%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	0,00 €	0,00 €	100.000,00 €	100.000,00 €	
III. Verlustvortrag	-4.657,88 €	-6.868,92 €	-12.275,05 €	-5.406,13 €	78,70%
IV. Jahresfehlbetrag	-2.211,04 €	-5.406,13 €	-3.505,05 €	1.901,08 €	-35,17%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.593.734,00 €	1.320.378,10 €	1.186.542,99 €	-133.835,11 €	-10,14%
C. Rückstellungen					
1. Sonstige Rückstellung	133.839,46 €	375.350,73 €	256.500,00 €	-118.850,73 €	-31,66%
D. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.850.093,00 €	3.321.542,54 €	4.235.143,94 €	913.601,40 €	27,51%
2. Erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen	1.033.133,05 €	645.253,81 €	4.002.018,00 €	3.356.764,19 €	520,22%
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	111.081,26 €	322.552,05 €	281.166,16 €	-41.385,89 €	-12,83%
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00 €	0,00 €	36.704,18 €	36.704,18 €	
5. Sonstige Verbindlichkeiten	103.407,30 €	200.000,00 €	253.462,16 €	53.462,16 €	26,73%
Summe Passiva	5.843.419,15 €	6.197.802,18 €	10.360.757,33 €	4.162.955,15 €	67,17%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	23.450,00 €	4.017.907,30 €	260.748,31 €	-3.757.158,99 €	-93,51%
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	997.722,64 €	58.021,51 €	4.864.512,79 €	4.806.491,28 €	8283,98%
4. Sonstige betriebliche Erträge	40.390,19 €	48.355,90 €	138.279,88 €	89.923,98 €	185,96%
5. Materialaufwand					
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	997.722,64 €	3.889.579,69 €	4.992.396,22 €	1.102.816,53 €	28,35%
7. Abschreibungen	0,00 €	77.947,78 €	74.444,00 €	-3.503,78 €	-4,50%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	45.646,51 €	98.268,31 €	135.270,53 €	37.002,22 €	37,65%
Betriebsergebnis	18.193,68 €	58.488,93 €	61.430,23 €	2.941,30 €	5,03%
11. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	27.111,73 €	9.467,37 €	32.603,09 €	23.135,72 €	244,37%
13. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	47.516,45 €	73.362,43 €	97.316,78 €	23.954,35 €	32,65%
Finanzergebnis	-20.404,72 €	-63.895,06 €	-64.713,69 €	-818,63 €	-1,28%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-2.211,04 €	-5.406,13 €	-3.283,46 €	2.122,67 €	39,26%
19. Sonstige Steuern	0,00 €	0,00 €	221,59 €	221,59 €	
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-2.211,04 €	-5.406,13 €	-3.505,05 €	1.901,08 €	35,17%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	1	1	1

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Kreis Düren als Mieter des in Besitz der GIS stehenden Rettungswache in Nörvenich hat in 2010 einen Betrag von insgesamt 16.765,00 € für Mietkaufraten und Nebenkosten an die GIS gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Angaben zum Unternehmen und den wirtschaftlichen Verhältnissen

Mit notarieller Urkunde Nr. 1098 für 2007 vom 03.09.2007 des Notars Dr. Christian Kessler, Düren wurde die Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) als hundertprozentige Tochter des Kreises Düren mit einer Stammeinlage von € 25.000.-- gegründet.

Die Gesellschaft wurde am 07.09.2007 in das Handelsregister, Amtsgericht Düren, HRB5191 eingetragen. Mit Vertrag vom 4. November 2009 des Notars Dr. Hagen Monath wurden die Gesellschaftsanteile zu 100% vom Kreis Düren auf die "Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH" übertragen.

Nach einem Beschluss der Gesellschafterversammlung der Gesellschafterin, Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH vom 20.07.2010 wurde eine Einlage in die Kapitalrücklage von 100 TEUR beschlossen und am 29.12.2010 eingezahlt.

Gegenstand des Unternehmens nach § 2 des Gesellschaftsvertrages ist:

- 1.) Die wirtschaftliche Entwicklung, Optimierung, Errichtung und Verwaltung von kommunal genutztem Infrastrukturvermögen im Kreis Düren
- 2.) Darüber hinaus ist die Gesellschaft zu allen Geschäften u. Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Hierzu zählen sämtliche Auftraggeberfunktionen bei Planungen und Bau sowie Sanierung, Unterhaltung und Bewirtschaftung dieses Vermögens.
- 3.) Die Gesellschaft ist im Rahmen des Gesellschaftszwecks ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot strukturentwickelnd und wirtschaftsfördernd tätig.

Zum Geschäftsführer wurde Herr Peter Kaptain, Kreuzau, bestellt.

In Verbindung mit dem Gesellschafterwechsel wurde § 7 der Satzung angepasst und § 9 Abs.1 wie folgt neu gefasst:

„Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus neun stimmberechtigten Mitgliedern besteht. Acht Mitglieder werden unmittelbar durch den Kreistag benannt. Geborenes Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Düren; dessen Stellvertreter im Aufsichtsrat ist sein allgemeiner Vertreter. Zusätzlich können diejenigen Fraktionen des Kreistages des Kreises Düren, denen aufgrund des jeweils geltenden mathematischen Verfahrens kein Aufsichtsratssitz zusteht, ein Mitglied mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden.“

Allgemeine wirtschaftliche Lage

Die kräftige Erholung der deutschen Konjunktur hat in 2010 zum stärksten Wirtschaftswachstum seit der Wiedervereinigung geführt. Das Bruttoinlandsprodukt stieg in 2010 um 3,6%.

Auslöser für den rasanten Aufschwung war die boomende Exportwirtschaft mit rd. 14,2 %.

Allerdings hatten auch Unternehmen, private Haushalte und der Staat ihren Anteil am gestiegenen Bruttoinlandsprodukt. Während die Konsumausgaben der Haushalte um 0,5 %, die des Staates um 2,2 % stiegen, trugen die Unternehmen mit deutlich erhöhten Investitionen zur Erholung der Wirtschaft bei. Die Bauausgaben stiegen um 2,8 %. Die Ausgaben für Maschinen, Fahrzeuge und Ausrüstgüter sorgte mit einem Anstieg um 9,4% für verbesserte Zahlen.

Der überraschend frühe Winter wirkte jedoch bremsend auf die Wirtschaft im vierten Quartals.

Die Krise des Jahres 2009 hat auch weiterhin Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte. Das Defizit lag bei 88,57 Mrd. Euro nach 72,91 Mrd. Euro in 2009.

Auch nach dem starken Wachstum des Jahres 2010 ist der Einbruch im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise noch nicht vollständig ausgeglichen. Das Niveau liegt noch unter dem des Jahres 2008.

Tätigkeitsschwerpunkte

Jugendherberge:

Der Pachtvertrag zwischen dem Deutschen Jugendherbergswerk Landesverband Rheinland e.V. und der Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren (GIS) mbH wurde am 29.06.2009 unterzeichnet. Die Jugendherberge inklusive des Außengeländes und des Straßenausbaus wird mittels Zuschüssen und Darlehen finanziert und soll im Mai 2011 endgültig fertiggestellt werden.

Zur Deckung der mit 6,2 Mio Euro kalkulierten Bausumme stehen Mittel aus Zuschüssen und dem Konjunkturpaket zur Verfügung.

Indemann:

Das Projekt „Aussichtsturm Indemann“ ist fertiggestellt und wurde am 1.12.2009 an die Gemeinde Inden übergeben.

Seit der Eröffnung im September 2009 hat der Indemann bereits mehrere zehntausend Besucher angezogen. Mit seiner außergewöhnlichen Architektur und seiner hochmodernen LED-Technik hat er sich innerhalb kürzester Zeit zum viel beachteten und von der Architektenschaft anerkannten Wahrzeichen des Strukturwandels entwickelt.

Rettungswache Nörvenich:

Die Rettungswache wurde im November 2009 fertiggestellt und an den Kreis Düren im Wege des Mietkaufs überlassen. Die Darlehensfinanzierung wird über die vereinbarten Raten abgedeckt.

Schwimmzentrum Jülich:

Die GIS ist als Projektentwickler und ausschreibende Stelle tätig. Das PPP-Vergabeverfahren wurde mit dem Teilnahmewettbewerb bereits in 2009 eingeleitet. Das Ausschreibungsverfahren folgte in 2010 und endet voraussichtlich Ende 2011 mit einem Vergabevorschlag an den Auftraggeber, die Stadtwerke Jülich.

Feuerwehrgerätehaus Heimbach:

Auf einem im Eigentum der Stadt Heimbach stehenden Grundstück wird von der GIS ein Feuerwehrgerätehaus errichtet. Die Herstellungskosten des Objekts werden darlehensfinanziert. Die Annuität des Darlehens ist über die Ratenzahlungen abgedeckt. Bei Mehrkosten sind das Kreditvolumen und damit die Ratenzahlungen zu erhöhen. Bei Minderkosten erhält die GIS neben einem fixen Projektsteuerungshonorar zusätzlich eine anteilige Honorierung. Das Objekt wird voraussichtlich Ende Mai 2011 fertiggestellt.

Brandsimulationsanlage:

Zwischen dem Kreis Düren und der GIS wurde ein Mietkaufvertrag zur Errichtung einer Brandsimulationsanlage (BSA) auf einem kreiseigenen Grundstück auf dem Gelände des „Feuertechnischen Zentrums“ in Kreuzau-Stockheim geschlossen. Die Herstellungskosten werden darlehensfinanziert. Der Bau der Anlage ist beauftragt und soll im Herbst 2011 errichtet werden.

Darstellung der Lage der Gesellschaft Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage Vermögenslage

Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen. Hierbei wurde der auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesene Sonderposten für Investitionszuschüsse mit dem Anlagevermögen saldiert. Ebenso wurden die erhaltenen Anzahlungen von den Vorräten offen abgesetzt.

Die unter dem langfristig gebundenen Vermögen ausgewiesenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen den Anspruch an den Kreis Düren über die Rettungswache Nörvenich, soweit eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr vorliegt.

Vermögensstruktur	31.12.2010		31.12.2009		Veränderungen	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Langfristiges gebundenes Vermögen						
Anlagevermögen						
Sachanlagen						
- Grundstücke mit Bauten	2.753	53,2	2.862	67,6	-109	-3,8
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	238	4,6	270	6,4	-32	-11,9
	2.991	57,8	3.132	74,0	-141	-4,5
abzüglich Investitionszuschüsse	-1.187	-22,9	-1.321	-31,2	134	-10,1
	1.804	34,9	1.811	42,8	-7	-0,4
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	386	7,5	397	9,4	-11	-2,8
	2.190	42,4	2.208	52,2	-18	-0,8
Kurzfristig gebundenes Vermögen						
Umlaufvermögen						
Vorräte						
- Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	5.920	114,5	1.056	24,9	4.864	*
abzüglich erhaltene Anzahlungen	-4.002	-77,4	-645	-15,2	-3.357	*
	1918	37,1	411	9,7	1.507	*
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	37	0,7	34	0,8	3	8,8
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	19	0,3	0	0,0	19	*
- Sonstige Vermögens- gegenstände	10	0,1	17	0,4	-7	-41,2
	66	1,2	51	1,2	15	29,4
Liquide Mittel	998	19,3	1.562	36,9	-564	-36,1
	2.982	57,6	2.024	47,8	958	47,3
Gesamtvermögen	5.172	100,0	4.232	100,0	940	22,2
* Veränderungen ohne Aussagekraft						

Kapitalstruktur	31.12.2010		31.12.2009		Veränderungen	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Langfristig verfügbares Kapital						
Eigenkapital						
- Gezeichnetes Kapital	25	0,5	25	0,6	0	0,0
- Kapitalrücklage	100	1,9	0	0,0	100	*
- Gewinn-/ Verlustvortrag	-12	-0,2	-7	-0,2	-5	71,4
- Jahresfehlbetrag	-4	-0,1	-5	-0,1	1	-20,0
	<u>109</u>	<u>2,1</u>	<u>13</u>	<u>0,3</u>	<u>96</u>	*
Fremdkapital						
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.199	81,2	3.237	76,5	962	29,7
	<u>4.308</u>	<u>83,3</u>	<u>3.250</u>	<u>76,8</u>	<u>1.058</u>	32,6
Kurzfristig verfügbares Kapital						
Fremdkapital						
Rückstellungen						
- sonstige Rückstellungen	257	5,0	375	8,9	-118	-31,5
	<u>257</u>	<u>5,0</u>	<u>375</u>	<u>8,9</u>	<u>-118</u>	-31,5
Verbindlichkeiten						
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	36	0,7	84	2,0	-48	-57,1
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	281	5,4	323	7,6	-42	-13,0
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	37	0,7	0	0,0	37	*
- sonstige Verbindlichkeiten	253	4,9	200	4,7	53	26,5
	<u>607</u>	<u>11,7</u>	<u>607</u>	<u>14,3</u>	<u>48</u>	7,9
	<u>864</u>	<u>16,7</u>	<u>982</u>	<u>23,2</u>	<u>-70</u>	-23,6
Gesamtvermögen	<u>5.172</u>	<u>100,0</u>	<u>4.232</u>	<u>100,0</u>	<u>940</u>	22,2

* Veränderungen ohne Aussagekraft

Das bereinigte Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 940 auf TEUR 5.172 erheblich ausgeweitet.

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens (Sachanlagevermögen abzüglich Investitionszuschüsse, sowie zuzügl. langfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen) am bereinigten Gesamtvermögen beträgt am Bilanzstichtag 42,4 %. Die Reduzierung gegenüber dem Vorjahr resultiert primär aus den planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen.

In den Sonderposten für Investitionszuschüsse wurden die erhaltenen Fördermittel eingestellt, die aus Mitteln des NRW/EU-Programms Ziel 2, Phase 5, für die Auslaufgebiete 2000-2005 nach Maßgabe des Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramms des Landes Nordrhein-Westfalen für das Dienstleistungszentrum Nideggen gewährt wurden. Der Sonderposten wurde aufgrund einer drohenden Rückzahlungsverpflichtung i.H.v. 225 T€ umgliedert in die Position Rückstellungen. Die auf das Grundstück DLZ und auf den Festwert Betriebsausstattung entfallenden Sonderposten wurden im Berichtsjahr vollständig, und der verbleibende Restbetrag abschreibungskonform aufgelöst.

Unter den Vorräten werden ausschließlich unfertige Leistungen für die drei Projekte Jugendherberge Nideggen, Feuerwehrgerätehaus Heimbach sowie die Projektentwicklung Schwimmbadzentrum Jülich ausgewiesen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen Ansprüche auf Rückerstattung einbehaltener Kapitalertragsteuer sowie Umsatzsteuererstattungsansprüche.

Das Eigenkapital der Gesellschaft hat sich aufgrund des im abgelaufenen Geschäftsjahr entstandenen Jahresfehlbetrages um TEUR 3,5 unter Berücksichtigung einer Zuführung zur Kapitalrücklage durch den Gesellschafter in Höhe von TEUR 100 auf insgesamt TEUR 109 erhöht.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt zum Abschlussstichtag 2,1 % (i.V. 0,3 %) des Gesamtkapitals. Die deutliche Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr ist auf die Zuführung zur Kapitalrücklage durch den Gesellschafter zurückzuführen. Das Vermögen der Gesellschaft ist somit zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2010 zu 97,9 % fremdfinanziert. Bei der hohen Fremdkapitalquote ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Kreis Düren als ehemaliger unmittelbarer Gesellschafter zur Finanzierung des DLZ Nideggen und der Jugendherberge Nideggen eine Ausfallbürgschaft erteilt hat. Finanzierungsprobleme aufgrund von weiteren zukünftigen Verpflichtungen sind derzeit nicht erkennbar, da die alleinige Muttergesellschaft, die Beteiligungsgesellschaft des Kreises Düren (BTG) mbH im Bedarfsfall entsprechende Gesellschafterdarlehen stellen kann. Die Finanzierung des Projektbetriebs erfolgt durch Anzahlungen der Kunden/Projektträger bzw. durch Vorfinanzierung über die Gewährung von kurzfristigen Darlehen.

Das langfristig verfügbare Kapital besteht ausschließlich aus drei langfristigen Bankdarlehen. Sie dienen der Finanzierung des Erwerbs sowie des Umbaus der Jugendstilvilla Haus Effels zum Dienstleistungszentrum (DLZ) Nideggen. Des Weiteren wird hiermit die Errichtung der neuen Jugendherberge Nideggen auf einem an das DLZ angrenzenden Grundstück finanziert. Darüber hinaus wurde ein weiteres Darlehen zur Finanzierung der Rettungswache in Nörvenich sowie zum Bau des Feuerwehrgerätehauses in Heimbach aufgenommen.

Das kurzfristig verfügbare Kapital (Restlaufzeit bis zu einem Jahr) ist um TEUR 118 auf TEUR 864 gesunken. Die Position resultiert aus den sonstigen Rückstellungen von TEUR 257 (i.V. TEUR 375), Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten kurzfristiger Natur von TEUR 36 (i.V. TEUR 84), den kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von TEUR 281 (i.V. TEUR 323) den sonstigen Verbindlichkeiten von TEUR 253 (i.V. 200) sowie den Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen von TEUR 37 (i.V. 0).

Finanzlage

Zur Beurteilung der Finanzlage wurde die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) gemäß DRS 2 (Deutscher Rechnungslegungsstandard Nr. 2) zur Kapitalflussrechnung mit entsprechendem Vorjahresausweis erstellt:

KAPITALFLUSSRECHNUNG	2010	2009
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-1.578	-537
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	0	846
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	1.014	471
= Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-564	780
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.562	782
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	998	1.562

Der positive Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit, der sich im Wesentlichen aus der Aufnahme von Fremdmitteln zum Bau des Feuerwehrgerätehauses in Heimbach herleitet reicht

nicht zur Deckung des negativen Cashflow aus der Geschäftstätigkeit aus. Der Bestand an liquiden Mitteln hat sich um TEUR 564 auf TEUR 998 am Bilanzstichtag verringert.

Der hohe Bestand an liquiden Mitteln zum Abschlussstichtag besteht im Wesentlichen aus projektbezogenen Tages- und Festgeldanlagen im Zusammenhang mit dem Projekt Jugendherberge Nideggen. Der Bestand an liquiden Mitteln zum Abschlussstichtag beim Projekt Nideggen resultiert daraus, dass die langfristigen Darlehensmittel bereits vollständig abgerufen und ausgezahlt waren, jedoch zum Bilanzstichtag noch nicht vollständig verwendet waren sowie aus der Auszahlung eines Teilbetrages des Zuschusses des Kreises Düren und der Stadt Nideggen aus Mitteln aus dem Konjunkturpaket II sowie der vertraglich vereinbarten Zuschüsse des DJH.

Ertragslage

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2010 und 2009 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

Ergebnisstruktur	2010		2009		Veränderungen	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
- Umsatzerlöse	261	5,1	4.018	98,6	-3.757	-93,5
- Bestandsveränderung	4.864	94,9	58	1,4	4.806	*
Gesamtleistung	5.125	100,0	4.076	100,0	1.049	25,7
- Sonstige betriebliche Erträge	138	2,7	48	1,2	90	*
- Materialaufwand	-4.993	-97,4	-3.889	-95,4	-1.104	28,4
Rohergebnis	270	5,3	235	5,8	35	14,9
- Abschreibungen	-75	-1,5	-78	-1,9	3	-3,8
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	-135	-2,6	-98	-2,4	-37	37,8
Betriebsergebnis	60	1,2	59	1,5	1	14,9
- Zinserträge	33	0,6	9	0,2	24	*
- Zinsaufwand	-97	-1,9	-73	-1,8	-24	32,9
Finanzergebnis	-64	-1,2	-64	-1,6	0	0,0
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-4	-0,1	-5	-0,1	1	-20,0

* Veränderungen ohne Aussagekraft

Die Gesamtleistung der Gesellschaft betrug TEUR 5.125 und entfiel mit TEUR 133 auf die Erzielung von Umsatzerlösen aus dem Aussichtsturm Indemann, auf 99 TEUR aus der Vereinbarung von Mieten und Nebenkosten aus dem DLZ Nideggen und 28 TEUR aus sonstigen Erträgen sowie im Wesentlichen aus der Bestandserhöhung der unfertigen Leistungen für die drei unter den Vorräten ausgewiesenen Projekte Jugendherberge Nideggen, Feuerwehrgerätehaus Heimbach sowie die Projektentwicklung Schwimmzentrum Jülich.

Unter Berücksichtigung der sonstigen betrieblichen Erträge (TEUR 138), die ausschließlich auf die abschreibungskonforme Auflösung des Sonderpostens entfallen, sowie des Materialaufwandes (TEUR 4.992), der ausschließlich auf die bezogenen Fremdleistungen für Projekte entfällt, ergab sich ein Rohergebnis i.H.v. TEUR 270 (i.V. TEUR 235).

Die Abschreibungen für das Geschäftsjahr wurden für das Dienstleistungszentrum Nideggen in Anspruch genommen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (TEUR 135) stiegen um TEUR 37 an; sie enthalten neben Verwaltungs- und Beratungskosten die Betriebskosten für das vermietete Gebäude des DLZ Nideggen, dessen Gegenposten unter den Erlösen aus Nebenkostenabrechnungen ausgewiesen werden.

Es ergibt sich ein positives Betriebsergebnis i.H.v. TEUR 60 (i.V. TEUR 59 im Vorjahr).

Beim negativen Finanzergebnis (TEUR ./. 64) steht dem Zinsaufwand von TEUR 97, der im Wesentlichen auf die Darlehenszinsen für die beiden langfristigen Darlehen entfällt, ein Zinsertrag von TEUR 33 aus den projektbezogenen Tages- und Festgeldanlagen und den Zinsen aus dem Mietkaufvertrag aus der Rettungswache Nörvenich gegenüber.

Nach Abzug des negativen Finanzergebnisses ergibt sich ein Jahresfehlbetrag im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 i.H.v. TEUR 3.505,05 (TEUR 5 im Vorjahr), der gemäß Vorschlag des Geschäftsführers an die Gesellschafterversammlung auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Voraussichtliche Entwicklung

Aufgrund der Wirtschaftsplanung des Unternehmens für das Geschäftsjahr 2011 geht die Gesellschaft von einem voraussichtlich positiven Ergebnis aus.

Im Zuge des Gesellschafterwechsels wurden die administrativen und buchhalterischen Aufgaben von der Gesellschafterin, der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH übernommen. Die Controlling- und Überwachungsfunktionen werden in das System der Muttergesellschaft integriert.

Das Mietverhältnis mit der Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung (DGA) mbH verläuft planmäßig.

Gegen den Kreis Düren als unmittelbaren Fördermittelempfänger für das Dienstleistungszentrum Nideggen wurde eine Rückzahlungsverpflichtung von erhaltenen Fördermitteln von rd. TEUR 225. Aufgrund des Rückgriffsrechts auf die GIS hat der Kreis Düren bereits die Kreditierung der Rückzahlungsverpflichtung in Aussicht gestellt.

Wesentliche Chancen und Risiken der voraussichtliche Entwicklung

Die besonderen Chancen des Unternehmens liegen in der Nähe zu den Kommunen und kommunalen Gesellschaften, wodurch sich positive Synergieeffekte ergeben.

Akquiriert wurden folgenden neuen Projekte : Ein Parkhaus für die Kreisverwaltung Düren, das Projekt Energiewelt indeland, das Kabelmanagement für die Kreisverwaltung Düren, die Kindertageseinrichtung Nelly- Pütz- Berufskolleg.

Hinsichtlich der Solvenz der Mieter sind keine Risiken zu erwarten, da als Auftraggeber Kommunen oder kommunale Gesellschaften auftreten. Beim Mieter des Dienstleistungszentrums Nideggen, der DGA, handelt es sich um eine Schwestergesellschaft.

Risiken des Unternehmens können sich ergeben, wenn im Zuge der Projektabwicklung der Baufortschritt nicht planmäßig verläuft und damit für das Unternehmen zusätzliche Zinsbelastungen entstehen. Außerdem können sich Risiken ergeben, sofern das jeweilige projektspezifische Kostenbudget überschritten wird. Durch ein permanentes Projektcontrolling überwacht die GIS diese Risiken.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich – mit Ausnahme der Ablösung eines langfristigen Bankdarlehens durch ein Geschäftsdarlehen – nicht ereignet.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft für Infrastrukturvermögen im Kreis Düren mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.


Rurtalbahn GmbH

Kölner Landstraße 271
 52351 Düren
 Tel.: 02421/3901-42
 Fax: 02421/3901-35
 E-Mail: info@rurtalbahn.de
 Homepage: www.rurtalbahn.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Straßen- und Eisenbahnen zur Personen und Güterbeförderung, sowie die Durchführung von Gelegenheitsverkehren im Rahmen des öffentlichen Verkehrs.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft alleine. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer in der Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen, aus sechs stimmberechtigten Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat. Wenn die Zahl der Gesellschafter auf mehr als zwei steigt, vergrößert sich der Aufsichtsrat um jeweils drei je weiter hinzutretenden Gesellschafter. Der Aufsichtsrat kann beratende Mitglieder hinzuziehen. Die Aufsichtsräte brauchen nicht Gesellschafter zu sein.

Geborenes Mitglied und zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der jeweilige Landrat des Kreises Düren kraft Amtes. Zwei der übrigen Mitglieder des Aufsichtsrats werden von der Dürener Kreisbahn GmbH, die restlichen von den übrigen Gesellschaftern in jeweils gleicher Zahl entsandt. Dabei werden die von der Dürener Kreisbahn GmbH zu entsendenden Mitglieder direkt durch den Kreistag Düren bestimmt und abberufen.

Gesellschafterversammlung: Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen insbesondere:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses und der Wirtschaftsplan;
2. die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern, Abschluss, Änderungen und Aufhebung von Anstellungs- und sonstigen Verträgen mit ihnen;
3. die Entlassung der Geschäftsführer;
4. die Verfolgung von Rechtsansprüchen gegen die Mitglieder der Geschäftsführung;

5. die jederzeitige Erhebung von Nachschüssen zum Stammkapital
6. die Änderung des Gesellschaftervertrages, Aufnahme neuer Gesellschafter, Kapitalerhöhungen oder –herabsetzungen, die Auflösung der Gesellschaft sowie die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren;
7. die Errichtung und Aufhebung von Zweigniederlassungen;
8. der Erwerb und Verkauf und/oder die Verfügung über Beteiligungen jeder Art an anderen Gesellschaften einschließlich ihrer Beendigung und Kündigung sowie die Zustimmung zum Abschluss oder zur Beendigung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 ff. Aktiengesetz;
9. die Bestellung und Abberufung von Prokuristen;
10. die Bestimmung der Abschlussprüfer;
11.
 - a) Rechtsgeschäfte, die Verpflichtungen für die Gesellschaft begründen;
 - b) der Erwerb, die Begründung, die Belastung und die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten;
 - c) die Aufnahme und die Gewährung von Darlehen, und
 - d) die Übernahme von Bürgschaften und der Abschluss von Gewährleistungsverträgen sowie von andern gleichartigen Rechtsgeschäften, sowie diese im Einzelfall einen Betrag von 50.000 € außerhalb des Wirtschaftsplanes übersteigen;
12. sonstige Rechtsgeschäfte, die über den normalen Geschäftsbetrieb des Unternehmens hinausgehen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Emunds, Guido Nießen, Hans-Peter Schmitz, Achim	Düren Düren Roetgen	
Aufsichtsrat:	Dürener Kreisbahn GmbH R.A.T.H. GmbH	3 Sitze 3 Sitze	
Gesellschafter- versammlung:		1 Stimme	je 50 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang Vorsitzender Krott, Josef Titz, Ulrich Reuter, Lothar beratendes Mitglied Schmitz, Georg beratendes Mitglied Zorn, Ralf beratendes Mitglied Schaaf, Heinz beratendes Mitglied	Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren	Landrat Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter sachkundiger Bürger sachkundiger Bürger Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter
----------------------	---	---	---

Gesellschafter-
versammlung:

Hürtgen, Dirk

Die Beteili- Geschäftsführer
gungsgesell-
schaft Kreis
Düren mbH wird
durch die Ge-
schäftsführung
vertreten.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	1.000.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	251.000,00 €	25,10%
R.A.T.H. GmbH	749.000,00 €	74,90%

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	66.125,00 €	27.535,00 €	1.804,00 €	-25.731,00 €	-93,45%
II. Sachanlagen	5.253.511,88 €	3.679.775,88 €	3.339.874,88 €	-339.901,00 €	-9,24%
III. Finanzanlagen	1.670.864,41 €	1.670.864,41 €	2.047.585,18 €	376.720,77 €	22,55%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	721.457,68 €	701.120,79 €	1.373.115,34 €	671.994,55 €	95,85%
II. Forderungen u. sonstige Vermögens- gegenstände	5.946.730,90 €	4.779.703,09 €	7.857.924,38 €	3.078.221,29 €	64,40%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kredit- instituten	1.898.611,59 €	3.518.354,10 €	5.859.045,34 €	2.340.691,24 €	66,53%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	30.893,00 €	34.951,93 €	55.972,15 €	21.020,22 €	60,14%
Summe Aktiva	15.588.194,46 €	14.412.305,20 €	20.535.321,27 €	6.123.016,07 €	42,48%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	3.994.302,20 €	3.994.302,20 €	3.994.302,20 €	0,00 €	0,00%
III. Verlust-/Gewinnvortrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €		
IV. Jahresüberschuss	1.011.383,07 €	1.855.453,63 €	6.128.413,37 €	4.272.959,74 €	230,29%
B. Sonderposten für Zuschüsse und Rück- lagen	2.636.053,26 €	1.638.493,29 €	1.456.214,59 €	-182.278,70 €	-11,12%
C. Rückstellungen	3.043.843,07 €	3.038.602,48 €	3.599.817,65 €	561.215,17 €	18,47%
D. Verbindlichkeiten	3.899.966,83 €	2.885.453,60 €	4.356.573,46 €	1.471.119,86 €	50,98%
E. Rechnungs- abgrenzungsposten	2.646,03 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	15.588.194,46 €	14.412.305,20 €	20.535.321,27 €	6.123.016,07 €	42,48%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	18.040.809,32 €	22.703.642,42 €	32.660.565,07 €	9.956.922,65 €	43,86%
2. sonstige betriebliche Erträge	7.537.493,63 €	7.376.084,65 €	13.169.263,19 €	5.793.178,54 €	78,54%
3. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	1.056.694,55 €	1.052.118,07 €	174.581,65 €	-877.536,42 €	-83,41%
4. Materialaufwand	11.745.741,03 €	14.389.891,65 €	24.063.495,94 €	9.673.604,29 €	67,22%
5. Aufwand für fremd-bezogenes Personal	2.807.206,12 €	2.687.548,15 €	2.747.292,83 €	59.744,68 €	2,22%
6. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	2.167.147,50 €	2.674.190,02 €	2.551.541,88 €	-122.648,14 €	-4,59%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	454.680,58 €	547.334,76 €	515.295,43 €	-32.039,33 €	-5,85%
7. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	1.807.931,35 €	1.790.833,17 €	763.818,58 €	-1.027.014,59 €	-57,35%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	6.089.643,03 €	6.350.300,25 €	7.662.573,45 €	1.312.273,20 €	20,66%
Betriebsergebnis	1.562.647,89 €	2.691.747,14 €	7.700.391,80 €	5.008.644,66 €	186,07%
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	27.500,00 €	25.976,11 €	29.492,79 €	3.516,68 €	13,54%
10. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	49.636,25 €	29.294,38 €	56.096,83 €	26.802,45 €	91,49%
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	490.500,00 €	490.500,00 €	-
12. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	92.665,44 €	36.346,96 €	110.023,21 €	73.676,25 €	202,70%
Finanzergebnis	-15.529,19 €	18.923,53 €	-514.933,59 €	-533.857,12 €	-2821,13%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	1.547.118,70 €	2.710.670,67 €	7.185.458,21 €	4.474.787,54 €	165,08%
13. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	43.964,15 €	43.964,15 €	-
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	-43.964,15 €	-43.964,15 €	
14. Regionalisierungszuschuss	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-

15. Öffentl. Ausgleichszahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	529.960,18 €	850.021,04 €	1.008.178,60 €	158.157,56 €	18,61%
17. sonstige Steuern	5.775,45 €	5.196,00 €	4.902,09 €	-293,91 €	-5,66%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1.011.383,07 €	1.855.453,63 €	6.128.413,37 €	4.272.959,74 €	230,29%
	2008	2009	2010		
Anzahl der Mitarbeiter	120	136	141		

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es bestehen keine direkte Verbindungen zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Nach der Ende 2008 beginnenden und sich im Jahre 2009 weiter verstärkenden Wirtschaftskrise war die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland im Jahre 2010 durch eine positive Außenwirtschaft und eine stetig ansteigende Binnennachfrage gekennzeichnet. Dies führte dazu, dass die hohen Arbeitslosenzahlen der Vorjahre rückläufig waren. Der mit dem Einbruch auf dem Exportmarkt einhergehende Einschnitt im internationalen Transport aus dem Vorjahr erholte sich im Verlauf des Geschäftsjahres zusehends.

Die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene wurde im Verlauf des Geschäftsjahres im Vergleich zum Vorjahr geringfügig entlastet. Infolge der Prognosen für die kommenden Jahre ist mit einer weiteren Verbesserung zu rechnen, deren exakte Auswirkungen derzeit allerdings noch nicht absehbar sind.

Schienenpersonennahverkehr

Das Geschäftsjahr was insbesondere durch die VIAS GmbH geprägt; zum Einem stand ein Gesellschafterwechsel und zum Anderen die Inbetriebnahme der RheingauLinie an. Aufgrund einer Direktvergabe im Kerngeschäft des Gesellschafters Stadtwerke Gesellschaftsanteile Frankfurt am Main GmbH (VGF), ist der Verkauf der Gesellschaftsanteile an der VIAS GmbH für die VGF erforderlich geworden. Der Anteilsverkauf erfolgte an die Rurtalbahn GmbH, welche die Anteile am 08. September 2010 an die DSB Deutschland GmbH, eine Tochter der DSB SOV, weiterverkauft hat. Durch diesen Wechsel verspricht sich die Rurtalbahn positive Effekte, insbesondere im zukünftigen bundesweiten Ausschreibungswettbewerb. Eine negative Auswirkung auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage ist nicht zu erwarten. Die Betriebsaufnahme der RheingauLinie erfolgte zum Fahrplanwechsel am 12. Dezember 2010. Die zum Betriebsstart erforderlichen Fahrzeuge des Typs Flirt des Herstellers Stadler waren zu diesem Zeitpunkt ausgeliefert, zwei weitere Vierteiler sollten bis Ende Februar 2011 geliefert werden. Parallel zum Aufbau des operativen Betriebes wurde in Frankfurt Griesheim eine zweigleisige Werkstatt in Betrieb genommen.

Die Verkehrsleistungen auf der eigenen Infrastruktur der Rurtalbahn im Rahmen des Schienenpersonennahverkehrs betragen rund 869.000 Jahreskilometer.

Die Verkehrsleistung auf der Strecke Mönchengladbach – Dalheim im Auftrag der DB Regio NRW wurde auch in 2010 erbracht. Diese Leistung wird auch in 2011 fortgesetzt. Im Gegenzug

hierzu erbrachte die DB Regio NRW durchgehende Zugverbindungen von Heerlen nach Heimbach.

Weiterhin wurden auch 2010 verstärkt Sonderverkehre auf der Bördebahn (Düren-Zülpich) in Zusammenarbeit mit der IG Bördebahn e.V. auf dem Bubenheimer Spieleland angeboten.

Über die Firma Elgeba wurde die neue Vertriebstechnik (Automaten und Hintergrundsysteme) in 2010 angeschafft.

Bei der Firma Stadler wurden in 2010 fünf RegioShuttle bestellt; die Übernahme des Werklieferungsvertrages von Rurtalbahnhof GmbH hin zur BTG wurde umgesetzt.

Gleichzeitig hat die Bezirksregierung der Übertragung der Fahrzeugzweckbindung von fünf RVT's auf die fünf RegioShuttle zugestimmt.

Zur weiteren Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung der Marke Rurtalbahnhof GmbH und einer damit einhergehenden positiven Identifikation mit dem Unternehmen wurden auch im Geschäftsjahr 2010 verschiedene Marketingmaßnahmen in Zusammenarbeit mit öffentlichen Aufgabenträgern durchgeführt.

Schienengüterverkehr

Dem seit der Ausgliederung der Rurtalbahnhof GmbH aus der damaligen Dürener Kreisbahn GmbH stetig wachsenden Güterverkehrsanteil wurde im Geschäftsjahr durch die Gründung der Rurtalbahnhof Cargo GmbH Rechnung getragen. Die Gesellschaft übernimmt im Rahmen von Dienst- und Kooperationsverträgen die selbständige Durchführung der ehemaligen Güterverkehrssparte der Rurtalbahnhof GmbH. Die dazu benötigten Fahrzeugkapazitäten werden zum Teil von der Rurtalbahnhof GmbH zur Verfügung gestellt.

Der Schienengüterverkehr im Jahr 2010 war gekennzeichnet durch die gegenüber dem Vorjahr geringeren Gütertransporte zu den internationalen Seehäfen. Diese Entwicklung verbesserte sich jedoch merklich im Verlauf des 2. Halbjahres.

Entgegen der allgemeinen Marktsituation konnte die Rurtalbahnhof GmbH, infolge der Akquisition von Neukunden und des Weiteren Ausbaus der internationalen Container- und Autoverkehre zu den Seehäfen in Deutschland, Niederlande und Belgien, ihre Marktposition deutlich verbessern.

Das letzte Quartal 2010 zeigte einen permanenten Anstieg der internationalen Containerzüge. Derzeit werden wieder nahezu täglich die Seehäfen Rotterdam, Hamburg, Zeebrügge, Antwerpen und Bremerhaven in Kooperation mit Partnern aus Österreich, Deutschland sowie den Niederlanden und Belgien angebunden.

Die Bedienung der Seehäfen in den Benelux-Ländern wurde durch die niederländische Rurtalbahnhof Benelux B.V. Rotterdam, sichergestellt. Die Verkehrsleistungen in Kooperation mit der belgischen Tochterfirma Transport AG, Raeren konnten weiter ausgedehnt werden. Ein weiterer Ausbau dieser Verkehrsströme ist für 2011 geplant und auch absehbar.

Die positive Entwicklung spiegelte sich deutlich wieder in der erhöhten Anzahl der eingesetzten Diesel- und E-Lokomotiven, welche zum Teil seitens der Rurtalbahnhof GmbH angemietet werden und an die Rurtalbahnhof Cargo GmbH untervermietet werden. Die Miet- und Leasingverträge sind kurz- bis mittelfristig kündbar.

Die Güterfernverkehrsleistungen beruhen auf kurzfristig kündbaren Verträgen.

Die Güternahverkehrsleistungen haben mittel- bis langfristige Verkehrsverträge als Grundlage. Die dabei beförderten Güter bestehen hauptsächlich aus Schüttgütern (Kohle, Bleierz) sowie Rohstoffen für die regionale Papierindustrie (Zellulose).

Eisenbahninfrastruktur

Das Geschäftsjahr 2010 war geprägt durch die Planungen für den Neubau der Brücke BAB 4 mit Auftragsvergabe und Abwicklung, sowie diversen Funktionsverbesserungen auf dem gesamten Streckennetz, welche im Rahmen des Konjunkturpaketes 2 der Bundesregierung gefördert wurden.

Desweiteren wurden in Huchem-Stammeln mit dem Bau des Kreuzungsbahnhofes begonnen, dessen Inbetriebnahme in Juni 2011 erfolgen soll.

Zwischen West Energie und Verkehr und der Rurtalbahn GmbH wurde im Dezember 2010 ein Pachtvertrag über die Bahnstrecke Heinsberg-Lindern nebst aller für die Betriebsdurchführung notwendigen und zweckmäßigen Nebenanlagen geschlossen.

Betriebswerkstatt

Infolge der Ausweitung der nationalen und internationalen Güterverkehrsleistungen wurden die Kapazitäten im Bereich Schienenwerkstatt merklich durch den eigenen Fuhrpark in Anspruch genommen.

Im Geschäftsjahr 2010 wurde mit den anstehenden Hauptuntersuchungen der RegioSprinter begonnen, die in 2011 abgeschlossen werden.

Eine weitere Ausdehnung der Drittleistungen ist für das Folgejahr geplant.

Kaufmännische Abteilung

Im kaufmännischen Bereich erfolgt die Abwicklung auf Basis von Dienstleistungsverträgen mit dem Gesellschafter R.A.T.H. GmbH. Das Kostenrechnungssystem und die kaufmännische Unternehmensorganisation unterliegen einer permanenten Anpassung an die sich ändernden Rahmenbedingungen.

Geschäftsführung und Bereichsleiter erhalten monatliche Soll-/Ist-Abgleiche auf Basis des Businessplans. Die Ertragsdaten werden monatlich, die Liquiditätsvorschau wöchentlich analysiert.

Neben der kontinuierlichen Weiterentwicklung des Kostenrechnungssystems wurden verschiedene Projekte im Rahmen von SPNV-Ausschreibungen und Revisionsprojekten bearbeitet.

Die Aufgabenschwerpunkte im Geschäftsjahr lagen im Wesentlichen bei dem Gesellschafterwechsel bei der VIAS GmbH, der strategischen Neuordnung im Cargo-Bereich sowie dem damit verbundenen Ausbau des Beteiligungscontrollings.

Darstellung der Lage

Die Ertragsdaten sowie die Liquiditätsvorschau wurden im Geschäftsjahr monatlich bzw. wöchentlich für die Gesellschaft ausgewiesen. Sie waren von einer guten Selbstfinanzierungskraft und einer konstanten Ertragsentwicklung geprägt.

Der überwiegende Teil des Umsatzes im Bereich Schienenpersonennahverkehr wurde durch Barverkäufe von Fahrscheinen, Geschäfte mit kommunalen Unternehmen bzw. Zuschüssen der öffentlichen Hand erzielt. Daher ist das Ausfallrisiko in diesem Segment begrenzt.

Der Anteil der Güterverkehrserlöse am Umsatz konnte in 2010 nochmals gesteigert werden und beläuft sich auf 80,08 % (Vorjahr 72,23 %).

Die Gesamtleistung (inklusive Zuschüsse) belief sich in 2010 auf 37.748 T€ (Vorjahr 27.708T€).

Die auf dieser Basis errechnete Rendite (Quotient aus Jahresüberschuss vor Steuern und Gesamtleistung inkl. Zuschüsse) erreicht 18,9 % (Vorjahr 9,8 %).

Die Zuschüsse aus den Transfermitteln gemäß ÖPNVG-NRW stellen für die Rurtalbahn GmbH eine wesentliche Einnahmenquelle dar. Durch diese wird das zunächst negative operative Ergebnis in einen Jahresüberschuss überführt.

Eine Änderung in den Transfermitteln würde entsprechende Auswirkungen haben oder müsste mit einer entsprechend geringeren Verkehrsleistung einhergehen.

Die drohenden Einschnitte bei den Transfermitteln haben sich nicht eingestellt, wesentliche Reduzierungen sind nicht zu erwarten.

Ab dem Jahre 2009 wird der Preissteigerung in den Aufwandspositionen mit einer Dynamisierung der Transfermittel in Höhe von 1,5% entgegengewirkt. Die Transfermittel dienen als Ausgleich der Betriebskosten, die infolge der Verkehrsleistung und der notwendigen Trassenentgelte auf der Rurtalbahn entstehen.

Die Verkehrsleistung basiert derzeit auf einem Zuwendungsbescheid des Zweckverbandes Nahverkehr Rheinland (NVR) von Dezember 2010.

Die Trassenentgelte stehen der Rurtalbahn GmbH aufgrund des Eingangs erwähnten Infrastrukturpachtvertrages auf Basis der geleisteten Zugkilometer langfristig zu.

Auf der Aufwandseite stellten die Aufwendungen aufgrund der langfristigen Verträge mit der Beteiligungsgesellschaft des Kreises Düren mbH die maßgeblichen Positionen dar, welche sich in der Summe auf 2.880 T€ belaufen. In dieser Höhe sind die Aufwendungen auch für die Folgejahre zu kalkulieren.

Die Bilanzsumme der Rurtalbahn schließt 2010 mit 20.535 T€. Dies bedeutet eine Vermögenszunahme gegenüber dem Vorjahr um 6.123 T€. Dies ist im Wesentlichen auf der Aktivseite begründet in geleisteten Anzahlungen für ETCS-Systeme, der Erhöhung der Forderung gg. verbundene Unternehmen sowie einer Erhöhung der liquiden Mittel.

Auf der Passivseite sind die Veränderungen zum Vorjahr im Wesentlichen begründet in der Erhöhung des Jahresüberschusses, der Steuerrückstellungen, einer Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie der Verbindlichkeiten gg. verbundenen Unternehmen sowie einer Erhöhung der sonstigen Verbindlichkeiten.

Prognose

Die Rurtalbahn GmbH hat sich aufgrund der Neuordnung eine gute Ausgangsbasis für die zukünftigen Wettbewerbsverschärfungen und Wettbewerbschancen geschaffen. Die neuen Möglichkeiten sollen in den nächsten Jahren verstärkt ausgenutzt und ausgebaut werden, indem die Rurtalbahn offensiver auf dem Verkehrsmarkt agiert. Hierzu verfügt sie über ein junges, flexibles, innovatives und hochqualifiziertes Team, welches aktiv die Rurtalbahn im Jahre 2010 gestaltet hat und sie auch zukünftig erfolgreich gestalten wird.

Zur Absicherung gegenüber möglichen Risiken des Unternehmensfortbestandes bedient sich die Rurtalbahn GmbH eines umfassenden Früherkennungssystems durch die Implementierung von Daten der Finanzbuchhaltung und des Controllings in ein monatliches Reporting-System.

Die so generierten Abweichungsberichte werden in Abstimmung mit den jeweiligen Bereichsleitern und der Geschäftsführung zeitnah analysiert. Wöchentliche Liquiditätsübersichten werden der Geschäftsführung vorgelegt.

Zur Vermeidung von Zahlungsausfällen wird ein adäquates Forderungsmanagement eingesetzt, dass durch eine permanente und zeitnahe Überwachung der Zahlungseingänge größere Forderungsausfälle nahezu ausschließt. Bei ausbleibendem Forderungsausgleich werden entspre-

chende Maßnahmen bis hin zum Mahnbescheid erlassen. Im Neukundenbereich werden vor der Aufnahme von Geschäftsbeziehungen entsprechende Bonitätsauskünfte eingeholt.

Der Unternehmensfortbestand („going concern“) ist aus Sicht der Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2011 aufgrund der allgemeinen Marktsituation nicht gefährdet. Die Rurtalbahn GmbH hat die eingeleitete Diversifikation in den Kunden- und Lieferantenbeziehungen fortgesetzt und ausgebaut. Dadurch ist die Gesellschaft in der Lage, prognostizierte Einbrüche in einigen Branchen ausgleichen zu können.

Im Schienenpersonennahverkehr auf der Rurtalbahn hat der zuständige Aufgabenträger Nahverkehr Rheinland die Verlängerung des Verkehrsvertrages auf dem Nordast (Düren-Linnich) bis Dezember 2016 und auf dem Südast (Düren-Heimbach) bis Dezember 2025 im Dezember 2010 beauftragt .

Aufgrund der guten Ausgangssituation werden für die Rurtalbahn GmbH seitens der Geschäftsführung keine wesentlichen Änderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für die Jahre 2011 und 2012 erwartet. Die Umsatzrendite im operativen Bereich wird sich aufgrund der strategischen Ausrichtung des Unternehmens auf dem Niveau von 2009 halten können, ein Unterschreiten der Zielwerte für 2011 ist zum jetzigen Zeitpunkt weder erkennbar noch zu erwarten. Eventuelle Schwankungen in den Rohstoffpreisen können durch vertraglich vereinbarte Preisadjustierungen ausgeglichen werden. Die Gesellschaft besitzt infolge einer guten Eigenkapitalbasis eine solide Innenfinanzierungskraft, Investitionen werden aus Eigenmitteln dargestellt. Preissteigerungen im Markt werden durch eine permanente Anpassung der vertraglich vereinbarten Leistungsentgelte kompensiert.

Durch eine Neuausrichtung und größere Diversifikation der Unternehmung an andere Kooperationspartner bzw. Kunden in nahezu allen Unternehmensbereichen sowie durch den weiteren Ausbau der Tochterunternehmen in den Benelux-Ländern im Bereich Cargo wird die Stabilität und Zukunftsfähigkeit der Rurtalbahn GmbH weiter gestärkt werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Rurtalbahn GmbH ist an der VIAS GmbH beteiligt (siehe Seite **365**).


Rurtalbus GmbH

Kölner Landstr. 271
 52351 Düren
 Telefon: 02421/3901-30
 Telefax: 02421/3901-29
 E-Mail: info@rurtalbus.de
 Homepage: www.rurtalbus.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Verkehrsunternehmens, sowie Gelegenheitsverkehr im Rahmen des öffentlichen Verkehrs.

Der Betrieb des Verkehrsunternehmens gliedert sich in den Betrieb:

- auf der Straße
- auf der Schiene.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft alleine. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit den Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen aus fünf Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat. Geborenes Mitglied und zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der jeweilige Landrat des Kreises Düren kraft Amtes. Je zwei Mitglieder des Aufsichtsrates werden von den Gesellschaftern entsandt. Dabei werden die von der Dürener Kreisbahn GmbH zu entsendenden Mitglieder direkt durch den Kreistag Düren bestimmt. Die Aufsichtsratsmitglieder der übrigen Gesellschafter werden von den Gesellschafterversammlungen der Gesellschafter, welche auch die Dauer der Wahlzeit bestimmen, gewählt und abberufen.

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafterversammlung übt die ihr durch Gesetz oder den Gesellschaftsvertrag übertragenen Aufgaben aus. Sie überwacht die Tätigkeit des Geschäftsführers. Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen

1. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses und der Wirtschaftsplan,
2. die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern, Abschluss, Änderung und Aufhebung von Anstellungs- und sonstiger Verträge mit ihnen,
3. die Entlastung der Geschäftsführer,
4. die Verfolgung von Rechtsansprüchen gegen die Mitglieder der Geschäftsführung,

5. die Erhebung von Nachschüssen zum Stammkapital, sowie die Erhöhung des Stammkapitals, sofern nicht allen Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Gesellschaftsanteile ein Bezugsrecht eingeräumt wird,
6. die Änderung des Gesellschaftervertrages, Aufnahme neuer Gesellschafter, die Kapitalerhöhungen oder -herabsetzungen, die Auflösung der Gesellschaft sowie die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren,
7. die Errichtung oder Aufhebung von Zweigniederlassungen,
8. der Erwerb und Verkauf und/oder die Verfügung über Beteiligungen jeder Art an anderen Gesellschaften einschließlich ihrer Beendigung und Kündigung sowie die Zustimmung zum Abschluss oder zur Kündigung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 ff. Aktiengesetz,
9. die Bestellung und Abberufung von Prokuristen,
10. die Bestimmung der Abschlussprüfer,
11. a) Rechtsgeschäfte, die Verpflichtungen für die Gesellschaft begründen,
b) der Erwerb, die Belastung und die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
c) die Aufnahme und die Gewährung von Darlehen und
d) die Übernahme von Bürgschaften und der Abschluss von Gewährleistungsverträgen sowie von anderen gleichartigen Rechtsgeschäften,
soweit diese im Einzelfall einen Betrag von 50.000,00 € außerhalb des Wirtschaftsplanes übersteigen,
12. sonstige Rechtsgeschäfte, die über den normalen Betrieb des Unternehmers hinausgehen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Böhnke, Bernd Nießen, Hans-Peter <small>bis zum 18.11.2010</small> Poppinghuys, Ralf <small>bis zum 18.11.2010</small> Schmitz, Thomas <small>seit dem 18.11.2010</small> Neumann, Hark <small>seit dem 18.11.2010</small>	Merzenich Düren Eynatten/B Stolberg Minden	Niederlegung der Geschäftsführung zum 19.06.2012
Aufsichtsrat:	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH Veolia Verkehr Rheinland GmbH R.A.T.H. GmbH	3 2 2	42,86 % 28,57 % 28,57 %
Gesellschafter- versammlung:		1 Stimme	je 50 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang <small>Vorsitzender</small> Krott, Josef Titz, Ulrich	Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren	Landrat Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter
----------------------	---	---	---

Wasserberg, Hartmut	beratendes Mitglied	Kreis Düren	sachkundiger Bürger
Becker, Rene	beratendes Mitglied	Kreis Düren	sachkundiger Bürger
Braun, Norbert	beratendes Mitglied	Kreis Düren	sachkundiger Bürger
Schaaf, Heinz	beratendes Mitglied	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

**Gesellschafter-
versammlung:**

Emunds, Guido	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wird durch die Geschäftsführung vertreten.	Geschäftsführer
---------------	---	-----------------

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	25.000,00 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	5.950,00 €	23,80%
Veolia Verkehr Rheinland GmbH	6.300,00 €	25,20%
R.A.T.H. GmbH	12.750,00 €	51,00%

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	233.228,00 €	197.954,00 €	180.513,00 €	-17.441,00 €	-8,81%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögens- gegenstände	167.768,01 €	261.001,53 €	149.362,90 €	-111.638,63 €	-42,77%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kredit- instituten	7.841,47 €	12.204,16 €	6.094,11 €	-6.110,05 €	-50,07%
C. Rechnungsabgren- zungsposten	0,00 €	0,00 €	266,64 €	266,64 €	
Summe Aktiva	408.837,48 €	471.159,69 €	336.236,65 €	-134.923,04 €	-28,64%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Jahresüberschuss	61.109,85 €	72.567,40 €	69.221,27 €	-3.346,13 €	-4,61%
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	56.748,00 €	51.666,00 €	46.585,00 €	-5.081,00 €	-9,83%
C. Rückstellungen	25.369,31 €	38.580,08 €	39.913,67 €	1.333,59 €	3,46%
D. Verbindlichkeiten	240.610,32 €	283.346,21 €	155.516,71 €	-127.829,50 €	-45,11%
Summe Passiva	408.837,48 €	471.159,69 €	336.236,65 €	-134.923,04 €	-28,64%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.125.535,69 €	1.351.647,56 €	1.389.741,57 €	38.094,01 €	2,82%
2. sonstige betriebliche Erträge	42.012,45 €	34.184,63 €	14.181,81 €	-20.002,82 €	-58,51%
3. Materialaufwand	413.348,63 €	518.025,93 €	520.174,29 €	2.148,36 €	0,41%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	404.643,56 €	480.458,34 €	507.096,71 €	26.638,37 €	5,54%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	83.538,05 €	105.954,05 €	110.973,84 €	5.019,79 €	4,74%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	16.959,06 €	22.544,00 €	22.933,95 €	389,95 €	1,73%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	154.120,92 €	144.403,16 €	138.652,19 €	-5.750,97 €	-3,98%
Betriebsergebnis	94.937,92 €	114.446,71 €	104.092,40 €	-10.354,31 €	-9,05%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	1.659,55 €	249,89 €	298,06 €	48,17 €	19,28%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	5.396,09 €	6.129,20 €	5.817,47 €	-311,73 €	-5,09%
Finanzergebnis	-3.736,54 €	-5.879,31 €	-5.519,41 €	359,90 €	+6,12%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	91.201,38 €	108.567,40 €	98.572,99 €	-9.994,41 €	-9,21%
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	30.091,53 €	36.000,00 €	28.704,36 €	-7.295,64 €	-20,27%
11 sonstige Steuern	0,00 €	0,00 €	647,36 €	647,36 €	
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	61.109,85 €	72.567,40 €	69.221,27 €	-3.346,13 €	-4,61%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	23	27	27

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Wirtschaftliche Rahmenbedingung

Für die Entwicklung des Öffentlichen Personenverkehrs (ÖPNV) haben sich im Geschäftsjahr die Marktänderungen der letzten Jahre fortgesetzt.

Nach der schweren Rezession im Winterhalbjahr 2008 / 2009 hat sich die deutsche Wirtschaft ab Frühjahr 2010 deutlich erholt. Im 2. Quartal 2010 ist das Bruttoinlandsprodukt um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorquartal angestiegen, was das kräftigste Quartalswachstum seit der Wiedervereinigung vor 20 Jahren darstellt. Das Wachstum wird insbesondere vom Export getragen. So hat Deutschland überproportional von der anziehenden Weltwirtschaft profitiert. Allerdings rechnet die EU-Kommission damit, dass sich der Export im kommenden Jahr abschwächt; dafür dürfte die Binnennachfrage noch stärker anziehen. Bereits im laufenden Jahr macht sie rund die Hälfte des Wirtschaftswachstums aus.

Der kräftige Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat auch die Zahl der Arbeitslosen deutlich gedrückt. Spiegelbildlich ist die Zahl der Beschäftigten gestiegen und erreichte im Oktober 2010 einen neuen Rekordhöchststand. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, waren rund 40,9 Millionen Menschen erwerbstätig, das ist im Vergleich zum Vorjahresmonat ein Plus von einem Prozent.

Der leichte Zuwachs von Fahrgästen in Bahnen und Bussen hatten sich auch im Jahr 2010 in den meisten Bundesländern weiter fortgesetzt. Im ersten Halbjahr 2010 nutzten fast 5,4 Milliarden Fahrgäste den Linienverkehr mit Bussen und Bahnen in Deutschland. Das sind durchschnittlich 30 Millionen Fahrten am Tag. Im Nahverkehr (5,3 Milliarden Fahrgäste) wurden je Fahrt durchschnittlich 9,3 Kilometer und im Fernverkehr (61 Millionen Reisende) 290 Kilometer zurückgelegt. Damit lag die Beförderungsleistung bei 67,0 Milliarden Personenkilometern.

Das Fahrgastaufkommen mit +0,3 Prozent und die Beförderungsleistung mit – 0,0 Prozent blieben im Liniennahverkehr insgesamt gegenüber dem ersten Halbjahr 2009 relativ konstant. Die Entwicklung des deutschlandweiten Ergebnisses wurde allerdings durch Sonderfaktoren im Land Berlin beeinflusst (rund 12 Prozent aller Fahrgäste im Liniennahverkehr in Deutschland werden von Berliner Unternehmen befördert). Dort führten in 2009 Kapazitätseinschränkungen im Eisenbahnnahverkehr zur verstärkten Nutzung von Omnibussen und Straßenbahnen.

In der Summe der anderen fünfzehn Bundesländer setzte sich der stetig leichte Zuwachs der letzten Jahre weiter fort. Hier stieg die Fahrgastzahl im ersten Halbjahr 2010 im Straßen-, Stadt- und U-Bahnverkehr um 1,3 Prozent und im Eisenbahnverkehr um 1,0 Prozent; im Omnibusverkehr (– 0,1 Prozent) blieb das Fahrgastaufkommen nahezu unverändert. Im Fernverkehr fuhren rund 60 Millionen Reisende (+ 1,9 Prozent) mit Eisenbahnen und 900.000 Reisende mit Omnibussen (– 6,4 Prozent).

Rechtliche Rahmenbedingungen

Im Mittelpunkt der politischen und juristischen Diskussion stand in 2010 die Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes.

Die bereits im Jahr 2009 diskutierte Anpassung des Personenbeförderungsgesetzes an die EU-Verordnung 1370/2007 war während des Bundestagswahlkampfes ins Stocken geraten. Ende 2010 ist jedoch wieder Bewegung in die Diskussion gekommen, so dass mit einer Novelle im Jahr 2011 gerechnet werden kann. Bis zum Inkrafttreten der Novelle bestehen erhebliche rechtliche Unsicherheiten und Unklarheiten in der genehmigungsrechtlichen Praxis. Diskutiert wird insbesondere, wer nach nationalem Recht die zuständige Behörde ist, ob es einen Vorrang kommerzieller Verkehre gibt, ob Liniengenehmigungen ausschließliche Rechte beinhalten.

ten und wie das Zusammenwirken von Aufgabenträger und Genehmigungsbehörde in der Praxis zu gestalten ist. Nachdem ein Versuch der Bundesländer, sich auf einheitliche Grundpositionen zu einigen ebenfalls gescheitert ist, haben die Bundesländer Bayern, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hessen jeweils eigene Leitlinien zur praktischen Handhabung der EU-Verordnung 1370/2007 beschlossen. Da diese Leitlinien jedoch recht uneinheitlich sind, ist bis auf weiteres eine eingehende Prüfung jedes Einzelfalls erforderlich.

Zusätzliche Komplexität hat die Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts bekommen, dass die Diskussion um die Genehmigung von Buslinienfernverkehren neu entfacht hat. Das Gericht hat erstmals klargestellt, dass ein Buslinienfernverkehr, der deutliche Preisvorteile gegenüber einer Bahnfahrt aufweist, trotz bestehender Eisenbahnverkehrsverbindungen genehmigt werden kann. Unter dem Strich verbessert das Urteil zwar die Chancen der Busverkehrsunternehmen, mit ihren Genehmigungsanträgen Erfolg zu haben und auf dem abgeschotteten Fernverkehrsmarkt Fuß zu fassen. Angesichts der erheblichen Beurteilungsspielräume der Behörden und des Ausgestaltungsrechts der etablierten Eisenbahnunternehmen bleibt den Busverkehrsunternehmen jedoch die gewünschte Rechtssicherheit versagt.

Ertragslage

Gemäß der Gewinn- und Verlustrechnung der beiden letzten Geschäftsjahre ergeben sich nachfolgende Hinweise:

	2010		2009		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	1.390	100	1.352	100	38	3
Gesamtleistung	1.390	100	1.352	100	38	3
Materialaufwand	519	37	518	38	2	0
Personalaufwand	618	44	586	43	32	5
Abschreibung	23	2	23	2	0	2
Sonstiger Betriebsaufwand						
./. Übrige betriebliche Erträge	126	9	110	8	14	13
Betrieblicher Aufwand	1.286	93	1.237	92	48	4
Betriebsergebnis	104	7	114	8	-10	-9
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-6	0	-6	0	0	-6
Ergebnis vor Ertragsteuern	99	7	109	8	-10	-9
Ertragsteuern	29	2	36	3	-7	-20
sonstige Steuern	1	0	0	0		100
Jahresergebnis	69	5	73	5	-3	-5

Die Umsatzerlöse sind im Jahresvergleich um TEUR 38 gestiegen. Dies resultiert vor allem aus dem Anstieg der Anmiet- und Schülerverkehre. Die einzelnen Sparten entwickelten sich wie folgt:

	2010		2009		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Anmietungen Linienverkehr	1.133	82	1.109	82	24	2
Gestellung von Fahrzeugen	172	12	180	13	-8	-4
Schülerverkehr	85	6	63	5	22	35
	<u>1.390</u>	<u>100</u>	<u>1.352</u>	<u>100</u>	<u>38</u>	<u>3</u>

Der Materialaufwand blieb gegenüber dem Vorjahr mit TEUR 520 (VJ TEUR 518) auf konstantem Niveau.

Für die Entwicklung der Beschaffungskosten können die folgenden Indizes des Statistischen Bundesamtes als Indikatoren für die Kostenentwicklung herangezogen werden:

Index	Wert GJ 2010 (Basis 2005=100%)	Wert GJ 2009 (Basis 2005=100%)	Veränderung % zum Vorjahr
Reparaturen	113,1	112,5	0,5%
Teile und Zubehör	111,2	110,0	1,1%
Diesel	113,1	99,5	13,7%
Omnibusse	109,6	107,6	1,9%

Der Personalaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um 5 %, was einem absoluten Wert von TEUR 32 entsprach und im Wesentlichen durch zwei Tarifsteigerungen jeweils im Oktober 2009 und 2010 begründet ist.

Im Finanzergebnis in Höhe von TEUR -6 sind Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR -6 enthalten.

Die Zinsaufwendungen resultieren in voller Höhe aus Darlehensverzinsungen.

Vermögenslage

Bezüglich der Vermögenslage ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr folgendes Bild. In Abweichung zur Bilanz sind in der Darstellung Zuschüsse zum Anlagevermögen nicht als Sonderposten passiviert, sondern mit dem Anlagevermögen saldiert.

	31.12.2010		31.12.2009		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Vermögen						
Anlagevermögen	134	46%	146	35%	-12	-8%
Kurzfristige Forderungen	149	52%	261	62%	-112	-43%
Flüssige Mittel	6	2%	12	3%	-6	-50%
Übrige Aktiva	0	0%	0	0%	0	0%
	<u>290</u>	<u>100%</u>	<u>419</u>	<u>100%</u>	<u>-130</u>	<u>-31%</u>
Kapital						
Eigenkapital	94	33%	98	23%	-4	-4%
Kurzfristige Verbindlichkeiten	134	46%	233	56%	-99	-42%
Langfristige Verbindlichkeiten	61	21%	88	21%	-27	-31%
	<u>290</u>	<u>100%</u>	<u>419</u>	<u>100%</u>	<u>-130</u>	<u>-31%</u>

Im Bereich des Anlagevermögens wurde je ein Bus im Geschäftsjahr gekauft bzw. verkauft.

Das geringe Anlagevermögen der Gesellschaft ist darauf zurückzuführen, dass sämtliche Fahrzeuge sowie die erforderliche Infrastruktur angemietet werden. Die entsprechenden Aufwendungen sind in den Aufwendungen für bezogene Leistungen enthalten.

Der Rückgang der kurzfristigen Forderungen ist stichtagsbezogen und ergibt sich aus dem geänderten Zahlungsverhalten zum Stichtag gegenüber dem Vorjahr.

Die Veränderung des Eigenkapitals beruht auf der Ausschüttung des Jahresüberschusses 2009 in Höhe von TEUR 73 sowie dem Jahresergebnis 2010 in Höhe von TEUR 69. Durch den gegenüber dem Vorjahr leicht gesunkenen Jahresüberschuss kommt es zu einer Verringerung des Eigenkapitals.

Der Rückgang der kurzfristigen Verbindlichkeit ist stichtagsbezogen und ergibt sich aus dem geänderten Zahlungsverhalten zum Stichtag gegenüber dem Vorjahr.

Der Rückgang der langfristigen Verbindlichkeiten ist durch die Tilgung des Bankdarlehens bedingt.

Finanzlage

Die Veränderung der Finanzmittel zum Bilanzstichtag stellt sich wie folgt dar:

	2010 TEUR	2009 TEUR
1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		
Periodenergebnis	69	73
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	23	23
Gewinn (-)/Verlust (+) aus Anlagenabgang	7	
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	1	15
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-2	23
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	-107	43
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>-9</u>	<u>177</u>
2. Cashflow aus der Investitionstätigkeit		
Einzahlungen (+) aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	0	16
Auszahlungen (-) für Investitionen in das Anlagevermögen	-12	0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	<u>-12</u>	<u>16</u>
3. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		
Einzahlungen (+) aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz- Krediten)	0	0
Einzahlungen (+) aus erhaltenen Investitionszuschüssen	0	0
Auszahlungen (-) aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-26	-25
Auszahlungen (-) an Unternehmenseigner	-73	-61
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>-99</u>	<u>-86</u>
Finanzmittelfonds am Ende der Periode		
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-120	107
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>147</u>	<u>40</u>
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>27</u>	<u>147</u>

Zusammensetzung des Finanzmittelfonds

Liquide Mittel	6	12
Cash-Pool-Forderungen (Vj. Verbindlichkeiten)	<u>21</u>	<u>135</u>
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>27</u>	<u>147</u>

Der Finanzmittelabfluss im Geschäftsjahr 2010 in Höhe von TEUR 120 gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus dem gegenüber dem Vorjahr negativen Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit TEUR -9 (Vj. TEUR 177).

Es traten während des laufenden Geschäftsjahres keine Liquiditätsengpässe auf. Durch die Cashpoolvereinbarung mit der Veolia Verkehr GmbH, Berlin, verfügt die Gesellschaft über einen stabilen und langfristigen finanziellen Rahmen für das operative Geschäft.

Mitarbeiter

Die Mitarbeiteranzahl entwickelte sich wie folgt:

Zusammensetzung	<u>2010</u>	<u>2009</u>
Fahrer	17	16
Aushilfen	10	11
Gesamt	<u>27</u>	<u>27</u>

Im Geschäftsjahr wurden TEUR 3 in die Schulung von Mitarbeitern investiert.

Nachtragsbericht

Es sind nach Abschluss des Geschäftsjahres keine wesentlichen Ereignisse eingetreten, über die zu berichten wäre.

Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft ist bei ihren Aktivitäten unterschiedlichen Risiken ausgesetzt. Dabei sieht die Geschäftsführung im Wesentlichen folgende Risiken:

Die Weiterentwicklung der Gesellschaft im Jahr 2011 hängt wesentlich von der Personalentwicklung im kommunalen Unternehmen Dürener Kreisbahn GmbH, Düren ab. Sofern man dort ausscheidendes Personal nicht ersetzt, werden Aufträge dann an die Gesellschaft unter Beachtung der Beihilfe- und Vergaberechtlichen Möglichkeiten gegeben. Die Teilnahme an weiteren Ausschreibungen ist geplant.

Risiken ergeben sich aus der Monostruktur der Aufträge, die die Gesellschaft hat. Derzeit ist der größte Auftraggeber die Dürener Kreisbahn GmbH. Dadurch besteht eine besondere wirtschaftliche Abhängigkeit der Gesellschaft von der Beauftragung durch den Gesellschafter. Zur Reduzierung des damit verbundenen Risikopotentials werden Anstrengungen unternommen, die Leistungspalette im Rahmen der Schülerverkehre auszubauen. So konnte in 2010 ein Auftrag in dieser Sparte – beginnend ab 2011 – gewonnen werden.

Durch die monatliche Analyse der Plan/Ist Abweichung, die durch das regionale Controlling in Zusammenarbeit mit den Geschäftsführern erstellt werden und an die Muttergesellschaften gemeldet werden, ist die Einbettung in die Risikomanagementsysteme der Mutterunternehmen gegeben.

In diesem Rahmen werden besonders die Auswirkungen der Leistungsindikatoren berücksichtigt. Für die Gesellschaft sind hier besonders folgende Indikatoren wichtig:

Die Entwicklung der Kilometer und Stundenleistungen (Dienstplanwirkungsgrad)
Die Entwicklung des Lohn- und Gehaltsgefüges im Rahmen der Tarifentwicklungen.

Die Geschäftsführung sieht keine Risiken, die den wirtschaftlichen Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Prognosebericht

Die Geschäftsführung geht unter diesen Prämissen für 2011 und 2012 von einem Umsatz in Höhe von ca. TEUR 1.400 aus. Als Jahresüberschuss ist für die beiden folgenden Jahre ein Ergebnis von TEUR 77 geplant. Potential ergibt sich laut der Geschäftsführung durch die Mehrübernahme von Linienfahrten für die Dürener Kreisbahn GmbH sowie in der geplanten Teilnahme an Ausschreibungen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Rurtalbus GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Verbandswasserwerk
Aldenhoven GmbH

Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH

Auf der Komm 12
52457 Aldenhoven
Telefon: 02402/101-0
Telefax: 02402/101-1015
E-Mail: info@verbandswasserwerk-aldenhoven.de
Homepage: www.verbandswasserwerk-aldenhoven.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wasser- und Wärmeversorgung einschließlich Nah- und Fernwärmeversorgung sowie der Einsatz von modernen Energieerzeugungsanlagen wie Blockheizkraftwerke (BHKW), die Einrichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, der Ein- und Verkauf von Wasser und Energie sowie energienaher Dienstleistungen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaften eingehen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so vertreten die Gesellschaft zwei Geschäftsführer oder ein Geschäftsführer und ein Prokurist.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus dreizehn Mitglieder, und zwar

1. aus den Bürgermeister der Gemeinden, die an der Gesellschaft beteiligt sind, sofern deren Geschäftsanteile mehr als 10% des Stammkapitals ausmachen. Ihre Mitgliedschaft gilt für die Dauer der Amtszeit (Wahlzeit) und erlischt mit der Bestellung des Nachfolgers;
2. aus den von der Gesellschafterversammlung auf Vorschlag der Gesellschafter auf die Dauer einer Wahlperiode für kommunale Parlamente in Nordrhein-Westfalen gem. § 13 GV Ziffer 3-6 zur angegebenen Höchstzahl gewählten Mitgliedern.

Soweit der Kreis Düren unmittelbar oder mittelbar Gesellschafter der Gesellschaft ist, nimmt der jeweilige Landrat des Kreises Düren oder der Geschäftsführer der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als

beratendes Mitglied ohne Stimmrecht an den Aufsichtsratssitzungen teil.

Der Aufsichtsrat überwacht und berät die Geschäftsführung und vertritt die Gesellschaft gegenüber den Geschäftsführern gerichtlich und außergerichtlich. Der Aufsichtsrat berät die Vorlagen für die Beschlüsse der Gesellschafterversammlungen und gibt in folgenden Angelegenheiten Beschlussempfehlungen für die Gesellschafterversammlung ab.

1. Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes,
2. Aufnahme neuer und Aufgabe vorhandener Geschäftsfelder,
3. Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung,
4. Wahl des Abschlussprüfers.

Geschäfte und Maßnahmen, die über den gewöhnlichen Betrieb des Unternehmens der Gesellschaft hinausgehen, bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates. Zu diesen Geschäften und Maßnahmen gehören insbesondere:

1. Vornahme von Rechtsgeschäften mit Gesellschaftern, die im Einzelfall den Betrag von 20.000 € übersteigen oder ein Dauer-schuldverhältnis begründen,
2. Aufnahme oder Gewährung von Darlehen, deren Betrag im Einzelfall 20.000 € überschreitet, sofern diesen nicht bereits im Rahmen des jährlichen Finanzplans zugestimmt wurde,
3. Erwerb, dingliche Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, sofern hierbei ein Wert von 20.000 € überschritten wird,
4. Führung von Rechtsstreitigkeiten und Abschluss von Vergleichen, soweit der Streitwert im Einzelfall mehr als 20.000 € beträgt,
5. Abschluss, Abänderung und Aufhebung von wichtigen Lieferungs-, Pacht-, Demarkations-, Betriebsführungs-, Bezugs- und Konzessionsverträgen und Verträgen, durch die die Gesellschaft länger als 1 Jahr gebunden werden soll, mit Ausnahme von Verträgen des laufenden Geschäftsverkehrs.
6. Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern,
7. Erteilung und Widerruf von Prokuren,
8. Empfehlungen zu Wasserpreisanpassungen und Tarifänderungen.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung ist in allen Angelegenheiten der Gesellschaft zuständig, soweit nicht durch das Gesetz oder durch den Gesellschaftsvertrag die Zuständigkeit eines anderen Organs der Gesellschaft begründet ist. Jeder Gesellschafter entsendet drei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Das Stimmrecht eines jeden Gesellschafters kann nur einheitlich ausgeübt werden. Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über folgende Angelegenheiten

1. Änderung des Gesellschaftervertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
2. Umwandlung, Verschmelzung und Auflösung der Gesellschaft,
3. Gründung, Erwerb und Veräußerung von Unternehmen, Teilen von Unternehmen und Beteiligungen,
4. die Teilung von Geschäftsanteilen,
5. die Veräußerung von Geschäftsanteilen,
6. die Aufnahme neuer Gesellschafter,
7. die Feststellung des Jahresabschlusses sowie die Verwendung

- und/oder Verteilung des Jahresabschlusses zuzüglich eines Gewinnvortrages und abzüglich eines Verlustvortrages. Die Gesellschafterversammlung ist berechtigt, Beträge in Gewinnrücklagen einzustellen oder als Gewinn vorzutragen,
8. die Bestellung des Abschlussprüfers,
 9. die Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates,
 10. die Feststellung und Änderung der allgemeinen Wassergeldtarife und Versorgungsverdingungen, sowie diese nicht gesetzlich festgelegt sind,
 11. die Wahl und Abwahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Vertreter,
 12. die Richtlinien zur Prüfung und Überwachung der Geschäftsführung,
 13. Festsetzung der Höhe der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates,
 14. Wasserpreisanpassungen und Tarifänderung.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Waerder, Johannes

Aufsichtsrat:	Gemeinde Aldenhoven	4 Sitze	30,77 %
	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	1 Sitz	beratendes Mitglied
	Städtisches Wasserwerk E-schweiler GmbH	3 Sitze	23,08 %
	Gemeinde Inden	3 Sitze	23,08 %
	Gemeinde Niederzier	3 Sitze	23,08 %

Gesellschafterversammlung: Jeder Gesellschafter entsendet drei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Das Stimmrecht eines jeden Gesellschafters kann nur einheitlich ausgeübt werden. 1 Stimme je 50 € eines Geschäftsanteils

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang beratendes Mitglied	Kreis Düren	Landrat
Gesellschafterversammlung:	Hürtgen, Dirk	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wird durch die Geschäftsführung vertreten.	Geschäftsführer
	Sommer, Reinhard (bis 30.10.2012)	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Sommer, Reinhard (ab 30.10.2012)	Kreis Düren	sachkundiger Bürger
	Schmitz, Josef Johann	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52457 Aldenhoven	
gezeichnetes Kapital:	2.047.300 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Gemeinde Aldenhoven	621.700,00 €	30,37%
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren GmbH	24.800,00 €	1,21%
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	494.200,00 €	24,14%
Gemeinde Inden	392.050,00 €	19,15%
Gemeinde Niederzier	514.550,00 €	25,13%

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	96.616,00 €	78.129,00 €	83.437,00 €	5.308,00 €	6,79%
II. Sachanlagen	12.483.023,40 €	12.454.320,55 €	13.357.646,42 €	903.325,87 €	7,25%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	13.527,19 €	10.403,45 €	7.796,25 €	-2.607,20 €	-25,06%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	896.054,93 €	834.674,16 €	850.529,43 €	15.855,27 €	1,90%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	8.120,94 €	20.639,77 €	100.393,63 €	79.753,86 €	386,41%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	57.157,00 €	1.583,34 €	0,00 €	-1.583,34 €	-100,00%
Summe Aktiva	13.554.499,46 €	13.399.750,27 €	14.399.802,73 €	1.000.052,46 €	7,46%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	2.047.300,00 €	2.047.300,00 €	2.047.300,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	538.139,53 €	538.139,53 €	538.139,53 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnrücklagen	1.033.795,46 €	1.033.795,46 €	1.033.795,46 €	0,00 €	0,00%
IV. Gewinnvortrag	6.819,48 €	7.606,85 €	14.771,76 €	7.164,91 €	94,19%
V. Jahresüberschuss	373.787,37 €	211.894,91 €	256.993,03 €	45.098,12 €	21,28%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	3.833.817,00 €	3.596.668,00 €	3.362.238,00 €	-234.430,00 €	-6,52%
C. Rückstellungen	1.062.360,10 €	901.290,53 €	948.114,67 €	46.824,14 €	5,20%
D. Verbindlichkeiten	4.658.480,52 €	5.062.736,99 €	6.198.132,28 €	1.135.395,29 €	22,43%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	318,00 €	318,00 €	0,00 €	0,00%
Summe Passiva	13.554.499,46 €	13.399.750,27 €	14.399.802,73 €	1.000.052,46 €	7,46%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	4.195.949,75 €	3.981.302,89 €	4.083.654,29 €	102.351,40 €	2,57%
2. sonstige betriebliche Erträge	453.704,52 €	354.899,08 €	227.772,70 €	-127.126,38 €	-35,82%
3. Materialaufwand	1.494.252,24 €	1.392.513,65 €	1.295.646,76 €	-96.866,89 €	-6,96%
3. Personalaufwand	50.683,15 €	44.257,85 €	2.196,63 €	-42.061,22 €	-95,04%
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	950.206,00 €	929.115,00 €	908.449,00 €	-20.666,00 €	-2,22%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.411.706,02 €	1.404.889,88 €	1.481.755,79 €	76.865,91 €	5,47%
Betriebsergebnis	742.806,86 €	565.425,59 €	623.378,81 €	57.953,22 €	10,25%
6. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	4.613,00 €	476,32 €	50,82 €	-425,50 €	-89,33%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	192.730,14 €	242.616,46 €	220.274,30 €	-22.342,16 €	-9,21%
Finanzergebnis	-188.117,14 €	-242.140,14 €	-220.223,48 €	21.916,66 €	-9,05%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	554.689,72 €	323.285,45 €	403.155,33 €	79.869,88 €	24,71%
8. außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	8.654,00 €	8.654,00 €	
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	173.742,04 €	104.216,41 €	130.286,49 €	26.070,08 €	25,02%
10. sonstige Steuern	7.160,31 €	7.174,13 €	7.221,81 €	47,68 €	0,66%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	373.787,37 €	211.894,91 €	256.993,03 €	45.098,12 €	21,28%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0
Die Verbandwasserwerk Aldenhoven GmbH beschäftigt kein eigenes Personal.			

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Geschäft und Rahmenbedingungen Entwicklungen in der Wasserwirtschaft

Gegen den bundesweiten Trend ist sowohl im Kundenbereich Haushalte und Kleingewerbe als auch bei den Industriekunden ein Anstieg der Abgabemengen zu verzeichnen.

Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH

Die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH (nachfolgend VWA) versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und öffentlichen Einrichtungen in der StädteRegion Aachen sowie dem Kreis Düren mit Trinkwasser. Zum Versorgungsgebiet gehören Teile der Städte Alsdorf und Eschweiler, die Gemeinden Aldenhoven, Inden und Niederzier sowie Teile der Stadt Jülich.

Seit August 2005 versorgt das Verbandswasserwerk Aldenhoven das Schulzentrum Schwanenstraße in Aldenhoven mit Wärme. Die Wärmeserviceverträge für die beiden Abnahmestellen (Gemeinschaftsgrundschule Aldenhoven und Kath. Grundschule Aldenhoven) wurden über 10 Jahre abgeschlossen.

Mit den Gesellschaftergemeinden Aldenhoven, Inden und Niederzier wurden am 1. Juli 2005 - rückwirkend zum 1. Januar 2005 - Konzessionsverträge über eine Laufzeit von 25 Jahren abgeschlossen. Der Konzessionsvertrag mit der Stadt Eschweiler trat am 3. Mai 1999 in Kraft und endet nach 30 Jahren am 3. Mai 2029. Mit der Stadt Alsdorf wurde am 1. Juli 2002 ein Konzessionsvertrag über 25 Jahre abgeschlossen. Durch die langfristige Ausrichtung der Verträge ist die Versorgungstätigkeit gesichert.

Wichtige Ereignisse des Jahres

VWA hat im Herbst 2010 zum zweiten Mal am Länderprojekt „Benchmarking Wasserversorgung NRW“ unter Federführung des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen teilgenommen. Ziel dieses Benchmarking ist, die Wasserversorger in NRW in ihrem Kosten- und Leistungsgeflecht transparenter zu gestalten, Ineffizienzen durch den Vergleich mit den „Besten“ abzustellen und möglichen Preismissbrauch kartellrechtlich zu beseitigen.

Insgesamt wurden rund 400 Kennzahlen auf Basis des Geschäftsjahres 2009 erhoben und einer eingehenden Analyse seitens des vom Landeswirtschaftsministerium beauftragten Beratungshauses Rödl & Partner unterzogen.

Nachfolgend sind einige Ergebnisse auszugsweise dargestellt:

„Die Kostensituation ist trotz eines leichten Anstieges pro m³, der einzig auf die Abnahme der Netzabgabe zurückzuführen ist, weiterhin als gut zu bewerten.“

„Kurzfristiger Handlungsbedarf besteht hinsichtlich der Effizienzkennzahlen im vergleichsweise hohen Zinsanteil. Hier sollten – soweit noch nicht geschehen – Umschuldungen oder Sondertilgungen als geeignete Maßnahmen diskutiert werden.“

„Hinsichtlich der Versorgungssicherheit ist vor allem die positive Entwicklung der Grenzwertüberschreitungen hervorzuheben. Die übrigen Kennzahlen bestätigen das hohe Niveau der Vorjahresuntersuchung.“

„Im Bereich der Qualität der Versorgung ist festzustellen, dass die Schadensrate im Netz sowie die Wasserverluste überdurchschnittlich ausfallen und im Zeitverlauf deutlich gestiegen sind. Vor diesem Hintergrund sollte auch die aktuelle Netzerneuerungsrate diskutiert werden. Im Zeitverlauf sollte dabei eine Analyse der Wirkungsweise von eingeleiteten Maßnahmen der Vergangenheit (erfolgte Netzerneuerung etc.) durchgeführt werden.“

Es ist geplant, dass VWA an der nächsten Projektrunde teilnimmt.

Ergänzend dazu hat VWA eine Kundenbefragung im Rahmen des o.g. Projektes durch das Institut für empirische Sozial- und Kommunikationsforschung e.V., Neuss, (IESK) durchführen lassen. IESK arbeitet seit Jahren mit dem Landeswirtschaftsministerium zusammen und hat auch die zurückliegenden Kundenbefragungen der Wasserversorger in NRW durchgeführt. In einer Onlinebefragung wurden zwischen dem 25.02.2011 und dem 18.03.2011 insgesamt 352 Kunden befragt. Insgesamt waren 1.500 Kunden auf Basis einer Zufallsstichprobe angeschrieben worden. Auch hier sind einige Ergebnisse auszugsweise dargestellt:

- 56 % der Befragten sind mit dem Preis-/Leistungsverhältnis explizit zufrieden. Der Benchmark der NRW-Wasserversorger beträgt 45 %.
- 85 % der Befragten sind mit dem Kundenservice zufrieden (Benchmark: 83 %)
- Die Zufriedenheit insgesamt wurde von den Befragten mit 77,3 % beziffert. Der entsprechende NRW-Benchmark beträgt 74,8 %.

Somit bescheinigen uns die Kunden im Rahmen der o.g. Untersuchung eine ausgesprochen hohe Zufriedenheit mit Service und Leistung. Zudem halten Sie unser Preisniveau für ausgewogen.

Geschäftsverlauf

Umsatz und Absatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Insgesamt betragen die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2010 4.084 TEuro und lagen um rd. 103 TEuro über den Vorjahreserlösen. Diese Steigerung der Umsatzerlöse ist unter anderem auf die gestiegene Abgabe im Kerngeschäftsfeld Trinkwasserversorgung zurückzuführen.

Im Tarifkunden- als auch im Sondervertragskundenbereich wurde ein leichter Anstieg der Wasserabgabe verzeichnet. Die Umsatzerlöse stiegen um 3,10 % von 3.474 TEuro auf 3.582 TEuro.

Die Wärmesparte konnte im Berichtsjahr Umsatzerlöse von 91 TEuro verbuchen. Damit lagen die Umsatzerlöse unter dem Niveau des Vorjahres.

Die restlichen Umsatzerlöse resultierten aus den aufgelösten Ertragszuschüssen (276 TEuro) und aus dem Installationsgeschäft (135 TEuro).

Die Wasserabgabe betrug im Geschäftsjahr 2010 insgesamt 2,022 Mio. cbm und lag damit 0,074 Mio. cbm über dem Vorjahresniveau von 1,948 Mio. cbm. Wie bereits in den Umsatzerlösen erläutert, haben wir einen leichten Anstieg der Wasserabgabe zu verzeichnen. Im Bereich der Stadtwerke Jülich zeigt sich eine leichte Veränderung der Wasserabgabe um -0,03% von 291.965 cbm auf 291.882 cbm.

Im letzten Jahr wurden Maßnahmen festgelegt, die ein kontinuierliches Monitoring und monatliches Controlling der Wasserabnahmen im Versorgungsgebiet ermöglichen. Eine Arbeitsgruppe aus der Abteilung Wassergewinnung, Zählerwesen sowie Netzbetrieb führt Stichproben zu Wasserbilanzierungen durch, um frühzeitig Abweichungen zu identifizieren.

Für die Ermittlung der Trinkwasserverluste haben wir im Wirtschaftsjahr 2010 eine kaufmännische Betrachtungsweise herangezogen. Hiermit weisen wir die tatsächlichen Trinkwasserverluste rechnerisch ermittelt aus. Wir haben erstmalig in der Berechnung der Trinkwasserverluste periodenfremde Aspekte einfließen lassen und können somit besser und genauer feststellen, wie sich die Trinkwasserverluste zusammensetzen. Durch die Rückrechnung der periodenfremden Aspekte erhalten wir im Folgejahr eine neue, genauere Betrachtungsweise der Vorjahreszahlen.

Die Vergleichbarkeit zum Vorjahr ist somit nur zum Teil möglich und nicht aussagekräftig.

Die Trinkwasserverluste sind durch die Einrechnung der periodenfremden Aspekte von 15,63 % im Geschäftsjahr 2009 auf 8,23 % im Geschäftsjahr 2010 gesunken.

Im Berichtsjahr wurden 927 MWh Wärme an die beiden Abnahmestellen (Gemeinschaftsgrundschule Aldenhoven und katholische Grundschule Aldenhoven) abgegeben. Die Absatzmenge sank um 46 MWh gegenüber dem Vorjahr.

Jahresergebnis

Nach Einrechnung der in voller Höhe erwirtschafteten Konzessionsabgabe von 318 TEuro (Vorjahr 308 TEuro) wird ein Ergebnis vor Steuern von 387 TEuro (Vorjahr 316 TEuro) ausgewiesen.

Somit ergibt sich im Geschäftsjahr 2010 nach Abzug der Steuern ein Jahresüberschuss von 257 TEuro (Vorjahr 212 TEuro). Das entspricht einer Verzinsung des gezeichneten Kapitals in Höhe von 12,6 %.

Investitionen

Der Investitionsplan sah für das Geschäftsjahr 2010 eine Gesamtsumme in Höhe von 1,9 Mio. Euro vor.

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen in Höhe von 1,822 Mio. Euro für das Geschäftsjahr 2010 betrafen im Wesentlichen die Rohrnetzerneuerungen in Aldenhoven, Dietrich-Mühlfahrt-Straße, die Leitungssanierung in Aldenhoven, Theodor Hürth-Straße/Von-Pforzheim-Straße, die Änderung geplanter Projekte in Niederzier Huchem-Stammeln, Zum Heistert und Hochheimstraße und die Erneuerung der Druckpumpen in der TWA Aldenhoven.

Finanzierung

Die oben genannten Investitionen wurden durch Abschreibungen und durch die Erhöhung einer Kreditlinie auf 4,0 Mio. Euro und deren teilweise Inanspruchnahme finanziert.

Personalbereich

Die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH beschäftigt kein eigenes Personal.

Das Personal ist mit Wirkung vom 01. Juni 1996 und 01. April 1998 auf die EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg, übergegangen.

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2010		31.12.2009	
	Euro	%	Euro	%
Aktiva				
Anlagevermögen	13.441.083,42	93,3%	12.532.449,55	93,5%
Umlaufvermögen	958.719,31	6,7%	865.717,38	6,4%
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>0,00</u>	<u>0,0%</u>	<u>1.583,34</u>	<u>0,1%</u>
	<u>14.399.802,73</u>	<u>100,0%</u>	<u>13.399.750,27</u>	<u>100,0%</u>
Passiva				
Eigenkapital	3.890.999,78	27,0%	3.838.736,75	28,6%
Sonderposten für Investitionszuschüsse	3.362.238,00	23,3%	3.596.668,00	26,8%
Rückstellungen	948.114,67	6,6%	901.290,53	6,7%
Verbindlichkeiten	6.198.132,28	43,0%	5.062.736,99	37,8%
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>318,00</u>	<u>0,1%</u>	<u>318,00</u>	<u>0,1%</u>
	<u>14.399.802,73</u>	<u>100,0%</u>	<u>13.399.750,27</u>	<u>100,0%</u>

Die Bilanzsumme von 14.400 TEuro liegt mit 1.000 TEuro über dem Vorjahresniveau von 13.400 TEuro. Die Veränderung der Bilanzsumme auf der Aktivseite ist im Wesentlichen auf die erhöhte Investitionstätigkeit zurückzuführen.

Die Bilanz zeigt die für Versorgungsunternehmen typische, vergleichsweise hohe Anlagenintensität von 93,3 % (Vorjahr 93,5 %).

Der Deckungsgrad des Anlagevermögens durch Eigenkapital unter Einbeziehung weiterer Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter (70 % des Sonderpostens für Investitionszuschüsse) beträgt rd. 46,5 % und liegt somit unter dem Vorjahresniveau von 50,7 %.

Unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse in Höhe von 70 % ergibt sich zum Bilanzstichtag eine angemessene Eigenkapitalquote bezogen auf das Gesamtkapital in Höhe von 43,4 % (Vorjahr 47,4 %).

Finanzlage

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit:

Angaben in T€	2010	2009
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	835	727
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1.822	-889
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>-296</u>	<u>-667</u>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	-1.283	-829
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>-1.527</u>	<u>-698</u>
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>-2.810</u>	<u>-1.527</u>

Änderung zur Vorjahresdarstellung:

Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Kontokorrent, Zins- und Tilgungsabgrenzung) werden im Berichtsjahr im Finanzmittelfonds ausgewiesen.

Im Vorjahr erfolgte der Ausweis im Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit.

Ertragslage

Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2010		31.12.2009	
	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	4.084	94,7 %	3.981	91,8 %
Sonstige betriebliche Erträge	<u>228</u>	<u>5,3 %</u>	<u>355</u>	<u>8,2 %</u>
Gesamtleistung	4.312	100,0 %	4.336	100,0 %
Materialaufwand	<u>-1.296</u>	<u>-30,1 %</u>	<u>-1.393</u>	<u>-32,1 %</u>
Rohergebnis	3.016	69,9 %	2.943	67,9 %
Andere betriebliche Aufwendungen	<u>-2.393</u>	<u>- 55,4 %</u>	<u>-2.378</u>	<u>- 54,8 %</u>
Betriebsergebnis	623	14,5 %	565	13,1 %
Außerordentliches Ergebnis	-9	-0,2 %	0	0,0 %
Finanzergebnis	-220	-5,1 %	-242	-5,6 %
Steueraufwand	<u>-137</u>	<u>-3,2 %</u>	<u>-111</u>	<u>-2,6 %</u>
Jahresüberschuss	<u>257</u>	<u>6,0 %</u>	<u>212</u>	<u>4,9 %</u>

In den Umsatzerlösen der Wassersparte haben wir im Kundenbereich „Haushalte und Kleingewerbe“ eine positive Abgabentwicklung zu verzeichnen.

In der Wärmesparte haben wir einen leichten Rückgang der Umsatzerlöse.

Im Materialbereich konnten wir die Kosten für die Fremdleistungen gegenüber dem Vorjahr senken.

Der Anstieg der anderen betrieblichen Aufwendungen resultiert unter anderem aus der positiven Entwicklung der Umsatzerlöse und dem damit verbundenen Anstieg der Konzessionsabgabe für das Jahr 2010 und durch die Steigerung der Kosten für Beratungsleistungen, sowie eine Steigerung der Betriebsführungsabgabe und einen höheren Aufwand in der Unterhaltung der eigenen Anlagen (Wohngebäude).

Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Risikobericht

Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagement ihrer Betriebsführerin, der EWW Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, eingebunden. Ziel dieses Systems ist es, durch geeignete Regelungen betriebliche Risiken möglichst rasch identifizieren, bewerten, überwachen und bewältigen zu können. Risiken, die einer kontinuierlichen Geschäftsentwicklung entgegenstehen, sind nicht erkennbar.

Risiken und Chancen

Die tagebaubedingte Umsiedlung der Ortschaft Inden-Pier ist weitgehend abgeschlossen. Die Geschäftsführung versucht durch die Erschließung neuer Absatzpotenziale (z. B. Kooperationen mit benachbarten Wasserversorgern) diesem Absatzverlust entgegenzuwirken. In diesem Kontext wurde mit dem Städtischen Wasserwerk Eschweiler am 15.4.2011 ein Letter of Intent (LoI) über die Belieferung von insgesamt 1 Mio. m³ Wasser abgeschlossen.

Beschaffungsmarktrisiken

Durch die Bezirksregierung Köln wurde am 08.02.2006 das Recht, Grundwasser in einer Menge von bis zu insgesamt 2,3 Mio. cbm pro Jahr zur Verwendung als Trink- und Brauchwasser in der Trinkwasseraufbereitungsanlage Aldenhoven zu Tage zu fördern, bewilligt. Die Bewilligung der Bezirksregierung läuft über 20 Jahre und mindert das Beschaffungsrisiko der Gesellschaft.

Betriebsrisiken

Generell schützt sich das Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit des VWA und Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und deren interne Sicherungssysteme laufend überwacht.

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

Ausblick**Ergebnisentwicklung**

Für das Geschäftsjahr 2011 und für das Geschäftsjahr 2012 kann mit einem positiven Ergebnis gerechnet werden.

Investitionen

Der Bauplan für das Geschäftsjahr 2011 ist mit einer Investitionssumme in Höhe von 886 TEuro vorgesehen. Dabei entfallen ca. 220 TEuro auf die Gewinnung und Aufbereitung sowie 314 TEuro auf das Leitungsnetz und die Transportleitungen. Der Rest der Summe ist für Hausanschlüsse und für Wasserzähler verplant.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH

Bahnhofstr. 7
 52372 Kreuzau
 Telefon: 02422/ 507 121
 Telefax: 02422/ 507 153
 E-Mail: p.dreyling@kreuzau.de
 Homepage: wasserwerk@kreuzau.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Aufgaben des Unternehmens sind die Wasserversorgung der Einwohner des Versorgungsgebietes sowie der Betrieb aller dem Gesellschaftszweck unmittelbar dienenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Auch wenn mehrere Geschäftsführer vorhanden sind, kann einem die Befugnis zur Alleinvertretung übertragen werden

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Mitgliedern. Der Bürgermeister der Gemeinde Kreuzau ist Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates. Der Gesellschafter "Gemeinde Kreuzau" benennt daneben weitere drei Aufsichtsratsmitglieder. Soweit eine weitere Gebietskörperschaft bzw. Beteiligungsgesellschaft einer solchen Mitgesellschafter ist, ist deren oberstes Vertretungsorgan Mitglied des Aufsichtsrates; daneben benennt dieser weitere Gesellschafter durch sein Beschlussorgan seine weiteren Aufsichtsratsmitglieder.

Der Aufsichtsrat ist zuständig für:

1. die Vorbereitung der Gesellschafterversammlung,
2. die Prüfung des Jahresabschlusses sowie die Erarbeitung von Vorschlägen über die Verwendung des Reingewinns, des Vortrages und der Verlustabdeckung,
3. die Zustimmung zur Hingabe und Aufnahme von Darlehen und die Bestellung von Sicherheiten, den Erwerb, die Belastung oder Veräußerung von Grundstücken und dinglichen Rechten,
4. die Zustimmung zum Investitions- und Finanzierungsplan,
5. die Zustimmung zum Abschluss aller Verträge einschließlich Stundung und Erlass von Forderungen, welche die Gesellschaft zur einer wiederkehrenden Ausgaben von mehr als 7.700 € jähr-

- lich oder zu einer einmaligen Ausgabe von mehr als 15.400 € verpflichten oder berechtigen, sowie Führung von Rechtsstreitigkeiten mit solchen Streitwerten. Arbeitsverträge mit Angestellten und Arbeitern fallen nicht unter diese Regelung,
6. die Zustimmung zum Abschluss, zur Abänderung und Aufhebung von Lieferungs-, Miet-, Pacht-, Demarkations-, Bezugs- und Konzessionsverträgen, durch die die Gesellschaft länger als ein Jahr gebunden werden soll, mit Ausnahme von Verträgen des laufenden Geschäftsverkehrs. Wasserlieferungsverträge außerhalb des Tarifs fallen nicht unter dieser Ausnahme,
 7. die Zustimmung zur Vornahme von Rechtsgeschäften mit einem Gesellschafter oder dem Geschäftsführer sowie die Einleitung von Rechtsgeschäften gegenüber einem Gesellschafter oder dem Geschäftsführer und die Vertretung der Gesellschaft in derartigen Rechtsstreiten,
 8. die Zustimmung zur Errichtung und Aufhebung von Zweigniederlassungen sowie die Beteiligung an anderen Unternehmen,
 9. die Zustimmung zur Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung von Angestellten an BAT Vb aufwärts.

Gesellschafter- versammlung:

Soweit eine Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts Gesellschafter ist, entsendet diese einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung; der Vertreter wird von dem Beschlussorgan der Gebietskörperschaft bestellt; so z.B. vom Gemeinderat gem. § 113 Abs. 2 GO bzw. vom Kreistag gem. § 26 Abs. 4, § 53 KrO NRW bzw. § 113 Abs. 2 GO NRW. Jeder Vertreter hat entsprechend der Anteile des entsendenden Gesellschafters Stimmrechte. Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen insbesondere:

1. die Zustimmung zum jährlich aufzustellenden Wirtschaftsplan,
2. der Beschluss über die fünfjährigen Finanzplanung, die den Gesellschafter zur Kenntnis zu bringen ist,
3. die Zustimmung über den Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
4. die Feststellung des Jahresabschlusses sowie die Verwendung und/oder Verteilung des Jahresabschlusses zzgl. eines Gewinnvortrages und abzüglich eines Verlustvortrages. Die Gesellschafterversammlung ist berechtigt, Beträge in Gewinnrücklagen oder als Gewinn vorzutragen.
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates,
7. die Zustimmung zur Teilung von Geschäftsanteilen,
8. die Zustimmung zur Veräußerung von Geschäftsanteilen,
9. die Zustimmung zur Feststellung und Änderung der allgemeinen Wassergeldtarife und allgemeiner Versorgungsbedingungen, soweit diese nicht gesetzlich festgelegt sind,
10. die Aufnahme neuer Gesellschafter,
11. die Wahl und Abwahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Vertreter,
12. die Richtlinien zur Prüfung und Überwachung der Geschäftsführung,
13. die Änderung des Gesellschaftsvertrages,

14. die Zustimmung zum Erwerb und zur Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen. Hierbei sind die Bestimmungen des § 108 Abs. 5 GO NRW zu beachten.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Dreyling, Peter

Aufsichtsrat: Gemeinde Kreuzau 4 Sitze 57,14 %
Beteiligungsgesellschaft Kreis 3 Sitze 42,86 %
Düren mbH

Gesellschafterversammlung: Soweit eine Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts Gesellschafter ist, entsendet diese einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Jeder Vertreter hat entsprechend der Anteile des entsendenden Gesellschafters Stimmrecht. 1 Stimme entsprechend der Anteile des entsendenden Gesellschafters

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat
Esser, Ingo Kreis Düren Kreistagsabgeordneter
Halver, Richard Kreis Düren Kreistagsabgeordneter

Gesellschafterversammlung: Hürtgen, Dirk Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wird durch die Geschäftsführung vertreten. Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52372 Kreuzau	
gezeichnetes Kapital:	1.000.000,00 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Gemeinde Kreuzau	510.000,00 €	0,51 €
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	490.000,00 €	0,49 €

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	33.435,50 €	31.576,50 €	29.717,50 €	-1.859,00 €	-5,89%
II. Sachanlagen	2.372.275,20 €	2.893.364,29 €	3.033.831,79 €	140.467,50 €	4,85%

B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	49.000,31 €	48.029,01 €	58.051,91 €	10.022,90 €	20,87%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	174.624,88 €	184.283,79 €	107.655,05 €	-76.628,74 €	-41,58%
III. Guthaben bei Kreditinstituten	12.670,48 €	1.780,86 €	1.302,87 €	-477,99 €	-26,84%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	131,27 €	158,81 €	158,81 €	0,00 €	0,00%
Summe Aktiva	2.642.137,64 €	3.159.193,26 €	3.230.717,93 €	71.524,67 €	2,26%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	1.238,53 €	1.238,53 €	1.238,53 €	0,00 €	0,00%
III. Bilanzgewinn	83.809,71 €	19.013,14 €	106.039,38 €	87.026,24 €	457,72%
B. Empfangene Ertragszuschüsse	844.262,07 €	789.609,70 €	740.811,17 €	-48.798,53 €	-6,18%
C. Rückstellungen	123.407,61 €	63.800,00 €	80.240,00 €	16.440,00 €	25,77%
D. Verbindlichkeiten	589.419,72 €	1.285.531,89 €	1.302.388,85 €	16.856,96 €	1,31%
Summe Passiva	2.642.137,64 €	3.159.193,26 €	3.230.717,93 €	71.524,67 €	2,26%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.445.622,52 €	1.485.974,95 €	1.655.930,70 €	169.955,75 €	11,44%
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	53.383,35 €	33.701,68 €	41.566,84 €	7.865,16 €	23,34%
3. sonstige betriebliche Erträge	34.505,70 €	23.082,04 €	27.421,43 €	4.339,39 €	18,80%
4. Materialaufwand	315.076,02 €	344.242,24 €	423.433,22 €	79.190,98 €	23,00%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	415.149,66 €	415.400,65 €	406.107,03 €	-9.293,62 €	-2,24%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	116.967,90 €	123.531,05 €	118.016,58 €	-5.514,47 €	-4,46%
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	225.492,42 €	240.849,88 €	253.992,77 €	13.142,89 €	5,46%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	322.582,70 €	357.342,42 €	334.867,06 €	-22.475,36 €	-6,29%
Betriebsergebnis	138.242,87 €	61.392,43 €	188.502,31 €	127.109,88 €	207,04%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	1.054,13 €	133,08 €	147,68 €	14,60 €	10,97%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	18.385,93 €	44.117,67 €	35.786,36 €	-8.331,31 €	-18,88%
Finanzergebnis	-17.331,80 €	-43.984,59 €	-35.638,68 €	8.345,91 €	-18,97%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	120.911,07 €	17.407,84 €	152.863,63 €	135.455,79 €	778,13%
10. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	1.120,00 €	1.120,00 €	
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	36.769,39 €	-2.158,41 €	45.148,60 €	47.307,01 €	-2191,75%

11. sonstige Steuern	331,97 €	553,11 €	555,65 €	2,54 €	0,46%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	83.809,71	19.013,14	106.039,38	87.026,24 €	457,72%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	9	9	9

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Kreis Düren hat für die Gewährung von Ausfallbürgschaften zugunsten der Wasserwerk Concordia Kreuzau Düren mbH insgesamt 1.958,48 € als Bürgschaftsprovision für das Kalenderjahr 2010 erhalten.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens

Im Wirtschaftsjahr wurden folgende Investitionen getätigt:

Investitionen in Sachanlagen

Grundstücke ohne Bauten

Leversbach, ehem. Brunnengrundstück 301,00 €

Wassergewinnungs- und Bezugsanlagen

Niederbringung Brunnen 4, Nachtrag 73.918,29 €

Verteilungsanlagen

Rohrnetz

Rohrnetzerweiterungen:

Kreuzau, An der Papiermühle, Heinrich-Dohmen-Straße	18.280,51 €	
Leversbach, Aurora	3.083,99 €	
Obermaubach, Steinbüchel	10.327,64 €	

Rohrnetzerneuerungen:

Stockheim, Marienstraße	58.109,44 €	
Stockheim, Am Boten	<u>10.060,19 €</u>	99.861,77 €

Hausanschlüsse

13 neue Hausanschlüsse	15.189,36 €	
79 erneuerte Hausanschlüsse	<u>179.626,78 €</u>	194.816,14 €

Messeinrichtungen

Großwasserzähler Betriebsgebäude	1.466,37 €	
13 Wassermesser für Hausanschlüsse	<u>310,18 €</u>	<u>1.776,55 €</u>
		296.454,46 €

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Brunnenpumpe	7.285,87 €	
Nachtspeicheröfen	2.024,19 €	
Übrige Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	<u>7.762,52 €</u>	17.072,58 €

Anlagen im Bau

Digitales geograph. Netzinformationssystem	2.550,00 €	
1 neuer Hausanschluss	<u>2.304,94 €</u>	<u>4.854,94 €</u>

Zugänge des Berichtsjahres

392.601,27 €

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte aus der Aufnahme von Kontokorrentkrediten bei der Sparkasse Düren. Hierzu wurde bei der Sparkasse Düren ein Baukonto mit einem Investitionsvolumen von 1,2 Mio. € eingerichtet, welches zum 30.12.2010 mit 154.589,36 € in Anspruch genommen wurde. Aufgrund der Verzögerungen der Erschließung des Baugebietes in Kreuzau, An der Papiermühle/Heinrich-Dohmen-Straße konnte eine endgültige Umwandlung der Inanspruchnahme des Baukontos in ein langfristiges Darlehen noch nicht erfolgen. Daher ist ein langfristiges Darlehen spätestens im 2. Halbjahr 2011 aufzunehmen. Bei der Darlehensaufnahme werden auch die im Jahr 2011 anfallenden Investitionskosten für Rohrnetzerweiterungen und –erneuerungen berücksichtigt.

Die Anzahl der versorgten Einwohner verringerte sich von 17.063 in 2009 (Stichtag 31.12.2009) auf 16.891 in 2010 (Stichtag 31.12.2010).

Die Wasserverteilung erfolgte über ein rd. 106,670 km (2009 = 106,242 km) langes Rohrnetz und 5923 eingebaute Wassermesser.

Änderungen im Bestand, der Leistungsfähigkeit und dem Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen

Für die Gewinnungsanlage Lohberg besteht gemäß dem Bewilligungsbescheid der Bezirksregierung Köln vom 21.09.2006 für die Zeit vom 01.10.2006 bis 30.09.2026 ein Wasserförderrecht für jährlich 1.100.000 cbm Grundwasserförderung aus den vorhandenen Tiefbrunnen.

Im Berichtsjahr wurden vom 01.01.2010 bis 31.12.2010 zur Weiterverteilung an die Endverbraucher 871.017 cbm Wasser gefördert.

Das bestehende Wasserrecht über eine Fördermenge von 1.100.000 cbm wurde somit um 228.983 cbm unterschritten.

Umsatzerlöse

Der Umsatzerlös aus der Wasserabgabe stellt sich wie folgt dar:

	2011 (lt. Wirtschaftsplan)	2010	2009	2008
Wassergeld aus der Wasserabgabe an Endverbraucher	1.606.751,10 €	1.655.930,70 €	1.485.974,95 €	1.321.779,18 €

Der Arbeitspreis blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 1,20 €/m³. Der Grundpreis wurde zum 01.01.2010 von 6,80 €/Monat auf 9,30 €/Monat erhöht.

Personalaufwand

	2011 (lt. Wirtschaftsplan)	2010	2009	2008
Gesamt	549.900,00 €	524.123,61 €	538.931,70 €	532.117,56 €
a) Löhne und Gehälter	429.000,00 €	406.107,03 €	415.149,66 €	380.275,72 €
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	120.900,00 €	118.016,58 €	116.967,90 €	107.988,49 €

Der Personalbestand betrug im Wirtschaftsjahr 2010 im Innendienst drei Ganztagskräfte. Im Außendienst wurden sechs Arbeitskräfte beschäftigt.

Zum 01.01.2006 wurde der bisherige Tarifvertrag BAT/BMT-G umgestellt auf den Tarifvertrag Versorgungsbetriebe (TV-V).

Finanzlage

Zum Ende des Geschäftsjahres 2010 bestanden Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 1.035.481,01 € (Darlehen-Nr. 6480068722, Darlehen-Nr. 6480086047, Darlehen-Nr. 6480178042). Für 2011 ist eine Tilgung von Fremddarlehen in Höhe von 62.456,83 € geplant. Zur Niederbringung des Förderbrunnen 4 wurde mit Darlehensvertrag vom 21.04.2010 ein Darlehen in Höhe von 800.000,00 € über die Sparkasse Düren aufgenommen.

Beurteilung der Geschäftsentwicklung und Ergebnisdarstellung

Gemäß § 8 Abs. 2 a des Gesellschaftervertrages der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH obliegt dem Wasserwerk Concordia die Versorgung mit Trink- und Gebrauchswasser im Gemeindegebiet Kreuzau, mit Ausnahme des Ortsteils Untermaubach sowie der Wohnplätze Bilstein und Langenbroich. Aufgrund dessen sind die Umsatzerlöse im Zeitvergleich annähernd konstant geblieben.

Insgesamt verläuft die Geschäftsentwicklung konstant, für das kommende Jahr 2011 sind keine größeren Veränderungen geplant. Seit dem Jahr 2010 wurden verstärkt im Bereich der Rohrnetzerneuerung Investitionen geplant und durchgeführt. Für das Geschäftsjahr 2012 stehen Verhandlungen zwischen dem Wasserwerk Concordia und den Stadtwerken Düren über einen Wasserlieferungsvertrag von rd. 300.000 m³ kurz vor dem Abschluss. Es ist zu erwarten, dass sich ab dem Jahr 2012 die Umsatzerlöse um rd. 100.000 € erhöhen werden.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2010 beträgt 106.039,38 € und liegt damit um 87.026,24 über dem Ergebnis vom Vorjahr. Der Grundpreis wurde zum 01.01.2010 von bisher 6,80 € auf nunmehr 9,30 €/Monat erhöht.

Voraussichtliche Entwicklung und Risiken der zukünftigen Entwicklung**Vorgänge von besonderer Bedeutung****Bodenuntersuchungen im ausgewiesenen Wasserschutzgebiet in Kreuzau, Lohberg auf Nitratrückstände aus landwirtschaftlicher Düngung**

Die 1990 begonnenen Bodenuntersuchungen im Wasserschutzgebiet zur Beobachtung der Boden-Nitratwerte wurden 2010 fortgesetzt. Eine Überdüngung der Böden, die den Anstieg des Nitratgehalts im Wasser bewirken könnte, wurde nicht festgestellt. Es ist jedoch festzustellen, dass sich ab dem Jahr 2008 die gemessenen Nitratwerte erhöhen. Die Ursache liegt insbesondere im Wegfall der Wassergewinnung aus dem Brunnen 1, welcher im Vergleich zu den übrigen Brunnen niedrigere Nitratkonzentrationen ausweist.

Der durchschnittliche Nitratwert des aus den Lohberg-Brunnen gewonnenen Trinkwassers betrug

im Jahre 2003	9,6 mg/l
im Jahre 2004	8,3 mg/l
im Jahre 2005	6,1 mg/l
im Jahre 2006	8,9 mg/l
im Jahre 2007	8,9 mg/l
im Jahre 2008	12,6 mg/l
im Jahre 2009	13,8 mg/l und
im Jahre 2010	17,6 mg/l.

Der nach der Trinkwasserverordnung festgesetzte Grenzwert für Nitrat beträgt 50 mg/l.

Rückstände aus Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln (PBSM) in dem aus den Lohbergbrunnen gefördertem Grundwasser.

Die gemäß der Rohwasserüberwachungsrichtlinie vorgeschriebenen Untersuchungen auf Rückstände aus PBSM wurden im Wirtschaftsjahr 2010 durchgeführt. Es wurden Untersuchungen am Trinkwasser aus dem Lohberg-Hochbehälter vorgenommen. Die Untersuchungsergebnisse lagen bisher unterhalb der Grenzwerte der Trinkwasserverordnung.

Es besteht ein Konzessionsvertrag mit der Gemeinde Kreuzau.

Voraussichtliche Entwicklung der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH

Im Wirtschaftsjahr 2010 wurden folgende Investitionen durchgeführt:

Rohrnetz-Erweiterungen

• Leversbach, Aurora	19,00 mtr.	d 110 HDPE
• Obermaubach, Steinbüchel	100,00 mtr.	d 110 HDPE
• Kreuzau, An der Papiermühle	47,45 mtr.	d 110 HDPE
• Kreuzau, Heinrich-Dohmen-Straße	166,30 mtr.	d 110 HDPE
• Kreuzau, Heinrich-Dohmen-Straße	95,00 mtr.	d 63 HDPE

Rohrnetz-Erneuerungen

• Stockheim, Am Boten	21,50 mtr.	d 110 HDPE
• Stockheim, Marienstraße	365,00 mtr.	d 110 HDPE

Für das bevorstehende Wirtschaftsjahr 2011 sind folgende Investitionen im Rohrnetz vorgesehen:

• Stockheim, Am Thing	Erneuerung Rohrnetz	120,00 mtr.
• Kreuzau, An der Papiermühle	Erweiterung Rohrnetz	110,00 mtr.
• Kreuzau, Am Mühlenteich	Erweiterung Rohrnetz	234,00 mtr.

Wassergewinnungsanlagen

Aufgrund der mikrobiologischen Belastungen im Brunnen 1 durfte dieser aufgrund der aktuellen Bewilligung zur Förderung von Grundwasser in der WGA Lohberg nur noch bis max. 30.09.2010 betrieben werden. Bis zu diesem Zeitpunkt musste ein Ersatzbrunnen gebaut werden. Der neue Brunnen 4 wurde im Jahr 2009 niedergebracht und konnte im Dezember 2009 in die vorhandene Gewinnungsanlage eingebunden werden. Daher kann auf den Brunnen 1 verzichtet werden. Dieser wird als Not- und Abwehrbrunnen weiterhin bereitgehalten.

Das zurzeit gültige Wasserschutzgebiet für die Gewinnungsanlage Lohberg wird momentan überarbeitet und durch eine neue Schutzgebietsverordnung ersetzt werden. Hierzu hat es bereits Gespräche mit der Bezirksregierung Köln gegeben. Das Ing.-Büro Bieske + Partner wurde mit der Ausarbeitung einer Schutzzonenabgrenzung beauftragt. Es ist davon auszugehen, dass bis zum Inkrafttreten einer neuen Schutzgebietsverordnung mehrere Jahre vergehen werden.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH

Eine Marktöffnung und Liberalisierung der Wasserwirtschaft ist zurzeit nicht zu erkennen.

Eine Beibehaltung der Wasserversorgung durch die Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH ist aufgrund der Zwecksetzung gemäß § 7 Abs. 1 b des Gesellschaftsvertrages gegeben.

Gemäß § 8 Abs. 2 a des Gesellschaftervertrages der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH obliegt dem Wasserwerk Concordia die Versorgung mit Trink- und Gebrauchswasser im Gemeindegebiet Kreuzau, mit Ausnahme des Ortsteils Untermaubach sowie der Wohnplätze Bilstein und Langenbroich. Von daher ist eine Abwanderung des Kundenstamms auszuschließen.

Aufgrund der in den letzten Jahren vorgenommenen Brunnenregenerierungs- bzw. -sanierungsmaßnahmen und der laufenden Rohrnetz- und Anlagenunterhaltung sind versorgungstechnische langfristige Störungen nicht zu erwarten.

Die Wasserverluste im Wirtschaftsjahr 2010 lagen bei ca. 12 % und somit um 2 % unter dem Vorjahresniveau. Die im Vorjahr im Ortsteil Drove gemessenen Wasserverluste von rd. 36 % konnten aufgrund zeit- und kostenaufwendiger Lecksuchen und –reparaturen auf rd. 11 % gesenkt werden. Es ist angebracht, auch weiterhin Investitionen in das Rohrnetz zu tätigen, um die Wasserverluste auf den Bundesdurchschnitt von unter 10 % zu reduzieren.

Der Wasserverbrauchspreis lag in 2010 bei 1,20 €/m³. Aufgrund des vom Land NRW ab dem 01.02.2004 erhobenen Wasserentnahmeentgelts erhöhte sich der Wasserverbrauchspreis um 0,04 € auf 1,24 €/m³. Der Grundpreis für Hauswasserzähler wurde zum 01. Januar 2010 von monatlich 6,80 € auf 9,30 € erhöht. Der monatliche Grundpreis von 30,68 € für Verbundwassermesser bleibt unverändert.

Der Wasserbezugspreis für die Wasserlieferung durch die Stadtwerke Düren GmbH zur Versorgung des Ortsteils Obermaubach blieb bei 0,6300 €/m³ (Wasserbezug: 81.832 m³/Jahr).

Der Wasserbezugspreis für die Wasserlieferung durch den Wasserversorgungszweckverband Perlenbach zur Versorgung der Ortsteile Bogheim, Bergheim und Schlagstein betrug im Wirtschaftsjahr 2010 unverändert 0,52 €/m³ plus einem Grundpreis in Höhe von 5.600,00 €/Jahr und hatte Gültigkeit bis zum 31.12.2009 (Wasserbezug: 40.384 m³/Jahr). Zurzeit erfolgt die Berechnung der Wasserbezugskosten weiterhin zu den o.a. Konditionen.

Der Wasserbezugspreis für die Wasserlieferung durch den Wasserleitungszweckverband Gödersheim zur Versorgung des Ortsteils Leversbach betrug im Wirtschaftsjahr 2010 0,78 €/m³ (Wasserbezug: 35.405m³/Jahr).

Seit dem 01.01.2010 hat die Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH als Dienstleistung für die Gemeinde Kreuzau die Sachbearbeitung zur Berechnung der Kanalbenutzungsgebühren übernommen, da die Errechnung der Kanalbenutzungsgebühren abhängig vom Wasserverbrauch ist und die Übertragung der Daten über das gleiche Berechnungssystem der „DATEV-Software“ erfolgt.

Sonstige Angaben

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung aufgetreten, die bei Eintritt vor Ablauf des Geschäftsjahres eine andere Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erfordert hätten.

Die Geschäftsentwicklung der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH hinsichtlich Wasserentnahme, -verteilung und –bezug hat sich nicht wesentlich geändert. Es ist jedoch auch hier, ent-

sprechend dem allgemeinen Trend, zu erkennen, dass die Wasserabgabe an Endverbraucher stagniert bzw. leicht rückläufig ist.

Für das Jahr 2011 erwartet die Geschäftsführung einen ähnlichen Jahresüberschuss wie im Jahr 2010. Aufgrund des bevorstehenden Vertragsabschlusses über die Wasserlieferung von rd. 300T m³/Jahr an die Stadtwerke Düren GmbH ab dem Jahr 2012 ist mit einem Anstieg des Jahresüberschusses von rd. 100T € zu rechnen.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2010 jederzeit sichergestellt.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

**Entwicklungsgesellschaft
Nideggen mbH (EGN) i.L.**
Zülpicher Str. 1
52385 Nideggen

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Sicherung und Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur in Nideggen, insbesondere die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie die Ansiedlung junger Familien. Die Tätigkeit der Gesellschaft ist auf das Gebiet der Stadt Nideggen beschränkt.

Die Gesellschafterversammlung der Entwicklungsgesellschaft Nideggen GmbH i.L. hat am 08.07.2010 die Liquidation der Gesellschaft beschlossen und Herrn Rechtsanwalt Irmen, Düren, zum Liquidator bestellt.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist grundsätzlich dem Lagebericht zu entnehmen. Die Gesellschaft ist nicht operativ tätig.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, ist dieser zwingend einzelvertretungsbefugt, und dies auch bei Vorhandensein von Prokuristen.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat hat sieben Mitglieder. Davon stehen der Stadt Nideggen vier Sitze zu. Die übrigen Gesellschafter entsenden je ein Mitglied. Der Zuständigkeit des Aufsichtsrates unterliegen insbesondere:

1. Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes,
2. die Prüfung des Vorschlags der Geschäftsführung über die Verwendung des Ergebnisses,
3. die Prüfung des von der Geschäftsführung aufzustellenden Wirtschaftsplanes,
4. die Einberufung der Gesellschafterversammlung, unbeschadet des Rechtes und der Pflicht der Geschäftsführung und der Gesellschafter, die Gesellschafterversammlung in der gesetzlich vorgesehenen Fällen einzuberufen,
5. die Festlegung von Rahmenbedingungen für den Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken,
6. der Abschluss von Verträgen, die einen Wert von 50.000,00 DM im Einzelfall überschreiten, sowie von Daueraufträgen, die die Gesellschaft jährlich mit mehr als 5.000,00 DM belasten,
7. der Erwerb und die Pachtung von Unternehmen und Beteiligungen,

**Gesellschafter-
versammlung:**

- 8. die Führung von Rechtsstreitigkeiten, sofern der Gegenstand nicht einen Angelegenheit der laufenden Verwaltung darstellt,
- 9. alle im Gesellschaftsvertrag sonst genannten Zuständigkeiten.

Die Gesellschafterversammlung ist als beschließendes Organ in allen Angelegenheiten zuständig, soweit nicht durch das Gesetz oder durch den Gesellschaftervertrag die Zuständigkeit der anderen Organe begründet ist.

Der Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung unterliegen insbesondere:

- 1. Die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses,
- 2. die Wahl des Abschlussprüfers,
- 3. die Entlastung der Geschäftsführer,
- 4. die Übernahme neuer Aufgaben,
- 5. die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
- 6. die Änderung des Gesellschaftervertrages,
- 7. die Auflösung, Verschmelzung, Vermögensübertragung oder Umwandlung der Gesellschaft.

Besetzung der Organe

Die Gesellschaft ist operativ nicht tätig

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52385 Nideggen	
gezeichnetes Kapital:	25.000,00 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Stadt Nideggen	13.000,00 €	52%
S-Beteiligungsgesellschaft Düren mbH	4.000,00 €	16%
Gesellschaft für Wirtschafts- und Struktur- förderung im Kreis Düren mbH	4.000,00 €	16%
Volksbank Rureifel eG	4.000,00 €	16%

Die Gesellschaft ist nicht operativ tätig geworden. Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation. Die nach § 71 GmbHG zu erstellende Liquidations-Eröffnungsbilanz wurde durch den Liquidator beauftragt und zum 09.07.2010 erstellt.

Bilanz	2010 Liquidations- Eröffnungsbilanz zum 09.07.2012
Aktiva	
A. Umlaufvermögen	
I. Forderungen u. sonstige Vermögens- gegenstände	20.891,44 €
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kredit- instituten und Schecks	2.481,24 €
Summe Aktiva	23.372,68 €
Passiva	
A. Eigenkapital	
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €
II. Bilanzverlust	-14.746,32 €
B. Rückstellungen	7.607,00 €
C. Verbindlichkeiten	5.512,00 €
Summe Passiva	23.372,68 €

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Die Gesellschaft ist nicht operativ tätig geworden.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Entwicklungsgesellschaft Nideggen mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

**VIAS GmbH**

Kurt – Schumacher - Str. 10
 60311 Frankfurt am Main
 Telefonnummer: 069/ 213 – 22 314
 Telefax: 069/ 213 – 25 233
 E-Mail: kundenservice@vias-online.de
 Homepage: www.vias-online.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Unternehmensgegenstand der VIAS GmbH ist der Betrieb des Schienenpersonennahverkehrs im Teilnetz Odenwaldbahn auf Grundlage der Ausschreibungsunterlagen zur Vergabebekanntmachung vom 14.07.2004 in EU-ABI. 2004/S 135-115718. Die Verkehrsleistungen werden auf den Linien RE 64 (Frankfurt Hbf – Hanau – Wiebelsbach-Heubach – Erbach), RE 65 (Darmstadt Hbf – Wiebelsbach-Heubach – Erbach), SE 65 (Frankfurt Hbf – Darmstadt Nord - Wiebelsbach-Heubach – Erbach), RB 64 (Hanau – Babenhausen – Wiebelsbach-Heubach) und RB 65 (Darmstadt Hbf – Wiebelsbach-Heubach – Erbach – Eberbach) erbracht.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Jeder Gesellschafter benennt einen Geschäftsführer. Die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer, Aufhebung und Kündigung ihrer Anstellungsverträge sowie die sonstige Vertretung der Gesellschaft gegenüber der Geschäftsführung obliegt der Gesellschafterversammlung.

Gesellschafterversammlung: Der Beschlussfassung der Gesellschafter unterliegen alle Angelegenheiten, die nicht durch zwingende Vorschriften des Gesetzes oder durch den Gesellschaftsvertrag der Geschäftsführung anvertraut sind. Die Gesellschafterversammlung beschließt außer in den im Gesetz und im Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Fällen über:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung,
2. die Entlastung der Geschäftsführung,
3. den Abschluss und die Änderung von Ergebnisabführungs- und Beherrschungsverträgen und sonstigen Unternehmensverträgen,
4. die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung, in der, unbeschadet von Regelungen des Gesellschaftsvertrages, auch die Geschäfte festgelegt sind, die der Zustimmung der Gesellschafter bedürfen,
5. die Wahl des Abschlussprüfers,
6. die Bestellung und die Abberufung von Prokuristen und
7. die Einrichtung oder der Erwerb eines anderen Unternehmens, die Beteiligung an anderen Unternehmen sowie der Erwerb oder die Veräußerung von Beteiligungen daran nebst der Errich-

tung oder Aufgabe von Zweigniederlassungen und der Veräußerung des Geschäftsbetriebes im Ganzen oder in einzelnen Geschäftszweigen.

Die Geschäftsführung bedürfen, unbeschadet weiterer Festlegungen in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung der Zustimmung der Gesellschafterversammlung:

1. die Verabschiedung und Änderung des Wirtschaftsplanes und der Bilanzplanung einschl. Mittelfristplanung sowie die Feststellung etwaiger Jahresinvestitionsprogramme,
2. den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie den Abschluss von darauf gerichteten Verpflichtungsgeschäften seitens der Gesellschaft,
3. die Wahrnehmung von Rechten als Organträger oder als herrschendes Unternehmen bei Entscheidungen, die wesentlich auf die Gesellschaft oder ein von der Gesellschaft beherrschendes Unternehmen auswirken,
4. den Abschluss einer wesentlichen Änderung oder die Beendigung von Kooperationsverträgen sowie von Verträgen mit anderen Verkehrsunternehmen über die Einbringung von Betriebsleistungen im wesentlichen Umfang,
5. den Abschluss, einen Änderung oder die Beendigung von Verträgen mit Gesellschaftern und mit verbundenen Unternehmen i.S.d. §§ 15 ff AktG bzw. deren Gesellschaftern,
6. die Verpflichtung der Gesellschaft in Bürgschaftsverträgen außerhalb des Wirtschaftsplanes, sofern die Verpflichtung im Einzelfall einen Betrag von 60.000,00 € übersteigt,
7. Schenkungen, einen Verzicht auf Ansprüche und einen Stundung von Forderungen soweit im Einzelfall einen Wertgrenze von 60.000,00 € überschritten wird und
8. Vertragsabschlüsse der Gesellschaft mit Dritten, soweit das insgesamt in dem jeweiligen vertrag anfallende Entgelt (netto ohne gesetzliche Umsatzsteuer) im Einzelfall oder im Geschäftsjahr einen Betrag von 500.000,00 € überschreitet.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Häner, Herbert Kreuzau

Gesellschafterversammlung: Beschlüsse der Gesellschaft werden in der Gesellschafterversammlung gefasst.

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafterversammlung: Nießen, Hans-Peter Die Rurtalbahn GmbH wird durch die Geschäftsführung vertreten. Geschäftsführer

Schmitz, Achim Die Rurtalbahn GmbH wird durch die Geschäftsführung vertreten. Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit Geschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	Frankfurt am Main
gezeichnetes Kapital:	25.000 €

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
DSB Deutschland GmbH	12.500,00 €	50%
Rurtalbahn GmbH	12.500,00 €	50%

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Aufwendungen für die Erweiterung des Geschäftsbetriebes	191.077,00 €	97.399,00 €	48.700,00 €	-48.699,00 €	-50,00%
B. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	19.199,00 €	40.998,00 €	153.205,00 €	112.207,00 €	273,69%
II. Sachanlagen	545.789,00 €	489.690,00 €	689.691,00 €	200.001,00 €	40,84%
III. Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	1.931.067,34 €	1.931.067,34 €	
C. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	133.101,33 €	119.762,30 €	723.091,67 €	603.329,37 €	503,77%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	28.378.741,47 €	7.778.940,33 €	3.726.942,43 €	-4.051.997,90 €	-52,09%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	19.920,97 €	10.865,44 €	1.444.618,39 €	1.433.752,95 €	13195,54%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	51.875,00 €	854.375,00 €	1.035.832,46 €	181.457,46 €	21,24%
Summe Aktiva	29.339.703,77 €	9.392.030,07 €	9.753.148,29 €	361.118,22 €	3,84%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	975.000,00 €	975.000,00 €	975.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Verlust-/ Gewinnvortrag	973.591,60 €	1.386.662,42 €	2.313.229,60 €	926.567,18 €	66,82%
IV. Jahresüberschuss	413.070,82 €	929.567,18 €	457.789,22 €	-471.777,96 €	-50,75%
B. Rückstellungen	1.978.690,26 €	2.879.277,01 €	1.569.876,10 €	-1.309.400,91 €	-45,48%
C. Verbindlichkeiten	24.974.351,09 €	2.389.523,46 €	4.412.253,37 €	2.022.729,91 €	84,65%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	810.000,00 €	0,00 €	-810.000,00 €	-100,00%
Summe Passiva	29.339.703,77 €	9.395.030,07 €	9.753.148,29 €	358.118,22 €	3,81%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	23.606.555,51 €	25.272.065,80 €	28.999.331,32 €	3.727.265,52 €	14,75%
2. sonstige betriebliche Erträge	1.177.428,88 €	963.486,50 €	1.004.804,28 €	41.317,78 €	4,29%
3. Materialaufwand	20.682.261,68 €	21.236.307,09 €	24.311.545,68 €	3.075.238,59 €	14,48%
4. Personalaufwand	2.166.659,50 €	2.256.536,18 €	2.697.353,12 €	440.816,94 €	19,54%
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	118.027,39 €	215.502,49 €	211.215,64 €	-4.286,85 €	-1,99%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.088.046,74 €	1.064.649,08 €	2.164.318,68 €	1.099.669,60 €	103,29%
Betriebsergebnis	728.989,08 €	1.462.557,46 €	619.702,48 €	-842.854,98 €	-57,63%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	67.484,26 €	23.244,17 €	57.006,20 €	33.762,03 €	145,25%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	124.334,12 €	176.153,61 €	0,00 €	-176.153,61 €	-100,00%
Finanzergebnis	-56.849,86 €	-152.909,44 €	57.006,20 €	209.915,64 €	-137,28%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	672.139,22 €	1.309.648,02 €	676.708,68 €	-632.939,34 €	-48,33%
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	257.605,70 €	382.135,84 €	216.112,46 €	-166.023,38 €	-43,45%
10. sonstige Steuern	1.463,00 €	945,00 €	2.807,00 €	1.862,00 €	197,04%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	413.070,52 €	926.567,18 €	457.789,22 €	-468.777,96 €	-50,59%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	70	74	76

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die branchenspezifische Entwicklung stellte sich positiv dar. Die aufgrund der internationalen Krise im Bankensektor gehemmte Konjunktur hat sich im Geschäftsjahr positiv entwickelt. Jedoch ist eine Kreditvergabe zur Finanzierung von Großprojekten durch Hemmnisse im Markt weiter erschwert.

Die ohnehin angespannte Situation der öffentlichen Haushalte auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene hat sich aufgrund der Rettungspakete des Staates für die Banken sowie der

eingeleiteten Konjunkturpakete verschärft. Es ist davon auszugehen, dass die erhöhte Verschuldung der öffentlichen Haushalte zukünftig zu erheblichen Sparzwängen führen wird. Trotz der Kürzung bei den Regionalisierungsmitteln im Schienenpersonennahverkehr ist bislang noch keine Stilllegung von Linien zu beobachten. Allerdings wird die Frequenz auf stark befahrenen Linien verringert. In Hessen wurden die Kürzungen teilweise durch die Landesregierung ausgeglichen.

Durch die Aufgabenträger werden weiterhin Leistungen im Schienenpersonennahverkehr ausgeschrieben und vergeben. Hierbei werden durch entsprechende Teillosgößen auch mittelständigen Chancen zur Markterweiterung geboten.

Das Geschäftsjahr war insbesondere von einem Gesellschafterwechsel und die Inbetriebnahme der RheingauLinie geprägt. Aufgrund einer Direktvergabe im Kerngeschäft des Gesellschafters Verkehrsgesellschaft Frankfurt GmbH (VGF), war der Verkauf der Gesellschaftsanteile der VGF erforderlich geworden. Die Anteile wurden über den Gesellschafter Rurtalbahn zum 08.09.2010 an die DSB Deutschland GmbH, eine Tochter der DSB SOV, übertragen.

Die Betriebsaufnahme der RheingauLinie erfolgte zum Fahrplanwechsel am 12. Dezember 2010. Die zum Betriebsstart erforderlichen Fahrzeuge des Typs Flirt des Herstellers Stadler waren bis auf zwei Dreiteiler zu diesem Zeitpunkt ausgeliefert, diese zwei Dreiteiler folgten eine halbe Woche nach Betriebsstart, zwei weitere Vierteiler sollen bis Ende Februar 2011 geliefert werden. Die erforderlichen Personale wurden über die VIAS Logistik eingestellt und ausgebildet. Parallel zum Aufbau des operativen Betriebes wurde in Frankfurt Griesheim eine zweigleisige Werkstatt errichtet und Mitte November 2010 bereits in Betrieb genommen.

Hemmnisse, insbesondere von infrastruktureller Seite, waren im Rahmen der Inbetriebnahme nicht feststellbar.

Gemäß dem Verkehrs-Service-Vertrag mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) werden die Schienenfahrzeuge für das Odenwaldnetz vom Typ „ITINO“ von der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (FAHMA) angemietet. Seit Mai 2010 stehen vier weitere Fahrzeuge des Typs ITINO RMV Los 2 dem Betrieb der Odenwaldbahn zur Verfügung. Diese werden ebenfalls über die FAHMA angemietet.

Die VIAS GmbH ist neben der Pflege und Instandhaltung der Triebfahrzeuge auch für die Einhaltung der Gewährleistungsansprüche gegenüber dem Hersteller zuständig. Die Gewährleistung für die Fahrzeuge vom Typ ITINO RMV Los 1 ist weitestgehend abgelaufen.

Verwaltung

Die kaufmännische Abwicklung erfolgt auf Grundlage von Dienstleistungsverträgen mit dem Gesellschafter Rurtalbahn. Das Buchhaltungssystem mit integrierter Kostenrechnung ist an die Rahmenbedingungen der VIAS GmbH angepasst.

Das Kostenrechnungssystem und die kaufmännische Unternehmensorganisation unterstanden einer kontinuierlichen Weiterentwicklung. Diese muss nun auch vor allem im Hinblick auf die wesentliche Erweiterung des Geschäftsbetriebes durch das Projekt Rheingau für diesen Bereich angepasst werden.

Geschäftsführung und Bereichsleiter erhalten monatliche Soll-/Ist-Vergleiche auf Basis des Businessplans. Die Ertragsdaten wurden monatlich, die Liquiditätsvorschau wöchentlich für die VIAS GmbH analysiert.

Darstellung der Lage

Einen Überblick über die Entwicklung der Ertragslage gibt der nachfolgende Jahresvergleich:

<i>Ergebnis in TEur</i>	2010	2009
<i>Gesamtleistung</i>	30.004	26.236
<i>Materialaufwand</i>	-24.311	-21.236
<i>Personalaufwand</i>	-2.697	-2.257
<i>Sonstige Betriebsaufwendungen und Abschreibungen</i>	-2.375	-1.280
<i>Zinsergebnis</i>	57	-153
<i>Steuern</i>	-219	-383
Jahresergebnis	458	927

Die Ertragslage ist maßgeblich von dem Betrieb der Odenwaldbahn geprägt. Der überwiegende Teil der Gesamtleistung wurde durch die Einnahmen aus dem Verkehrs-Service-Vertrag mit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH erzielt. Daher ist das Ausfallrisiko von Forderungen begrenzt. Im Geschäftsjahr erfolgte zudem eine Anpassung der Einnahmen auf Basis vertraglich vereinbarter Preisgleitklauseln zur Abdeckung der marktbedingten Preissteigerungsraten.

Im Materialaufwand mit 24.312T€ (i. Vj. 21.236 T€) stellen die Aufwendungen aufgrund der Verträge mit Bombardier Transportation GmbH, DB Netz AG, DB Station & Service AG sowie der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH die maßgeblichen Positionen dar.

Im Personalaufwand in Höhe von 2.697 T€ (i. Vj. 2.257 T€) hat sich der Abschluss des Mantel- und Entgelttarifvertrages ausgewirkt.

Die Bilanzsumme der VIAS GmbH schließt zum 31. Dezember 2010 mit 9.753 T € (i. Vj. 9.392 T€).

Das Anlagevermögen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 2.823 T€ (i. Vj. 628 T€), die Erhöhung ist im wesentlichen auf die Aktivierung eines Schuldscheindarlehens im Finanzanlagevermögen zurückzuführen. Planmäßige Abschreibung wurden durchgeführt.

Weitere wesentliche Posten der Aktivseite sind die Forderungen und die Sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 3.726 T€ (i. Vj. 7.779 T€). Der Rückgang ist auf den Wegfall der kurzfristigen Finanzforderungen aus dem Cash-Pooling gegen die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH zurückzuführen; als größte Posten sind die Erstattungsansprüche gemäß § 148 SGB IX sowie Steuererstattungsansprüche aufzuführen.

Liquide Mittel werden mit 1.445 T€ (i. Vj. 11 T€) ausgewiesen. Der Anstieg resultiert aus dem Wegfall der kurzfristigen Finanzforderungen aus dem Cash-Pooling, die separat als Bankguthaben bei der Hessischen Landesbank ausgewiesen werden.

Auf der Passivseite stellen die wesentlichen Positionen die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 4.362 T€ (i. Vj. 2.360 T€), sowie die Rückstellungen in Höhe von 1.570 T€ (i. Vj. 2.879 T€) dar.

Das Eigenkapital beläuft sich auf 3.771 T€ (i. Vj. 3.314 T€), dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 38,7% (i. Vj. 35,3%).

Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die VIAS GmbH hat mit dem erfolgreichen Betrieb der Odenwaldbahn und der gelungenen Inbetriebnahme der neuen RheingauLinie die bereits gute Ausgangsbasis für den Wettbewerb im Schienenpersonennahverkehr deutlich verbessert.

Zur Absicherung gegenüber möglichen Risiken des Unternehmensfortbestandes bedient sich die VIAS GmbH eines umfassenden Früherkennungssystems durch die Implementierung von Daten der Finanzbuchhaltung und des Controllings in ein monatliches Reporting-System. Die so generierten Abweichungsberichte werden in Abstimmung mit der Geschäftsführung und den jeweiligen Bereichsleitern zeitnah analysiert. Wöchentliche Liquiditätsübersichten werden der Geschäftsführung vorgelegt.

Zur Vermeidung von Zahlungsausfällen wird ein adäquates Forderungsmanagement eingesetzt, dass durch eine permanente und zeitnahe Überwachung der Zahlungseingänge Forderungsausfälle nahezu ausschließt. Bei ausbleibendem Forderungsausgleich werden entsprechende Maßnahmen bis hin zum Mahnbescheid erlassen. Im Neukundenbereich sind vor der Aufnahme von Geschäftsbeziehungen entsprechende Bonitätsauskünfte einzuholen.

Aufgrund der guten Ausgangssituation im Rahmen des Betriebs der Odenwaldbahn und der Inbetriebnahme der neuen Rheingaulinie sowie der strategischen Ausrichtung wird für die VIAS GmbH, trotz der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation, in 2011 wieder eine ähnliche Umsatzrendite vor Steuern wie im Geschäftsjahr 2009 erwartet. Wesentlichen Änderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für die Folgejahre sind nicht ersichtlich.

Die Gesellschaft besitzt infolge einer guten Eigenkapitalbasis eine solide Innenfinanzierungskraft, Investitionen werden aus Eigenmitteln dargestellt. Im Zusammenhang mit der Erweiterungsinvestition für die Verlängerung des Teilnetzes Rheingau nach Neuwied ist eine Fremdfinanzierung erforderlich. Die daraus entstehenden Verpflichtungen werden im Rahmen des Verkehrs-Service-Vertrages durch den SPNV-Nord abgedeckt. Eine darüber hinausgehende Aufnahme liquider Mittel ist aus Sicht der Geschäftsführung nur kurzfristig notwendig.

Preissteigerungen im Markt, insbesondere im Personal- und Energiesektor, werden durch eine permanente Anpassung der vertraglich vereinbarten Leistungsentgelte kompensiert.

Aufgrund der durchgeführten Analysen bestehen aus Sicht der Geschäftsführung zum Zeitpunkt der Berichterstattung keine Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die VIAS GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Kommunale Datenverarbeitungs- zentrale Rhein-Erft-Rur (kdvz)

Bonnstraße 16-18
50226 Frechen
Telefon 02234-1822-0
Telefax 02234-1822-155

Gegenstand des Zweckverbandes / Ziele der Beteiligung

- Der ZV ist Träger der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Rhein – Erft – Rur.
- Der ZV ist Dienstleister für seine Verbandsmitglieder in allen Belangen technikunterstützter Informationsverarbeitung.
- Dem ZV obliegen insbesondere folgende Aufgaben, um eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung beim Einsatz der Informationstechnologie bei den Verbandsmitgliedern zu erreichen, als dies für jedes Verbandsmitglied alleine möglich ist:
 - a) Bereitstellung von Anwendungen und Unterstützung bei deren Nutzung auf allen vereinbarten Rechnerebenen,
 - b) Beratung und Unterstützung bei der Erstellung und Fortschreibung örtlicher TUI-Entwicklungspläne,
 - c) Planung, Beschaffung, Vermittlung, Installation und Administration von IT - Komponenten,
 - d) Unterstützung bei der Problembhebung und künftigen Problemvermeidung durch die Nutzung von IT - Komponenten vor Ort,
 - e) Bereitstellung von Rechner- und Netzkapazitäten zur Gewährleistung einer hohen Verfügbarkeit, die termingerechte Durchführung von Produktionen und die Sicherstellung des Schutzes gespeicherter Daten vor Missbrauch und Zerstörung
 - f) Schulung von Bediensteten der Verbandsmitglieder in der Handhabung der eingesetzten Software-Produkte
 - g) Prüfung der Programme im Bereich der Haushaltswirtschaft vor ihrer Anwendung gem. § 103 Abs.1 Nr. 4 GO NRW.
- Der ZV kann Dienstleistungen und Produkte für sonstige Benutzer anbieten, wenn die Voraussetzungen der §§ 107 ff. GO NRW vorliegen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Zweckverbandes

Verbandsvorsteher:

Die Verbandsversammlung wählt aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung des Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder den Verbandsvorsteher und zwei Stellvertreter für die Dauer der laufenden Wahlzeit der kommunalen Vertretung. Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter sollen der Verbandsversammlung nicht angehören. Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter sind jedoch verpflichtet an den Sitzungen

der Verbandsversammlung mit beratender Stimme teilzunehmen. Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte, sowie, nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der anderen Verbandsorgane, die übrige Verwaltung des Zweckverbandes und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Er ist Dienstvorgesetzter der Dienstkräfte des Zweckverbandes. Die Verbandsversammlung ist Dienstvorgesetzter des Verbandsvorstehers.

Der Verbandsvorsteher überträgt die Durchführung der Geschäfte der laufenden Verwaltung auf den Geschäftsführer der KDVZ, zudem kann er ihm weitere Geschäfte übertragen.

Verbandsversammlung: Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder. Die Vertreter werden durch die Vertreterkörperschaft für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften des Verbandsmitglieds gewählt. Jedes Verbandsmitglied hat eine Stimme. Für jedes Mitglieder der Verbandsversammlung ist ein Stellvertreter für den fall der Verhinderung zu bestellen.

Die Verbandsversammlung beschließt insbesondere über

1. die Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes und die Festsetzung der jährlichen Umlage,
2. die Feststellung des Jahresabschlusses,
3. die Entlastung der anderen Verbandsorgane,
4. Wahl der Verwaltungsratmitglieder und ihrer Stellvertreter auf Vorschlag der jeweiligen Konferenzen der Hauptverwaltungsbeamten in den Kreisgebieten,
5. die Wahl des Verbandsvorstehers und seiner Stellvertreter,
6. die Bildung von Ausschüssen und die Wahl der Ausschussmitglieder und ihrer Stellvertreter,
7. die Wahrnehmung der Prüfungsaufgaben und die Bestellung vom Prüfern gem. § 12 Abs. 3 der Verbandssatzung,
8. Änderung der Verbandssatzung,
9. Gründung von oder die Beteiligung des Zweckverbandes an anderen öffentlichrechtlichen oder privatrechtlichen Institutionen oder Gesellschaften,
10. die Auflösung des Zweckverbandes.

Verwaltungsrat: Der Verwaltungsrat besteht aus dem Verbandsvorsteher, dessen beiden Stellvertretern sowie je fünf Hauptverwaltungsbeamten oder, mit Zustimmung des Dienstvorgesetzten, den allgemeinen Vertretern oder leitenden Bediensteten aus den Gebieten der Kreise Düren, Rhein-Erft-Kreis und Euskirchen. Für diese Mitglieder sind nach gleichen Kriterien Vertreter zu wählen. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden für die Dauer der laufenden Wahlzeit der kommunalen Vertretung gewählt. Vorsitzender des Verwaltungsrates ist der Verbandsvorsteher, Stellvertreter sind die stellvertretenden Verbandsvorsteher.

Der Verwaltungsrat ist zuständig für

1. die Vorbereitung der Beschlüsse der Verbandsversammlung
2. die Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers und seines Vertreters,
3. die Festlegung, welche Produkte Kernprodukte sind,
4. die Leitentscheidungen und Festlegung der Standards für Kernprodukte,

5. die Festlegung der Standards für Kernprodukte,
6. die Vorgabe des Handlungsrahmens für den Vorstandsvorsteher für das Angebot von Produkten oder Leistungen über die Kernprodukte hinaus,
7. die Entscheidung in Personalangelegenheiten, soweit der Vorstandsvorsteher nicht gem. § 13 Abs. 2 der Verbandssatzung zuständig ist.

Besetzung der Organe

Allgemein

Verbandsvorsteher:	Stommel, Heinrich	Stadt Jülich	Bürgermeister	
Verbandsversammlung:	Kreis Düren	1 Sitz		2,7 %
	übrige Verbandsmitglieder (s.u.)	je 1 Sitz		je 2,7 %
Verwaltungsrat:	Kreis Düren, als Kreisgebiet	5 Sitze		33,33 %
	Rhein-Erft-Kreis, als Kreisgebiet	5 Sitze		33,33 %
	Kreis Euskirchen, als Kreisgebiet	5 Sitze		33,33 %

Vertretung des Kreises Düren

Verbandsvorsteher:	./.	./.	
Verbandsversammlung:	Kaptain, Peter	Kreis Düren	Dezernent
Verwaltungsrat:	Kaptain, Peter	Kreis Düren	Dezernent

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Zweckverband nach dem Gesetz über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG)
Sitz:	Frechen
gezeichnetes Kapital:	Der Zweckverband selbst ist nicht mit Stammkapital ausgestattet.

Verbandsmitglieder:	direkter Anteil am Zweckverband
Kreis Düren	2,7%
Kreis Euskirchen	2,7%
Rhein-Erft-Kreis	2,7%
Aldenhoven	2,7%
Bad Münstereifel	2,7%
Bedburg	2,7%
Bergheim	2,7%
Blankenheim	2,7%
Brühl	2,7%
Dahlem	2,7%
Düren	2,7%

Elsdorf	2,7%
Erfstadt	2,7%
Euskirchen	2,7%
Frechen	2,7%
Heimbach	2,7%
Hellenthal	2,7%
Hürtgenwald	2,7%
Hürth	2,7%
Inden	2,7%
Jülich	2,7%
Kall	2,7%
Kerpen	2,7%
Kreuzau	2,7%
Langerwehe	2,7%
Linnich	2,7%
Merzenich	2,7%
Nettersheim	2,7%
Nideggen	2,7%
Niederzier	2,7%
Nörvenich	2,7%
Pulheim	2,7%
Titz	2,7%
Vettweiß	2,7%
Weilerswist	2,7%
Wesseling	2,7%
Zülpich	2,7%

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.489.182,53 €	2.364.325,77 €	2.474.366,61 €	110.040,84 €	4,65%
II. Sachanlagen	3.774.086,09 €	3.804.868,23 €	3.559.699,63 €	-245.168,60 €	-6,44%
III. Finanzanlagen	3.538.465,05 €	4.670.673,47 €	6.968.655,21 €	2.297.981,74 €	49,20%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.497.616,07 €	4.239.303,38 €	4.272.802,83 €	33.499,45 €	0,79%
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kredit- instituten und Schecks	1.554.863,60 €	1.083.691,11 €	38.142,92 €	-1.045.548,19 €	-96,48%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	332.568,81 €	313.259,19 €	282.625,31 €	-30.633,88 €	-9,78%
Summe Aktiva	16.186.782,15 €	16.476.121,15 €	17.596.292,51 €	1.120.171,36 €	6,80%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Verlust-/Gewinnvortrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
II. Jahresüberschuss /-fehlbetrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

B. Rückstellungen	9.934.107,04 €	11.375.108,06 €	12.836.022,29 €	1.460.914,23 €	12,84%
C. Verbindlichkeiten	6.252.675,11 €	5.101.013,09 €	4.760.270,22 €	-340.742,87 €	-6,68%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	16.186.782,15 €	16.476.121,15 €	17.596.292,51 €	1.120.171,36 €	6,80%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	16.710.920,99 €	15.781.503,49 €	14.949.895,93 €	-831.607,56 €	-5,27%
3. sonstige betriebliche Erträge	147.689,55 €	322.905,91 €	74.057,61 €	-248.848,30 €	-77,07%
4. Materialaufwand	2.638.253,00 €	1.550.655,61 €	1.306.383,67 €	-244.271,94 €	-15,75%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	4.623.814,39 €	4.248.192,17 €	4.119.576,03 €	-128.616,14 €	-3,03%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.130.047,79 €	3.374.299,51 €	2.410.719,79 €	-963.579,72 €	-28,56%
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	1.255.147,49 €	1.241.553,91 €	1.388.001,57 €	146.447,66 €	11,80%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	6.027.825,86 €	5.526.816,19 €	5.685.838,94 €	159.022,75 €	2,88%
Betriebsergebnis	183.522,01 €	162.892,01 €	113.433,54 €	-49.458,47 €	-30,36%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	37.211,42 €	16.772,33 €	30.762,22 €	13.989,89 €	83,41%
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	4.617,62 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	214.730,56 €	178.237,72 €	142.775,99 €	-35.461,73 €	-19,90%
Finanzergebnis	-182.136,76 €	-161.465,39 €	-112.013,77 €	49.451,62 €	30,63%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	1.385,25 €	1.426,62 €	1.419,77 €	-6,85 €	-0,48%
11. sonstige Steuern	1.385,25 €	1.426,62 €	1.419,77 €	-6,85 €	-0,48%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	110,5	96,7	98,8

Verbindungen zum Kreishaushalt

Die Leistungen der kdVZ gegenüber ihren Kunden werden auf Basis der Verbandsumlage (nur Verbandsmitglieder) sowie durch Erstattungen und privatrechtliche Leistungsentgelte (Einzelvereinbarungen mit den Verbandsmitgliedern sowie Leistungen für Dritte) abgerechnet. Darüber

hinaus generiert die kdVz Kostenerstattungen und Kostenumlagen, die überwiegend aus der Erstattung von Aufwendungen für individuelle Hard- und Softwaremiete sowie individueller Leitungskosten und Handelsware resultieren. Die durch die Verbandsmitglieder zu entrichtende Umlage wird durch Umlagevorauszahlungen entrichtet (laufendes Wirtschaftsjahr). Eine abschließende Berechnung der zu leistenden Verbandsumlage erfolgt anschließend durch eine Ist-Kostenrechnung der kdVz (im Folgejahr). Der Kreis Düren hat für das Geschäftsjahr 2010 eine Verbandsumlage i.H.v. 942.017,63 € entrichtet.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2010 stellt sich im Vergleich mit den Werten des Vorjahres wie folgt dar:

	Gewinn- und Verlustrechnung		Abweichungen
	2010	2009	
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	14.949,9	15.781,5	-831,6
darin Kostenweiterbelastungen	-26,3	-21,0	-5,3
bereinigte Umsatzerlöse	14923,6	15.760,5	-836,9
Neutrale Erträge	74,1	322,9	-248,8
Personal- und Versorgungsaufwendungen	-6.530,3	-7.622,5	1.092,2
Abschreibungen	-1.388,0	-1.241,6	-146,4
Übrige Aufwendungen	-6.992,2	-7.077,5	85,3
davon Kostenweiterbelastungen	26,3	21,0	5,3
bereinigte übrige Aufwendungen	-6.965,9	-7.056,5	90,6
Finanzergebnis	-112,0	-161,5	49,5
Ergebnis vor Steuern	1,4	1,4	0,0
Steuern	-1,4	-1,4	0,0
	0,0	0,0	0,0

Investitionen

Der Verband hat im Wirtschaftsjahr 2010 Investitionen in Höhe von 1.255,1 T€ getätigt, welche sich wie folgt in den Anlageklassen wieder finden:

DV – Software	1.167,4 T€
Betriebsgebäude	15,2 T€
Maschinen und technische Anlagen	0,0 T€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	72,5 T€
	1.255,1 T€

Gemäß der obigen Darstellung lag das Investitionsvolumen im Wirtschaftsjahr 2010 unter dem freien Cash Flow, welcher sich wie folgt ermittelt:

Ordentliches Jahresergebnis	1,4 T€
Ordentliche Abschreibung	1.388,0 T€
Veränderung der langfristigen Rückstellungen	1460,9 T€
Cash Flow	2.850,3 T€

Kapitalflussrechnung

Die kdVz Rhein-Erft-Rur hat im Wirtschaftsjahr 2010 einen Kapitalfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 3.118,7 T€ erzielt. Hieraus wurden Investitionen sowie die Tilgungen für Investitionskredite vorgenommen, die einzelnen Zahlungsströme des Wirtschaftsjahres sind in den nachfolgenden Rechnungen dargestellt:

A) Mittelveränderung aus der lfd. Geschäftstätigkeit	
Jahresergebnis	0,0 T€
Abschreibungen	1.388,0 T€
Verlust aus Abgängen des Anlagevermögens und Abschr. Finanzanlagen	2,2 T€
Zunahme der Rückstellungen	1.460,9 T€
Erträge aus Anlageverkäufen	0,0 T€
Abnahme der Vorräte und sonstigen Aktiva	-2,8 T€
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten und sonstigen Passiva	270,4 T€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	<u>3.118,7 T€</u>
B) Mittelveränderung aus der Investitionstätigkeit	
Einzahlungen aus Abgängen	0,0 T€
Investitionen	-1.255,1 T€
Zugang Wertpapiere des Anlagevermögens (Pensionsfonds)	-2.298,0 T€
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	<u>-3.553,1 T€</u>
C) Mittelveränderung aus Finanzierungstätigkeit	
Darlehensaufnahmen	0,0 T€
Darlehensstilgungen	-611,2 T€
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	<u>-611,2 T€</u>
<u>Veränderung des Finanzmittelbestandes</u>	
Finanzmittel zum 01.01.2010	1.083,7 T€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	3.118,7 T€
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-3.553,1 T€
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	-611,2 T€
Finanzmittel zum 31.12.2010	<u>38,1 T€</u>

Planabwicklungsanalyse auf Basis des Jahresabschlusses 2010

	Ergebnis	Plan	Abweichung
1. Umsatzerlöse (ohne Ergebnis der Kostenabrechnung)	15.605.460,31 €	14.872.961,00 €	732.499,31 €
2. Gesamtleistung	15.605.460,31 €	14.782.961,00 €	732.499,31 €
3. sonstige betrieblich Erträge			
a) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- €	- €	- €
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	- €	- €	- €
c) sonstige Erträge im Rahmen der			

gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	74.057,61 €	100,00 €	73.957,61 €
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	185.547,69 €	84.800,00 €	100.747,69 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.120.835,95 €	1.100.000,00 €	20.835,98 €
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	4.119.576,03 €	4.099.106,00 €	20.470,03 €
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.410.719,79 €	1.991.630,00 €	419.089,79 €
	6.530.295,82 €	6.090.736,00 €	439.559,82 €
6. Abschreibung auf Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.388.001,57 €	1.612.656,00 €	- 224.654,43€
7. sonstige betriebliche Aufwendungen			
ordentliche betriebliche Aufwendungen			
aa) Raumkosten	392.559,29 €	360.950,00 €	31.609,29 €
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	49.252,07 €	52.480,00 €	- 2.227,93 €
ac) Reparaturen und Instandhaltungen	101.387,65 €	152.020,00 €	- 50.632,35 €
ad) Fahrzeugkosten	11.597,81 €	16.100,00 €	4.502,19 €
ae) Werbe- und Reisekosten	49.221,19 €	80.000,00 €	- 30.778,81 €
afa) Pflege/Miete Software und Hardware	1.942.462,96 €	2.263.783,00 €	- 312.320,04 €
afb) Datenübermittlung	758.851,47 €	695.937,00 €	62.914,47 €
afc) Consulting und Beratung	781.863,76 €	734.369,00 €	47.494,76 €
afd) Porto u. Beförderungsentgelte	562.459,50 €	227.000,00 €	335.459,50 €
ag) verschiedene betriebliche Kosten	1.034.129,18 €	1.112.810,00 €	- 78.680,82 €
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	2.054,06 €	- €	2.054,06 €
a) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- €	- €	- €
	5.685.838,94 €	5.694.449,00 €	8.610,06 €
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	30.762,22 €	110,00 €	30.652,22 €
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	- €	- €	- €
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	142.775,99 €	289.060,00 €	-146.284,01 €
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	656.984,15 €	1.470,00 €	655.514,15 €
12. sonstige Steuern	- 1.419,77 €	- 1.470,00 €	50,23 €
13. Erträge aus satzungsmäßigen Finanzbedarfsumlage für Vorjahre	- €	- €	- €
14.1 Jahreszwischenenergebnis	655.564,38 €	- €	655.564,38 €
14.2 Ergebnis der Kostenrechnung für 2010	- 655.564,38 €		
14.3 Jahresüberschuss	- €		

Finanzstruktur

	2010 in T€	2009 in T€	Veränderungen
Rückstellungen	12.836,0	11.375,1	1.460,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.200,9	3.812,0	-611,2
Übrige Verbindlichkeiten (davon gegenüber Verbandsmitgliedern)	1.559,4 (808,2)	1.289,0 (609,4)	270,4 (198,8)
Summe	17.596,3	16.476,1	1.120,2

Vermögensstruktur

	2010 in T€	2009 in T€	Veränderungen
Immaterielle Anlagen	2.474,4	2.364,3	110,0
Sachanlagen	3.559,7	3.804,9	-245,2
Finanzanlagen	6.968,7	4.670,7	2.298,0
Anlagevermögen	13.002,7	10.839,9	2.162,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (davon gegen Verbandmitglieder)	4.272,8	4.239,3	33,5
	(4.118,3)	(4.183,5)	(-65,2)
Flüssige Mittel	38,1	1.083,7	-1.045,5
Abgrenzungsposten	282,6	313,3	-30,6
Summe	17.596,3	16.476,1	1.120,2

Schwerpunktt Themen aus den Geschäfts- und Fachbereichen**IT-Anwendungen**

Die Einführung des neuen elektronischen Personalausweises (nPA) zum 01.11.2010 war bei der kdVz Rhein-Erft-Rur und den Mitgliedkommunen mit erheblichen personellen und finanziellen Aufwendungen verbunden. Im Rahmen der Vorarbeiten hatte die kdVz Rhein-Erft-Rur alle 180 Mitarbeiter/-innen der Bürgerämter geschult. Die Einführung selbst verlief aufgrund diverser technischer Mängel in den Softwareprodukten der beteiligten Hersteller unbefriedigend bis problematisch. Ab Dezember 2010 verbesserte sich mit den dann ausgelieferten Softwareupdates nach und nach die Situation. Weitere Nachlieferungen folgten im laufenden Jahr. Zusätzlich wurde das Modul "elektronische Akte" bei 12 Kommunen des Zweckverbandes eingeführt.

Im vergangenen Jahr hat die kdVz die Landtagswahlen für insgesamt 59 Kommunen IT-seitig begleitet. Die eingesetzten Systeme, wie bereits in 2009 redundant ausgelegt, versahen ihren Dienst, ohne dem hohen Datenvolumen Tribut zollen zu müssen. Ebenfalls zeigte sich das Netz stabil, so dass die Wahlergebnisse in den Kreis- und Rathäusern störungsfrei präsentiert wurden. In Summe registrierten die kdVz-Systeme am Wahlabend 2,8 Mio. Zugriffe aus dem Internet. Interessant ist die Entwicklung des Briefwahl-Anteils. Hier ist eine stetige Zunahme zu verzeichnen: Nahezu 16 % der Wahlberechtigten nutzten die Möglichkeit der Briefwahl, davon wiederum ca. 11 % das Angebot des sog. Web-Wahlscheins, also der Online-Beantragung der Briefwahlunterlagen. Neben den Landtagswahlen wurden noch Integrationsratswahlen sowie kleinere Bürgerbegehren / -entscheide betreut.

Im Bereich Verwarn- und Bußgeld wurde das Produktmodul "WinOWiG mobil" bei verschiedenen Kunden eingeführt. Dieses ermöglicht die Erfassung von Ordnungswidrigkeiten inkl. Bildern über Standard-Smartphones diverser Hersteller, der Ausdruck von Verwarnungen vor Ort am Fahrzeug ist ebenfalls möglich. Integriert ist eine direkte Datenübertragung auf einen Server bei der kdVz Rhein-Erft-Rur, was eine unmittelbare Einsicht der Daten über eine Auskunftsseite per Browser erlaubt. Abschließend erfolgt eine automatische Datenübernahme in die Software WinOWiG. Ebenfalls wurde das Modul "WinOWiG online" in das Produktportfolio aufgenommen, eine Web-Anwendung, die für Auskünfte aus dem Fachverfahren genutzt werden kann (z.B. für Kassen-Mitarbeiter), so dass für diese Mitarbeiter die Nutzung der Software über Citrix wegfallen könnte.

In 2009 wurde die Einführung des elektronischen Personenstandsregisters projektiert und eine Testinstallation vorbereitet. Die eigentliche Umstellung erfolgte im ersten Halbjahr 2010, im Zeitraum Februar bis Juni wurden alle 33 Mitgliederverwaltungen von den bisherigen Papierregistern auf das elektronische Personenstandsregister umgestellt. Bedingt durch die gesetzliche Vorgabe, dass alle Einträge in das Register mit einer qualifizierten elektronischen Signatur zu versehen sind, ließ sich die kdVz als Registrierungsstelle beim S-Trust-Center des deutschen

Sparkassenverlages berechtigen. Hierdurch ist es der kdVZ nunmehr möglich, die Beantragung und Aufstellung von Signaturkarten durchzuführen. Seit Beginn dieses Jahres wird die elektronische Kommunikation der Standesämter untereinander nach dem Projekt "XPersonenstand" von Deutschland Online eingeführt.

Die Ablösung der beiden Großrechnerverfahren Jagdwesen und Waffenwesen ist mittlerweile vollzogen. Im Bereich Waffenwesen haben sich alle drei Kreise für das Projekt "Condition" entschieden, welches ihnen von der kdVZ Rhein-Erft-Rur über Citrix zur Verfügung gestellt wird. Das Jagdwesen wird für die Kreise Euskirchen und Rhein-Erft-Kreis nunmehr auch über das Verfahren "Orion" einem Produkt der Landespolizei NRW, abgewickelt, der Kreis Düren setzt dieses bereits seit längerem ein.

Das Produkt "Migewa", Gewerbewesen, ist um die elektronische Verbindung zum Bundeszentralregister erweitert worden. Des Weiteren haben sich sechs Kunden dazu entschlossen, von dezentralen Installationen auf einen zentralen Citrix-Zugriff zu wechseln.

Im Bereich der Kfz-Zulassung wurden die Erweiterungen "Flottenabmeldung" in das Verfahren IKOL-KFZ implementiert. Neu installiert wurde das Modul eKOL-KBA, das von den browserorientierten Zugriff auf die Daten des Zentralen-Verkehrs-Informationen-Systems (ZEVIS) des Kraftfahrt-Bundesamtes für Recherche- und Auskunftszwecke erlaubt.

Eine weitere Kommune hat sich für eine Rezentralisierung des Verfahrens ProBauG - Baugenehmigung – in das Rechenzentrum entschieden. Zum Jahreswechsel 2010/2011 haben die Städte Bedburg und Elsdorf den Status erlangt, dass sie eine eigene Bauordnungsbehörde stellen. Entsprechende Vorbereitungen zur Datensplittung und Übernahme von Rechtsvorgänger, dem Rhein-Erft-Kreis, waren daher erforderlich.

Die Ablösung des Großrechnerverfahrens im Wohnungswesen konnte mit der Umstellung von zehn Kommunen auf das Produkt "WWplus" im vergangenen Jahr erfolgreich abgeschlossen werden.

Bei der Personalabrechnung betreut die kdVZ ca. 50 Kunden mit nahezu 16.500 Personalabrechnungsfällen. Dabei sind permanent die aktuellen Veränderungen u.a. in den Bereichen der Sozialversicherung, der Lohnsteuer und der Sondertarifverträge aufzunehmen, zusammen mit dem Softwarelieferanten anzupassen und die Kunden bei der Handhabung der jeweiligen Neuerung zu unterstützen. Vielfältige Anpassungen bedingte die Verordnung über die Erfassung und Übermittlung der Daten für die Träger der Sozialversicherung (Datenerfassungs- und übermittlungsverordnung – DEÜV) und verschiedenste Tarifänderungen. Die Arbeiten konnten alle termingerecht und mit einer hohen Kundenakzeptanz erledigt werden. Auch bei den Personalmanagement-Funktionen sind vielfältige Anpassungen erfolgt, die Vermarktung der Produkte wurde ausgeweitet.

Die Hauptveranlagungen für die Kommunen wurden in 2010 wie jedes Jahr mittels der Abgabeverfahren der kdVZ durchgeführt; d.h. die Steuerbescheide wurden entsprechend der örtlichen Satzungen erstellt und die Forderungen den Stadtkassen zur weiteren Verfolgung übermittelt. Für die Mehrzahl der Verwaltungen sind die Bescheide ebenfalls ausgedruckt, kuvertiert und in die Post gegeben worden. In diesem Jahr reduziert sich die Anwenderzahl dieser Alt-Verfahren, da neun Verwaltungen auf das integrierte Abgabeverfahren von newssystem@kommunal (nsk) der Fa. Infoma gewechselt haben. Mit der Ablösung des Großrechners zum Jahreswechsel 2011/2012 werden – mit einer Ausnahme – auch alle anderen Verwaltungen nsk einsetzen und die Altverfahren abgeschaltet.

Die Betreuung des Finanzwesens zeichnet sich derzeit dadurch aus, dass zwei Produkte Unterstützungsbedarf generieren. Neben der laufenden Verfahrensbetreuung ist KIRP im Jahr 2010 auf den neuen Versionsstand 7.4 gebracht worden; dem gingen entsprechende Testszenarien und Freigabeverfahren voraus. Weiterhin lag ein markanter Unterstützungsbedarf bei den Jahresabschlüssen nach NKF. Gemeinsam mit vier anderen Dezentralen ist mit dem KIRP-Hersteller eine Vereinbarung getroffen worden, dass zukünftig eine Archivierungs- und Reorganisationsfunktion in das Verfahren implementiert wird. Diese Funktion ist eine wesentliche Voraussetzung für die Ablösung der Rechnerplattform. Dieses Projekt wird im Jahr 2011 im Mittelpunkt stehen, da der Großrechner zum 31.12.2011 abgeschaltet wird. Im Jahr 2010 ist newssystem@kommunal in neun Verwaltungen zeitgleich eingeführt worden und erlangte damit eine

nennenswerte Größe im Verbandsgebiet. Mit dem 01.01.2011 befindet sich nsk bei 14 Kommunen des Zweckverbandes im Einsatz. Im Jahr 2011 wird bei neun weiteren Verwaltungen die neue Finanzsoftware eingeführt. Somit setzen ab 2012 ca. 62% der Verbandsmitglieder dieses Produkt ein. Wie im Vorjahr sind die Einführungsprojekte durch den Hersteller, entsprechend der Ausschreibung, geleitet worden. Dennoch zeichnete sich bereits im abgelaufenen Jahr ein steigender Unterstützungsbedarf bei den Kommunen ab, der von der kdVz eingefordert und auch befriedigt wurde. Darin wird auch künftig der Support für die Abgabeverfahren aufgehen, die bis zum Jahresende überwiegend auf nsk umgestellt sein werden. Im Bereich Vollstreckung läuft derzeit mit einer Kommune ein Test, die Datev-Schnittstelle für einen zentralen Support durch die kdVz im Rechenzentrum zu implementieren. Damit kann diese Funktion auf Wunsch künftig durch die kdVz betreut werden.

E-Government

Der kdVz Rhein-Erft-Rur ist die Aufgabe übertragen, die Federführung im Zweckverband für den Bereich E-Government zu übernehmen. Die Projekte für 2010 wurden mit den Verbandmitgliedern abgestimmt und in wesentlichen Inhalten wie folgt realisiert.

INSPIRE

Die Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments sieht den Aufbau einer europaweiten Geodateninfrastruktur vor. Die Bundesrepublik Deutschland und das Land Nordrhein-Westfalen haben im Jahr 2009 die Anforderungen in nationales Recht umgesetzt. Entsprechend dem Projektantrag hat die kdVz eine technische Lösung zur Erfassung der Daten und die webbasierte Darstellung in einem europäischen Brokerverbund in einer Teststellung aufgebaut. Die Lösung wurde den Verbandsmitgliedern anlässlich zweier Informationsveranstaltungen sowie den Mitgliedern des Koordinierungskreises vorgestellt. Die kdVz hat auf dieser Basis ein Produktsystem aufgebaut und mit einer Kostenkalkulation unterlegt. Darüber hinaus hat sich, koordiniert von der Leiterin des Katasteramtes des Rhein-Erft-Kreises, ein INSPIRE-Arbeitskreis gebildet.

Langzeitarchivierung

Das Projektziel sah einen Lösungsvorschlag und die notwendige Kostenkalkulation für eine Langzeitspeicherung von Archivdaten vor. Der Schwerpunkt des Projektes lag in der organisatorischen Sicherstellung der Datenaufnahme, -speicherung und -wiederherstellung. Geprüft wurde in diesem Zusammenhang auch die derzeitige Praxis des Systems für das Personenstandswesen. Mit geringfügigen organisatorischen Anpassungen entsprechen die derzeitige Infrastruktur und die organisatorischen Regelungen den Anforderungen der Langzeitspeicherung. Die notwendigen Anpassungen wurden inzwischen umgesetzt. Hieraus lassen sich die organisatorischen Anforderungen an die Langzeitspeicherung auch für andere Bereiche ableiten. Erforderlich ist allerdings noch eine technische Unterstützung, die abweichend zu der im Personenstandswesen aufzubauen sein wird. In diesem Zusammenhang wurden die Konzepte der Firmen EMC und Network Appliance inc. geprüft. Tendenziell überzeugte der Lösungsansatz der Fa. Network Appliance etwas mehr. Diese Empfehlung deckt sich zudem mit Produktentscheidungen verschiedener Verwaltungen im Verbandsgebiet. Inwieweit dieser Lösungsansatz von der kdVz umgesetzt und mit Kosten unterlegt werden kann, ist von den noch abzustimmenden Bedarfen der Mitgliedsverwaltungen abhängig. Die Projekthinhalte sind insoweit erfüllt und können als Basis für ein Produktszenario genutzt werden.

SharePoint-Services

Die Ziele des Projektes lagen im Know-how-Aufbau und in der Beratung zu den Funktionen sowie Information an die Mitgliedskommunen. Die Projektmitarbeiter haben ein Testszenario aufgebaut und insbesondere die Möglichkeiten der Integration der MS-Office-Produkte in einem

"social network" getestet. Abgebildet wurden einzelne Projekte mit allen relevanten Projektsituationen und Veröffentlichungen. Im Rahmen einer Informationsveranstaltung mit externer Unterstützung wurden die Produktoptionen aufgezeigt, überzeugten aber in dem noch hohen Abstraktionsgrad die Mehrzahl der Teilnehmer/-innen nicht. Die Mitglieder des Koordinierungskreises haben daraufhin festgelegt, das Projekt zunächst nicht weiterzuverfolgen.

Virtuelle Postenstelle und qualifizierte Signatur

Als Projektziele wurden der Aufbau von Angeboten für einen sicheren Mailverkehr sowie die Unterstützung hinsichtlich des Einsatzes qualifizierter Signaturen definiert. Zwischen Projektantragstellung und –realisierung hat sich in Bezug auf den sicheren Mailverkehr eine Vielzahl von Optionen ergeben. So sind Anforderungen bezüglich der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie bei der Umsetzung deutlich nachrangiger eingestuft worden. Daneben platzierten sich neue Angebote, wie De-Mail und die elektronische Post. Der kostenintensive Aufbau einer virtuellen Poststelle rechnet sich aber nur dann, wenn viele Dienstleistungen über Bürgerportale abgewickelt werden oder sich andere Leistungsangebote der Verwaltung mit einem Anspruch der rechtsverbindlichen Datenübertragung ergeben. Die aktuelle Notwendigkeit eines solchen Leistungsangebots ist derzeit noch nicht erkennbar.

Das Thema "qualifizierte Signatur" gewann durch die Anforderungen des Personenstandswesen und der Abfallbeseitigung deutlich an Dringlichkeit. Die kdVz ist das Thema proaktiv angegangen und hat sich als Registrierungsstelle für die Ausgabe von Signaturkarten qualifiziert. Allein 110 Signaturkarten wurden an Standesbeamte/-innen im Verbandsgebiet ausgegeben. Die Einbindung der Signatur in Geschäftsprozesse ist im Personenstandswesen bereits realisiert. Auf dieser Basis sind auch Zusatzdienste in anderen Fachapplikationen, z.B. Workflow des Finanzwesens, möglich – wobei für den Nutzer aber auch alternative Optionen, z.B. durch die Nutzung der De-Mail-Funktionen, verfügbar wären.

Auswertungen aus dem Finanzverfahren

Das Projekt war zunächst rein auf das Verfahren "nsk" der Fa. Infoma abgestellt. Zu prüfen war, ob das von der kdVz entwickelte Portal durch Einbindung der Finanzdaten weitere Nutzungsoptionen ermöglichen würde. Im Verbandsgebiet der kdVz werden derzeit vier Finanzverfahren eingesetzt (KIRP, Datev, OK.FIS und nsk). Bei allen Verfahren bieten die jeweiligen Hersteller Auswertungstools in unterschiedlicher Qualität an. Die Fa. Infoma bietet zudem für ihre Software ein sog. "Business Intelligence Tool" an. Dieses relativ kostenintensive Tool wurde im Projekt zunächst hinterfragt. Der im Hintergrund aufgebaute Datenwürfel enthält alle relevanten Informationen. Parallel dazu werden Alternativ-Angebote geprüft. Hierbei stellte sich das Angebot der Fa. Kosy als ausgesprochen Leistungsstark heraus. Für alle vier im Verbandsgebiet eingesetzten Finanzverfahren stellt diese Firma den konsistenten Datenzugriff und ein Tool für die Aufbereitung beliebiger Auswertungen zur Verfügung. Das Produkt wurde den Verbandsmitgliedern im September 2010 vorgestellt. Daneben wurde insbesondere von den Rechnungsprüfungsämtern im Verbandsgebiet die Software "IDEA" favorisiert. Diese setzt allerdings voraus, dass alle prüfungsrelevanten Daten durch das Finanzverfahren bereitgestellt werden.

Festzuhalten bleibt, dass der Projektauftrag insoweit inhaltlich nicht umsetzbar war; aus den genannten Gründen ergibt sich die Einbindung der Finanzdaten aus der Software nsk in das von der kdVz entwickelte Portal zunächst nicht. Bezogen auf alle eingesetzten Finanzverfahren bietet das Produkt der Fa. Kosy die umfangreichsten Funktionen an. Auch diese Software hat ihren Preis, scheint aber bei der vorhandenen Marktdurchdringung in Deutschland eine gute Option zu sein.

Daneben fand eine intensive Betreuung der Kunden im Content-Management-System der Fa. SitePark statt. Da sich bereits im Jahr zuvor abgezeichnet hatte, dass die Rechnerinfrastruktur beim derzeitigen Webhosting-Dienstleister für neue und erweiterte Anforderungen nicht mehr ausreichend dimensioniert wurde, entschloss sich die kdVz, das Hosting der Webserver in Eigenregie zu betreiben. In 2010 wurde die komplexe Installation der technischen Infrastruktur umgesetzt, im laufenden Jahr erfolgt sukzessive die Migration der einzelnen Mandanten.

IT-Betrieb

Der IT-Betrieb, das meint in erster Linie das Rechenzentrum der kdVz Rhein-Erft-Rur mit seiner IT-Sicherheitszelle, bildet das Herzstück für zahlreiche Dienstleistungen des Zweckverbandes im Sinne des Systemhauses. Um ihren Kunden ausreichend dimensionierte Rechnerressourcen zur Verfügung stellen zu können, wurde die Sicherheitszelle im vergangenen Jahr entsprechend aktueller und zukünftiger Anforderungen erweitert. IT-Services wie beispielsweise das Management der nahezu gesamten IT-Infrastruktur der Stadt Bergheim oder das Hosting der Finanzwesensoftware nsk und einer Vielzahl anderer Fachapplikationen sind somit möglich und werden auch bereits intensiv genutzt. In diesem Zusammenhang wurde die Klimatisierung der IT-Sicherheitszelle redundant ausgelegt, um hier zwei unabhängig voneinander arbeitende Kühlkreisläufe zu haben. Weiterhin hat die kdVz ein neues System-Management zur Server-Überwachung eingeführt. Einen sichtbaren Erfolg des Bestrebens der kdVz Rhein-Erft-Rur, einen professionellen, weil sicheren und performanten, IT-Betrieb zu gewährleisten, stellt die Erlangung des TÜV-Zertifikats "geprüftes Rechenzentrum Hochverfügbarkeit Stufe 2" dar. Mit der Erfüllung eines umfangreichen Kriterienkataloges bescheinigt der TÜV Saarland der kdVz die Hochverfügbarkeit konzeptioneller, organisatorischer, baulicher und technischer Art. Für 2011 ist eine TÜV-Zertifizierung "Green IT" geplant. Ferner wurde im vergangenen Jahr die Zertifizierung nach IDW951 für externe Dienstleister der Mitgliedsverwaltungen für die kdVz erfolgreich abgeschlossen, die einer jährlichen Nachprüfung unterliegt.

Im Jahr 2010 betrieb die kdVz in ihrem Rechenzentrum ca. 100 physikalische Server sowie ca. 200 virtuelle Server – eine Steigerung im virtuellen Bereich um 66% gegenüber 2009. Die Kapazität des kdVz-Speichernetzwerkes (SAN – Storage Area Network) wurde im abgelaufenen Jahr auf über 30 Terabyte erweitert, realisiert in einer Gruppe von acht Speichersystemen. Insgesamt bietet die kdVz Storage wahlweise in drei Qualitätsstufen an, um so auf unterschiedliche Anforderungen mit der jeweils wirtschaftlichsten Lösung eingehen zu können.

Die Dienstleistungen des kdVz-Druckzentrums sind auch im vergangenen Jahr intensiv abgefragt worden. Das Komplettangebot "Drucken-Kuvertieren-Frankieren-Einreichen" inklusive Einbindung der Infopost wurde im Vergleich zum Vorjahr konstant hoch in Anspruch genommen, für das laufende Jahr 2011 ist eine Erweiterung der Produktpalette im Bereich Druckzentrum vorgesehen.

Netze

Das Wide Area Network (WAN) der kdVz Rhein-Erft-Rur ist die basale Infrastrukturkomponente für jetzige und alle zukünftigen Anwendungen, Dienstleistungen und Produkte der kdVz Rhein-Erft-Rur. Daher muss es auf zukünftige Anforderungen ausgerichtet sein. Da das Netz in den vergangenen Jahren aufgrund der zunehmend komplexer und somit datenintensiver werdenden Anwendungen des öfteren an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit stieß, wurde das Verbandsnetz im vergangenen Jahr europaweit neu ausgeschrieben und zum 01. Oktober mit gänzlich neuen Parametern produktiv geschaltet. Das bisherige Kaskadennetz wurde durch eine sternförmige Architektur ersetzt und jedes Verbandsmitglied ist nunmehr über eine eigene Leitung auf Ethernet-Basis direkt mit der kdVz verbunden. Damit einher geht eine deutliche Erhöhung der Bandbreite, die in Teilen das Zehnfache der bisherigen Leistungskapazität erreicht. Die Anbindung erfolgt nunmehr je nach Kommune von 2,5 Mbit/s bis hin zu 10 Mbit/s. Neben diesen Primäranbindungen wurden auch die Backup-Verbindungen deutlich erhöht und erfolgen nun via SDSL mit Bandbreiten von bis zu 2,3 Mbit/s. Das Umschalten von Primär- auf Backup-Anbindung im Falle eines Ausfalles der Primäranbindung geschieht innerhalb weniger Millisekunden. Zudem laufen die Primär- und Backup-Wege über zwei unterschiedliche Plattformen des Netzbetreibers, was die Ausfallsicherheit des Verbandsnetzes nochmals erhöht. Die eingesetzten modernen Router sind ebenfalls zukunftsorientiert ausgelegt und erlauben nun auch Features wie z.B. Verschlüsselung und ähnliches. Die kdVz Rhein-Erft-Rur stellt ihren Kunden mit dem neuen WAN eine Infrastrukturkomponente zur Verfügung, die die künftigen Herausforderungen an performante und sichere Datenübertragung bedienen kann.

Das Internet bleibt als weltweites Informations- und Kommunikationsmedium für die Kunden der kdVz Rhein-Erft-Rur unverzichtbar. Ausfälle oder Performanceprobleme werden in den Kommu-

nen sofort registriert. Der Gesamt-Datenverkehr hat sich 2010 gegenüber 2009 wiederum gesteigert und liegt nun bei ca. 19 TeraByte (ein "Plus" von 11,7%), wobei gleichzeitig eine rasante Zunahme des ein- und ausgehenden eMail-Traffic zu verzeichnen ist. Alle diese Mails werden auf sog. Malware und Spam (dreistufiges Spam-Abwehr-System) überprüft und ggf. gekennzeichnet, bevor sie zugestellt werden. Eine solche Überprüfung ist unerlässlich, da sich das Spam- und Viren-Aufkommen weiterhin auf einem sehr hohen Level bewegt. Neben der Internetnutzung "von Innen nach Außen" steht der Internetzugang aber auch für Zugriffe von Außen zur Verfügung. Neben den zahlreichen DMZ-Applikationen (DMZ = Demilitarized Zone) hat auch die Nutzung von VPN-Verbindungen zugenommen.

Der hohe Sicherheitsgedanke des Zweckverbandes hat sich in der Vergangenheit bewährt und muss auch für die Folgejahre erhalten bleiben. Die Ausfallsicherheit der zentralen Sicherheitskomponenten wurde bereits in den vorherigen Jahren hergestellt. In 2010 konnte die Kapazität der Internetleitung von 60 auf 100 Mbit/s erhöht werden.

Die über das DOI-Netz zur Verfügung gestellten Applikationen und deren Nutzung nehmen ständig zu. In 2010 kam es auch hier zu einer Steigerung von 2 % auf nunmehr 200 Gigabyte. Vordergründig ist die verstärkte Nutzung von eMails innerhalb des DOI-Netzes zu nennen. Mit fast 4.000 Behörden innerhalb der Bundesrepublik Deutschland kann mittels eMail und verschlüsseltem DOI-Netz kommuniziert werden. Dies wiederum belegt, dass sich das DOI-Netz als ein stabiles "behörden-eigenes" Intranet der BRD etabliert hat.

IT-Services

Im vergangenen Jahr sind die technischen Dienstleistungen der kdVz Rhein-Erft-Rur in steigendem Maß in Anspruch genommen worden. Das Hosting von Fachanwendungen bildet einen der Tätigkeitsschwerpunkte. So wurde die technologische Infrastruktur für den Betrieb der neuen Finanzwesenssoftware nsk zur Verfügung gestellt, dazu wurde ein zweites Datenbankcluster aufgebaut, um den Kunden ein performantes und hoch verfügbares System bereitzustellen.

Des Weiteren hat sich die Stadt Bedburg für den Einsatz der nsk-Module "BI" und "DMS" entschieden; die kdVz hat hierfür die Infrastruktur zur Bereitstellung der Produkte implementiert. Ein weiteres Beispiel aus 2010 ist die bereits erwähnte Einführung des elektronischen Personenstandsregisters für die Verbandsmitglieder. Die gesetzlichen Anforderungen an die Sicherheit der Systeme bzw. den Datenbestand machte hier die besondere Herausforderung aus.

Bedingt durch die stetig steigende Nachfrage an Leistungen aus diesem Bereich hat sich die kdVz Rhein-Erft-Rur in puncto Virtualisierungstechnologien und –strategien zukunftsorientiert aufgestellt. Der Einsatz jeweils neuester Technologien ist diesbezüglich unabdingbar. Im letzten Jahr konnte ein noch effizienterer Betrieb der Citrix-Infrastruktur durch den Einsatz von Provisioning und Streamingtechnologien erreicht werden. Mit dem Ziel der verstärkten zentralisierten Bereitstellung von Anwendungen wurde die vorhandene Citrix-XenApp-Farm durch weitere Systeme ausgebaut. Zum Jahresende liefen 19 Applikationen mit insgesamt 2609 Nutzern produktiv. Um die Leistungsfähigkeit der Servervirtualisierungs-Plattform weiter zu steigern, wurden die Virtualisierungscluster der kdVz auf Basis des Produktes VMWare vSphere aktualisiert. Des Weiteren konnte durch den Ausbau der Citrix-XenServer-Infrastruktur der Virtualisierungsgrad im Serverumfeld weiter erhöht werden.

Eine herausgehobene Position im umfangreichen Tätigkeitsfeld der IT-Services nahm in 2010 in jedem Falle die Re-Zentralisierung von IT-Einrichtungen der Kreisstadt Bergheim zur kdVz Rhein-Erft-Rur ein. Die Stadt Bergheim hatte sich aus strategischen und wirtschaftlichen Erwägungen heraus entschlossen, nahezu ihre gesamte IT-Infrastruktur in das Rechenzentrum der kdVz zu verlagern. Im Jahr 2010 wurden, nach umfangreichen Vorarbeiten, Aushandeln von entsprechenden Service-Level-Agreements etc., u.a. über 600 eMail-Postfächer, fast 100 Anwendungen, ca. 800 GB Fileservedaten und diverse Datenbanksysteme migriert. Darüber hinaus stellt der Zweckverband nunmehr ca. 350 Desktops durch den Einsatz modernster Technologien zentral für die Kreisstadt Bergheim zur Verfügung. Das Konzept ist im gesamten Verband auf ein so positives Echo gestoßen, dass zahlreiche weitere Mitglieder diesen Weg auch bestreiten wollen.

Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt lag auch im vergangenen Jahr in umfassenden sog. "arbeitsplatznahen Services", bei denen Tätigkeiten beim Kunden vor Ort eine zentrale Rolle spielen. Hierzu zählen beispielsweise zahlreiche Erstinstallationen bzw. Migrationen, hinzu kommen zahlreiche Supportleistungen wie Hard- und Softwareaustausch bei Mietscheinablösungen, Datensicherung, Hilfestellung bei unterschiedlichsten Problemen rund um den Arbeitsplatz und so fort. Serviceanträge über die Nutzung des zentralen Virenschutzes existieren seit dem letzten Jahr mit 24 Mitgliedsverwaltungen, vier Kommunen nutzen das Angebot fester Betreuungstage. Des Weiteren hat die kdVz sechs Verbandsmitglieder intensiv bei der Aktualisierung ihres IT-Umfeldes unterstützt. Bedingt durch die Einführung des neuen Personalausweises hat die kdVz für elf Kommunen entsprechende Bürgerbüro-Arbeitsplatzausstattungen beschafft und die entsprechenden Installationen vorgenommen.

Die Organisationseinheit Serv-MIT zur IT-Unterstützung an und für Schulen betreut nach wie vor die Schulen und Kindergärten in vier verbandsangehörigen Kommunen, die entsprechenden Dienstleistungsverträge wurden im letzten Jahr erneut verlängert. Der Unterstützungsaufwand wird ausschließlich nach aufgewendeten Stunden abgerechnet. Die Supportleistungen in 2010 umfassten 504 Arbeitsstunden. Die Vereinbarung von vier Kommunen aus dem Kreis Düren, ihren Schulsupport unter dem Dach der kdVz Rhein-Erft-Rur gemeinsam durchzuführen, wurde in 2010 aufrecht erhalten. Geplant ist für das laufende Jahr, den Projektcharakter dieses Zusammenschlusses zugunsten der Aufnahme in das Produktportfolio der kdVz aufzugeben. Erklärtes Ziel bleibt ein wartungsarmer und wirtschaftlicher Support für eine funktionierende, verfügbare und somit verlässliche und akzeptierte EDV-Ausstattung in den Schulen unter Ausschöpfung von Kostensenkungspotentialen.

Zentrale Dienste

Unter dem Dach der Zentralen Dienste sind heterogene Aufgaben zusammengefasst, die in großen Teilen primär auf den inneren Betrieb der kdVz ausstrahlen. Einige Dienstleistungen bzw. Tätigkeitsfelder aus 2010 seien exemplarisch erwähnt, da sie auch wesentlich das kdVz-/Kunden-Verhältnis berühren.

Die Etablierung eines Risikomanagements wurde in 2010 abgeschlossen. Dieses beinhaltete in der ersten Ausbaustufe die Erstinventur der Risiken sowie die Bewertung der Risiken sowohl in Bezug auf Eintrittswahrscheinlichkeit als auch auf die potentielle Schadenshöhe. Der kdVz Rhein-Erft-Rur steht damit ein effektives Managementinstrument zur Risikoerkennung und -vermeidung zur Verfügung.

Die kdVz Rhein-Erft-Rur arbeitet, beispielsweise im Zuge der Einführung neuer Fachverfahren, projektorientiert. In diesem Zusammenhang ist ein wirksames Projektcontrolling ein wichtiger Erfolgsfaktor. In 2010 wurden schwerpunktmäßig die Projekte

- Projekt Neuausrichtung des RZ-Betriebes mit den Facetten
 - Ablösung des Großrechners
 - Ablösung des Fachverfahrens KIRP und alternativer Lösungsmöglichkeiten für weitere KIRP-Nutzer sowie
 - anderer sich auf dem Großrechner befindlicher Fachverfahren
- Projekt Einführung des Verfahrens Jagdwesen CONDITION
- Projekt Einführung eines elektronischen Personenstandsregisters der Software Autista zur Unterstützung der Verwaltung im Bereich der elektronischen Beurkundung (Autista ePR-Server)
- INSPIRE

begleitet. Darüber hinaus werden seit 2010 im Zuge der Einführung der neuen Finanzwesen-Software nsk das Projektcontrolling sowie das Kosten- und Vertragscontrolling seitens der kdVz zentral gesteuert.

Im Bereich des Kundenmanagements standen in 2010 der Dialog der einzelnen Kundenmanager mit ihren Kunden, die Begleitung von Sitzungen sowie die Durchführung von Informationsveranstaltungen zu Produkten des Zweckverbandes im Vordergrund. Zu nennen ist hier exemplarisch der kdVz-Technologietag, der im Frühjahr mit dem Themenschwerpunkt „Virtualisierung“

für die IT-Koordinatorinnen und –koordinatoren des Zweckverbandes durchgeführt wurde. Darüber hinaus war das Kundenmanagement in die Aufbereitung von Angeboten zu diversen Produkten und Dienstleistungen in der kdVz eingebunden. Öffentlichkeitsarbeit wurde im Wesentlichen über die kdVz-Website, gelegentlich über die lokale Presse und häufig im direkten Dialog mit den Ansprechpartnern auf Kundenseite betrieben.

Ein Aufgabenschwerpunkt des Rechnungsprüfungsamts (RPA) der kdVz liegt in der Prüfung finanzwirksamer Verfahren. In Erfüllung des Auftrages der Verbandsmitglieder konnte das RPA auch in 2010 den Zertifizierungskatalog kontinuierlich erweitern, er umfasst mittlerweile mehr als 25 finanzwirksame Fachverfahren, die vor ihrem Ersteinsatz geprüft werden und deren Weiterentwicklung überwacht wird. Eine zusätzliche Bedeutung erhalten die Zertifizierungen durch den Einsatz von NKF bei den Mitgliedskommunen: In den Fällen, in denen externe Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung der Bilanzen beauftragt sind, wird von diesen u.a. eine Bescheinigung über die fachliche Richtigkeit der eingesetzten Software gefordert. Dieser Anforderung wird mit der Zertifizierung durch das kdVz-eigene Rechnungsprüfungsamt entsprochen. In 2010 beschäftigte sich das RPA zudem mit den auf dem Markt erhältlichen Programmlösungen speziell für Rechnungsprüfungsämter. Dabei stellte sich die Software „IDEA“ der Fa. Audicon als interessantes Produkt für die Arbeit der RPAs allgemein heraus. Dies deckt sich mit den Erkenntnissen einiger Verbandsmitglieder, die die Software bereits im Vorfeld in Eigenregie beschafft hatten. Eine entsprechende verbandsweite Abfrage ergab ein vielfaches Interesse der Kunden am Erwerb von IDEA-Lizenzen und –schulungen. Zurzeit verhandelt die kdVz eine Vereinbarung mit der Herstellerfirma, über die die Verbandsmitglieder die Möglichkeit erhalten sollen, Lizenzen und Schulungen zu erwerben.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Mitarbeiterzahl 98,0. Bei der Berechnung wurden die zwei Ausbildungskräfte nicht berücksichtigt. Die Altersstruktur des Personalkörpers ergab zum Stichtag 31.12.2010 folgendes Bild:

	unter 30	30-50	51-60	älter als 60
höherer Dienst		4	2	1
gehobener Dienst	4	32	24	4
mittlerer Dienst	7	7	9	4

Folgende Dienstvereinbarungen hatten zum Stichtag 31.12.2010 Gültigkeit:

- Dienstvereinbarung zur Flexibilisierung der Arbeitszeit
- Dienstvereinbarung zum betrieblichen Eingliederungsmanagement nach längeren Erkrankungszeiten

Chancen und Risiken/Gesamtsituation

Die Arbeit der kdVz Rhein-Erft-Rur war auch in 2010 geprägt von der Maßgabe, für die Mitglieder des Zweckverbandes professionelle IT-Dienstleistungen zu wirtschaftlichen Konditionen vorzuhalten. Parallel dazu wurde der im Jahr zuvor initiierte Meinungsbildungsprozess, in welchen Konstellationen die Zukunftsfähigkeit der IT-Unterstützung für die Verbandsmitglieder des Zweckverbandes am effektivsten gewährleistet werden kann, in der verbandsangehörigen Kommunen fortgesetzt. Dieser ist bis dato noch nicht abgeschlossen, dennoch zeichnen sich für den Verband Perspektiven ab, die sich von der allgemeinen Stimmungslage noch in 2009 deutlich unterscheiden. So haben sich die Kommunen des Rhein-Erft-Kreises bereits recht frühzeitig festgelegt, die Mitgliedschaft im Zweckverband fortbestehen zu lassen. Vierzehn Städte und Gemeinden im Kreis Düren haben sich bis auf weiteres für einen Verbleib im Zweckverband ausgesprochen. Die Stadt Düren behält sich eine Entscheidung bis zum Frühjahr 2011 vor; die Kreisverwaltung Düren ist legitimiert, Verhandlungen mit der kdVz über einen Austritt zum 31.12.2012 und parallel mit der regioIT Aachen über einen Einstieg zu führen. Mit einer Entscheidung ist ebenfalls im Frühjahr 2011 zu rechnen. Für das Kreisgebiet Euskirchen

ist festzuhalten, dass derzeit vier Kommunen dazu tendieren, die Mitgliedschaft im Zweckverband aufzukündigen. Zwei dieser Kommunen haben bereits ihre Kündigung ausgesprochen. Fünf kommunale Gebietskörperschaften haben ihren Verbleib im Zweckverband angekündigt. Auch die Kreisverwaltung Euskirchen wird zunächst im Zweckverband verbleiben und verstärkt Kooperationen, die das Ziel zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit verfolgen.

Neben der Kooperation zwischen Gebietskörperschaften unter dem Dach der kdVz Rhein-Erft-Rur gewinnt auch die Kooperation zwischen kommunalen IT-Dienstleistern zunehmend an Bedeutung. Die Bildung größerer Einheiten lässt Synergien erwarten, die eine wirtschaftliche Aufgabenerledigung fördern. Die kdVz hat daher in 2010 ihre Gespräche mit dem KDN - Dachverband kommunaler IT-Dienstleister – intensiviert mit dem Ziel, dem Verband beizutreten.

Zweck des Dachverbandes KDN ist, einen institutionalisierten Leistungsaustausch unter den Verbandsmitgliedern zu ermöglichen. Vornehmlich handelt es sich um:

- Bündelung von Nachfrage beim Lizenzerwerb
- Gemeinsame Beschaffung
- Betriebsleistungen von Mitgliedern untereinander
- Gemeinsame Abnahme von Beratungsleistungen/Schulungen

Der Beitritt zum KDN räumt der kdVz Rhein-Erft-Rur alle Vorteile eines größeren Verbundes ein, ohne dass ein Nutzungszwang der angebotenen Leistungen entsteht. Die Eigenständigkeit der IT-Dienstleister bleibt auch bei einem Beitritt zum Dachverband vollumfänglich erhalten, wie auch die IT-Dienstleister weiterhin alleinige Ansprechpartner für ihre Mitgliedkommunen bleiben. Vor diesem Hintergrund hat die Verbandsversammlung der kdVz Rhein-Erft-Rur auf Empfehlung des Verwaltungsrats am 17.12.2010 die Mitgliedschaft im KDN beschlossen. Der KDN hat dem Antrag mit Wirkung zum 01.01.2011 entsprochen.

Die ins 2009 begonnene Qualifizierungsoffensive wurde auch im vergangenen Jahr fortgesetzt mit dem Ziel, neue Kompetenzfelder zu besetzen und den durch technologischen Wandel veränderten Arbeitsplatzbedingungen Rechnung zu tragen. Über die verschiedenen Qualifizierungsmaßnahmen erreichten insgesamt neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Zertifizierung in unterschiedlichen Bereichen wie IT-Sicherheit oder zum Microsoft- bzw. Cisco-Produktschiene.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen der kdVz Rhein-Erft-Rur im Jahr 2010 deutlich zugenommen hat, die kdVz wird wieder erkennbar als IT-Dienstleister für ihre Mitgliedsverwaltungen wahrgenommen. Beispielhaft hierfür ist die Entscheidung der Stadt Bergheim, nahezu ihre komplette Infrastruktur zum Zweckverband zu verlagern – ein Weg, der bereits weitere Interessenten zur Nachahmung gefunden hat (ausführlicher zum Projekt vgl. Kapitel 2.5 IT-Services). Die kdVz verpflichtet sich auch weiterhin, ihre Dienstleistungen qualitativ hochwertig und mit einem kompetenten und motivierten Mitarbeiter-team zu erbringen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftjahres

Keine

Beteiligungen des Zweckverbandes

Die kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen

Kaiserstr. 50
52134 Herzogenrath-Kohlscheid
Telefon: 0241 / 519 822 17
E-Mail: studieninstitut-aachen@t-online.de

Gegenstand des Zweckverbandes / Ziele der Beteiligung

Das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen ist als kommunaler Zweckverband in den Aufgabengebieten Personalauslese, Ausbildung und Prüfung sowie Fortbildung für die Verbandmitglieder tätig.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zum Grad der öffentlichen Zweckerfüllung wird üblicherweise im Lagebericht Stellung genommen. Der Jahresabschluss 2010 lag zum Zeitpunkt der Erstellung des Gesamtabchlusses 2010 nicht vor.

Organe des Zweckverbandes

Verbandsvorsteher: Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der zum Zweckverband gehörenden Mitglieder für die Dauer der Wahlzeit der Verbandsversammlung gewählt. Das Amt des Verbandsvorstehers erlischt mit dem Ausscheiden aus dem Hauptamt. Der Verbandsvorsteher ist Institutsvorsteher im Sinne der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen. Er führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes sowie die übrige Verwaltung des Zweckverbandes und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Zur Durchführung der ihm obliegenden Aufgaben bedient er sich des Studienleiters.

Verbandsversammlung: Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied hat eine Stimme. Die Verbandsversammlung beschließt über die ihr nach Gesetz und der Satzung des Zweckverbandes obliegenden Angelegenheiten des Zweckverbandes. In die Zuständigkeiten der Verbandsversammlung fallen insbesondere:

1. Erlass und Änderung der Satzung des Zweckverbandes, der Institutsordnung und anderer nach Satzungsrecht zu erlassenen Bestimmungen,
2. Erlass und Änderung der Prüfungsordnungen, soweit hierfür anderweitige Zuständigkeiten nicht begründet sind,
3. Wahl der nach der Institutsordnung besonders zu berufenen Mitglieder des Institutsbeirats,
4. Einstellung, Anstellung, Beförderung und Entlassung der hauptamtlichen Dienstkräfte des Zweckverbandes mit Aus-

nahme von Aushilfskräften auf Zeit, deren Einstellung und Entlassung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel dem Vorstandsvorsteher überlassen sind,

5. Festsetzungen der Vergütungen für Lehr- und Prüfungstätigkeit,
6. Festsetzung der Entgelte für Ausbildungslehrgänge (Lehrgangsgeld).

Der Vorstandsvorsteher und der Studienleiter des Studieninstituts für kommunale Verwaltung Aachen oder ihre Vertreter nehmen an den Sitzungen der Verbandsversammlung teil.

Institutsbeirat: Zur Mitwirkung bei der Verwaltung des Studieninstituts kann ein Institutsbeirat gebildet werden. Zusammensetzung und Aufgaben des Institutsbeirates werden durch die Institutsordnung geregelt.

Besetzung der Organe

Allgemein

Verbandsvorsteher:	Kaptain, Peter	Kreis Düren	Dezernent
Verbandsversammlung:	Stadt Aachen	1 Sitz	25 %
	Städtereion Aachen	1 Sitz	25 %
	Kreis Kreis Düren	1 Sitz	25 %
	Kreis Heinsberg	1 Sitz	25 %

Institutsbeirat: Institutsbeirat wurde nicht gebildet.

Vertretung des Kreises Düren

Verbandsvorsteher:	Kaptain, Peter	Kreis Düren	Dezernent
Verbandsversammlung:	Kaptain, Peter	Kreis Düren	Dezernent

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Zweckverband nach dem Gesetz über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG)
Sitz:	Aachen
gezeichnetes Kapital:	Der Zweckverband selbst ist nicht mit Stammkapital ausgestattet.

Verbandsmitglieder:	direkter Anteil am Zweckverband
Stadt Aachen	25%
StädteRegion Aachen	25%
Kreis Düren	25%
Kreis Heinsberg	25%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	kA	kA	kA

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Erträge (insbesondere Lehrgangsgelder sowie Entgelte für Fortbildung und Personalauslese) die entstandenen Aufwendungen nicht decken. Hierbei bemisst sich die Umlage nach der letzten amtlich festgelegten fortgeschrittenen Bevölkerungszahl. Die Umlage ist im Voraus vierteljährlich zu zahlen. Hierzu ergänzend stellen die Verbandsmitglieder dem Zweckverband unentgeltlich die erforderlichen Räume sowie Einrichtungsgegenstände zur Verfügung (§ 10 der Satzung des Zweckverbandes). Der Kreis Düren hat für das Geschäftsjahr 2009 eine Verbandsumlage i.H.v. 8.088,21 € entrichtet. Darüber hinaus, weist der Kreis Düren in der Bilanz zum 31.12.2010 eine Verbindlichkeit für Pension und Beihilfen i.H.v. 310.473,31 € gegenüber dem Zweckverband für das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen aus.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Der Lagebericht 2010 lag im Zeitpunkt der Erstellung des Gesamtabschlusses 2010 noch nicht vor.

Beteiligungen des Zweckverbandes

Der Zweckverband für das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

Aachener Verkehrsverbund


**Zweckverband
Aachener Verkehrsverbund**

Neuköllner Straße 1
52068 Aachen
Telefon: 0241 / 968 970
Telefax: 0241 / 968 97 20
Email: zweckverband@avv.de
Homepage: www.avv.de

Gegenstand des Zweckverbandes / Ziele der Beteiligung

Der Zweckverband hat im Verbundraum unter Beachtung der sich aus dem Vertrag über die Grundlagen des Aachener Verkehrsverbundes mit den Land NRW (Grundvertrag) ergebenden Rechte und Pflichten

- allgemeine verkehrspolitische Leitlinien für den öffentlichen Personennahverkehr zu beschließen,
- darauf hinzuwirken, dass die Verbandsmitglieder die Aachener Verkehrsverbund GmbH (AVV GmbH) bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen und die Beschlüsse des Zweckverbandes in ihrem Einflussbereich umsetzen,
- darauf hinzuwirken, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeptionen und technischen Standards sowie die dazu ergangenen Richtlinien der AVV GmbH in ihren Planungen beachten.

Der Zweckverband verfolgt das Ziel, durch die von den Verbandsmitgliedern getragenen kommunalen Verkehrsunternehmen (Verbundverkehrsunternehmen), unterstützt durch die Verbundgesellschaft, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen sowie durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Dem ZV obliegen unter Beachtung der sich aus dem Regionalisierungsgesetz NW ergebenden Rechte und Pflichten folgende Aufgaben:

- Den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) als Aufgabenträger und als zuständige Behörde i.S.d. § 3 Abs.2 Regionalisierungsgesetz NW zu planen, zu organisieren und auszugestalten. Das fahrplan- und kapazitätsmäßige SPNV-Angebot zur Bedienung der Allgemeinheit und dessen Mitfinanzierung durch den ZV ist jährlich im Rahmen des Verbundetats festzulegen.
- Der ZV wirkt gem. § 5 Abs. 3 S. 2 Regionalisierungsgesetz NW auf die Bildung eines Gemeinschaftstarifs und einheitlicher Beförderungsbedingungen auf ein koordiniertes Verkehrsangebot im ÖPNV und gem. § 6 Abs. 3 Regionalisierungsgesetz NW auf die Bildung von Übergangstarifen hin.
- Der ZV erstellt gem. § 8 Regionalisierungsgesetz NW den Nahverkehrsplan für den SPNV insbesondere unter Berücksichtigung von § 5 Abs. 3 Regionalisierungsgesetz NW.

Die Durchführung des Verkehrs und damit die Übernahme einer unternehmerischen Tätigkeit ist nicht Aufgabe des Zweckverbandes. Zur Durchführung der Aufgaben gründet der ZV eine Gesellschaft unter der Firma „Aachener Verkehrsverbund GmbH“ (AVV GmbH). Diese Gesellschaft nimmt im Verbundraum Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs wahr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Zweckverbandes

- Verbandsvorsteher:** Die Verbandsversammlung wählt den Verbandsvorsteher aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder auf sechs Jahre und seine Stellvertreter, höchstens jedoch für die Dauer ihres Hauptamtes. Der Verbandsvorsteher und seiner Stellvertreter dürfen der Verbandsversammlung nicht angehören, sind jedoch berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen teilzunehmen.
- Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte nach den Maßgaben der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Der Verbandsvorsteher hat jährlich vor Beginn des Haushaltsjahres den Entwurf der Haushaltssatzung festzustellen und der Verbandsversammlung vorzulegen. Der Verbandsvorsteher ist verantwortlich für die Durchsetzung der Verbandsziele und der Beschlüsse der Verbandsversammlung.
- Die Position des Zweckverbandsvorstehers und seiner Stellvertreter wird aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten, oder eines von ihm benannten Stellvertreters wahrgenommen. Nach der o.g. Rotationsvereinbarung steht dem Oberbürgermeister der Stadt Aachen für den Zeitraum Ende 2009 bis Mitte 2012 die Position des 1. stellvertretenden Zweckverbandsvorsteher zu. Den Verbandsvorsteher für diesen Zeitraum stellt der Kreis Heinsberg.
- Verbandsversammlung:** Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Vertreter werden durch die Vertreterkörperschaft für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkraften des Verbandsmitgliedes gewählt. Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen.
- Jedes Verbandsmitglied entsendet fünf Vertreter in die Verbandsversammlung; darunter seinen Hauptverwaltungsbeamten oder einen von ihm benannten Vertreter.
- Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit nicht durch das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit oder aufgrund der Satzung des Zweckverbandes die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist. Die Verbandsversammlung kann die Entscheidungen über folgende Angelegenheiten nicht übertragen:
1. Die Wahl des Verbandsvorstehers und seiner Vertreter,
 2. die Wahl der in den Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft zu entsendenden Vertreter des Zweckverbandes,
 3. Weisungen zur Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft,
 4. die Änderung der Zweckverbandssatzung,
 5. den Erlass der Haushaltssatzung und Feststellung des Haushaltsplanes,
 6. die Abnahme der Jahresrechnung und die Entlastung des Verbandsvorstehers,
 7. die haushalts- und vermögensrechtlichen Entscheidungen von erheblicher Bedeutung,
 8. die Aufnahme und das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern

9. die Auflösung des Zweckverbandes
10. die Aufstellung des Nahverkehrsplanes SPNV,
11. die Übertragung von Angelegenheiten auf benachbarte Zweckverbände gemäß § 6 Abs. 2 Regionalisierungsgesetz.

Besetzung der Organe

Allgemein

Verbandsvorsteher:	Pusch, Stephan	Kreis Heinsberg	Landrat
Verbandsversammlung:	Kreis Düren	5 Sitze	25 %
	StädteRegion Aachen	5 Sitze	25 %
	Stadt Aachen	5 Sitze	25 %
	Kreis Heinsberg	5 Sitze	25 %

Vertretung des Kreises Düren

Verbandsvorsteher:

Verbandsversammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Hamel, Jörg	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Krott, Joseph	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Oetjen, Hans-Friedrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Zentis, Gudrun (bis 30.10.2012)	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Schruff, Hansbert (ab 30.10.2012)		

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Zweckverband nach dem Gesetz über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG)
Sitz:	Aachen
gezeichnetes Kapital:	Der Zweckverband selbst ist nicht mit Stammkapital ausgestattet

Mitglieder:	direkter Anteil am Zweckverband
Stadt Aachen	25%
StädteRegion Aachen	25%
Kreis Düren	25%
Kreis Heinsberg	25%

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	1,00 €	1,00 €	1,00 €	0,00 €	0,00%
II. Finanzanlagen	572.736,41 €	402.001,00 €	153.001,00 €	-249.000,00 €	-61,94%
B. Umlaufvermögen					

I. Forderungen u. Sonstige Vermögensgegenstände	106.331,67 €	10,53 €	10,50 €	-0,03 €	-0,28%
II. sonstige Vermögensgegenstände	0,00 €	0,00 €	82,46 €	82,46 €	
III. Liquide Mittel	2.630.739,47 €	2.064.884,88 €	1.223.985,37 €	-840.899,51 €	-40,72%
C. Aktive Rechnungsabgrenzung	18.953.429,73 €	19.223.278,45 €	19.253.512,17 €	30.233,72 €	0,16%
Summe Aktiva	22.263.238,28 €	21.690.175,86 €	20.630.592,50 €	-1.059.583,36 €	-4,89%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Allgemeine Rücklage	920.512,36 €	1.004.089,01 €	746.859,38 €	-257.229,63 €	-25,62%
II. Jahresüberschuss	83.576,65 €	-257.229,63 €	-246.657,99 €	10.571,64 €	-4,11%
B. Rückstellungen	23.500,00 €	25.629,07 €	11.331,46 €	-14.297,61 €	-55,79%
C. Verbindlichkeiten	2.282.219,54 €	1.694.408,96 €	865.547,48 €	-828.861,48 €	-48,92%
D. Passive Rechnungsabgrenzung	18.953.429,73 €	19.223.278,45 €	19.253.512,17 €	30.233,72 €	0,16%
Summe Passiva	22.263.238,28 €	21.690.175,86 €	20.630.592,50 €	-1.059.583,36 €	-4,89%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.831.993,67 €	5.035.481,25 €	5.323.688,89 €	288.207,64 €	5,72%
2. sonstige ordentliche Erträge	1,01 €	0,00 €	2.513,89 €	2.513,89 €	
3. Personalaufwendungen	46.800,91 €	88.748,32 €	92.911,32 €	4.163,00 €	4,69%
4. Bilanzielle Abschreibungen	72,10 €	170.735,41 €	249.000,00 €	78.264,59 €	45,84%
5. Transferaufwendungen	4.750.993,67 €	4.990.481,25 €	5.177.883,98 €	187.402,73 €	3,76%
5. sonstige ordentliche Aufwendungen	66.435,09 €	69.638,89 €	64.225,05 €	-5.413,84 €	-7,77%
Betriebsergebnis	-32.307,09 €	-284.122,62 €	-257.817,57 €	26.305,05 €	-9,26%
6. Finanzerträge	115.883,74 €	26.892,99 €	11.159,58 €	-15.733,41 €	-58,50%
7. Zinsen u. sonstige Finanzaufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Finanzergebnis	115.883,74 €	26.892,99 €	11.159,58 €	-15.733,41 €	-58,50%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	83.576,65 €	-257.229,63 €	-246.657,99 €	10.571,64 €	-4,11%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	83.576,65 €	-257.229,63 €	-246.657,99 €	10.571,64 €	-4,11%

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	1,5	1,5	1,5

Verbindungen zum Kreishaushalt

In der Sitzung am 16.12.2009 hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes AVV die Haushaltssatzung des Zweckverbandes AVV für das Haushaltsjahr 2010 beschlossen. Die Haushaltssatzung 2010 enthält unter anderem die allgemeine Verbandsumlage 2010 basierend auf den Daten des Verbundetats 2009. Die endgültige allgemeine Verbandsumlage 2009, basierend auf den Daten der Ergebnisrechnung 2008, ist in der Haushaltssatzung 2010 nicht enthalten, da die Ergebnisrechnung 2008 systembedingt durch die AVV GmbH (bis zur Sitzung der Verbandsversammlung am 29.04.2009) noch nicht erstellt werden konnte. Die Abrechnung der endgültigen allgemeinen Verbandsumlage 2009 wird nach Vorliegen der Ergebnisrechnung 2008 nachgeholt. Nach Verrechnung einzelner Umlagebeiträge hat der Kreis Düren einen Umlagebetrag 2010 i.H.v. 121.000,00 € getätigt.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Lagebericht gemäß der Gemeindehaushaltsverordnung NRW

Die Haushaltswirtschaft des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) wird nach den Vorschriften des Gesetzes über das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) aufgestellt. Die Vorschriften des NKF sind infolgedessen auch Grundlage des Jahresabschlusses 2010.

Im Haushaltsjahr 2010 hat der ZV AVV vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) in Höhe von 4.583.236,08 € als ÖPNV Pauschale erhalten. Diese Mittel sind vom ZV AVV um insgesamt 8.403,35 € aufgestockt worden. Dabei handelt es sich um Zinseinnahmen von Verkehrsunternehmen, die die ihnen in Vorjahren zugewiesenen Fördermittel nicht fristgerecht gemäß Ziffer 2.3.6.5 der Richtlinie zu § 13 der Satzung für den Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV-Förderrichtlinie zur Verwendung der Mittel nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW) verwendet haben. Somit standen insgesamt Mittel in Höhe von 4.591.639,43 € zur Förderung des ÖPNV gemäß § 13 der Satzung für den ZV AVV zur Verfügung. Ein Anteil in Höhe von 3.791.719,09 € ist gemäß der AVV-Förderrichtlinie im Haushaltsjahr 2010 zweckentsprechend verwendet worden. Die zum Jahresabschluss 2010 verbliebenen Zuwendungen in Höhe von 799.920,34 € sind im ersten Halbjahr des Jahres 2011 zweckentsprechend verwendet worden.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind um 249.000,00 € auf 153.000,00 € gesunken. Diese Reduzierung ergab sich aus einer Abwertung der AVV GmbH, die das Jahr 2010 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 248.919,05 € abgeschlossen hat. Der Jahresfehlbetrag in der vorgenannten Höhe ist entstanden, da die AVV GmbH Pensionsrückstellungen bilden musste. Diese Problematik ist durch die Bildung der Rückstellung erledigt und ist somit als Einmaleffekt anzusehen. Ohne die Bildung der Pensionsrückstellung hätte die AVV GmbH das Jahr 2010 mit einem Jahresüberschuss abgeschlossen. Das Jahr 2011 wird die AVV GmbH mindestens mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis abschließen.

Der ZV AVV finanzierte seinen Eigenaufwand durch die seitens des ZV NVR bereitgestellte ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW. Insgesamt führte das Haushaltsjahr zu dem ausgewiesenen Jahresfehlbetrag in Höhe von 246.657,99 €. Dieser resultiert aus der bereits beschriebenen Verminderung des Anteils an verbundenen Unternehmen. Ohne diese Verminderung hätte der ZV AVV das Jahr 2010 mit einem Jahresüberschuss abgeschlossen.

Die erheblichen Abweichungen zwischen den Haushaltsansätzen beim Gesamtaufwand und dem Gesamtertrag einerseits und der Ergebnisrechnung andererseits basieren in erster Linie

auf der Differenz zwischen der prognostizierten Verbandsumlage zur Deckung des ÖPNV-Defizits im Busbereich und dem tatsächlichen Ergebnis. Wie in den Jahren zuvor hat der ZV AVV lediglich einen Spitzenausgleich zwischen den Verbandsmitgliedern durchgeführt. Der Mittelfluss zwischen den Verbandsmitgliedern und deren eigenen kommunalen Verkehrsunternehmen ist konform mit der Zweckverbandssatzung auf direktem Weg vorgenommen worden. Entsprechend hat sich der über den Zweckverbandshaushalt vollzogene Mittelfluss verringert.

Wie in den zurückliegenden Jahren wird der ZV AVV auch zukünftig seine Aufgaben erfüllen können. Die Hauptaufgaben bestehen darin, die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sicherzustellen und erhaltene Zuschüsse in gleicher Höhe weiterzuleiten. Ein Risiko bezüglich der notwendigen Mittel ist nicht erkennbar, da nur über bereits erhaltene bzw. zugesagte Mittel verfügt werden kann. Seit dem Jahr 2008 erhält der ZV AVV für seinen Eigenaufwand eine in die ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW integrierte Zuwendung. Diese wird dem ZV NVR, dessen Verbandsmitglied der ZV AVV ist, zugewiesen. In der Satzung des ZV NVR ist festgelegt, dass ein Anteil an der Pauschale nach § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW an den ZV AVV und an die AVV GmbH weiterzuleiten ist. Dieser ist in der Regel ausreichend, um den Eigenaufwand des ZV AVV zu decken. Sollte dies im Einzelfall nicht der Fall sein, ist ein ausreichender Rücklagenbestand vorhanden. Die Finanzierung des ZV AVV wird vor diesem Hintergrund als gesichert angesehen.

Entsprechend einem Referentenentwurf zur Anpassung des ÖPNVG NRW aus Juli 2011 soll die Verwendungsmöglichkeit der Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW des ZV NVR für dessen allgemeine Aufwendungen von derzeit 3 % der Mittel auf 2 % reduziert werden. Ob diese Regelung – sofern eine solche Gesetzesänderung vom Landtag NRW beschlossen wird – Auswirkung auf die Mittelzuweisung an den ZV AVV hat, ist derzeit noch nicht vorhersehbar.

Für die Zukunft werden darüber hinaus keinerlei Risiken gesehen. Dies gilt auch unter Einbeziehung des Wirtschaftsplans für das Haushaltsjahr 2011.

Beteiligungen des Zweckverbandes

Der Zweckverband AVV ist direkt zu 100% an der AVV GmbH beteiligt (Anteile an verbundenen Unternehmen). Zum 01.01.2008 gründete der Zweckverband AVV gemeinsam mit dem Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg den Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR), auf den die SPNV - Aufgabenträgerschaft im Rahmen der Novellierung des ÖPNVG NRW zu 01.01.2008 übergegangen ist. Diese Beteiligungen werden im Beteiligungsbericht nicht näher dargestellt.



**Zweckverband
Entsorgungsregion West (ZEW)**
Zum Hagelkreuz 24
52249 Eschweiler
Telefon: 02403 / 8766 530
Telefax: 02403 / 8766 535
E-Mail: info@zew-entsorgung.de

Gegenstand des Zweckverbandes / Ziele der Beteiligung

Der Zweckverband nimmt im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers gem. §§ 15 I 1, 13 I 1 KrW-/AbfG, § 5 LAbfG wahr.

Die Verbandsversammlung des ZEW hat in ihrer Sitzung am 11.06.2010 die Neufassung der Verbandssatzung beschlossen. Hierdurch wurde der Gründung der StädteRegion Aachen Rechnung getragen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2010 zu entnehmen.

Organe des Zweckverbandes

Verbandsvorsteher: Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Er muss Hauptverwaltungsbeamter eines Zweckverbandsmitglieds sein und wird auf die Dauer von 2 Jahren gewählt. Die Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder wechseln sich als Verbandsvorsteher im 2-Jahres-Rhythmus ab.

Verbandsversammlung: Die Verbandsversammlung besteht aus je sieben stimmberechtigten Vertretern je Verbandsmitglied. Für jeden Vertreter wird ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung bestellt. Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit nicht aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund der Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist. Die Verbandsversammlung bestimmt insbesondere u.a. über

1. die Satzungen des Verbandes sowie deren Änderung und Aufhebung,
2. Wahl und Abberufung des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters,
3. die Aufnahme einer Betätigung entsprechend dem 11. Teil der Gemeindeordnung NRW (wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, soweit es sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt,
4. den Abschluss öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen, den Abschluss von Pacht-, Leasing- und Mietverträgen sofern ihre Laufzeit 5 Jahre übersteigt,

5. die Aufnahme von Krediten über € 250.000 sowie die Bestellung von Sicherheiten,
6. die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährsverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie den Abschluss von Rechtsgeschäften, die dem wirtschaftlich gleichkommen, soweit der Wert des Rechtsgeschäfts € 100.000 übersteigt,
7. die Vornahme von notariell beurkundungsbedürftigen Grundstücksgeschäften soweit der Wert des Rechtsgeschäfts € 250.000 übersteigt,
8. die Einleitung und Beendigung von Rechtstreitigkeiten, sofern der Gegenstandswert € 50.000 übersteigt,
9. den Abschluss von Vergleichen und den Erlass von Forderungen, sofern der auf diese Weise gewährte Nachlass den Betrag von € 5.000 übersteigt,
10. die Auftragsvergabe bei Bau- und Lieferaufträgen mit einem Auftragsvolumen von über € 50.000 sowie Dienstleistungsverträge mit einem Jahresvolumen über € 50.000,
11. der Abschluss von Dienst- bzw. Arbeitsverträgen i.H.v. mehr als € 50.000/Jahr,
12. die Wirtschaftsführung in Form eines Finanz- und Wirtschaftsplans,
13. die Benennung des Abschlussprüfers,
14. die Feststellung des Jahresabschlusses,
15. die Auflösung des Zweckverbandes.

Besetzung der Organe

Allgemein

Verbandsvorsteher:	Etschenberg, Helmut	StädteRegion Aachen	Städteregionsrat, ab 30.08.2009
Verbandsversammlung:	Kreis Düren	7 Sitze	33,33%
	Städteregion Aachen	7 Sitze	33,33%
	Stadt Aachen	7 Sitze	33,33%

Vertretung des Kreises Düren

Verbandsvorsteher:	Etschenberg, Helmut	StädteRegion Aachen	Städteregionsrat
Verbandsversammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Frischmuth, Rudi	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Dohmen, Hans-Wilhelm	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Metz, Gundula	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Schmitz, Josef Johann	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Krischer, Oliver – MdB -	Kreis Düren	
	Steins, Hans Martin	Kreis Düren	Dezernent
	<small>beratendes Mitglied</small>		

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Zweckverband	
Sitz:	Eschweiler	
gezeichnetes Kapital:	25.500 €	

Verbandsmitglieder:	direkter Anteil	Anteil in %
StädteRegion Aachen	8.500,00 €	33%
Stadt Aachen	8.500,00 €	33%
Kreis Düren	8.500,00 €	33%

Bilanz	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Finanzanlagen	24.000,00 €	24.000,00 €	24.000,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	4.594.522,28 €	4.344.143,04 €	3.795.942,27 €	-548.200,77 €	-12,62%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstitute	3.291.753,00 €	3.046.263,10 €	3.870.194,29 €	823.931,19 €	27,05%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	1.444,42 €	1.516,64 €	1.808,50 €	291,86 €	19,24%
Summe Aktiva	7.911.719,70 €	7.415.922,78 €	7.691.945,06 €	276.022,28 €	3,72%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.500,00 €	25.500,00 €	25.500,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinn-/Verlustvortrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
III. Jahresüberschuss	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
B. Rückstellungen	530.795,21 €	517.405,32 €	542.292,53 €	24.887,21 €	4,81%
C. Verbindlichkeiten	7.355.424,49 €	6.873.017,46 €	7.124.152,53 €	251.135,07 €	3,65%
D. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
Summe Passiva	7.911.719,70 €	7.415.922,78 €	7.691.945,06 €	276.022,28 €	3,72%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008	2009	2010	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	44.953.055,01 €	44.925.689,93 €	44.123.699,39 €	-801.990,54 €	-1,79%
2. sonstige betriebliche Erträge	18.906,80 €	6.640,95 €	4.455,22 €	-2.185,73 €	-32,91%
3. Materialaufwand	44.753.737,62 €	44.677.000,27 €	43.807.621,57 €	-869.378,70 €	-1,95%
4. Personalaufwand	160.019,00 €	161.535,44 €	198.385,76 €	36.850,32 €	22,81%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	103.887,13 €	104.779,86 €	116.285,17 €	11.505,31 €	10,98%
Betriebsergebnis	-45.681,94 €	-10.984,69 €	5.862,11 €	16.846,80 €	-153,37%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	129.584,95 €	47.094,65 €	15.021,05 €	-32.073,60 €	-68,10%

9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	83.903,01 €	36.109,96 €	20.883,16 €	-15.226,80 €	-42,17%
Finanzergebnis	45.681,94 €	10.984,69 €	-5.862,11 €	-16.846,80 €	-153,37%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
Jahresüberschuss					

	2008	2009	2010
Anzahl der Mitarbeiter	3	3	3
Darüber hinaus ist die AWA Entsorgung GmbH mit der Geschäftsbesorgung im kaufmännischen und technischen Bereich sowie mit der Unterstützung der Verwaltungsstelle des ZEW beauftragt.			

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der ZEW erhebt von seinen Mitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen, insbesondere Gebühren und Beiträge, zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Für die Berechnung der Umlage wird die Einwohnerzahl des einzelnen Verbandsmitglieds zur Zahl der Gesamteinwohner im Verbandsgebiet ins Verhältnis gesetzt. Soweit die Notwendigkeit einer Umlage aus einer Aufgabenerfüllung des Zweckverbandes resultiert, die dieser lediglich für einzelne Verbandsmitglieder erfüllt, können nur diese hierfür zu einer Umlage herangezogen werden.

Nach den Bestimmungen der Gebührensatzung erhebt der ZEW für die Inanspruchnahme der zur Verfügung gestellten Abfallentsorgungsanlagen Benutzungsgebühren. Zur Zahlung der Gebühren sind die überlassungspflichtigen Abfallerzeuger aus dem Verbandsgebiet, die die vom ZV zur Verfügung gestellten Abfallentsorgungsanlagen benutzen, verpflichtet. Gebührenmaßstab ist das Gewicht der angelieferten Abfälle.

Für das Geschäftsjahr 2010 hat der Kreis Düren keine Umlage an den ZEW gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht 2010

Geschäftsverlauf 2010

Allgemeines

Die Geschäftsentwicklung des ZEW im Jahre 2010 lag im Bereich der Erwartungen.

Im Frühjahr hat die Landesregierung die Fortschreibung des Abfallwirtschaftsplanes für das Land NRW aufgestellt und im Ministerialblatt bekannt gemacht. Eine Verbindlichkeitserklärung von Ausweisungen des Abfallwirtschaftsplanes ist nicht erfolgt.

Nach der Landtagswahl in NRW beabsichtigt die neue Landesregierung, den Abfallwirtschaftsplan zu überarbeiten und verbindliche Zuweisungen zu Müllverbrennungsanlagen vorzunehmen. Die Überarbeitung des Abfallwirtschaftsplanes wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Daher besteht die Sorge, dass in der Zwischenzeit Abfallmengen, die bisher der MVA Weisweiler angedient werden müssen, anderen Müllverbrennungsanlagen zugeführt werden. Die Sorge, dass dadurch die Gebührenbelastung für die Bürger/innen der Körperschaften, die über eigene Müllverbrennungsanlagen verfügen, steigt, ist daher weiterhin gegeben.

Der aktuelle Entwurfsstand eines neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes enthält zu einigen wesentlichen - die kommunale Abfallwirtschaft betreffenden - Abfallarten keine abschließenden Regelungen. So ist beispielsweise die verpflichtende Einführung einer Wertstofftonne geplant. Neben

den Leichtstoffverpackungen, die derzeit über die gelbe Tonne entsorgt werden, sollen stoffgleiche Nichtverpackungen, aber auch möglicherweise Elektrokleingeräte, Holz, Metalle, etc. mit eingesammelt werden. Unklar ist, ob die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger oder die private Entsorgungswirtschaft für diesen Erfassungsstrang die Systemführerschaft übernehmen sollen. Da die Entsorgung dieser Stoffe nicht kostendeckend ist, besteht die Gefahr, dass bei einer Zuständigkeit der privaten Entsorgungswirtschaft Zuzahlungen von den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern zu leisten sind, ohne dass diese die Entsorgungsstrukturen bestimmen können und damit Einfluss auf die Kosten haben. Eine derzeit nicht kalkulierbare zusätzliche Gebührenbelastung ist somit nicht auszuschließen.

Des Weiteren wird im Arbeitsentwurf des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes die Möglichkeit gewerblicher Sammlungen erweitert. Hier ist die Gefahr gegeben, dass private Entsorger bei lukrativen Teilen der Abfallentsorgung in Konkurrenz zu den öffentlich-rechtlichen Entsorgern treten und die Einnahmen der Kommunen aus diesen Teiltätigkeiten schmälern. Beispielhaft sei hier die Einsammlung und Verwertung von Papier in verdichteten Siedlungsbereichen genannt. Die Erlöse übersteigen je nach Marktpreis zum Teil deutlich den Aufwand. Eine solche Entwicklung geht zu Lasten der Gebührenzahler.

Inzwischen ist der Auftrag zum Bau einer Vergärungsanlage am Standort der Kompostierungsanlage Würselen erteilt. Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung erfolgte im Frühjahr 2011. Anschließend wurde mit dem Bau der Anlage begonnen (Grundsteinlegung 7. April 2011). Mit Inbetriebnahme der Vergärungsanlage werden 18.250 t Bioabfall jährlich der Vergärung zugeführt. Das bei der Vergärung anfallende Gas wird verstromt. Die erzeugte Strommenge reicht nach Abzug des Eigenbedarfs aus, um ca. 600 Haushalte mit elektrischer Energie zu versorgen.

In der MVA Weisweiler ist im Jahr 2011 die erste Linie der Rauchgasreinigung umgerüstet worden. Im ersten Quartal 2011 wurden auch die Linien 2 und 3 erfolgreich umgerüstet. Durch die nunmehr eingesetzte Rauchgasreinigungstechnik wird der Bedarf an Erdgas und elektrischer Energie deutlich gesenkt. Dies ist ein wesentlicher Beitrag zur Ressourcenschonung.

Entwicklung der Umsätze und entsorgten Mengen

Die Umsatzerlöse im Jahr 2010 lagen mit insgesamt T€ 44.124 um 1,8 % unter dem Vorjahresniveau (T€ 44.926). Während die Umsätze aus dem Herkunftsbereich Stadt Aachen (T€ 13.422, Vj. T€ 13.567) nur unwesentlich unter denen des Vorjahres lagen, gingen die Umsätze aus der StädteRegion Aachen (T€ 15.686, Vj. T€ 16.030) und im Kreis Düren (T€ 14.399, Vj. T€ 14.704) um über 2 % zurück.

Anlagenbetrieb

Der ZEW betreibt kein operatives Geschäft. Mit der Erfüllung der dem ZEW übertragenen abfallwirtschaftlichen Aufgaben hat der ZEW die AWA Entsorgung GmbH beauftragt. Diese betreibt die notwendigen Anlagen oder bedient sich in Teilbereichen auch externer Entsorgungsmöglichkeiten.

Investitionen

Da sich der ZEW zur Erfüllung seiner Aufgaben im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH bedient, ergeben sich in der Regel keine nennenswerten Investitionen.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine Investitionen getätigt.

Finanzierung

Die Aktivitäten des Geschäftsjahres 2010 konnten aus den vorhandenen liquiden Mitteln finanziert werden. Eine Aufnahme von Fremdmitteln war nicht erforderlich.

Die Liquidität des Zweckverbandes war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres ausreichend gesichert. Entsprechend den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes hat der ZEW das Recht, seine Aufwendungen in voller Höhe in die von den Abfallerzeugern zu erhebenden Gebühren einzubeziehen.

Personalentwicklung

Neben den drei hauptamtlichen Mitarbeitern des ZEW war im Berichtsjahr auch eine Aushilfskraft in geringem Umfang beschäftigt. Im Jahr 2010 wurden, bezogen auf Vollzeitstellen, insgesamt 2,69 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt.

Im Übrigen bedient sich der ZEW zur Erfüllung seiner Aufgaben überwiegend der AWA Entsorgung GmbH als beherrschter Tochtergesellschaft. Als rechtliche Grundlage dient ein diesbezüglicher Geschäftsbesorgungsvertrag.

Umweltschutz

Der ZEW als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger hat Vorbildfunktion beim Umweltschutz. Die mit dem operativen Geschäft beauftragte AWA Entsorgung GmbH ist vertraglich verpflichtet, Entsorgungsanlagen gesetzes- und genehmigungskonform zu betreiben und erfüllt dies auch konsequent und zuverlässig.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres 2010

Die Fortschreibung des Abfallwirtschaftsplanes für das Land NRW ist aufgestellt und bekannt gemacht worden. Zuweisungen für Restabfälle zu bestimmten Müllverbrennungsanlagen sind nicht mehr enthalten. Allerdings beabsichtigt die neue Landesregierung, den Abfallwirtschaftsplan nochmals zu überarbeiten und wiederum verbindliche Zuweisungen zu Müllverbrennungsanlagen vorzunehmen.

Der Arbeitsentwurf eines neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes befindet sich in der Abstimmung. Die Auswirkungen auf die kommunale Abfallentsorgung sind derzeit nicht absehbar.

Lage des Zweckverbandes

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes Entsorgungsregion West (ZEW) ist weiterhin geordnet.

Das Anlagevermögen ist bilanziell von stark untergeordneter Bedeutung. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben.

Im Umlaufvermögen ist unter den sonstigen Vermögensgegenständen eine Position in Höhe von T€ 1.514 ausgewiesen, deren Sachverhalt in einem Vorgang der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG im Rahmen des Erwerbs der MVA im Jahr 2008 begründet liegt und in dessen Folge auch Auswirkungen auf die Kosten der AWA Entsorgung GmbH sowie des Zweckverbandes Entsorgungsregion West verbunden sind. Unter Anwendung entgeltrechtlicher Wahlrechte werden diese Kosten rätierlich in die Entgelte der kommenden Jahre eingerechnet, was unter Berücksichtigung der erforderlichen Gesellschafter- und Gremienbeschlüsse zu bilanziellen Konsequenzen führte. Hieraus resultiert auch der Ausweis einer Position in gleicher Höhe unter den Verbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (T€ 5.520, Vj. T€ 5.346) beinhalten einen Betrag von T€ 1.514 aus dem Vorgang bezüglich der Moena-Mietnebenkosten.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern ist eine Verbindlichkeit gegenüber dem Kreis Düren (T€ 1.588, Vj. T€ 1.476) bzw. den Gebührenzahlern aus dem Kreisgebiet Düren ausgewiesen, der aus einer Abstandszahlung aus dem Jahr 2008 resultiert und seinen Ursprung in einem Vertrag aus dem Jahre 1992 zwischen dem Kreis Düren und der Stadt Düsseldorf hat.

Die Kapitalflussrechnung weist einen Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von T€ 712 aus.

Aus dem speziellen Vorgang einer Ausgleichszahlung, die beim ZEW im Verhältnis zum Kreis Düren einen Darlehenscharakter hat, resultieren Auswirkungen auf die Finanzierungstätigkeit, was im Berichtsjahr zu einem Mittelzufluss von T€ 112 geführt hat.

Insgesamt ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme des Finanzmittelfonds um T€ 824 auf nunmehr T€ 3.870.

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt heranzuziehen.

Der Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital/Anlagevermögen) weist einen Wert von 104 % aus, dagegen ist die Liquidität I. Grades (liquide Mittel/kurzfristiges Fremdkapital) mit 64 % schwach, wird aber dadurch relativiert, dass der weit überwiegende Anteil des kurzfristigen Fremdkapitals aus Verbindlichkeiten gegenüber der AWA Entsorgung GmbH besteht. Zudem weist die Liquidität II. Grades (liquide Mittel + kurzfristige Forderungen/kurzfristiges Fremdkapital) mit 105 % einen deutlich besseren Wert auf.

Auch die Eigenkapitalquote (0,33 %) ist auf den ersten Blick sehr schwach, aufgrund der besonderen Bedingungen aber nicht bedrohlich.

Ertragslage

Aussagen zur Umsatzentwicklung wurden bereits getroffen.

Da die Entsorgungsaufwendungen als wesentliche Kostenposition durch die mengenabhängige Abrechnung einen variablen Charakter haben und in der ZEW-Struktur mit dem Umsatz stark korrelieren, kann es i. d. R. beim Rohergebnis nur zu geringen Planabweichungen und nicht zu großen Ausschlägen kommen. Das Rohergebnis (T€ 321, Vj. T€ 255) deckt die übrigen Verwaltungskosten. Das Geschäftsjahr 2010 schließt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis.

Da der ZEW seine Gebühren auf LSP-Basis kalkuliert, sind die Gewinnmöglichkeiten strukturell sehr begrenzt. Umgekehrt kann es über mehrere Perioden gesehen nicht zu dauerhaften Verlusten kommen. Vor Zuführung zur Rückstellung für Rückerstattungsverpflichtungen an die Bürger wies der ZEW ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 42 aus.

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Auch im Geschäftsjahr 2010 konnten die Gebühren stabil gehalten werden.

Für das Geschäftsjahr 2011 hat die Verbandsversammlung eine Änderung der Gebührenstruktur beschlossen. Die Grundgebühr wird abgesenkt, die Leistungsgebühr für thermisch zu behandelnde Abfälle steigt. Ob und ggf. inwieweit höhere Leistungspreise Mengenrückgänge nach sich ziehen, kann derzeit nicht abgeschätzt werden.

Ebenso wenig können seriöse Aussagen darüber getroffen werden, wie sich Marktpreise und Mengenangebot für gewerbliche Abfälle entwickeln. Die Auslastung der MVA und die Erlöse für

die Annahme gewerblicher Abfälle zur Verwertung haben Auswirkungen auf die Entgelte, die die AWA dem ZEW in Rechnung stellt.

Auch lassen sich die Auswirkungen rechtlicher Rahmenbedingungen nach in Kraft treten eines neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes derzeit nicht abschätzen. Allerdings ist auf Grundlage des aktuell vorliegenden Entwurfes eines neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes eher eine steigende Kostenbelastung zu befürchten.

Entwicklung nach dem Abschlussstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag, die einen Einfluss auf den Jahresabschluss haben könnten, sind nicht bekannt.

Beteiligungen des Zweckverbandes

Der Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW) ist an der AWA Entsorgung GmbH beteiligt. Eine weitere Darstellung entfällt.

Konzernübersicht Kreis Düren

Stand: 31.12.2010

Kreis Düren

